DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 13. März 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 61 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Frankreich: Vor den Wahlen am *kommenden Sonntag* – eine Bilanz der Wirtschafts- und Innenpolitik in den vergangenen fünf Jahren. Der Vertrauensschwund war nicht mehr aufzuhalten. (S. 5)



Schweden: Der Reichstag hat Ingvar Carlsson (Foto) zum neuen schwedischen Ministerpräsidenten *in der Nachfolge* des ermordeten Olof Palme gewählt. Carlsson erhielt 178 Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Opposition enthielt sich der Stimme.

Chile: Innenminister Ricardo Garcia hat angedeutet, daß Staatschef General Pinochet möglicherweise bis 1997 im Amt bleiben werde. Der Grund: Chile wolle an dem Zeitplan festhalten, erst nach 1989 zu einer Form der Demokratie zurückzukehren.

Gen-Experimente: Die Bundesregierung wird künftig Forschungszuschüsse für gentechnologische Forschungsexperimente nur dann *auszahlen*, wenn *die Firmen* auch einen Nachweis über die Anmeldung der Forschungsvorhaben vorgelegt haben. Dies hat Staatssekretär Haunschild im Bundestag unterstrichen.

Tarife: In Hessen und Bayern ist die Metalltarifrunde eröffnet worden. Die IG Metall fordert im Schnitt Einkommenserhöhungen von sieben Prozent; dabei stärkere Verbesserungen in den unteren Lohngruppen.

Kritik: Übereinstimmend haben Mitglieder der Verteidigungsausschüsse des britischen Unterhauses und des Bundestags unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit eine „Geheimniskrämerei" ihrer Regierungen bei den jeweiligen SDI-Vereinbarungen mit den *USA kritisiert. Der CSU-Abgeordnete* Biehle warnte vor „Geheimdiplomatie". Die beiden Gremien trafen sich in Bonn.

Nahost: Der stellvertretende US-Außenminister Murphy hat in Jerusalem mit Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Rabin Gespräche über die Lage im Nahen Osten angesichts der Differenzen zwischen Jordanien und der PLO geführt. Zuvor hatte er mit der ägyptischen Führung konferiert.

HEUTE IN DER WELT

Ein Plädoyer für Leistung

„Erfahrung ohne Fortbildung ist zu wenig", lautet die Devise von Lothar Sparberg, Deutschland-Chef von IBM. In einem Beitrag für die WELT fordert er „die harte Notwendigkeit ständiger Mitarbeiterschulung". Seite 10

Nationalpark Wattenmeer

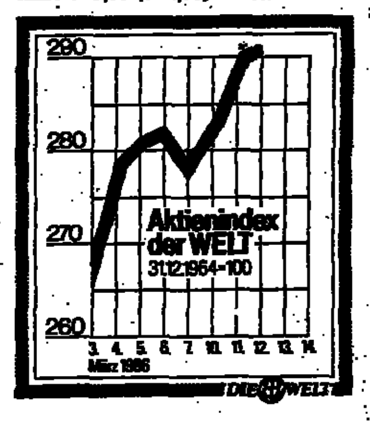
Gestern wurde er eröffnet, aber es gibt ihn noch gar nicht – *den Nationalpark Wattenmeer zwischen Emden und Cuxhaven.* Zunächst müssen verwirrend ineinander verhakte Schutz- und Nutzinteressen auf einen Nenner gebracht werden. Seite 3

WIRTSCHAFT

Bundesschuld: „Die Steigerungsrate der Zinsausgaben des Bundes wird sich in den kommenden Jahren erheblich abflachen", erklärte der CDU-Haushaltsexperte Austermann gegenüber der WELT. Finanzminister Stoltenberg sei dabei, die Dynamik der *Zinsausgaben zu brechen.* (S. 13)

Handel: *Die* Lieferungen in die „DDR" behalten bis in das nächste Jahr hinein ihren Schwung; die Bezüge werden allenfalls das Niveau des Vorjahres erreichen, als sie bereits stagnierten. Dies zeigt ein Umfrage. (S. 13)

Börse: Die freundliche Tendenz an den Aktienmärkten hielt auch gestern an. Am Rentenmarkt herrschte Kaufstimmung. WELT-Aktienindex 292,86 (289,29). BHF-Rentenindex 107,351 (107,108). BHF-Performance Index 103,472 (103,209). Dollar-Mittelkurs 2,2667 (2,2739) Mark. Goldpreis je Feinunze 343,85 (342,90) Dollar.



KULTUR

Klaviertrio: Gratwanderungen über die höchsten *Gipfel* der Kammermusik – *In den* vergangenen Jahren haben sich wieder junge Ensembles gebildet, die das Klaviertrio entdecken; ein begabter Nachwuchs. (S. 27)

Architektur: In die Diskussion um das neue Berliner Kulturforum hat sich der Architekt Frei Otto eingeschaltet. Er wendet sich dagegen, Rolf Gutbrod den Auftrag *zum Weiterbau der Museen* zu entziehen. (S. 27)

SPORT

Steuerfahndung: Ein Großaufgebot von 72 Beamten, *darunter* acht Staatsanwälte und 17 Steuerbeamte, durchsuchte gestern in einer Blitzaktion die Geschäftsräume des Eishockey-Bundesligaclubs ECD Iserlohn. Ein Clubmitglied wurde festgenommen.

Olympia: Bei der Generalprobe *für die Olympischen Spiele im* Herbst in Seoul sollen 3583 Polizisten und Feuerwehrleute sowie 2000 zusätzliche Sicherheitskräfte die erwarteten 5000 Sportler vor möglichen Übergriffen oder Attentaten schützen.

AUS ALLER WELT

„Giotto": Die europäische Raumsonde (Foto) ist nach einer leichten Kurskorrektur in der Endphase ihres Zielanflugs auf den Kern des Halleyschen Kometen. Alle Systeme an Bord funktionieren bislang einwandfrei. Auf dem jetzt eingeschlagenen Kurs soll „Giotto" in einer Entfernung von 540 Kilometern am Kern des Kometen vorbeifliegen, teilte das Weltraum-Operationszentrum in Darmstadt mit. (S. 28)



Brenner: Ein 35 Kilometer langer Eisenbahntunnel von Brixen nach Steinach soll die *Hauptverkehrs*ader der Alpen entlasten. Dies sieht ein italienischer Kompromißvorschlag vor, nachdem ursprüngliche Überlegungen, einen 58 Kilometer langen Tunnel fast in Meeresspiegel-Höhe zu bauen, verworfen worden waren. (S. 28)

Union sieht ein politisches Komplott gegen den Kanzler

Bonner Staatsanwälte hatten sich zuerst gesperrt / Beeinflußte SPD Verfahren?

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit Empörung ist in der Union registriert worden, daß die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen *Bundeskanzler Helmut Kohl* aufgrund einer Strafanzeige des Grünen Abgeordneten Schily offenbar gegen die Sachentscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft vom Generalstaatsanwalt in Köln aus politischen Gründen durchgesetzt worden ist.

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht äußerte in einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur den Verdacht, daß die in Nordrhein-Westfalen regierenden Sozialdemokraten bei der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens die Hand im Spiel gehabt hätten. Albrecht: *„Die Methode, die von den* Grünen und von der SPD angewendet wird, ist unter aller Sau." Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, verwies ebenfalls auf Ungereimtheiten beim Zustandekommen der Entscheidung und stellte die Frage, ob sich hier „ein politisches Komplott größten Ausmaßes" anbahne. Politische Verantwortung trage der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Rau.

In Führungskreisen der Union wird auf die Parallele zu der Entscheidung im Flick-Prozeß verwiesen, als die Bonner Staatsanwaltschaft bei Anklageerhebung erst auf Druck des Generalstaatsanwalts und des nordrhein-westfälischen Justizministeriums unmittelbar vor Anklageerhebung den Vorwurf gegen die FDP-Politiker Graf *Lambsdorff* und *Friderichs* überraschend verschärft und an die Stelle von „Vorteilsannahme" die höher bestrafte „Bestechlichkeit" gesetzt hatten.

SEITE 4:
Aussage und Anzeige

Nach Angaben dieser Kreise hatte sich die Bonner Staatsanwaltschaft vor zwei Wochen nach Prüfung der am 29. Januar gestellten Strafanzeige Schilys wegen angeblicher uneidlicher Falschaussage des Kanzlers entschlossen, kein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Da solche Vorgänge berichtspflichtig sind, wurde am Freitag vor zwei Wochen Generalstaatsanwalt Bereslav Schmitz in Köln informiert. Es soll, so wird weiter berichtet, *zu einer lautstarken Auseinander*setzung zwischen ihm und der Bonner Staatsanwaltschaft gekommen sein. Noch am Dienstagmorgen dieser Woche wußte die Bonner Staatsanwaltschaft nicht, daß sie am Mittag desselben Tages doch ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl einleiten würde.

Erst nachdem die Generalstaatsanwaltschaft ihrer nachgeordneten Behörde in Bonn entsprechende Weisung erteilt hatte, wurde am Dienstagmittag die Mitteilung über die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens an Bundestag und Kanzleramt weitergeleitet. Generalstaatsanwalt Schmitz wollte gestern weder dementieren noch bestätigen, daß es solch eine Weisung gegeben hat. Er sprach lediglich von „intensiven Gesprächen". Nordrhein-Westfalens Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) wies alle Vorwürfe als „abwegig und ehrabschneidend" zurück.

DER KOMMENTAR

Seilschaft

ENNO v. LOEWENSTERN

Das gibt der scheußlichen Affäre zusätzlichen Hautgout: Am Montag ließen „die zuständigen Justizpressestellen" gänzlich unvermittelt wissen, „Gerüchte" seien „nicht korrekt", der „Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz habe die Entscheidung an sich gezogen" (über eine Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Kohl). Nicht nur das: „Der sozialdemokratische Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Rolf Krumsiek, hält sich wegen der politischen Brisanz auch aus dieser Sache bewußt heraus." Ausdrücklich wurde der Staatsanwaltschaft Bonn bescheinigt: sie „verantwortet" die Entscheidung.

Nachdem das ungefragte Alibi ausgestreut worden war, wußte jeder Kenner, was kommen würde. Es kam denn auch am Dienstag: *Bekanntgabe der Verfahrens-Einleitung* gegen den Bundeskanzler, eben recht zur Debatte über die *Flick-Affäre. Was jetzt aus der* Umgebung Kohls verlautet, nämlich daß die Bonner Staatsanwälte *nicht ermitteln wollten und dazu* von ihrem SPD-Minister bzw. dessen Vollstreckern genötigt wurden, hatte sich längst selbst bestätigt durch die eilfertig lancierte Vorausmeldung. Es wird zusätzlich unterstrichen dadurch, daß der Sprecher der Staatsanwaltschaft Bonn nicht wagte, die Hinweise auf den Eingriff von oben zu bestreiten.

So hatte man es vorher auch im Fall Lambsdorff erlebt: Einwirkung von oben und dann Verschärfung der Anklage. Nun beginnt man in der Union zu begreifen, daß das nicht etwas ist, was man bequem auf Kohl (und womöglich mit Kohl) abschieben kann. Nun spricht Albrecht offen aus, was eben noch niemand zu flüstern wagte: daß es hier nicht rechtsstaatlich zugeht, sondern Methoden „unter aller Sau" angewendet werden.

Steckt Rau selbst hinter den *Machenschaften, mit denen* sein politisch erfolgreicher Gegner juristisch abgeschossen wer*den soll? Oder besorgen das seine* Büchsenspanner, während er vornehm wegschaut? Wie auch immer, er verantwortet die Entscheidung.

Reagan will Raketen an Saudis liefern

Furcht vor einer Ausweitung des Golfkrieges / Scharfe Kritik aus dem Kongreß

FRITZ WIRTH, Washington

Unter dem Eindruck des sich ständig zuspitzenden Krieges zwischen dem Iran und Irak hat sich die Reagan-Administration entschlossen, den Kongreß unverzüglich aufzufordern, amerikanische Waffenlieferungen an Saudi-Arabien in Höhe von 354 Millionen Dollar zu bewilligen. *Saudi Arabien hat nach Auskunft leitender amerikanischer Regierungsbeamter* dringend um diese Waffen ersucht, aus Furcht, daß dieser Krieg auf das Gebiet Kuweits oder Saudi Arabiens selbst übergreifen könnte.

Ursprünglich war dieses Waffengeschäft erst zu einem späteren Zeitpunkt geplant gewesen. Nach Auskunft der „Washington Post" haben die Saudis der Reagan-Administration zu verstehen gegeben, daß sie zu massiven Gegenschlägen entschlossen wären, wenn der Krieg auf ihr Gebiet oder auf Kuweit übergreifen sollte.

Während die israelische Regierung das amerikanisch-saudiarabische Waffengeschäft bisher mit spürbarer Zurückhaltung zur Kenntnis genommen hat, stieß das Projekt im amerikanischen Kongreß unverzüglich auf *scharfe Kritik. Der kalifornische* demokratische Senator Alan Cranston warf den Saudis vor, bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten ständig amerikanische Interessen verletzt zu haben und sagte voraus, daß dieses Waffengeschäft vom Kongreß abgeblockt werde.

SEITE 2:
Gefährliche Waffenspiele

Senator Edward Kennedy erklärte: „Wir suchen keine Konfrontation mit der Reagan-Administration, doch wir können nicht schweigen angesichts einer Politik dieser Administration, die Israel und seine Bürger bei einer *künftigen Konfrontation im Nahen* Osten gefährden würde."

Außenminister Shultz dagegen hatte kürzlich im Kongreß festgestellt, daß die Haltung Saudi Arabiens bei den letzten amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten „insgesamt ein Plus" gewesen sei.

Das State Department nannte die beabsichtigten Waffenlieferungen an Saudi Arabien „eher bescheiden". Es handelt sich dabei im wesentlichen um Luftabwehrraketen vom Typ „Sidewinder" und kleinere Kontingente vom Typ „Stinger" und „Harpoon". *Alle diese Raketensysteme sind* bereits Teil des saudiarabischen Abwehrsystems.

Im State Department räumt man ein, daß die Reagan-Administration im Kongreß einen schweren Stand haben wird. *Außenminister Shultz* hat erst vor fünf Wochen beabsichtigte amerikanische Waffenlieferungen in Höhe von 1,5 bis 1,9 Milliarden Dollar an Jordanien für unbestimmte Zeit auf Eis legen müssen. Der Sprecher des State Departments verteidigte die Waffenlieferungen mit dem Argument: „Wir müssen den Wunsch der Saudis nach diesen Waffenlieferungen erfüllen, um unsere eigene Glaubwürdigkeit in dieser so wandelbaren Region zu erhalten."

Verbesserung für geschiedene Frauen

Bundeskabinett verabschiedet Gesetzentwurf / Neuregelungen sollen 1987 in Kraft treten

DW. Bonn

Die Unterhaltssicherung und Altersversorgung von geschiedenen Frauen soll vom *1. Januar 1987* an verbessert werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf, der gestern vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, vor. Noch in diesem Jahr soll der Entwurf Bundestag und Bundesrat passieren. Mängel in der bisherigen Praxis sollen durch die Neuregelungen beseitigt werden.

Die wesentlichen Neuregelungen sind:

- Die bis Ende dieses Jahres befristete Härteregelung beim Versorgungsausgleich wird bis 1994 verlängert.

Beispiel: Bei der Scheidung behält der Mann nicht – wie früher – sämtliche Anrechte auf Renten, Pensionen und Zusatzversicherungen allein für sich. *Die* Frau *ist* auch nicht mehr – wie früher – bei Bedürftigkeit im Alter nur auf individuelle Unterhaltslei*stungen ihres geschiedenen Partners* angewiesen. Sie erhält durch den Versorgungsausgleich einen be*stimmten Anteil an den Versorgungs*anrechten des Mannes. Geplant ist, daß derjenige Ehegatte, der in der Ehe keine oder nur geringe Versorgungsanrechte erworben hat, bei der Scheidung einen Ausgleich in Höhe der Hälfte des Wertunterschiedes der Versorgungen beanspruchen kann.

- Der sogenannte schuldrechtliche Versorgungsausgleich wird zugunsten geschiedener Frauen verbessert. Frauen, die etwa beim Ausgleich von Betriebsrenten bisher auch im Alter nur auf Zahlungen ihres geschiedenen Ehemannes angewiesen und bei dessen Tod unversorgt sind, sollen künftig nach dem Tod des Mannes auch bei den Betriebsrenten einen eigenständigen Altersversorgungsanspruch gegen den Versicherungsträger erhalten.

Beispiel: Der Mann erhält eine monatliche Betriebsrente von 400 Mark. Davon hat er während der Ehe ein Viertel erworben. Die Frau erhält mo*natlich eine Ausgleichsrente von* ihrem früheren Mann in Höhe von 50 Mark. Jetzt stirbt der geschiedene *Mann; die Frau ist unversorgt.* Geplant ist, daß sie künftig versorgt bleibt.

- Ebenfalls zugunsten vieler Frauen wird eine Übergangsregelung für bestimmte rechtskräftige, aber in Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr vollstreckbare Entscheidung über Beitragszahlungen bei der *Zusatzversorgung* geschaffen. Den Betroffenen soll damit der Weg in die gesetzliche Rentenver*sicherung eröffnet werden.*

Beispiel: Der Mann hat eine Zusatzversorgung. Bei der Scheidung wird er dazu verurteilt, für seine geschiedene Frau monatlich 100 Mark an die gesetzliche Rentenversicherung zu zahlen. Der Mann kann nicht zahlen. Somit nützt der Frau das erstrittene Urteil nichts. Geplant ist, *daß die Frau beantragen kann, daß* die Entscheidung des Familiengerichtes abgeändert wird, so daß sie einen unmittelbaren Anspruch auf die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von monatlich 100 Mark hat.

Renten steigen um 2,9 Prozent

HH. Bonn

Die Sozialrenten steigen am 1. Juli 1986 um brutto 2,9 Prozent, *nach Abzug* des Krankenversicherungsbeitrags von 0,7 Prozent um netto 2,15 Prozent. Die Bundesregierung hatte bei der Verabschiedung ihres Gesetzentwurfes für das Rentenänderungsgesetz aufgrund der damaligen Datenlage noch mit einer Erhöhung von brutto 3,1 und netto 2,34 Prozent gerechnet. Der Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte 1985 (*Grundlage für* die Berechnung) ist nach Ermittlung des Statistischen Bundesamts vor allem wegen des höheren Beschäftigungsanstiegs etwas geringer als erwartet ausgefallen. Dadurch erhalten die Sozialrentner in diesem Jahr wieder eine etwas stärkere Erhöhung ihrer realen Einkommen, weil die Kosten der Lebenshaltung derzeit kaum noch steigen. Für Februar wurde lediglich eine Preissteigerungsrate von 0,7 Prozent registriert.

Grenzen für Mieten sind Rechtens

DW. Karlsruhe

Die gesetzliche Begrenzung von Mieterhöhungen auf 30 Prozent innerhalb von drei Jahren ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Mit dieser gestern getroffenen Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht zwei Verfassungsbeschwerden von Vermietern und zwei Gerichtsvorlagen der Amtsgerichte Hannover und Solingen zurückgewiesen.

Die Vermieter hatten die seit dem 1. Januar 1983 geltende sogenannte „Kappungsgrenze" für Mieterhöhungen als Verstoß gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes angesehen. Das Bundesverfassungsgericht hat dagegen die gesetzliche Obergrenze für Mieterhöhungen als zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung des grundgesetzlich geschützten Eigentums bezeichnet. Das höchste Gericht stellt ausdrücklich fest, daß seine Entscheidung auch für Fälle des sozial geförderten Wohnungsbaues gilt.

Kompromiß zum 116 umstritten

DW. Bonn

Die CDU-Sozialausschüsse wollen versuchen, noch während der Beratungen im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung den Koalitionskompromiß zum Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz in ihrem Sinne zu ändern. Der Ausschuß nahm gestern seine dreitägigen Beratungen auf. Der CDU-Abgeordnete *Adolf* Müller sagte, die Besetzung des Neutralitätsausschusses sei „nicht der Weisheit letzter Schluß". Auch die Forderungsgleichheit zwischen den Tarifgebieten müsse neu formuliert werden. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit nannte den Koalitionskompromiß „willkürlich und praxisfremd" und kündigte weitere Proteste an. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel rügte den Zeitplan der parlamentarischen Beratung des 116. Gegenüber Bundestagspräsident Jenninger kündigte er die Anrufung des Ältestenrats an, um mehr Zeit für die Beratungen zu erreichen.

Soldaten klagen über Mißstände

DW. Bonn

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Willi Weiskirch, registrierte im Vorjahr die Rekordzahl von mehr als 8000 Eingaben von Soldaten wegen Mißständen in der Bundeswehr. Bei der Vorlage des Jahresberichts 1985 führte er viele der beanstandeten Vorfälle auf Alkoholkonsum zurück. Der Wehrbeauftragte kritisierte in seinem Bericht die zeitliche Beanspruchung der Soldaten, die die „kritische Grenze" überschritten habe.

Seite 4: Mehr Licht als Schatten

Kohl trifft Peres in Stockholm

Co. Bonn

Bundeskanzler Kohl wird am Samstag am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Palme in Stockholm mit dem israelischen Regierungschef Peres zusammentreffen. Peres hat um die Unterredung gebeten. Möglicherweise will er sich noch einmal persönlich bei Kohl für dessen Mitwirkung bei der Ausreise des sowjetischen Dissidenten Schtscharanski nach Israel bedanken. *Eine Begegnung Kohl/Honecker* ist nicht verabredet, aber denkbar.

Um Hermes-Projekt bahnt sich Streit an

A.G. Bonn

Um die von Bundeskanzler Kohl beim jüngsten deutsch-französischen Gipfel wohlwollend in Aussicht gestellte Beteiligung an dem französischen Raumgleiter-Projekt Hermes bahnt sich in Bonn ein handfester Konflikt an. Wie gestern verlautete, weigert sich das Bundesfinanzministerium, ohne förmlichen Kabinettsbeschluß in Ressortgespräche über die Bereitstellung *zusätzlicher Haus*haltsmittel einzutreten.

Seite 13: Handfester Streit

Zöpel will vermitteln

DW. Düsseldorf

Die Neue Heimat will Nordrhein-Westfalen ihren gesamten Wohnungsbestand in dem Bundesland für 2,8 Milliarden Mark verkaufen. Der Düsseldorfer Städtebauminister Zöpel (SPD) erklärte, Düsseldorf werde sich nach sorgfältiger Prüfung des Verkehrswertes der 43 000 Wohnungen um geeignete Käufer bemühen. Die vom Aufsichtsrat der Neuen Heimat verlangte *Arbeitsplatzgarantie* für die Belegschaft lehnte Zöpel ab.

Seiten 2 und 13: Weitere Beiträge

Gonzalez will sich Entscheid beugen

DW. Madrid

Der sozialistische spanische Ministerpräsident Gonzalez will dem Willen des Volkes bei der gestrigen Abstimmung über den NATO-Verbleib Rechnung tragen, obwohl das Ergebnis nicht bindend für die Regierung in Madrid ist. Gonzalez löst damit ein Wahlversprechen ein, das er gab, als er noch für den NATO-Austritt war. Trotz seiner Bemühungen, *das Volk* von den Vorteilen eines NATO-Verbleibs zu überzeugen, zeichnete sich *eine Ablehnung ab.*

Schlüter bildet Kabinett um

g.m. Kopenhagen

Mit Blick auf die Parlamentswahlen im Herbst 1987 hat der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter sein Kabinett umgebildet. *Gleich* neun Ministerien wurden neu besetzt. „Es ist eine Mannschaft für die Zukunft", erklärte Schlüter. Die eigentlichen Schlüsselressorts blieben jedoch unangetastet. Der Versuch der Christlichen *Volkspartei, einen zweiten Mini*sterposten durchzudrücken, wurde abgeblockt.

Seite 5: Blick auf Wahlen

Ist Nicaragua Umschlagplatz für Drogen aus Südamerika?

Reagan lehnt Kompromiß über Hilfe für die „Contras" ab

DW. Washington

Ein ehemaliger Chefermittler des nicaraguanischen Innenministeriums, Balbizon, hat Nicaraguas Innenminister Borges bei einer Washingtoner Kongreß-Anhörung beschuldigt, mit Einnahmen aus dem *illegalen Drogenhandel seinen Luxus* in Managua finanziert zu haben. „Die Regierung von Nicaragua handelt mit Kokain", sagte er.

Die Sandinisten hatten derartige Vorwürfe beharrlich dementiert. Der *für Fragen* des Rauschgiftschmuggels zuständige Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Thomas, sag*te aus*, es bestehe der Verdacht, daß Nicaragua ein Umschlagplatz für Kokain aus Südamerika in die USA ge*worden sei.* Ein Vertreter der US-Rauschgiftfahndungsbehörden, Byrne, schränkte bei der Anhörung *allerdings ein, daß seine Dienststelle* nur einen Fall dokumentiert habe, um die Vorwürfe von Thomas erhär*ten zu können.*

Das Hearing fand zur selben Zeit statt, da Präsident Ronald Reagan seine Bemühungen im Kongreß fortsetzte, widerstrebende Abgeordnete zur *Unterstützung* für ein *Programm* von 70 Millionen Dollar Militärhilfe und 30 Millionen Dollar humanitärer *Leistungen für die „Contras" in Nica*ragua zu bewegen.

Reagan hat einen Kompromiß in *der Frage der umstrittenen amerika*nischen Unterstützung für die „Contras" zurückgewiesen. „In Sachen Freiheit schließt man keinen Kompromiß", betonte der Präsident. „Wer Kompromisse machen will, darf dies nicht mit dem Leben der Freiheitskämpfer, der Demokratie in Lateinamerika oder unseren eigenen Grenzen tun," so Reagan weiter.

Im Kongreß ist der Antrag des Präsidenten umstritten. Einige Parlamentarier haben *einen Kompromiß* unterbreitet, der vorsieht, daß die „Contra"-Gelder erst nach Ablauf einer Frist *ausgezahlt* werden, während der ein letzter Versuch für eine Verhandlungslösung in Nicaragua unternommen werden soll. *Die SPD* hat gestern den US-Kongreß aufgefordert, Präsident Reagan die beantragte „Contra"-Hilfe zu verweigern.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hintennachgedacht

Von Peter Gillies

Den Fragen von morgen schon heute die richtige Antwort zu geben – so etwa darf die Herausforderung des Politikers umschrieben werden. Das Gegenteil dieser Weit- und Umsicht wären jene, die sich mit den Fragen längst vergangener Zeiten befassen, täglich das Rad neu erfinden möchten und die Schlachten von gestern schlagen. Deswegen wird der „Vordenker" zu Recht als der Motor jeder Politriege empfunden.

Kurt Biedenkopf, mächtiger Fusionsgewinnler der Union, versteht sich als ein solcher Vordenker. Dieser Denkprozeß beginnt auch bei ihm mit der Feststellung, die Partei weise erschreckende „Defizite" auf. Sicherlich trifft das für die Agrarpolitik, für Umweltfragen und manche andere Bereiche (in und außerhalb der CDU) zu. Man hat – nicht nur in der Union – bestimmte Themen den Experten überlassen und den Zeitpunkt verpaßt, an dem sie eine kritische Masse erreichten. Der Unwillen und die Perspektivlosigkeit des Landvolks ist sicherlich eine Variante. Die Erkenntnis, daß die Umwandlung von Getreide in Biosprit einen teuren Umweg darstellt, ist nicht deshalb außer Kraft gesetzt, weil die CDU diese Lösung in ihr Agrarprogramm einspeiste.

Allerdings wären die vordenkerischen Warnungen, die heute jedermann erhebt, bereits vor zwei Jahrzehnten fällig gewesen. Auch in der Politik gilt nämlich das Gebot, die großen Probleme am besten schon dann zu lösen, wenn sie noch ganz, ganz klein sind. Anklagende Bemerkungen über erschreckende Defizite sind nur begrenzt hilfreich, wenn das Kind bereits im Brunnen liegt. Mancher Parteifreund mag einen zusätzlichen Hinweis darüber vertragen, was landesweit bereits offenkundig ist, aber Vordenkerei ist das längst nicht mehr. Es handelt sich um die Bewältigung uralter Versäumnisse, an denen man selbst durch Handeln oder Unterlassen mitgewirkt hat.

Gewählt werden Kompetenz und Perspektive. Der Bürger legt die Elle der Zukunft an, er sucht und findet Geborgenheit bei jenen, die Antworten für das Jahr 2000 zu erahnen versuchen. Das Beklagen von jahrzehntealten Defiziten interessiert ihn herzlich wenig. Und die Perspektiven brauchen Mehrheiten, um die man kämpfen muß. Da sind Nachdenker nicht weniger wichtig als Vordenker.

Im Land der Skipetaren

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit 2,7 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 28 000 Quadratkilometern ist Albanien, das sich als „sozialistische Volksrepublik" bezeichnet, ein kleines Land. Dennoch ist es ein wichtiger Schritt, wenn die Bundesrepublik Deutschland – wie zu erwarten ist – demnächst diplomatische Beziehungen mit Tirana aufnimmt. Albanien besitzt nämlich auf der Balkan-Halbinsel und am Eingang zum Adriatischen Meer eine strategische und politische Schlüsselposition.

Unter dem im vergangenen Jahr verstorbenen Parteichef Enver Hodscha hat das Land mit den Sowjets gebrochen, sich dann den Chinesen zugewandt und schließlich auch ihnen das Tischtuch zerschnitten. Seither existiert es im Zustand isolierter Unabhängigkeit.

Isoliert oder nicht – daß das Land unabhängig bleibt, ist für den Westen, der dem albanischen Kommunismus gewiß nur wenig Geschmack abgewinnen kann, von entscheidender Bedeutung. Daß die albanischen Kommunisten sowohl die Sowjetunion als auch die USA attackieren, kann der Westen hinnehmen. Auch die gespannten Beziehungen Albaniens zu Jugoslawien wegen der Konflikte um die albanische Volksgruppe im Kosovo sind eine Realität, an der sich so bald nichts ändern dürfte. Um so wichtiger erscheint es, daß die politisch und ökonomisch gewichtigen westeuropäischen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, in Tirana vertreten sind.

Die Albaner sind, was ihre Unabhängigkeit betrifft, ein sehr sensibles Volk. Die Russen verdanken die Tatsache, daß sie in Tirana ausgespielt haben, nicht zuletzt vielen Taktlosigkeiten. Bonn hat in Tirana, ungeachtet ideologischer Unterschiede, angesichts der traditionellen Verbindung zwischen Albanern und Deutschen ein relativ günstiges Entree. Voraussetzung für Beziehungen ist allerdings, daß Tirana realistisch ist und von seinen bisherigen Reparationsforderungen abgeht.

Der neue albanische Parteichef Alia hat ausdrücklich betont, Albanien empfinde sich als „europäisches Land". Das ist eine Basis, von der aus beide Seiten an ihre künftigen Beziehungen herangehen sollten.

Stufenweise Rückkehr

Von Peter Schmalz

Vor seiner Zeit als bayerischer Justizminister ließ sich August R. Lang „Gustl" nennen; Ruhe und Gemütlichkeit sind auch heute noch seine Markenzeichen. Doch die Ausfälle der Sozialdemokraten gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage veranlaßten den biederen Oberpfälzer zur Verlesung eines Flugblatts im Landtag, dessen Verfasser eine Notwendigkeit sehen, den Staat zu zerschlagen „nicht nur wegen Wahnsinnsprojekten wie die WAA, sondern wegen dem gesamten Schweinesystem". Mit diesen Leuten, sagte Lang, „verbindet sich der Kollege Hiersemann!"

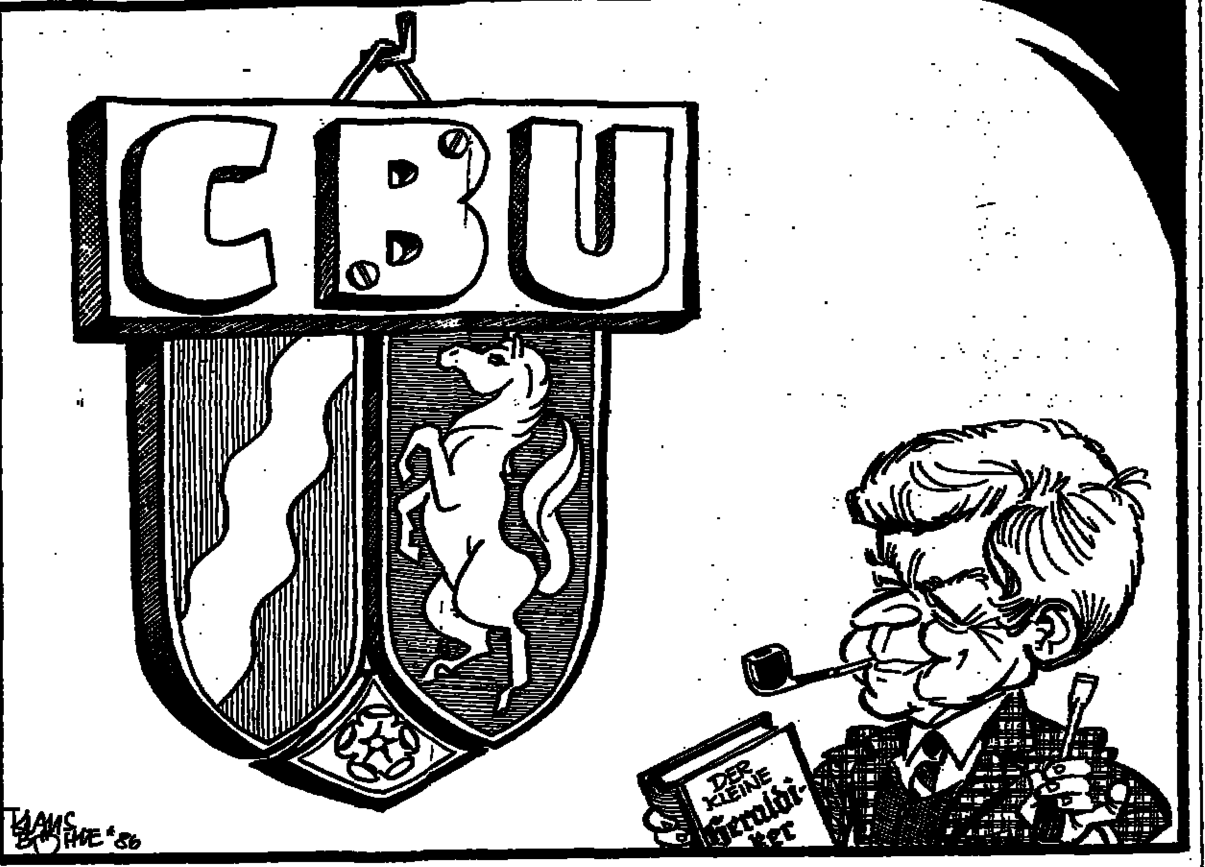
Der Kollege ist Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl und ging daher wie eine Rakete hoch. Wie eine Dreistufenrakete, aber eine von besonderer Art: in der ersten Stufe hoch, dann stufenweise wieder herunter.

Die Fraktion der SPD verkündete dramatisch: Solange Lang bei dieser Aussage bleibt, verlassen wir den Landtag, wenn er hereinkommt. Dies löste Heiterkeit aus, und so war die zweite Stufe schon um eine Nummer kleiner: Wir ziehen erst aus, falls er das Wort ergreift.

Die dritte Stufe wird minimal: Der unglückliche Hiersemann, der seinen Trotz nicht durchhalten kann, möchte im Landtag bleiben, und Lang soll ihm den Weg ebnen durch ein Gespräch unter vier Augen. An einem „neutralen Ort", wie es im Einladungsschreiben an den Minister heißt.

Im Landtag offenbar nicht. Also wo? Im Hofbräuhaus? Ist nicht neutral, dort sitzt der Alois, der der bayerischen Regierung die Erleuchtung bringen soll. In der alten preußischen Gesandtschaft? Geht nicht, dort sitzt jetzt Strauß mit seiner Staatskanzlei. Wie wär's mit einem Gipfeltreffen auf dem höchsten der deutschen Berge, der Zugspitze? Dort fegt ein garstiger Wind; vielleicht wäre der Beichtstuhl der Altöttinger Gnadenkapelle besser geeignet. Denn im Wirtshaus daneben führt Gerold Tandler eine köstliche Küche – einem saftigen Schweinsbraten aber war Hiersemann noch nie abgeneigt.

Egal wo, die Affäre muß weg. Denn seit dem Landtagseklat tauchen täglich neue Nachrichten auf über die Agitationsbündnisse der SPD in Wackersdorf. Wehe, wenn die Wähler das auch noch erfahren.



Wer A sagt, muß auch B sagen KLAUS BÖHLE

Ein trübes Geschäft

Von Harald Posny

Gestern befaßte sich der nordrhein-westfälische Landtag mit dem Kauf von rund 2400 Wohnungen der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen durch das Land. Tags zuvor konstituierte sich der zweite Untersuchungsausschuß, der im Titel *„Neue Heimat" führt. Sein Thema* für die nächsten Wochen ist die Wohnungsbaupolitik der Regierung Johannes Rau, aber auch die Frage, in welchem Umfang die Neue Heimat Spenden an Stiftungen, Privatpersonen oder Parteien gezahlt hat.

Anlaß für diesen Ausschuß war das Bekanntwerden eines Prüfungsgutachtens des Landesrechnungshofes, der Zweifel an der marktgerechten Abwicklung von Geschäften der landeseigenen Wohnungsbauförderungsanstalt geäußert hat. Nach dem Bekanntwerden eines Prüfberichts der Oberfinanzdirektion Düsseldorf, der Spendenzahlungen der Neuen Heimat an Parteien und eine Stiftung offenlegte, war der Untersuchungsauftrag um diesen Punkt erweitert worden.

Aber schon der wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Aspekt gibt genügend Anlaß, sich mit Praktiken des nordrhein-westfälischen Städtebauministers Christoph Zöpel (SPD) auseinanderzusetzen, der bereits als Kronprinz gehandelt wird, falls Rau tatsächlich den Sprung nach Bonn schaffen sollte. Weder die gestrige Landtagsdebatte noch Äußerungen bis zu diesem Zeitpunkt erhellen den Eifer, mit dem der Ankauf von zunächst 2400, in Kürze vielleicht weiterer 37 000 Wohnungen vom Land so schnell vorangetrieben wird.

Sehr wohl hätte man die Sondierungen, deren Ergebnis sich die Länder-Wohnungsbauminister Anfang Mai anhören wollten, abwarten können. Bis dahin hätte der Neue-Heimat-Eigentümer DGB mit seinem „trouble shooter" und ehemaligen Dresdner-Bank-Vorstandsmitglied Meier-Preschany eine Bestandsaufnahme sowohl quantitativer als auch qualitativer Art und ein Gesamtkonzept zur Sanierung des Immobilien-Konzerns vorlegen können. Etwa sieben Milliarden DM stehen auf dem Spiel. So hoch ist die Verschuldung des Konzerns. Die Banken halten still. *Es geht auch um ihr Geld.* Statt nun dieses Gesamtkonzept abzuwarten – und in dieser Zeit wäre, wie auch weiterhin, den Sozialmietern kein Haar gekrümmt worden –, wird der Immobilienbesitz nun länder- und scheibchenweise angeboten.

Und siehe da: Nachdem es früher hieß, die Sozialbindung solle langfristig durch Übernahme durch gemeinnützige (oder landeseigene) Gesellschaften gesichert werden, will man jetzt den Weg der Privatisierung à la Hessen einschlagen. Schon vorher waren andere Projekte mit Verkäufen an die Allianz und Rückmietung durch die Neue Heimat gestartet worden.

Modelle über Modelle, nur eine einheitliche Linie ist nicht zu erkennen. Dabei gesteht Zöpel selbst ein, daß vieles vielleicht gar nicht zu verkaufen ist, zumal das, was ohnehin wegen fehlender Vermietbarkeit mit 8000 Einheiten leersteht. Daraus muß gefolgert werden, daß hier und da die Rosinen, und die gibt es auch, privat verkauft werden – dies hoffentlich mit günstigen Konditionen der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft –, in Nordrhein-Westfalen aber von Zöpel die Katze im Sack gekauft wird, also auch Unvermiet-, vielleicht sogar Unbewohnbares, was dann auch städtebaulich unter den Preßlufthammer gehört.

Damit erhebt sich die Frage nach dem Preis – und der Verdacht einer nur schlecht kaschierten Subventionierung oder vielmehr Zuschiebung von Steuergeldern an eine politisch nahestehende Firma, der soundsovielten solchen Machenschaft im Neue-Heimat-Bestand. Wenn Zöpel den von der Westdeutschen Landesbank errechneten Verkehrswert mit 165 Millionen DM angibt, aus dem dann beim ersten Deal mit 2385 Wohnungen ein Kaufpreis durch das Land von 142,5 Millionen DM wurde, ist nicht schwer zu erkennen, daß dies zuviel war. Zumal da die WestLB an ihre Kredite denkt. Jedermann weiß, daß Immobilien, in Notzeiten verkauft, weniger als normalerweise bringen. Was da zuviel gegeben wurde – gar im Zusammenhang mit Wohnungen, die ohnehin abgerissen werden müssen! –, ist ein Geschenk auf Kosten der Steuerzahler an die Neue Heimat.

Ermuntert durch das glatt verlaufene Geschäft, setzt die Neue Heimat in Nordrhein-Westfalen noch eins drauf. Sie fordert das Land auf, jetzt auch noch die Sorge für 420 Beschäftigte der Neuen Heimat zu übernehmen. In die Verkaufsverhandlungen für die restlichen 37 000 Wohnungen soll die „Arbeitsplatzsicherung gleichwertig und gleichrangig" einbezogen werden. Zöpel, der in einer ersten Äußerung solchem Begehren widersprach, wiederholte diese Ablehnung gestern im Landtag nicht *mehr. Nur vergessen?*

Die Dreistigkeit des Eigentümers DGB ist hier nicht zu überbieten. Da wurde jahrelang durch eine staatlich subventionierte Mißwirtschaft ohnegleichen der Konzern soweit getrieben, daß er trotz vorhandener hauseigener Aufsichtsräte tief in lebensbedrohende rote Zahlen geriet, und jetzt fordern die Verantwortlichen, daß mit dem Verkauf und mit dem Wegfall der Beschäftigungsgrundlage auch die Mitarbeiter vom Erwerber übernommen werden.

Von den anderwärts von Gewerkschaftsseite geforderten und erstrittenen Sozialplänen weiß man wohl nichts. Fehlt nur, daß aus Kritik an diesen Forderungen nun auch gefolgert wird, man wolle die Streikfähigkeit der Gewerkschaften schwächen. Jedenfalls gibt es hier einen Unternehmer, der den Parteien gegeben hat und nun vom Staat reichlich bekommt. In beiden Fällen auf Kosten der Bürger, von denen nicht wenige fragen, *ob Rau hier eine Art Bonner Ein*stand zahlt.



Was Wohnungen wert sind: NH-Verwaltung in Hamburg FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Hassan II.

Gott, Volk, König

Von Achim Remde

Wenn ausgewachsene Generäle und arrogante Minister seine Hand küssen, können aufgeklärte Europäer nur staunen. Er lebt in grenzenlosem Luxus, seine Macht ist absolut, er läßt stundenlang auf sich warten. Für sogenannte Progressive ist er ein rotes Tuch, und auch andere tun sich schwer mit ihm. Lebt sein Volk nicht in Armut? Ist die von ihm erfundene „Demokratie nach Art Hassans" nicht eine Parodie?

Doch wenn er, auf rotem, mit goldener Krone beprägtem Leder sitzend, das „liebe Volk" anspricht, hat seine Rede Gehalt und Wärme. Wenn er sich den Fragen der internationalen Presse stellt, ist er bemerkenswert informiert und schlagfertig, und wenn er auf einem Araberhengst, der wirklich das Adjektiv feurig verdient, langsam an den langen Reihen marokkanischer Honoratioren vorüberreitet, die, im weißen Kapuzenmantel, sich verbeugen und dann zurücktreten, spürt auch der Fortschrittsgläubige die Stärke einer vierzehn Jahrhunderte währenden Tradition.

Ob ein schwacher Herrscher sie bewahren könnte? Als Hassan II. 1961 im Alter von 32 Jahren den Thron von seinem Vater ererbte, dem großen Muhammad V., der Marokko in die Unabhängigkeit führte, schienen Zweifel angebracht: ein Playboy, der nicht als Student der Rechte in Bordeaux, sondern im internationalen Jet-set geglänzt hatte. Heute ist sein Privatleben kein Thema mehr. Er hat zwei Staatsstreiche überlebt und niedergeschlagen.

Innenpolitisch Architekt einer Synthese zwischen Tradition und Fortschritt, der sich im Volk Respekt verschafft hat, hat er sich international als kompetenter Gesprächsparter mit Sinn für Augenmaß profiliert und als gewiefter Taktiker erwiesen.

Vergleiche mit dem Schah Irans, der ihn vor seinem Tode vor übereilten Reformen gewarnt haben soll, scheinen nicht angebracht. Seine Stärke beruht auf einem feinen Gespür für den Umgang mit der Macht, die ihm in den Schoß gefallen ist. Das Golfspiel mit seiner breiten Skala zwischen langen, kräftigen Drives und millimetergenauen, feinfühligen Putts ist sein Lieblingssport. Er erfindet politische Geniestreiche: ein Bündnis mit seinem Antipoden Khadhafi, das von erstaunlicher Haltbarkeit ist, ein Beitrittsgesuch zur Europäischen Gemeinschaft, das deren Behörden auf Jahre hinaus in Ratlosigkeit versetzt. So füllt er geschickt die Rolle aus, die zu spielen ihm vorbestimmt ist.



Vom Playboy zum Staatsmann: Hassan II. FOTO: CAMERA PRESS

Er hat Marokko den Ruf verschafft, eines der stabilen Länder arabischer Zunge zu sein. In riesigen weißen arabischen Schriftzeichen haben die Soldaten der königlichen Armee in den Sand der von ihnen eroberten ehemals spanischen Westsahara geschrieben: „Allah – al-Watan – al-Malik" – „Gott – das Volk – der König". Solange die drei zusammenwirken, wird Marokko seine Stabilität erhalten. Und es stört den Malik nicht, daß er an dritter Stelle steht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Das Bonner Blatt meint zu den Ermittlungen gegen Kohl:

Die Affäre weitet sich aus. Die Ungewißheit, ob Kohl eines Tages der Prozeß gemacht wird, muß das Regierungslager alarmieren. Die Ablenkung von den eigentlichen Regierungsaufgaben ist groß und ärgerlich ... Mit einem Verfall des Kanzler-Bonus sammelt der bisher als eigentlich hoffnungsloser Hoffnungsträger betrachtete SPD-Kanzlerkandidat Rau ohne besondere eigene Verdienste und Anstrengungen auf einmal einen Pluspunkt nach dem anderen.

WASHINGTON POST

Die Heidelberger Zeitung kommentiert zum Paragraphen 116:

Hervorzuheben ist der Neutralitätsausschuß, der nun, entgegen dem Vorschlag der Sozialausschüsse, nicht mit Neutralen besetzt werden soll. Damit obliegt die Entscheidung dem Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, der sozusagen das Zünglein an der Waage spielen darf, falls sich die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht auf die Zahlung von Kurzarbeitergeld einigen können. Gerade diese „Pattsituation" wollte man mit neutralen, vom Bundesarbeitsgericht berufenen Mitgliedern verhindern. Somit stellt sich die Frage, ob mit dem jetzigen Kompromiß ein Auseinanderfallen der Sozialausschüsse verhindert werden kann. Gustav Fehrenbach jedenfalls ließ wissen, daß er keinesfalls geneigt ist, den Vorschlägen der CDA in allen Punkten zuzustimmen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Sie geht auf Marcos' Millionen ein:

Die finanziellen Guthaben der Marcos-Familie werfen die interessante Frage nach den Auslandsschulden (der Philippinen) auf. Jahrelang haben Ferdinand Marcos, seine Frau Imelda, ihre Verwandten und ihre Klientel die philippinische Wirtschaft ausgeplündert und ihre Beute in großem Umfang ins Ausland transferiert. Als die neue Regierung unter der Präsidentin Corazon Aquino ins Amt gelangte, belief sich die Auslandsverschuldung der Philippinen auf rund 26 Milliarden US-Dollar. Wieviel davon sind nun Schulden des philippinischen Staates und wieviel davon sind Schulden des ins Ausland gegangenen Herrn Marcos und seiner Familie? ... Die Vereinigten Staaten haben Herrn Marcos und seiner Gefolgschaft eine sichere Zuflucht versprochen. Sie haben jedoch kein Versprechen abgegeben, bei einem großen Diebstahl zu mitzuhelfen.

ПРАВДА

Die sowjetische Parteizeitung zieht eine Bilanz der sozialistischen französischen Außenpolitik:

Der außenpolitische Kurs der sozialistischen Regierung hat in den letzten Jahren ... bei all seiner Widersprüchlichkeit und Zweideutigkeit und trotz der Rückfälle in den „kalten Krieg" und den Antisowjetismus in gewissem Maße neue Tendenzen zur Stärkung des Friedens in Europa gezeigt. Bemerkbar machte sich auch das Streben bestimmter einflußreicher Kreise des Landes, eine den nationalen Interessen Frankreichs entsprechende eigenständige Politik zu erhalten. Neben solchen von fortschrittlichen Kräften scharf kritisierten Aktionen wie den neokolonialistischen militärischen Abenteuern in Tschad und Maßnahmen zur Annäherung an die BRD im militärisch-strategischen Bereich hat Frankreich offen die Vorbereitungen der USA für eine militärische Invasion Nicaraguas verurteilt.

Washingtons gefährliche Waffenspiele in Nahost

Die Saudis sind aber keine sicheren Partner / Von Peter M. Ranke

Als die Israelis vor vier Jahren nach Libanon vorstießen, fanden sie in den Waffenlagern der PLO Kisten mit Munition und M-16-Gewehren, die laut Aufschrift aus den USA nach Saudi-Arabien geliefert worden waren. Die Saudis beliefern auch Irak im Krieg gegen Iran. Es ist keinesfalls sicher, wo die ins Königreich verkauften Waffensysteme *bleiben*.

Die ungeheure Aufrüstung hat das Prinzenregime nicht stabiler gemacht. Sie kaufen sich bei radikalen Regierungen (Syrien, Irak) oder Terrorgruppen durch Geld und Waffenlieferungen frei. Doch wenn es in der Nachbarschaft kriselt, wie beim iranischen Vorstoß auf Fao und damit gegen die Grenze Kuwaits, oder bei den blutigen Machtkämpfen der Marxisten in Aden, wird man im Hause Saud nervös und fürchtet um Öleinnahmen und eigene Sicherheit.

Der agile (und am Waffenhandel verdienende) Verteidigungsminister Prinz Sultan, der kommende Kronprinz unter einem prosyrischen König Abdallah nach der Ära Fahd, weiß für solche Fälle immer Rat: Kauft noch mehr Waffen. Die saudischen Streitkräfte, rund 60 000 Mann, können das Arsenal nicht verkraften. Daher dienen bereits Tausende von „Leihsoldaten" aus Pakistan, Jordanien und Marokko bei den Saudis.

Nachdem England erst vor gut drei Wochen das bisher größte Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien geschlossen hatte (insgesamt sieben Milliarden Dollar, vorwiegend mit Rohöl bezahlt), will nun auch Präsident Reagan für über 320 Millionen Dollar Sidewinder-Raketen für die Luftwaffe, Harpoon-Raketen gegen Schiffsziele und Stinger-Flugabwehrraketen liefern. Diese *Lieferung ergänzt* das englische Geschäft: 72 Tornado-Kampfflugzeuge, 30 Hawk-Trainingsflugzeuge und 30 Pilatus-Trainingsmaschinen aus der Schweiz. Dazu kommen Ersatzteile, Ausbildung und Umrüstung auf amerikanische Systeme wie die Sidewinder. Die Kosten werden von dem Prinzenregime einem Lande auferlegt, dessen Devisenreserven angesichts des Ölpreisverfalls schnell sinken. Schon im letzten Budget klaffte ein Loch von mehr als zehn Milliarden Dollar. Wenn man berücksichtigt, was für Folgekosten die Aufrüstung nach sich zieht, dann sind für zivile Geschäfte schlechte Zeiten vorauszusehen.

Die Amerikaner und wohl auch die Briten gehen wie die Franzosen, die den Saudis für 3,5 Milliarden Dollar eine neue Marine liefern, von dem Kriegsspiel aus, daß die Saudis ihre Ölfelder schützen wollten. Dafür aber reicht keine Rüstung aus, und fraglich ist, ob sich die fünf Millionen eingeborenen Saudis wirklich mit den Persern schlagen würden. Kämen die Sowjets wie in Afghanistan, müßte Amerika eingreifen. Oder der Westen müßte auf das Golföl verzichten, was er notfalls kann.

Die Bedrohung durch die Perser wird von Präsident Reagan als der offizielle Grund für das neue Waffengeschäft genannt. Teheran hat zwar die „Reaktionäre" am Golf immer wieder gewarnt, Irak mit Waffen oder Munition zu unterstützen, doch läßt es andere Lieferungen über Kuwait passieren. Iran ist durch den Golfkrieg so ausgeblutet, daß es neue militärische Abenteuer scheut, nicht aber die Unterstützung schiitischer Terrorgruppen und revolutionärer Zellen am Golf. Die Gefahr für die *Saudis* und andere Scheichtümer droht wie eh und je von innen, nicht durch Aggression von außen. Sollten aber Umstürzlern die Riesenmengen westlicher Ausrüstung und Waffen in die Hände fallen, wird die Lage am Golf bestimmt nicht sicherer.

In der Realität paßt viel eher die Analyse der Israelis: daß die radikalen Schiiten in Iran sich mit den radikalen Sunniten in Saudi-Arabien eines Tages gegen den Westen zusammentun könnten, wenn der fromme und antiwestliche Kronprinz Abdallah in Riad das Ruder ergreift. Denn im Ziel der Vernichtung Israels und in ihrem Antiamerikanismus *sind sich* die meisten schiitischen und sunnitischen Länder im Zeichen des wachsenden Fundamentalismus einig.

Dann entsteht die Ausgangslage für einen neuen, für die Araber entscheidenden Krieg gegen Israel: die arabische „Südfront" von Ägypten über Jordanien bis Syrien mit saudischen Reserven an Waffen und Eingreifbrigaden bei Akaba. Ägyptisch-jordanische Manöver finden bereits statt. Im Zweifelsfall braucht Kairo den Frieden gar nicht zu brechen, sondern nur drei bis vier Divisionen am Suez zusammenzuziehen, um die Israelis zu lähmen. Der Hauptstoß würde dann über den Golan und über Akaba erfolgen, mit sowjetischen und westlichen Waffen und einer starken arabischen Luftwaffe und Marine.

Das Ziel, Israel mit Hilfe des Westens und der Sowjetunion totzurüsten, hat die arabische Welt nie aufgegeben. Die massive Aufrüstung Saudi-Arabiens ist ein wichtiger Meilenstein in diese Richtung.

Im Watt steht noch mancher Zwist bevor

Nun hat auch Niedersachsen seit gestern offiziell seinen Naturpark Wattenmeer. Doch wie im Detail die neuen Schutz- und Nutz-Bestimmungen gehandhabt werden – darüber *wird es noch ein langes* Gerangel geben zwischen Naturschützern und Landwirten, Fischern und Hobby-Seglern, Fremdenverkehr und Öl-Industrie.

Von MICHAEL JACH

Über das, was auf ihn zukommt, gibt Claus-Dieter Helbing sich keinen Illusionen hin: „Es wird schwierig werden." Der 46jährige, durchaus nicht wie ein Pessimist wirkende frühere Baudirektor *im niedersächsischen Landwirt*schaftsministerium hat als „Sonderbeauftragter" der Landesregierung die höchst undankbare Aufgabe übernommen, die am 1. Januar erlassene Verordnung über den Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer zwischen Emden und Cuxhaven ins Werk zu setzen. Ins Werk setzen – angesichts verwirrend ineinander verhakter, gegensätzlicher Schutz- und Nutzinteressen an der einzigartigen Gezeitenlandschaft heißt das zunächst vor allem: durchsetzen.

Eigentlich gibt es den gestern von Ministerpräsident Ernst Albrecht in Wilhelmshaven mit Festakt und Fototermin „eröffneten" Nationalpark noch gar nicht. Die dreifach gestuften Schutzzonen sind zwar auf dem Kartenpapier penibel gestrichelt und schraffiert, müssen aber in den Wattengebieten selbst erst noch gekennzeichnet werden. Bis zur Urlaubssaison hofft Sonderbeauftragter Helbing damit ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Doch da sind Fragezeichen: Noch sind die mit dem Bundesverkehrsministerium zu treffenden Festlegungen der zulässigen Schiffahrtswege im Nationalpark nicht unter Dach und Fach. Und vom Verband der 23 000 niedersächsischen Sport- und Freizeitsegler dräut eine *Verwaltungsklage, weil die Männer* an der Pinne ihre Reviere in den Küstengewässern unbillig beschnitten sehen.

Selbst die Nationalparkverwaltung in Wilhelmshaven, im Behördensystem der Bezirksregierung Weser-Ems Oldenburg zugeordnet, hat ihre elf Planbeamten nicht vor dem 1. April komplett an Ort und Stelle. In der alten Berufsschule in der Weserstraße 78, von der Stadt für Helbing und seine Mannschaft eilig renoviert, ging es bis zum gestrigen „Eröffnungstag" noch recht provisorisch zu. Doch der Nationalparkchef gibt sich gelassen: „Wir wollen das nun erst mal anlaufen lassen."

Spielraum für Kulissenkämpfe

Solange aber von Verwaltungsseite noch längst nicht alles geklärt und geregelt erscheint, nutzen die unterschiedlichen Parteien des Naturschutzes, der Fischerei, der Landwirtschaft, der Erdölindustrie und – im Landtagswahljahr erst recht – der Politik den zeitlichen Spielraum für Verlautbarungs- und Kulissengekämpfe, um je für sich vielleicht doch noch etwas „rauszuholen". Während die Landesregierung ihre naturschützerische „Jahrhundertentscheidung" populär zu machen sucht, schimpfen ihre Gegner über „Etikettenschwindel" und „Mogelpackung".



Auch die Reusenfischer im Watt fürchten um ihre „angestammten Rechte" FOTO: SCHILLING/DPA

Denn jene 54 Prozent der 240 000 Hektar Nationalparkfläche, die als „Zone 1" oder „Ruhezone" einem (fast) totalen Befahrens-, Betretens- und Veränderungsverbot unterliegen, bleiben nicht ohne Auswirkun*gen auf die hergebrachten Gewerbe*zweige der gewiß nicht mit üppigem Reichtum gesegneten Küsten- und Inselbevölkerung. Krabbenfischer fürchten um Fanggründe, Landwirte um Weidegründe auf den Vordeichwiesen, Gastronomie- und Beherbergungsgewerbe vor allem in den Küstenbadeorten *Ostfriesland* und der Wesermarsch fürchten um Feriengäste, wenn das Wattwandern reglementiert wird.

Ihrer aller Existenzinteressen will *die Landesregierung genügen mit der* „Zone 2" oder „Zwischenzone" (45 Prozent der Fläche), in deren Grenzen eingeschränkte Nutzungen zugelassen werden. Darüber hinaus wird es selbst für die „Zone 1" eine Fülle von Ausnahmegenehmigungen geben. Und das verbleibende eine Flächenprozent dient *als „Zone 3"* oder „Erholungszone" ausschließlich dem Fremdenverkehr, insbesondere auf den Ostfriesischen Inseln.

Eben diese Kompromißlösungen indes bringen die organisierten Naturschützer in Harnisch. Aus ihrer Sicht ist die Nationalpark-Verordnung „völlig mißraten": „keine Schutz-, sondern eine Nutzungsregelung", die allein der „Vermarktung des Wattenmeers" dienen solle. Besonders mißtrauisch stimmt die „Aktionskonferenz Nordsee", den Landesverband Bürgerinitativen Umweltschutz, den Vogelschutzbund *oder den World Wildlife Fund, daß* nicht eindeutig geklärt ist, ob im Nationalpark auch künftig Erdöl und Erdgas gesucht und gefördert werden darf. Im Jadebusen vor Wilhelmshaven hatte die Mobil Oil im letzten Herbst noch eilig Explorationsbohrungen niedergebracht, bevor die Schutzverordnung in Kraft trat.

Nach Recht und Gesetz können erworbene Förderkonzessionen nicht wieder entzogen werden. So werden zwei Bohrstellen in der Zwischenzo*ne und eine Förderplattform in der* Ruhezone bestehen bleiben, bis die jeweiligen Lagerstätten erschöpft sind.

Ein „Systemloch" vor der Elbmündung

Weitere Gründe zur Unzufrieden*heit finden Naturschützer in dem* Umstand, daß der Dollart vor Emden aus dem Nationalpark ausgegrenzt bleibt – mit Rücksicht auf das derzeit mit den Niederlanden noch strittige, vom Deutschen Bundestag jedoch bereits gebilligte Dollarthafen-Neubauprojekt. Nicht die Regierung in Hannover, sondern den Hamburger Senat trifft der Vorwurf, mit dem Wattendreieck vor der Elbmündung um die Inseln Neuwerk und Scharhörn klaffe zwischen dem schleswigholsteinischen und dem niedersächsischen Nationalpark ein gefährliches „Systemloch", solange dieser maritime Teil des hansestädtischen Staatsgebietes nicht unter gleiche Schutzbestimmungen gestellt werde.

Im Eifer des Engagements indes haben sich die Ökologen ein psychologisch womöglich folgenschweres Eigentor eingehandelt. Denn jenes Nordsee-Gutachten, das im vorigen Herbst unter Federführung des hannoverschen Öko-Professors und Grünen-Gründervaters Konrad Buchwald der Deutschen Bucht den absehbaren biologischen Kollaps – ähnlich dem des deutschen Waldes – vorhersagte, wird inzwischen von all denen mit Augenaufschlag zitiert, die *das niedersächsische Nationalpark*-Konzept am liebsten loswürden.

Solange nämlich die Nordsee insgesamt nicht vor Ölrückständen, Schwermetallen, Dünnsäuren, chlo*rierten Kohlenwasserstoffen und* Phosphaten aus Schiffsbäuchen, Flußmündungen und den Abwasserrohren der Hafenstädte bewahrt werde, könne auch ein Nationalpark Wattenmeer den schleichenden Tod der „Kinderstube ungezählter Vogel- und Fischarten" nicht bremsen. Die Auftraggeber des Gutachtens, die um ihre Gäste besorgten Bürgermeister der sieben Ostfriesischen Inseln, erleben es nun, daß die Konkurrenz hinter den Festlanddeichen diese Argumente gegen das Projekt wenden.

Nationalpark-Chef Helbing aber will sich keinesfalls irremachen lassen: Über kurz oder lang werde es gewiß gelingen, „den Küstenbewohnern klarzumachen, daß der Nationalpark eine gute Sache ist".

Österreich und die Nazis – ein Fall von Sonderbewußtsein

Österreich und seine NS-Vergangenheit – Opfer oder Mittäter? Der sogenannte Fall Waldheim hat eine Diskussion entfacht, die wenig populär ist.

Von C. G. STRÖHM

Der Witz ist vielleicht nicht ganz neu, hat aber im Zusammen*hang mit* jüngsten Auseinandersetzungen um die angebliche „NS-Vergangenheit" des ÖVP-Präsidentschaftskandidaten und ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kurt *Waldheim neue Aktualität gewon*nen: Da fragt ein Zeitgenosse einen anderen, welches die größte Leistung der österreichischen Politik nach 1945 gewesen sei. Die Antwort: „Daß sie aus Adolf Hitler einen Deutschen und aus Ludwig van Beethoven einen Österreicher gemacht haben."

Wie ist Österreich mit der national-sozialistischen Vergangenheit fertig geworden? Stimmt der gerade in Wien oft zu hörende Vorwurf, die Österreicher hätten das Dritte Reich noch weniger „bewältigt" als die Deutschen? Offiziell gilt Österreich als erstes Opfer der Aggression Hitlers – und folglich auch *als Land, das* 1945 durch den Sieg der Alliierten von deutscher Herrschaft und in seiner Unabhängigkeit wiederhergestellt wurde.

Inoffiziell wissen die meisten Österreicher, vor allem jene der mittleren und älteren Generation, daß die *militärische* Besetzung Österreichs durch die Wehrmacht im März 1938 eine Massenbegeisterung auslöste, so daß die Gegner des „Anschlusses" (unter ihnen auch die Familie des jet*zigen Präsidentschaftskandidaten* Waldheim) an einen Widerstand gar nicht zu denken wagten. Nicht zu vergessen: Bis auf wenige Habsburg-Legitimisten waren fast alle Österreicher – linke wie rechte, Katholiken wie Sozialisten – davon überzeugt, daß das kleine Rumpf-Österreich gar nicht lebensfähig sei.

Schon 1918 gab es den Wunsch nach dem Anschluß

Schon am Beginn der Republik Österreich, die sich anfangs offiziell „Deutsch-Österreich" nannte, stand nach dem Zusammenbruch 1918 der Wunsch nach dem Anschluß an Deutschland. Dieser Anschluß wurde der damals entscheidend auch von Sozialdemokraten getragenen Regierung durch die siegreichen Alliierten verboten. Längst vor Hitler gab es 1930 einen zweiten Anlauf: Den Versuch einer Zollunion zwischen Österreich und der Weimarer Republik. Auch das wurde, vor allem auf Betreiben Frankreichs, verhindert. Der Anschluß wurde also zunächst von de*mokratischen, sogar* sozialistischen Politikern – allerdings vergeblich – versucht. Hitler hatte dann auch hier jenen „Erfolg", der seinen Gegnern versagt blieb. Daß er, der gebürtige Österreicher, eigentlich kein rechtes Verhältnis zum Land seiner Herkunft mehr hatte, steht auf einem anderen Blatt.

Kennzeichnend für eine ganze österreichische Generation, die den Verlust der Großmachtstellung und des Großraums der alten Donaumonarchie nach 1918 nicht verwinden und sich nicht mit dem Dasein in einem Kleinstaat abfinden wollte, war der „deutsch-nationale" österreichische (und später deutsche) General und Militärpolitiker Edmund Glaise-Horstenau (der in amerikanischer Haft *1946* Selbstmord beging). In seinen nachgelassenen Memoiren wird er buchstäblich hin- und hergerissen zwischen „großdeutschem" Bekenntnis einerseits und tiefer Enttäuschung über die Realität des Anschlusses andererseits.

Schon hier wird deutlich, daß das „Großdeutsche Reich" für viele Österreicher eine zweite Wahl war – ein Ersatz, den man deshalb akzeptierte, weil das „eigentliche" Reich, nämlich das große Österreich, das bis an die südliche Adria und nach Galizien reichte, nicht mehr zu haben war. *Er habe, so dieser österreichische Of*fizier, von einem „ganz anderen Anschluß" mit einem „ganz anderen Deutschland" geträumt. Und dann klagt er über die „entsetzliche Unitarisierung und Zentralisierung" des Dritten Reiches und über das fehlende Verständnis für die historische Rolle Wiens.

Viele Österreicher der damaligen Generation haben diesen inneren Zwiespalt und auch diese enttäuschte Liebe zum „Reich" so empfunden und früher oder später durchlebt. Dies und die geschichtliche Entwicklung – der Weg in eine *beispiellose* historische Katastrophe 1945 – haben, wie ein prominenter Mann des österreichischen Widerstandes den Verschwörern des 20. Juli 1944 mitteilen ließ, den Anschluß-Gedanken in den Österreichern abgetötet. Die Vereinigung mit Deutschland im „Großdeutschen *Reich"* ließ das österreichische Sonderbewußtsein wiedererstehen – stärker denn je. Die Entwicklung gab jenen Österreichern recht, die sich von Anfang an dem Anschluß widersetzt hatten.

Dennoch bleibt Tatsache, daß Hunderttausende von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht und auch in der Waffen-SS gedient haben und daß der Widerstand gegen das NS-Regime bis in die letzte Phase des Zweiten Weltkriegs in Österreich sicher nicht ausgeprägter war als irgendwo sonst in den „Gauen" des „Altreichs". Ebenso wie in den deutschen Besatzungszonen gab es nach 1945 auch in Österreich eine Entnazifizierung, die zumindest theoretisch noch viel *schärfer gehandhabt wurde*.

Es gab aber gegenüber Deutschland zwei gravierende Unterschiede: In Österreich existierte, wenn auch unter alliierter Oberaufsicht, von Anfang an eine eigene Regierung. Und außerdem lag es im staatspolitischen und außenpolitischen Interesse der zweiten österreichischen *Republik*, die „Nazi-Herrschaft" als eine Fremdherrschaft, ja als eine ausländische Okkupation darzustellen. Eine ausländische Okkupation ließ sich dadurch erledigen, daß man die Okkupanten außer Landes jagte und deren Kollaborateure bestrafte. Die Reichsdeutschen wurden des Landes verwiesen, die eigenen Nationalsozialisten eingesperrt und aus dem öffentlichen Leben weitgehend ausgeschaltet.

Kaum Forderungen nach Wiedergutmachung

Österreich wurde im Gegensatz zu Deutschland für Wiedergutmachungsleistungen kaum oder gar nicht in Anspruch genommen. Aus dem verständlichen Wunsch, nicht mit den Deutschen als den Schuldigen in einen Topf geworfen zu werden, lassen sich die Absetzbewegungen Österreichs in den ersten Nachkriegsjahren erklären, obwohl jedermann wußte, daß – um nur zwei Beispiele zu nennen – Kaltenbrunner und Eichmann Österreicher waren.

In Wien hörte man im Zusammenhang mit der Waldheim-Diskussion Stimmen, die von einer „nicht geleisteten Trauerarbeit" der Österreicher, von nicht „bewältigter" Schuld und und ähnlichen Versäumnissen sprachen. Doch ist es realistisch, von einem ganzen Volk „Trauerarbeit" zu verlangen?

Das Leben besteht aus Widersprüchen: Die gutkatholischen Tiroler Bauern etwa, die ursprünglich viel eher für Schuschnigg und Dollfuß als für Hitler waren, trugen zu ihren Schützenaufmärschen bald nach 1945 wieder das Eiserne Kreuz und die anderen deutschen Tapferkeitsauszeichnungen. Dem Präsidentschafts-Kandidaten Kurt Waldheim schadet bei der großen Mehrheit der Österreicher die Tatsache, daß er *Oberleutnant der Wehrmacht war*, keineswegs. Viele, die ein ähnliches Schicksal hatten und von Rußland bis Afrika kämpften, identifizieren sich sogar mit einer solchen Vergangenheit und erkennen sich in jenem Mann wieder, der jetzt so scharf attackiert wurde. So kommt es durchaus an, wenn der aus einer Anti-Nazi-Familie stammende Waldheim über seine Wehrmachtszeit sagt: „Ich habe meine Pflicht getan wie 100 000 Österreicher."

Deshalb prophezeien Kenner Österreichs auch, daß Waldheim von den nun publizierten Fotos, die ihn als deutschen Offizier zeigen und von dem heftigst dementierten Vorwurf, Mitglied der Reiter-SA gewesen zu sein, nichts Ernsthaftes für seine Wahlchancen zu befürchten habe. *Denn die meisten Österreicher* – vor allem das einfache Volk – sind schon lange der Meinung, man solle die Vergangenheit doch nun endlich ruhen lassen.

Der Abgeordnete geht, die grüne Eminenz bleibt

Von WERNER KAHL

Bei der Nachricht, daß nun auch er sein Mandat im Deutschen Bundestag niederlegt – „rotiert" heißt das in grüner Semantik – denkt man unwillkürlich an den Zwischenruf, der Otto Schily auf dem Hamburger Parteitag der Grünen zum Rednerpult begleitete: „Roter Teppich bitte!"

Der Abgeordnete Schily, der heute Parlamentspräsident Philipp Jenninger seine vollzogene „Rotation" mitteilt, erwartet wohl kaum von Basis und Fraktion der Bewegung, daß sie zu seinem Abschied einen Teppich ausrollen. Zu gut kennt er Neider und Opponenten aus den eigenen Reihen, die ihm vorwerfen, er wolle sich als „grüner Oppositionsführer" profilieren. Und schließlich wird er ja auch weiterhin für die Fraktion in Bonn wirken. Diese Rolle des Beraters ist dem 54jährigen Juristen wie auf den Leib geschneidert: Otto – die „grüne Eminenz".

Der Sohn eines Bochumer Hüttendirektors zählt den Dichter und Komponisten Peter Cornelius zu seinen Vorfahren. Im Freundeskreis der Ahnen tauchte auch Karl Marx auf. Schily selbst nannte sich in den siebziger Jahren einen „liberalen Kommunisten". Die Entwicklung der alternativen Kräfte hat er damals aus dem Zentrum der außerparlamentarischen Bewegung in Berlin von Anfang an unterstützt.

Seifenblasen, Buttons, Pflanzen auf dem Rednerpult oder ähnliche Verniedlichungen waren nie seine Sache. Ganz abgesehen davon, daß er den grünen Uniformlook *nicht* mitspielte.

Er selbst führte den Kampf gegen die Etablierten niemals nach Art eines Polithappenings; bei ihm stand *nüchternes Kalkül und realistische* Einschätzung des Möglichen stets im Vordergrund. Im Gegensatz zu anderen Anwälten verstand er es, sich der Kumpanei mit *Mandanten* aus dem Terrorismus zu entziehen. Bei der Verteidigung Gudrun Ensslins identifizierte er sich in seinen Erklärungen nicht mit ihren wirklichen oder vergeblichen Zielen.

Rätedemokratische Strategen der Grünen ließen ihren eloquenten Fraktionssprecher jedoch zu keiner Zeit im Zweifel darüber, daß es ihr Ziel sei, den Staat unregierbar zu machen. Eine Reise zu Khadhafi begründete er rückwirkend damit, er habe geglaubt, in Libyen eine „direkte Demokratie" vorzufinden.

Die APO von heute stellt viele Lehrer, Journalisten, Richter und Verwaltungsangestellte. Otto Schily, der sie auf dem langen Marsch durch die Institutionen begleitete, kann *auch ohne Amt und Pensionsver*sprechen existieren. Allein seine Kenntnis über Atomrecht könnte den Juristen durchaus ernähren.

Daß ein aus dem Parlament rotierender Schily mit einer Anzeige gegen einen Bundeskanzler das Land in Bewegung versetzen kann, läßt nicht erwarten, daß er nur ein „grüner Mohr" war, der nun seine Schuldigkeit getan hat. Nur als Scherz werten aber Beobachter eine frühere Auskunft, welchen Posten er sich dereinst in einer rot-grünen Regierung vorstellen könnte: Postminister. Denn Schily wußte schon immer Antworten und Anstöße an den richtigen Adressaten zu bringen.

Auch künftig dürfte er in der „Provinz" das Zentrum der Macht nicht aus den Augen verlieren. Denn tritt er vom Stammtisch im gleichnamigen Bonner Lokal vor die Tür, sieht er auf das gegenüberliegende Bundeskanzleramt.



Abschied als MdB: Otto Schily FOTO: SVEN SIMON

هكذا من الاصل

Was sagte Kohl, was schrieb Schily?

Auszüge aus dem Ausschußprotokoll und den Strafanzeigen des Grünen Abgeordneten

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit Schreiben an die Staatsanwaltschaften in Bonn und Mainz vom 29. Januar *1986 hatte* der *Grüne* Abgeordnete Otto Schily Bundeskanzler Helmut Kohl wegen des Verdachts uneidlicher Falschaussage in zwei Fällen *angeschuldigt. Die Strafanzeige* ist zweigeteilt. Der an die Bonner Staatsanwaltschaft gerichtete Teil befaßt sich mit den Zeugenaussagen Helmut *Kohls* vor dem 1. Untersuchungsausschuß des Bundestages, dem „Flick-Ausschuß", vom 7. November 1984. In seiner 32 Schreibmaschinenseiten *starken* Anzeige wirft Schily dem Kanzler vor, er habe damals bewußt die Unwahrheit gesagt. Schily führt drei Punkte auf:

- „*Dr. Kohl* behauptet, er habe *die* Zahlung in Höhe von 30 000 DM vom 6. 12. 1977 nicht erhalten, und die entsprechende Eintragung in der Diehl-*Liste* sei *unrichtig*."
- „Auch die Bekundungen von Dr. Kohl, er habe in den Jahren 1978 und 1979 insgesamt lediglich 55 000 DM von der Firma Flick über Herrn von Brauchitsch erhalten, sind unrichtig."
- „Schließlich hat Dr. Kohl bemerkenswerterweise überhaupt verschwiegen, daß seine Mitarbeiterin Juliane Weber Zahlungen der Firma Flick entgegengenommen hat."

Schily schreibt an die Staatsanwaltschaft Bonn: „Es muß davon ausgegangen werden, daß Dr. Kohl dem Ausschuß in den drei zuvor genannten Punkten vorsätzlich die Unwahrheit gesagt hat." Schily versucht seine Anschuldigung in dem umfangreichen Papier, dessen erste 16 Seiten ganz der Zeugenaussage des Bundeskanzlers vom 7. November 1984 vor dem Flick-Ausschuß des Bundestages gewidmet sind, anhand von Auszügen des Wortprotokolls dieser Anhörung zu belegen, daß der Kanzler nicht die Wahrheit gesagt habe.

Aus dem *stenographischen* Protokoll über die 50. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 7. November 1984 allerdings ergibt sich ein anderes Bild. Auf den Vorhalt des Ausschußvorsitzenden Manfred Langner, daß das für die Buchhaltung des Flick-Konzerns einschließlich der Spenden an politische Parteien zuständige Mitglied der Geschäftsführung, Diehl, in einer Liste auch Spenden aufgeführt habe, die dem damaligen CDU-Vorsitzenden Kohl persönlich übergeben worden sein sollen, hatte Kohl Spenden des Flick-Konzerns an seine Partei prinzipiell nicht in Abrede gestellt. Bei allen Angaben über bestimmte Summen allerdings stützte er sich nicht auf eigene Erinnerung, sondern auf die Nachforschungen der CDU-Schatzmeisterei, insbesondere die Angaben von Dr. Lüthje und des Wirtschaftsprüfers Horst Weihrauch aus Frankfurt. Wörtlich sagte Kohl: „Ich kann es aus eigenem Bekunden nicht mehr sagen."

Zu der von Schily immer wieder herangezogenen Diehl-Liste verwies Kohl vor dem Untersuchungsausschuß ausdrücklich auf seine Vernehmung als Zeuge durch die Staatsanwaltschaft vom 5. Juli 1982 und seinen Brief vom 22. September 1982, in dem er zusätzlich Fragen der Staatsanwaltschaft zu der Diehl-Liste beantwortete.

Die Staatsanwaltschaft hatte ihn in seiner Anhörung als Zeuge im Verfahren gegen die früheren Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Friderichs sowie den Flick-Gesellschafter von Brauchitsch gefragt, ob es ihm möglich sei, „bei den Institutionen Ihrer Partei nach dem Eingang derartiger Beträge (wie sie in der Diehl-Liste aufgeführt wurden) zu forschen"? Das hatte Kohl zugesagt.

Der Vorwurf an die Adresse Kohls, er habe „verschwiegen", daß seine Mitarbeiterin Juliane Weber von Brauchitsch Zahlungen entgegengenommen habe, läßt sich aus dem Wortprotokoll des Untersuchungsausschusses nicht herleiten. Kohl ist nicht ein einziges Mal nach einem solchen Sachverhalt gefragt worden.

Verbesserungen im BAföG gefordert

dpa, Bonn

Experten aus Hochschule und Schule haben gestern vor dem Bildungsausschuß des Deutschen Bundestages die gegenwärtige Ausbildungsförderung (BAföG) für Studenten und Schüler als völlig unzureichend kritisiert; sie forderten weitergehende Verbesserungen als die von *der Bundesregierung* für den Herbst geplanten. Sie wiesen auf ein „Förderloch" bei Studenten hin, deren Eltern nur 40 000 bis 50 000 Mark im *Jahr* verdienen. Deshalb sei es *notwendig*, die Elternfreibeträge zu verbessern. Damit würde sich der Anteil geförderter Studenten erhöhen.

Bonn hilft Studenten aus dem Ausland

dpa, Bonn

Der Bundestag hat für das Haushaltsjahr 1986 erstmals einen „Notfonds für ausländische Studenten" eingerichtet, allerdings noch nicht mit Finanzmitteln ausgestattet. In der gestern vom Kabinett verabschiedeten Antwort auf eine Große Anfrage zum Ausländerstudium heißt es, die Bundesregierung werde die Initiative des Bundestages aufgreifen, um Möglichkeiten einer Unterstützung zu schaffen. Die Hilfe richte sich vor allem an Studenten, die wegen politischer Ereignisse in ihren Heimatländern unverschuldet und unvorhergesehen in Not geraten seien.

Remmers will Medien neu ordnen

mj. Hannover

Nach dem „Zerbrechen des Medienkonsenses sogar zwischen den unionsregierten Bundesländern" müsse nun der Rundfunkgebühren-Staatsvertrag sobald wie möglich gekündigt werden, um über diesen „sachlich geeigneten Hebel" die derzeit unkontrolliert expandierenden öffentlich-rechtlichen Medien neu zu ordnen. Mit dieser Forderung verband der Vorsitzende des CDU/CSU-Koordinierungsausschusses für Medienpolitik, Werner Remmers, gestern scharfe Kritik an der von Länder-Teilinteressen bestimmten „Januskköpfigkeit mancher CDU-Mitglieder".

Späth dünnt die Ministerien in Stuttgart aus

cr. Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth hat seinen Landesministerien eine „Schlankheitskur" verordnet. Neun der 55 Ministerialabteilungen und 65 der insgesamt 303 Referate werden abgeschafft. Ziel dieser einschneidenden Verwaltungsreform ist es, die Effektivität des Verwaltungsapparates zu erhöhen.

Die Organisationsänderungen werden alle neun Stuttgarter Ministerien, die selbst die Einsparungsvorschläge machten, betreffen. Danach wird *pro* Ministerium eine Abteilung wegfallen; kleinere Referate werden zusammengefaßt. Für das Wirtschaftsministerium ist beispielsweise die Zusammenlegung der beiden Abteilungen „Energie" und „Wirtschaftsordnung" geplant. Das Finanzministerium beabsichtigt, die „Finanzpolitischen Fragen" und den „Finanzausgleich" künftig in einer Abteilung bearbeiten zu lassen. Und im Justizministerium werden die bisherigen Abteilungen „Bürgerliches Recht" und „Öffentliches Recht" einen Bereich bilden.

Das Justizministerium soll darüber *hinaus mit* der Bonner Landesvertretung und dem geplanten Brüsseler Europabüro des Landes „angereichert" werden. Der Grund: Der *baden-württembergische* Minister für Bundesangelegenheiten ist Justizminister Heinz Eyrich. Die Einbindung der 54-köpfigen Bonner Vertretung, *die bislang* der *Stuttgarter Staats*kanzlei angegliedert ist, in das Justizministerium liegt deshalb auf der Hand.

Von der Straffung der Führungsstruktur werden vor allem Referats- und Abteilungsleiter betroffen sein. Allerdings sind drei der neun Abteilungsleiterposten bereits seit längerer Zeit vakant. Weitere Stelleninhaber, so hieß es, werden in diesem Jahr pensioniert. Die übrigen sollen „umgesetzt" werden.

Der Zeitplan für diese Reform sieht vor, das Konzept bis Ende Juni in den *Fraktionen zu diskutieren. Von Januar 1987* an soll dann die „Neue Führungsstruktur Baden-Württemberg" wirksam werden.

Weiskirch sieht „sehr viel mehr Licht als Schatten"

Bericht des Wehrbeauftragten soll abschreckend wirken

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Auch wenn die Soldaten nach den Worten des Wehrbeauftragten Willi Weiskirch sich nicht als „Beschwerdehansel" aufführen, ist die Zahl ihrer Angaben im vergangenen Jahr stark gewachsen. Weiskirchs Bericht für 1985, der gestern in Bonn veröffentlicht wurde, registriert über 8000 Eingaben; in den Jahren vorher waren es immer zwischen 6000 und 7000. Bei den Wehrpflichtigen werde der Wehrbeauftragte als eine „Art Wächterinstanz für alle Fälle" betrachtet. Seine teils auch unangemeldeten Besuche in der Bundeswehr zeigten deutlich, sagte Weiskirch weiter, daß die Institution des Wehrbeauftragten in den Streitkräften „Vertrauen, Anerkennung und auch Respekt" genieße. Der CDU-Politiker ist als Nachfolger Karl-Wilhelm Berkhans (SPD) in diesen Tagen ein Jahr im Amt.

Sein Bericht ist abermals Beweis für schlimme Verfehlungen in der Truppe wie Kameradenschinderei oder Überschreiten der Befehlsbefugnis. Er schildert auch eklatante Verstöße gegen die Menschenwürde. Dennoch stellte Weiskirch fest, der im Herbst bereits Mängel in der Menschenführung von Vorgesetzten mit den Worten „Herzlosigkeit und Kälte" angeprangert hatte, er habe in der Bundeswehr „sehr viel mehr Licht als Schatten" gesehen.

Mehrere Stunden gequält

Die aufgezählten Verfehlungen seien deshalb zutreffender als Mängelliste zu verstehen und ergäben kein Bild über den Gesamtzustand der Bundeswehr. Die Verstöße schildere der Bericht nur deshalb, um in der Truppe „abschreckend zu wirken", fügte Weiskirch hinzu.

Als besonders schwerwiegend *stellt der Bericht die Mißhandlung* eines Soldaten durch einen Hauptgefreiten und einen Gefreiten heraus. Nach dem Konsum von Alkohol hätten *beide den „dienstgradjüngeren* Kameraden über mehrere Stunden in brutaler Weise" gequält, ihm mit Wasser und Bier seine Kleidung durchnäßt, ihn gezwungen, mit ihnen zu trinken, verschüttetes *Bier vom Bo*den aufzulecken, ihre Füße zu küssen und „sexuelle Handlungen an sich vorzunehmen".

Weiskirch charakterisierte diesen und andere Fälle „nicht unbedingt als Anzeichen für allgemeine Gewalttätigkeiten" zwischen älteren und jüngeren Soldaten, mahnte aber beim Verteidigungsminister dringend „eine wirksame Verbesserung der Schutzvorkehrungen gegen solche Kameradenschindereien" an.

Appell an Kultusminister

Nach einjähriger Amtserfahrung, so Weiskirch, hätten Bundeswehr und Soldaten „einen festen Platz in unserer Gesellschaft". Die Wehrpflichtigen zeigten ein starkes Verlangen nach einer verständlichen Erläuterung und „Sinnvermittlung" ihres Militärdienstes, von *Elternhaus* und Schule werde das aber nicht geleistet. Nachdrücklich appellierte er an die *Kultusminister*, den politischen Unterricht in dieser Weise zu reformieren. Das würde entscheidend dabei helfen, das Verständnis in der Jugend für die Landesverteidigung zu stärken.

Als weitere große Probleme im Rahmen der Fürsorge erwähnt Weiskirchs Bericht unter anderem die hohe Dienstzeitbelastung und die noch zu wenig ausgeprägte Fähigkeit von Vorgesetzten, den Soldaten beim Ausscheiden aus der Bundeswehr „aussagefähige Dienstzeugnisse" auszustellen. Der angespannte Arbeitsmarkt verlange eine für Arbeits*ämter und Arbeitgeber eindeutige* Bescheinigung, „was der sich um Arbeit bewerbende junge Mann während des Wehrdienstes in der Bundeswehr *dazugelernt* hat und in das Berufsleben einbringen kann". Häufig aber zeigten Dienstzeugnisse, daß die Vorgesetzten sie ohne jegliches Interesse *aufsetzten und mit einem* „schludrigen Dienstzeugnis" auch ihrer Einheit „keine gute Visitenkarte" gäben.

Bayern sind auch weiterhin nur Deutsche

lz. München

Den Personalausweis aus Plastik und den Reisepaß im Euroformat werden demnächst auch die Bayern bekommen, aber mit dem eigenen Ausweis im weißblauen Rautenmuster und mit der bayerischen Staatsangehörigkeit wird es nun doch wieder nichts, nachdem der Bayerische Verfassungsgerichtshof gestern eine Popularklage des Jungbayernbundes als unzulässig abwies.

Die Nachwuchsorganisation der Bauernpartei hatte sich an Artikel 6 der 1946 beschlossenen Bayerischen Verfassung erinnert, in der zu lesen ist, daß die bayerische Staatsangehörigkeit erworben wird durch Geburt, Legitimation, Eheschließung oder Einbürgerung und daß ein Gesetz das Nähere regeln wird. Der Landtag hat aber listigerweise unterlassen, ein solches Gesetz zu formulieren.

Darin sehen Bayerns Verfassungsrichter nun auch keinen Mangel, denn eine weißblaue Staatsangehörigkeit, so argumentierten sie gestern, hätte ohnehin „keine unmittelbaren Rechtsfolgen für den einzelnen Bürger", denn nach dem Grundgesetz dürfe sowieso keiner ein Bayer sein, der nicht auch ein Deutscher ist.

Den Verfassungsrichtern sträuben sich die Nackenhaare angesichts des Durcheinanders, das ein Bayern-Paß verursachen würde: Da könnte es Bayern geben, die – weil sie nicht Deutsche sind –, von den im Grundgesetz verankerten Grundrechten ausgeschlossen wären. Von den Pflichten spricht das Verfassungsgericht aber nicht, denn dann hätte es womöglich auch der Frage nachgehen müssen, ob ein nichtdeutscher Bayer seine Wehrpflicht bei den Gebirgsschützen abdienen kann.

Die Richter gaben zu bedenken, das bundesstaatliche Prinzip lasse nicht zu, „daß die Länder, deren Staatsgebiete insgesamt das Bundesstaatsgebiet bilden, in das Bundesvolk nur einen Teil ihres eigenen Staatsvolkes einbringen". Wäre es anders, so führte das zu Konsequenzen, die bundesverfassungsrechtlich nicht hinnehmbar wären. Somit bleiben die Bayern was sie sind: ganz einfach Deutsche wie andere auch.

‚Böswillige Behauptungen'

Betreiber der Wiederaufarbeitungsanlage greifen Rau an

PETER SCHMALZ, München

Mit Überraschung vernahm die Geschäftsleitung der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) die Gründe, mit denen der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau in einem Brief an den bayerischen SPD-Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hiersemann seine Ablehnung gegenüber *einer Wiederaufarbeitung* abgebrannter Kernbrennelemente begründete. Sämtliche von Rau aufgeführten Punkte seien der Fachwelt längst be*kannt und von ihr widerlegt, erklärte* DWK-Vorstandsmitglied Günther Scheuten vor der bayerischen Landtagspresse in München.

Als falsch bezeichnete Scheuten das Argument Raus, die Wiederaufarbeitung sei „wirtschaftlich nicht vertretbar". Richtig sei vielmehr, daß die gesamte kerntechnische Entsorgung den Strompreis mit nur einem bis eineinhalb Pfennig belaste und damit weit niedriger sei als die Kosten für die Entschwefelung und Entstickung der Kohlekraftwerke. Rau betreibe eine „völlige Irreführung der Öffentlichkeit", denn gerade die unterschiedlich teuren Entsorgungsverpflichtungen würden den Vorteil der Kernenergie gegenüber der Kohle noch vergrößern.

Auch dem von Rau aufgeführten Argument, die direkte Endlagerung sei technisch realisierbar und gestatte eine sichere Entsorgung, widersprach Scheuten. Noch sei die direkte Endlagerung nicht anwendbar, ihre Entwicklung benötige noch zehn bis 15 Jahre und hänge von verschiedenen Unabwägbarkeiten ab, zu denen auch die fehlende internationale Zustimmung zähle. Auch der Hinweis auf angeblich hohe Risiken der Plutoniumwirtschaft sei unrichtig. Während das Plutonium bei der direkten Endlagerung erhalten und nach einigen Jahrhunderten aus dem Salzstock wieder *hervorgeholt* werden *könnte*, kann es nach der Wiederaufarbeitung in Kernkraftwerken wieder eingesetzt werden, wobei der größte Teil *dabei abgebaut wird. Völlig absurd* sei die Behauptung, das Plutonium könne für Kernwaffen verwendet werden. Dies seien „ganz böswillige Behauptungen von Scharfmachern".

Wenn Rau und die SPD behaupten, die WAA sei weder politisch noch sozial verträglich, dann – so Scheuten – müsse er auf die Anlage in Karlsruhe hinweisen, die seit 15 Jahren betrieben wird und in der inzwischen Leute arbeiten, die früher zu den Einwendern gegen das Projekt zählten.

Scheuten sieht seine Gesellschaft in einer außerordentlich schwierigen Situation, weil es leicht sei, das Geschäft mit der Angst zu betreiben, aber sehr schwierig, dagegen mit sachlichen Argumenten anzugehen. Bedrückend sei, daß die SPD, die unter dem Kanzler Schmidt die Wiederaufarbeitung für richtig gehalten und gesetzlich gefordert hatte, in der Opposition davon Abschied genommen hat und nun ihren gesamten Parteiapparat gegen das Projekt einsetzt. Allerdings sei denkbar, daß die SPD im Falle eines Wahlsiegs im nächsten Jahr ihre Meinung wieder ändert.

Derzeit aber bringe die SPD den großen energiepolitischen Konsens in der Bundesrepublik in Gefahr, der auf Kohle und Kernenergie basiert. „Wenn Rau", sagte Scheuten, „seinen Weg weiterverfolgt, könnte das Konsequenzen für die Kohle haben." Er bezog sich dabei auf den Jahrhundertvertrag, in dem sich die Bundesländer zur Abnahme eines Kohlekontingents aus deutscher Förderung verpflichtet haben. Die bayerische Regierung hat bereits angedroht, sie werde diesen Vertrag nicht weiter erfüllen, falls Rau die Kernenergie blockiert.

Allerdings scheint innerhalb der SPD der Wunsch nicht ausgeprägt zu sein, sich im sachlich-ruhigen Fachgespräch über die Wiederaufarbeitung zu informieren. Auf Nachfrage erklärte Scheuten, er habe bisher weder mit Hiersemann noch mit dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Schöfberger Kontakt gehabt, obwohl diese den WAA-Widerstand in den Mittelpunkt ihres Landtagswahlkampfes stellen. Scheuten sieht im *Kampf* gegen die Anlage den „letzten großen Angriff derer, die die Kernenergie nicht wollen".

„Denkmalschutz für jüdische Friedhöfe"

AP, Mainz

Die jüdischen Friedhöfe in Rheinland-Pfalz sollen unter Denkmalschutz gestellt werden. Wie das Kultusministerium gestern in *Mainz* mitteilte, forderte Kultusminister Georg Gölter die zuständigen Denkmalschutzbehörden bei Kreisverwaltun*gen und* kreisfreien Städten dazu auf. Friedhöfe seien nach jüdischem Ritus unantastbar und dürften niemals offen stehen. In Rheinland-Pfalz sind 315 jüdische Friedhöfe bekannt, von denen 122 von jüdischen Kultusgemeinden und 193 von den Gemeinden im Lande betreut werden.

Handgranaten im Müll gefunden

dpa, München

Vier Handgranaten sowjetischer Herkunft und eine selbstgebastelte Bombe hat eine 65jährige Münchner *Hausfrau* in einem Müllcontainer im Stadtteil Laim der bayerischen Landeshauptstadt gefunden.

Das Bayerische Landeskriminal*amt schloß* gestern nicht aus, daß der brisante Fund vielleicht ursprünglich Terroristen gehörte. Die Frau hatte Bombe und Handgranaten zunächst mit nach Hause genommen. Ihr Mann erkannte die Gefährlichkeit des spektakulären Fundes und alarmierte die Polizei.

Voscherau nimmt Partei-Spender in Schutz

ub. Hamburg

Die Verurteilung der beiden Reemtsma-Manager Horst Wiethüchter und Professor Ernst Zander zu hohen Geldstrafen im Hamburger Parteispenden-Prozeß hat ein politisches Nachspiel gefunden, mit dem weder das Gericht und die Staatsanwaltschaft noch die sozialdemokratische Justizsenatorin Eva Leithäuser gerechnet haben dürften: Mit kaum noch zu überbietender Schärfe hat der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Henning Voscherau, von Beruf Notar, die „staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Behandlung der bundesweiten Fälle von Parteispenden aus demokratischem Engagement" kritisiert. Der SPD-Politiker bezog sich dabei ausdrücklich auf die Urteile gegen Wiethüchter und Zander.

In einer persönlichen Erklärung *stellte Voscherau* fest, es sei zwar nicht seines Amtes, Urteilsschelte zu betreiben; er wolle jedoch nicht verhehlen, daß „das einseitige Vorgehen *der Staatsanwaltschaften* und Gerichte" sein Rechtsempfinden verletze. Zur Begründung erklärte der SPD-Fraktionschef, diejenigen Unternehmen, die aus demokratischem Engagement und häufig auf ständiges Bitten politischer Amtsträger aus Staat und Parteien hin an die Stiftungen der Parteien gespendet und anschließend lediglich etwa die Hälfte des gespendeten Betrages an Steuern wieder eingespart hätten, hätten „nach *Adam* Riese ein schlechtes Geschäft gemacht". Die „einseitige Betrachtung" dieses schlechten Geschäfts unter Steuerverkürzungsge*sichtspunkten* sei „*absurd*".

Die „eigentlichen Nutznießer und Urheber" der „Waschanlagen zur Hebung der Spendenfreudigkeit" hätten *nicht* in den *Unternehmen*, sondern „in der Politik, in Parteien, Parlamenten und Regierungen, auch in Behörden und *Finanzämtern*" gesessen. Es sei *daher eine* „des Rechtsstaats unwürdige neue Ausprägung" des alten Sprichworts, nach dem die Kleinen gehängt und die Großen laufengelassen werden, wenn „Industrielle und Kaufleute trotz honoriger Motive verurteilt werden, ohne daß die eigentlich Schuldigen, politische und beamtete Würdenträger der *Parteien und* des Staates", auch nur angeklagt worden seien. Dieses Ungleichgewicht sei peinlich, wecke „den Verdacht falsch verstandener Staatsräson" und lasse den Rechtsstaat als „einäugig und opportunistisch" erscheinen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Fünf Jahre sozialistische Wirtschafts- und Innenpolitik in Frankreich: Eine Bilanz

Wieder auf dem Kurs der Marktwirtschaft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Den Franzosen mag die wirtschaftliche *Bilanz der fünfjährigen sozialistischen* Regierungszeit als eher negativ erscheinen. Gingen doch die Vorteile der anfänglichen Volksbeglückungspolitik – insbesondere bessere Sozialleistungen, längerer Urlaub, kürzere Arbeitszeit, frühzeitigere Pensionierung – in den folgenden Austerity-Jahren weitgehend wieder verloren. Seit 1983 schrumpften die Reallöhne um immerhin 3,4 Prozent. Außerdem wurden Sozialabgaben und Steuern erhöht.

Nachdem man zuvor über die Verhältnisse gelebt hatte, waren Kaufkrafteinbußen allerdings unvermeidbar geworden. Gleichzeitig schrumpfte die Investitionstätigkeit unter dem Druck der neuen sozialen Lasten.

So blieb das Wirtschaftswachstum hinter dem internationalen Expansionsdurchschnitt zurück und die Arbeitslosigkeit nahm entgegen den sozialistischen Versprechen stark zu. Durch ihre „soziale Behandlung" wurde sie schließlich auf zehn Prozent der aktiven Bevölkerung stabilisiert.

Gleichzeitig allerdings gelang es, die Inflationsrate in den fünf Jahren von 14 auf vier Prozent zu drücken, was auch im internationalen Vergleich sehr beachtlich ist. Das ist vor allem der Überwindung der seit dem Kriege bestehenden Lohn-Preisindexierung zu verdanken. Diese historische Leistung der sozialistischen Regierung wird dadurch nicht geschmälert, daß ihr die Gewerkschaften zunächst wohlgesonnen gegenüberstanden. Entscheidend war die rigorose Austerity-Politik, die die Streikbereitschaft lähmte und die traditionelle Inflationsmentalität unterhöhlte. Inzwischen steuert Frankreich (dank der Ölpreis-Baisse) sogar auf zwei Prozent Inflation zu.

Aber die Sozialisten hinterlassen auch negative Vermächtnisse. Dazu gehört vor allem die kostspielige *Verstaatlichung des Bankensystems und* der größten Industriekonzerne. Auch hat sich die Staatsverschuldung in Folge eines zunächst hemmungslos betriebenen deficit-spending von 418 auf 1077 Milliarden Franc erhöht, während die weitgehend staatlich garantierte Auslandsverschuldung wegen der Außenhandelsdefizite und der zur Francverteidigung benötigten Devisen von 123 auf 469 Milliarden Franc zunahm.

In den letzten zwei Jahren wurde das Budgetdefizit aber dank bedeutender Ausgabenkürzungen auf drei Prozent des Sozialprodukts stabilisiert, was zwar dem internationalen Standard entspricht, aber noch beträchtlich über dem von der letzten Regierung hinterlassenen Niveau liegt. Andererseits gelang es bisher nicht, den Außenhandel aus den roten Zahlen zu bringen.

Rigorose Austerity: Pierre Bérégovoy

Der beste internationale Vertrauensbeweis in die seit März 1983 verfolgte französische Wirtschaftspolitik ist wohl die Franc-Stabilität, der aber drei bedeutende Abwertungen vorausgegangen waren. *Immerhin hat diese Stabilität Frank*reich sehr hohe Zinsen (zur Verteidigung der Devisenabflüsse) eingebracht und so seine internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Andererseits erlaubte sie eine gewisse Lockerung der zunächst verschärften Devisen- wie Preiskontrollen.

Sehr viel weiter als die Regierungen vor ihm ist der seit Juli 1984 wirkende Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy bei der Deregelmentierung der Finanzmärkte vorgestoßen. Sie wurde von einer spektakulären Börsenhausse begleitet. Fazit: Von den ursprünglichen sozialistischen Wirtschaftsideologien ist nicht mehr viel zu spüren. Die französische Regierung steuert heute wieder der marktwirtschaftlichen Kurs.

Vertrauensschwund war nicht mehr aufzuhalten

PETER RUGE, Paris

„Er hat die Höhen und die Tiefen *eines Menschenalters in* weniger als 21 Monaten erlebt", das ist die landläufige Meinung über Laurent Fabius, den heute 40jährigen Premierminister Frankreichs. Fabius ist die zweite Wahl des Staatschefs Mitterrand, nach dem Vorgänger Pierre Mauroy. Auch Fabius ließ sich scheinbar gefügig bis zur Selbstaufgabe von Mitterrand ins Feuer schikken: in der Greenpeace-Affäre, in Tschad, bei der Aufdeckung von Waffenlieferungen an Iran, im Geiseldrama von Beirut. Nur einmal muckte der junge Mann, den die Karikaturisten inzwischen mit einem Regenschirm gegen die Wechselfälle des Lebens ausgestattet haben, auf: Als der Staatspräsident an ihm vorbei den polnischen Militärdiktator Jaruzelski im Elysee empfing, da zeigte er sich verletzt, trotzig.

Mit 110 Versprechen waren die Linken angetreten: Sozialisten und Kommunisten Seite an Seite. Den Reichen sollte es an den Kragen gehen: Steueranhebungen und Nationalisierungsprogramme auf der einen Seite, sozialistische Füllhörner *für sozial Schwache auf der anderen*. Den von der Gesellschaft Benachteiligten sollte zudem mehr Gerechtigkeit widerfahren: Eine beispiellose Justizreform wurde begleitet von der Abschaffung der Todesstrafe. Die Sozialisten öffneten vor allem denen die Tore, die Frankreich als ihr Mutterland ansehen: Eine nahezu ungehinderte Einwanderungswelle ergoß sich in die V. Republik, vor allem aus afrikanischen und arabischen Ländern. Dieser Zustrom und eine wachsende Zahl von Arbeitslosen kulminierte zu einem Rassenproblem. Der Ruf aus der rechten Ecke nach einem „Frankreich der Franzosen" findet starkes Echo.

Dem sozialistischen Kurs der Mitterrand-Partei, nicht zu verwechseln mit dem sozialdemokratischen Weg eines Helmut Schmidt, liegt der Glauben zugrunde: Ändere die Gesellschaft und du änderst den Menschen. Ideologen wie Parteichef Jospin oder der Linksintellektuelle Chévènement ließen sich durch die Volkserhebung gegen die beabsichtigte Abschaffung der Privatschulen nicht entmutigen. Sie zerschlugen auch die seit der französischen Revolution überkommenen Herrschaftsstrukturen in Frankreich. Das Schlagwort der Dezentralisierung fegte die Allmacht eines von Paris aus gesteuerten Beamtenapparates hinweg, doch ihre neu gewonnene Eigenständigkeit wird den Regionen schwer gemacht: Zwischen Bürger und Regierung wurde eine zusätzliche Verwaltungsebene eingezogen, regionale Körperschaften. Im gesamten Verwaltungsbereich ist das Funktionärsheer mittlerweile um 170 000 Planstellen angewachsen, auf fünf Millionen Bedienstete – das ist einsame Spitze in Europa.

Ideologie zuerst: Parteichef Lionel Jospin

Der Glaube an den sozialistischen Fortschritt versprach auch „mehr Lohn für weniger Arbeit". Die Ernüchterung kam 1983. Nach Franc-*Abwertungen und einer Verschul*dung bis nahezu zum Staatsbankrott wurde das Steuer herumgerissen. Kleine Brötchen, Sparsamkeit, Austerity hieß das Rezept. Der Bruch mit dem kommunistischen Koalitionspartner war unvermeidlich. Denn die Kommunisten bezeichneten das als Verrat.

Die Rückgewinnung wirtschaftlichen Terrains und internationaler Reputation konnten den Vertrauensschwund der Bürger in die sozialistische Staatsführung im Lande nicht mehr aufhalten. Viele sind unsicher und fragen: War der Kurswechsel nur ein politisches Lifting, eine Maskerade? Kehren die Sozis zu den früheren Sozialexperimenten zurück, wenn sie nur an der Macht bleiben?

Schlüter bildet Kabinett mit Blick auf Wahlen um

Nach EG-Votum gestärkt / Jetzt neun konservative Minister

G. MEHNER, Kopenhagen

Mit Blick auf die dänischen Parlamentswahlen im Herbst 1987 hat Mi*nister*präsident *Poul Schlüter* über eine umfassende Regierungsumbildung sein Kabinett mobilisiert. Neun Ministerien wurden neu besetzt. Die Schlüsselressorts blieben aber unangetastet.

„Es ist eine Mannschaft für die Zukunft", erklärte Schlüter. Die auffälligsten Veränderungen erfolgten im Bereich Industrie und Kultur: Neuer Industrieminister wurde der bisherige Industrieverbandspräsident Niels Wilhjelm (49, konservativ); in das Kultusministerium rückte der Verwaltungswissenschaftler H. P. Clausen (58) ein, der im Bereich eines zweiten flächendeckenden Fernsehkanals überzeugende Vordenkerarbeit geleistet hat. Zum neuen Arbeitsminister – dies ist die dritte Berufung aus dem außerparlamentarischen Raum – avancierte Henning Dyremose (40, konservativ), bislang Marketingdirektor eines Pharmakonzerns.

Überraschend wechselte Britta Schall Holberg (rechtsliberal) vom Innen- zum Landwirtschaftsministerium. Auf einen mehr profilierungsfähigen Posten umplaziert wurde Mimi Stilling Jakobsen (Zentrum): früher Kultur, jetzt Soziales. Nachfolger des etwas farblosen Wohnungsministers Niels Bollmann (Zentrum) wurde Thor Pedersen (rechtsliberal). Er gilt als Senkrechtstarter und übersprang auf der Karriereleiter einige Kollegen.

Der bisherige Energieminister Knud Engaard zeichnet jetzt als Innenminister. Er ist Rechtsliberaler. Da auch in den meisten Gemeinden Rechtsliberale an der Spitze stehen, wird ihm zugetraut, an dieser schwierigen Nahtstelle zu reüssieren. Neuer Energieminister wurde der bisherige Sprecher des Finanzausschusses, Sven Erik Hovmand (rechtsliberal).

Aufgrund seiner labilen parlamentarischen Position – das dänische Minderheitskabinett wird in Wirtschaftsfragen von den außerhalb des Koalitionskreises stehenden Linksliberalen unterstützt, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wechselt diese Partei aber auf Positionen jenseits der Sozialdemokratie – hat Schlüter bisher Umbesetzungen weitgehend vermieden.

Aus der Volksabstimmung um das EG-Paket ging aber die Koalition gestärkt hervor. Im Kampf um jede Stimme ist Schlüter aber darauf angewiesen, daß auch in den peripheren Ressorts volle Leistung gebracht wird. Schlüters Konservative haben ihre Ministerzahl von acht auf neun erhöht, die Rechtsliberalen behaupten mit acht ihren Besitzstand, während das Zentrum einen Posten abgeben mußte (jetzt drei). Der Versuch der Christlichen Volkspartei, einen zweiten Ministerposten durchzudrücken, wurde abgeblockt.

Niederlage für Sohn Begins

AP, Tel Aviv

Beim Parteitag der konservativen israelischen Herut-Partei unterlag Benjamin Begin, der Sohn des früheren Ministerpräsidenten, in einer wichtigen Abstimmung dem ehemaligen Verteidigungsminister und derzeitigen Handels- und Industrieminister Ariel Scharon.

Von 56 Prozent der nahezu 2000 Parteitagsdelegierten wurde Scharon zum Vorsitzenden eines Parteiausschusses gewählt, der die Delegierten für Parteikongresse bestimmt. Der 42jährige Benjamin Begin hatte ebenfalls für diesen einflußreichen Posten kandidiert.

Neuer französischer Botschafter in Bonn

AFP, Paris

Zum neuen Botschafter Frankreichs in der Bundesrepublik Deutschland hat das Pariser Außenministerium den 57 Jahre alten Diplomaten Serge Boidevaix ernannt. Er hält sich gegenwärtig in Beirut auf, um sich für die im Libanon festgehaltenen französischen Geiseln einzusetzen. In Bonn löst er den bisherigen Botschafter Jacques Morizet ab, der die Altersgrenze erreicht hat. Boidevaix arbeitete an den französischen Botschaften in Wien, Washington und Bonn (1964–69), bevor er leitende Funktionen im Außenministerium übernahm.

In Manila Differenzen über Verfassung

dpa, Manila

Die Frage, ob die Philippinen eine „Revolutionsregierung" erhalten und damit die auf den früheren Staatschef Ferdinand Marcos zugeschnittene Verfassung außer Kraft gesetzt werden kann, bleibt weiter offen. Das Kabinett, das erstmals seit der Entmachtung von Marcos gestern vollständig unter Vorsitz der neuen Präsidentin Corazon Aquino tagte, konnte sich in dieser wichtigen Frage offensichtlich nicht einigen.

Ergebnis der Sitzung ist die Einberufung einer Kommission unter Vorsitz von Justizminister Neptali Gonzales, die das Für und Wider einer „Revolutionsregierung" sorgfältig prüfen soll, wie Präsidentensprecher Rene Saguisag vor Journalisten erklärte. Das Kabinett sei in dieser Frage bisher unterschiedlicher Meinung.

Finanzminister Alberto Romulo bezifferte das Haushaltsdefizit allein im 1. Quartal 1986 auf fünf Milliarden Pesos (weit über 500 Millionen Mark). Als Hauptgrund für dieses Defizit nannte er die Ausgaben der Marcos-Regierung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen.





Produkte auf neuestem technologischen Stand, ein jederzeit überzeugendes Preis-/Leistungsverhältnis und absolute Zuverlässigkeit sind die Basis unseres Erfolgs. NEC Business Systems (Deutschland) GmbH wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem führenden Unternehmen im Bereich effizient arbeitender Bürosysteme: z. B. Pinwriter mit 24-Nadel-Präzisionsdruckknopf, Laser-Drucker und Floppy Disk- sowie Festplattenlaufwerke. Auf der CeBIT '86 können Sie diese Geräte und eine Vielzahl weiterer Systeme aus dem Bereich „C & C Computers and Communications“ genauestens unter die Lupe nehmen. Auf dem zukünftigen Stand der Technik. Bei NEC Business Systems (Deutschland) GmbH.

Früchte des Erfolgs.

Die eigene Partei schont Stroessner nicht mehr

„Echte" Demokratie gefordert / Nachfolgefrage wieder aktuell

WERNER THOMAS, Miami

Nach dem Sturz des haitianischen Diktators Jean-Claude Duvalier versammelten sich 5000 Anhänger der Opposition in Paraguay auf dem Plaza Italia der Hauptstadt Asuncion, um das Schicksal zu beschwören. „Auch Stroessner wird fallen", skandierten sie im Chor. Oder: „Heute Duvalier, morgen Stroessner und Pinochet."

Seit Haitis Herrscher und wenige Tage später der philippinische Präsident Ferdinand Marcos die Bühne der Politik verlassen mußten, machen sich die Gegner des deutschstämmigen Generals Alfredo Stroessner Hoffnungen. Der 73jährige Offizier, der seit fast 32 Jahren regiert, könne schneller als erwartet seine Macht verlieren, meinen sie. Die Ereignisse in Haiti und in den Philippinen hätten Signalwirkung.

Die Spekulationen um die Stroessner-Nachfolge sind allerdings nicht neu. Paraguay vermittelt seit Monaten den Eindruck, daß das Ende einer Ära naht, obgleich der General 1988 eine weitere fünfjährige Amtsperiode anstrebt.

„Was zur Zeit passiert, wäre vor einem Jahr noch unmöglich gewesen", sagte Humberto Rubin, der Besitzer des einflußreichen Rundfunksenders Radio Nanduti, der das Stroessner-Regime selbst frontal als diktatorisch und korrupt attackieren läßt.

Colorados gespalten

Letzte Woche ereignete sich jedoch eine bisher unvorstellbare Selbstkritik. Angel Roberto Seifart, ein Abgeordneter von Stroessners Colorado-Partei, verurteilte bei einer aufsehenerregenden Rede in der Provinzstadt Loma Negra den „Machtmißbrauch" der Regierung. Sie würde dem Ansehen der Colorados schaden. Er forderte Schritte zu einer „echten Demokratie". 3000 Parteimitglieder spendeten Applaus, unter ihnen Juan Ramon Chaves, der Präsident der „Partido Colorado".

Die Colorados, die weitaus wichtigste Partei des Landes, der 1,2 Millionen der 3,5 Millionen Paraguayer angehören, sind gespalten, die tiefen Meinungsverschiedenheiten entzünden sich an der Nachfolgefrage.

Der „militante" Flügel steht hinter der Herrschaft Stroessners und der Militärs. Stroessners 43 Jahre alter Sohn Gustave, Oberstleutnant der Luftwaffe, und General Andres Rodriguez, Kommandeur des ersten Armee-Korps, gelten als aussichtsreichste Nachfolge-Kandidaten dieser Gruppe.

Auf der anderen Seite versuchen die „Traditionalisten", den Einfluß der Streitkräfte zurückzudrängen. Sie verlangten zunächst, schon 1988 einen Zivilisten für die Präsidentschaftskandidatur aufzustellen, gaben aber wieder nach. Der General kann noch einmal mit ihrer Rückendeckung rechnen.

Korruption kritisiert

Die „Traditionalisten" lancierten auch ein Thema, das bisher lediglich von der Opposition ausgeschlachtet worden war: die Korruption. Paraguay gilt als eines der korruptesten Länder der Welt, der Export von Schmuggelware in die Nachbarstaaten soll mehr als 300 Millionen Dollar im Jahr bringen – etwa soviel wie die legalen Ausfuhren. Die führenden Militärs verdienen Millionen. Der Zentralbank-Skandal schockierte aber selbst den Präsidenten.

Einige Dutzend Personen werden verdächtigt, durch einen raffinierten Umtauschschwindel 100 Millionen Dollar verdient zu haben, unter ihnen Bankpräsident Cesar Romeo Acosta. 31 Leute sitzen auf ausdrücklichen Wunsch des Generals im Gefängnis.

Ähnlich wie in Haiti ist die Opposition schwach und desorganisiert. „Es fehlt Geld, es fehlen Presseorgane, es fehlen Köpfe", analysiert Aldo Zuccolillo die Probleme. „Mehr als 30 Jahre lang standen wir mit dem Rücken zur Wand." Er spricht aus Erfahrung: Bis März 1984 verlegte Zuccolillo die größte unabhängige Zeitung Paraguays, „ABC Color". Dann ließ die Regierung den Verlag für unbestimmte Zeit schließen. „Das Blatt war auf dem Wege der Subversion", sagte Stroessner damals.

Diplomatische Beobachter in Asuncion werten das plötzlich gespannte Verhältnis mit den USA als weiteren Beweis, daß die Stroessner-Ära langsam zu Ende geht. US-Botschafter Clyde Taylor pflegt so offen seine Kontakte zu oppositionellen Kreisen, daß Außenminister Sabino Montanaro eine „Einmischung in die internen Angelegenheiten des Landes" beklagte.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sachlichkeit

„Kanzler gibt dem Druck nicht nach"; WELT vom 7. März

Sehr geehrte Redaktion,

mit wohltuender Sachlichkeit und Klarheit hat Bundeskanzler Kohl in Sachen Paragraph 116 erklärt, daß die Politik im Parlament, nicht aber auf Straßen und Plätzen entschieden werde. Dem kann man nur mit Entschiedenheit zustimmen.

Was sich zur Zeit die Herren Breit, Mayr, Steinkühler und Genossen leisten, indem sie die Massen mit der wahrheitswidrigen Behauptung, man wolle den Gewerkschaften die Streikfähigkeit nehmen, auf die Straße treiben, grenzt an das Unglaubliche. Dabei vertreten diese Herren nur einen Teil der Arbeitnehmerschaft. Es geht nicht mehr um die Sache, die ausgewogene Rechtsposition der Tarifpartner, sondern um eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse.

In letzter Instanz entscheidet der Wähler. Er sollte aber bedenken, daß wir mit anderen Mehrheitsverhältnissen auf direktem Weg in den Gewerkschaftsstaat gleiten mit einer SPD als willigem Erfüllungsgehilfen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hans-Uffo Lenz,
Ahrensburg

Das Dauerthema

„Öffentlicher Dienst mit Lohnvorsprung"; WELT vom 4. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft zeichnen sich seit Jahren durch Einseitigkeit aus.

Ein Lohnvorsprung aus den Jahren 1969 bis 1985 besteht nicht (woher auch bei den Einkommens-Nullrunden). Falsche Behauptungen werden nicht wahrer, wenn sie ständig wiederholt werden.

Überhaupt scheinen die Argumente des Instituts nicht sehr stichhaltig zu sein, wenn man sich darauf verlegt, Angestellte und Beamte auseinanderdividieren zu wollen. Hier wurden Zahlen in den Raum geworfen, die keiner Nachprüfung standhalten (zum Beispiel welche Einkommensgruppen wurden verglichen?) und unter Fachleuten vollkommen unrealistisch sind.

Wie weit beamtete Ingenieure von einem Einkommensvorsprung entfernt sind, zeigt folgende Tatsache: Ab 1. Januar 1984 müssen technische Beamte, um ihren Anspruch auf Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente aufrecht zu erhalten, monatlich vom Nettoeinkommen etwa 100 Mark an die BfA oder LVA zahlen. Diese private Vorsorge wird damit „belohnt", daß 80 Prozent der Altersrente von der Pension abgezogen werden! – Lohnvorsprung?

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. Heinz Schuler,
Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes, Helgoland

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die meisten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Jahren einseitige Sonderopfer leisten müssen (Haushaltsstrukturgesetze).

In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, daß jeder Beamte in der Besoldungsgruppe A 12 ist und 3779,36 Mark im Monat verdient. Dieses trifft nicht zu. Bei der Deutschen Bundesbahn sind 90 Prozent der Beamten im einfachen und mittleren Beamtendienst tätig. Sie erhalten für ihre Arbeit rund um die Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen zwischen 1600 und 2000 Mark.

Mit freundlichen Grüßen
Harald Tesch,
Hamburg 65

Wen wundert es?

„Eine neue Haft wäre für den Baptisten der Tod"; WELT vom 8. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

stellen Sie sich einmal vor, wir hätten einen Außenminister, der sich auch um die Deutschen in der UdSSR, Polen, CSSR oder in Rumänien kümmern würde.

Stellen Sie sich einmal vor, dieser würde sich auch um die Interessen der Deutschen in Namibia kümmern.

Ich öffne schnell wieder die Augen, denn wo blieben dann die wunderbaren Trinksprüche, wie zuletzt im schönen Karlsbad beim Treffen Genscher-Chňoupek. Wie schön, es wurde von Herrn Genschers neuer Friedensordnung, von Goethes Abschied, von seiner letzten Liebe (Ulrike von Levetzow – Marienbader Elegie, Sept. 1823) gesprochen ... Aber, der Gestank aus Falkenau kommt nach wie vor nach Bayern, die Elbe fließt nach wie vor als braune Brühe über das Wehr in Schreckenstein.

Und Namibia? Da könnte man ja die Freundschaft des Swapo-Führers verlieren. Und dann wundern sich die Herren Kohl und Genscher, wenn die Wähler zu Hause bleiben!

Mit freundlichem Gruß
Rudolf Werner,
Lauenburg/Elbe

Wort des Tages

„Zwischen den Stühlen zu sitzen ist in Wahrheit der anständigste Platz, den es gibt."

Moritz Heimann, deutscher Autor (1868–1925)

Kirche in Berlin

„Kirche soll Spenden offenlegen"; WELT vom 6. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Werner Kahl schreibt in der Ausgabe vom 6. März, die Berliner evangelische Kirchenleitung dulde es in jüngster Zeit, daß im „Redaktionskollektiv kirchlicher Schriften" ein orthodoxer Kommunist tätig gewesen sei, der im Auftrag der DDR an Aktionen gegen die Grundordnung der Bundesrepublik teilgenommen habe.

Dazu ist festzustellen: Die Kirchenleitung kann nur etwas „dulden", was in Einrichtungen geschieht, für die sie Verantwortung trägt. Ihr ist nicht bekannt, daß in diesem Bereich ein orthodoxer Kommunist tätig ist, so daß von einem „Dulden" auch nicht gesprochen werden kann.

Im übrigen existiert in Berlin eine Einrichtung mit dem Namen „Redaktionskollektiv kirchlicher Schriften" nicht. Eine solche Bezeichnung ist auch als Umschreibung unüblich.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Stawinski,
Öffentlichkeitsbeauftragter der Berliner evangelischen Kirche

*

Aus dem Impressum „Informationsdienst für kirchliche Schriften", eines Periodikums der evangelischen Gemeinde in Kreuzberg, geht die Mitarbeit von „F. Teppich" in der Redaktion hervor. Teppich ist orthodoxer Alt-Kommunist, früherer Propagandist der Ostberliner SED-Führung, und trat u. a. 1982 als Organisator der von der „Evangelischen Studentengemeinde" angemeldeten Anti-Reagan-Demonstration auf. Die Red.

Personalien

VERANSTALTUNG

Eine illustre Runde amerikanischer Verleger und Literaturagenten fand sich in der Bibliothek des exklusiven New Yorker Lotos-Clubs bei einem Empfang zusammen, zu dem WELT-Herausgeber Dr. Herbert Kremp geladen hatte. Unter den rund 65 Gästen waren leitende Vertreter renommierter Unternehmen wie Farrar, Strauss, Giroux, Harcourt, Brace, Jovanovich, Doubleday und Curtis Brown, der größten Literarischen Agentur in der westlichen Welt. Kremp erläuterte der Runde, die gemeinsam die Rechte von mehreren hundert zeitgenössischen Autoren im angelsächsischen Bereich verwaltet, daß die WELT sich in Zukunft stärker großen internationalen Stoffen aus allen bibliographischen Sparten, besonders aber auf zeithistorischem Gebiet, öffnen wird. Sowohl Verleger wie Agenten bekundeten lebhaftes Interesse an dieser neuen Initiative.

ERNENNUNGEN

Claus Sönksen, bisheriger Leiter des Frankreich-Referates in der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, geht als Generalkonsul nach Kalkutta. Der Jurist, Jahrgang 1933, wurde seinerzeit von dem früheren Regierenden Bürgermeister **Willy Brandt** von Berlin mit nach Bonn in das Auswärtige Amt genommen. Dort blieb er bis 1969. Nach einer kurzen Zwischenstation im Bundeskanzleramt ging Sönksen anschließend fünf Jahre an die Deutsche Botschaft nach Washington. 1975 bis 1979 war er „zweiter Mann" an der Botschaft in Bangkok. Von 1979 bis 1982 leitete er das Pressereferat der Deutschen Botschaft in Paris. Danach erfolgte seine Ernennung für das Bundespresseamt.

*

Wolfgang Endemann wurde zum neuen Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg in Mannheim berufen. Der 55jährige wird Nachfolger von **Helmut Fuchs**, der Ende letzten Jahres in den Ruhestand ging. Endemann gehörte dem Verwaltungsgerichtshof bereits in den Jahren von 1971 bis 1978 als Richter im „Ersten und Vierten Senat" an. Seit 1978 war er Präsident des Verwaltungsgerichts Karlsruhe.

GEBURTSTAGE

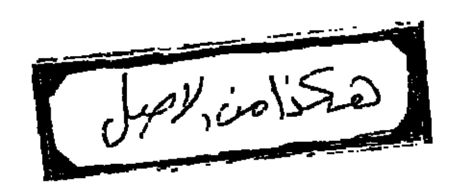
Pilar Prinzessin von Bayern wird heute in München 95 Jahre alt. Noch heute lebt die Urenkelin des Bayern Königs Ludwigs I. in einem Flügel des Schlosses. Ihre Mutter, **Maria de la Paz**, war eine Infantin von Spanien. Spaniens König **Juan Carlos** ist deshalb Großneffe der Prinzessin. Die hochbetagte Münchnerin hatte bereits seit ihrem zehnten Lebensjahr begonnen, Kunstgeschichte zu studieren. Zu ihrem Geburtstag werden in der Schwabinger Galerie Rose Lörch ihre Aquarelle und Gemälde ausgestellt.

*

Barbara Genscher, Frau des Außenministers, feierte gestern ihren 50. Geburtstag. Ihr zuliebe hatte **Hans-Dietrich Genscher** sämtliche Termine, auch Fernsehinterviews zum NATO-Referendum in Spanien, abgesagt. Statt dessen hatten die Genschers „Open Haus" in Pech.

KANZLERAMT

Hannelore Kohl, Vorsitzende des Kuratoriums ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems, hat in Bonn gestern von der Pfälzischen Verlagsanstalt Landau einen Scheck in Höhe von 150 000 Mark erhalten. Das Geld stammt aus dem Erlös des Buches „Was Journalisten anrichten". Das Kochbuch von Hannelore Kohl mit mehr als 200 Rezepten von Journalisten hat sich im Buchhandel als Renner erwiesen. Vom Preis in Höhe von 24,80 Mark werden pro Buch zehn Mark als Spende an das Kuratorium abgezweigt. Im Kanzlerbungalow dankte Frau Kohl dem Verlag, der in diesen Tagen eine neue Auflage vorbereitet. Das Kuratorium ZNS hat bisher 800 000 Mark für hochqualifizierte Geräte an Rehabilitationszentren weitergegeben. Außerdem wurden 465 Patienten in entsprechende Rehabilitationsplätze vermittelt. Noch einmal appellierte Hannelore Kohl an die Jugendlichen, sich rücksichtsvoll im Straßenverkehr zu verhalten. Bei den 15- bis 25jährigen sei der Verkehrsunfall Unfallursache Nummer eins.



Was einst hoffnungslos war, kann man heute heilen

Die Zusammenarbeit verschiedener medizinischer Disziplinen führt zu Erfolgen bei der Therapie von Lungenmetastasen

Von BERND KOCH

Immer häufiger gehen die Ärzte dazu über, Metastasen in der Lunge operativ zu behandeln. War man noch bis vor ein paar Jahren zurückhaltend, wenn Tochtergeschwülste in der Lunge festgestellt wurden, so ist die Chirurgie heute ein wesentlicher Bestandteil der Lungenkrebstherapie. Dies wurde während einer interdisziplinären Debatte von Tumorspezialisten, Radiologen und Chirurgen auf dem diesjährigen Kongreß der Gesellschaft für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie in Bad Nauheim deutlich.

Metastasen siedeln sich in bestimmten Organen an

Tochtergeschwülste (Metastasen) entstehen, wenn ein Primärtumor Krebszellen absondert, die sich im Körper ausbreiten und in anderen Organen festsetzen und vermehren. Eine körpereigene Zelle ist durch eine in den Genen festgelegte Programmierung in der Lage, ihren Wachstumsprozeß zu einem vorgegebenen Zeitpunkt abzuschließen. Diese Fähigkeit haben Krebs- und somit auch Metastasenzellen verloren.

Es hat sich gezeigt, daß diese ausgestreuten Zellen bestimmte Organe bevorzugen. *Diese Bevorzugung ist* wiederum abhängig von der Art des Primärtumors. An ihrem Bestimmungsort angelangt, wachsen diese fehlprogrammierten Zellen in das gesunde Gewebe ein, teilen sich unaufhörlich und bilden neue Gefäße. Diese Prozesse versucht man bei der Krebstherapie zu unterbinden.

Man weiß heute, daß ganz bestimmte Tumore bevorzugt Tochtergeschwülste in der Lunge bilden. Am *häufigsten* sind dies Nieren-, Hoden-, Dickdarm- und Brustkrebs. Es können über 10 Jahre vergehen, bis eine solche Metastase sich bemerkbar *macht. Sie befindet sich sozusagen* im Ruhezustand bis zum Auftreten von *Symptomen*. Ist bei einem Patienten eine Krebsgeschwulst zum Beispiel am *Hoden oder Dickdarm* entfernt worden, wird er daher einer intensiven *Nachkontrolle unterzogen*. Mit Hilfe radiologischer Untersuchungsverfahren kann man die Lungenlappen durchleuchten und Metastasen feststellen, wenn sie einen Durchmesser von mindestens fünf Millimetern haben.

Bis zum Ende der 70er Jahre wurden Lungenmetastasen meistens als *unheilbares Endstadium einer* Krebserkrankung angesehen. Durch eine *kombinierte* Anwendung von Chirurgie, Medikamenten und Bestrahlung sind *heute* jedoch *Therapieerfolge* möglich. Mit Hilfe der Chirurgie lassen *sich große Metastasen* entfernen. Verbliebene Kleingeschwülste, die vom Operateur nicht festgestellt werden können, sind anschließend einer Chemotherapie oder Bestrahlung zugänglich.

Vielfach ist eine genaue Bestimmung der Anzahl von Tochtergeschwülsten vor der Operation nicht möglich. Der Chirurg wählt dann einen operativen Zugang in der Mitte des Brustraumes, um so beide Lungenflügel untersuchen und gegebenenfalls operieren zu können. Häufig werden während der Operation mehr Metastasen entdeckt, als vorher röntgenologisch nachgewiesen wurden.

Der Chirurg muß die gesamte Lunge absuchen

In bis zu 60 Prozent der Fälle befinden sich die Metastasen in der Lungenperipherie. Bei einer durchschnittlichen Größe von 0,5 bis 3 Zentimeter muß der Chirurg die Lunge sehr genau untersuchen, um alle Metastasen aufzuspüren. Bei der Entfernung versucht er, so viel gesundes Lungengewebe zu belassen wie möglich. Die Zahl der Todesfälle während dieser Eingriffe liegt unter einem Prozent. Das Problem ist also nicht die Schwere der Operation, sondern die vollständige Entfernung aller Metastasen, deren Zahl bis zu 20 betragen kann.

Die Erfolgsaussichten hängen aber nicht nur von der Gründlichkeit der *Operation ab, sondern auch von der* Schnelligkeit des Tumorwachstums, von der Anzahl der Metastasen und der Empfindlichkeit auf Medikamen*te und Bestrahlung. Faßt man alle* Tumorarten zusammen, so ergibt sich *für die Patienten* eine Chance von 50 *Prozent*, mindestens 5 Jahre zu überleben. *Diese Durchschnittszahl* kann aber weit über- bzw. unterschritten werden kann, je nach Tumorart. Das Spektrum reicht von 20 bis 90 Prozent.

Die entnommenen Gewebeproben werden nach der Operation von einem *Pathologen untersucht. Nur die*ser kann letztlich feststellen, ob es *sich wirklich um eine Absiedlung* eines bekannten Primärtumors oder etwa um eine völlig neue Krebsgeschwulst handelt. Ausgehend von den entfernten Krebszellen lassen sich Zellkulturen anlegen. Daran werden Versuche unternommen, um die Empfindlichkeit des jeweiligen Zelltypus gegen bestimmte Medikamente festzustellen. So kann man dann dem Patienten das Mittel verordnen, das am besten geeignet ist, die verbliebenen Krebszellen abzutöten.

*Nur die interdisziplinäre Zusam*menarbeit der Ärzte ermöglicht es also letztlich, Patienten von ihrem Leiden zu heilen oder zumindest ihre Überlebenszeit wesentlich zu verlängern.



Das Glasfaserkabel einmal aus anderer Sicht: Ein Querschnitt durch den einen achtel Millimeter dicken Lichtleiter (links) zeigt die zahlreichen Schichten, die mit ihren unterschiedlichen Brechungseigenschaften das Licht quasi gefangenhalten, auch wenn es „um die Ecke geht". Rechts ist die Glasfaser während des Herstellungsprozesses, des sogenannten Ziehens, zu sehen. FOTO: SIEMENS

Ein Buch geht in Sekunden über den Draht

Digitaltechnik im Fernmeldebetrieb macht das Telefon zum Kommunikationszentrum

Von MICHAEL JACH

Telefonieren, Fernschreiben, Fernkopieren, Datenfernübertragung, Bildübermittlung – bis zu acht verschiedene Arten der Telekommunikation können in Zukunft über ein „normales" Telefon genutzt werden. Möglich wird die Zusammenführung der entsprechenden, bisher getrennt betriebenen Leitungsnetze der Deutschen Bundespost *durch den fortschreitenden „Umbau"* des Fernmeldebetriebs von der Analog- zur *Digitaltechnik. Nach* Abschluß zweier Pilotprojekte in Stuttgart und Mannheim *soll* von *1988* an das umfassende Digitalnetz ISDN (*Integrated Services Digital Network*) bundesweit in Betrieb gehen und vor allem bürotechnische Arbeitsabläufe erheblich rationalisieren.

Denn künftig werden die bisher getrennt zu bedienenden Endgeräte wie Fernschreiber, Fernkopierer, Datenterminal mit dem „klassischen" Telefon selbst als Peripheriegeräte unmittelbar gekoppelt und gleichsam um einen einzigen Schreibtisch gruppiert.

Während die Übertragungskapazität des Netzes bisher bis zu 2,4 Kilobit je Sekunde betrug (1 Kilobit = 1000 einzelne Daten- oder Sprechimpulse), so wird sie im ISDN-System auf 64 Kilobit gesteigert. Das bedeutet zum Beispiel fürs Bürofernschreiben (Teletex) eine Übermittlungsbeschleunigung je Schreibmaschinenseite von jetzt etwa zehn auf nur noch eine halbe Sekunde.

Auf einem Fachkongreß „Neue Informations- und Kommunikationstechniken in der Anwendung", den die Konrad-Adenauer-Stiftung jetzt zum Auftakt der CeBIT-Elektronikmesse in Hannover veranstaltete, gab Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling einen Überblick über die verschiedenen *Dienstangebote* der Post, die mit dem ISDN-Netz *in großer Breite – im Prinzip für jeden* der jetzt 26 Millionen Telefonanschlüsse – nutzbar werden.

– **ISDN-Fernsprechen:** Das herkömmliche Telefon selbst überträgt die Sprache besser – „bis hin zur Rundfunkqualität".
– **ISDN-Teletex:** Drastischer Zeitgewinn beim Bürofernschreiben.
– **ISDN-Telefax:** Beim Fernkopieren wird die Übermittlungszeit von Minuten auf Sekunden reduziert, die Wiedergabe der Kopiervorlage nähert sich der „Schreibmaschinenqualität".
– **ISDN-Textfax:** Dieser neue Dienst wird Telefax und Teletex verbinden und *komplette Dokumente* mit Briefkopf, Skizzen und Unterschrift übermitteln.
– **ISDN-Datenübertragung:** Vor allem sie profitiert von der gesteigerten „Transportgeschwindigkeit".
– **ISDN-Bildschirmtext:** Mit dem 64-Kilobit-Betrieb werden Btx-Bilder sekundenschnell aufgebaut. Möglich wird die Übertragung von Fotos.
– **ISDN-Bildübermittlung:** Mehrere neue Bilddienste – Fernzeichnen und -skizzieren, Standbild und langsames Bewegtbild – zeichnen sich ab.
– **ISDN-Temex:** „Fernwirkdienste" wie automatisches Zählerablesen, Regeln von Klimaanlagen, Alarmketten, Parkleitsysteme, die derzeit noch im „alten" Netz erprobt werden.

Vom Anfang der 90er Jahre an, mit zunehmender Glasfaser-Verkabelung und *nachfolgendem* Übergang vom dargestellten „Schmalband"- auf *„Breitband"-ISDN*, ist zudem die Verbreitung des Bildtelefons zu erwarten. Die Kapazität der Leitungen wird dann gegenüber dem jetzt vorbereiteten Kupferkabel-ISDN nochmals um das 2000fache (auf 140 Megabit) gesteigert. Das Bundespostministerium umschreibt die Übermittlungsgeschwindigkeit so: Ein Telefonbuch mit 500 000 Eintragungen geht in 15 Sekunden „über den Draht".

Der Nutzen vor allem für Geschäftsverkehr und Wissenschaftsaustausch liegt auf der Hand. Doch die Nutzungskosten bleiben vorerst extrem hoch. Deshalb wird der direkte Teilnehmerzugang zum im Ausbau befindlichen Glasfaser-Fernnetz bis 1987 zunächst bedarfsorientiert in 29 wichtigen städtischen Zentren geschaffen. Bei weiterer Verdichtung der Glasfaser-Orts- oder „Overlay"-Netze und bei sinkenden Preisen für vermehrte Anschlüsse steht eines noch ferneren Tages endlich die Zu*sammenführung mit den Netzen der* Kabelmedien am Horizont.

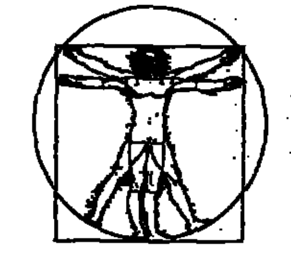
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Mehr Kopfschmerzleiden

München (dpa) – Etwa eineinhalb Millionen Bundesbürger leiden unter Kopfschmerzen, und die Zahl nimmt ständig zu, berichteten Neu*rologen am Dienstag in München*. Nur zu oft versuchten Kranke, sich mit Hilfe von rezeptfrei erhältlichen Schmerzmitteln selbst zu kurieren. Den wenigsten sei bekannt, daß starker Schmerzmittelgebrauch wiederum zu Kopfschmerzen führen könne. Dabei sei der Kopfschmerz oft eine Antwort des Körpers auf andere Leiden wie Rheuma, Zahnschäden oder Veränderungen der Halswirbelsäule, die nur der Arzt erkennen könne.

Neuer Naturpark

Bornheim (DW.) – Auf einer Fläche von rund 770 Quadratkilometern soll im Südwesten Nordrhein-Westfalens in den nächsten 15 Jahren der neue Naturpark Kottenforst-Ville entstehen. Das sieht der „vorläufige *Maßnahmeplan Kottenforst-Ville*"



vor, den der Landschaftsverband Rheinland (LVR) jetzt vorgestellt hat. Das ausgedehnte Gebiet, das von der rheinland-pfälzischen Landesgrenze bis nach Neuss und über den Ville-Höhenzug bis nach Zülpich im Westen reicht, soll als „grüne Lunge" den über zwei Millionen *Menschen im Ballungsraum* Köln-Bonn Naherholungsgebiete si*chern und die ökologische* Leistungsfähigkeit der Landschaft verbessern. Durch die Ausdehnung weit über die Grenzen des alten Naturparks Kottenforst um Bonn hinaus wird gleichzeitig ein Übergang zum Naturpark Nordeifel geschaffen.

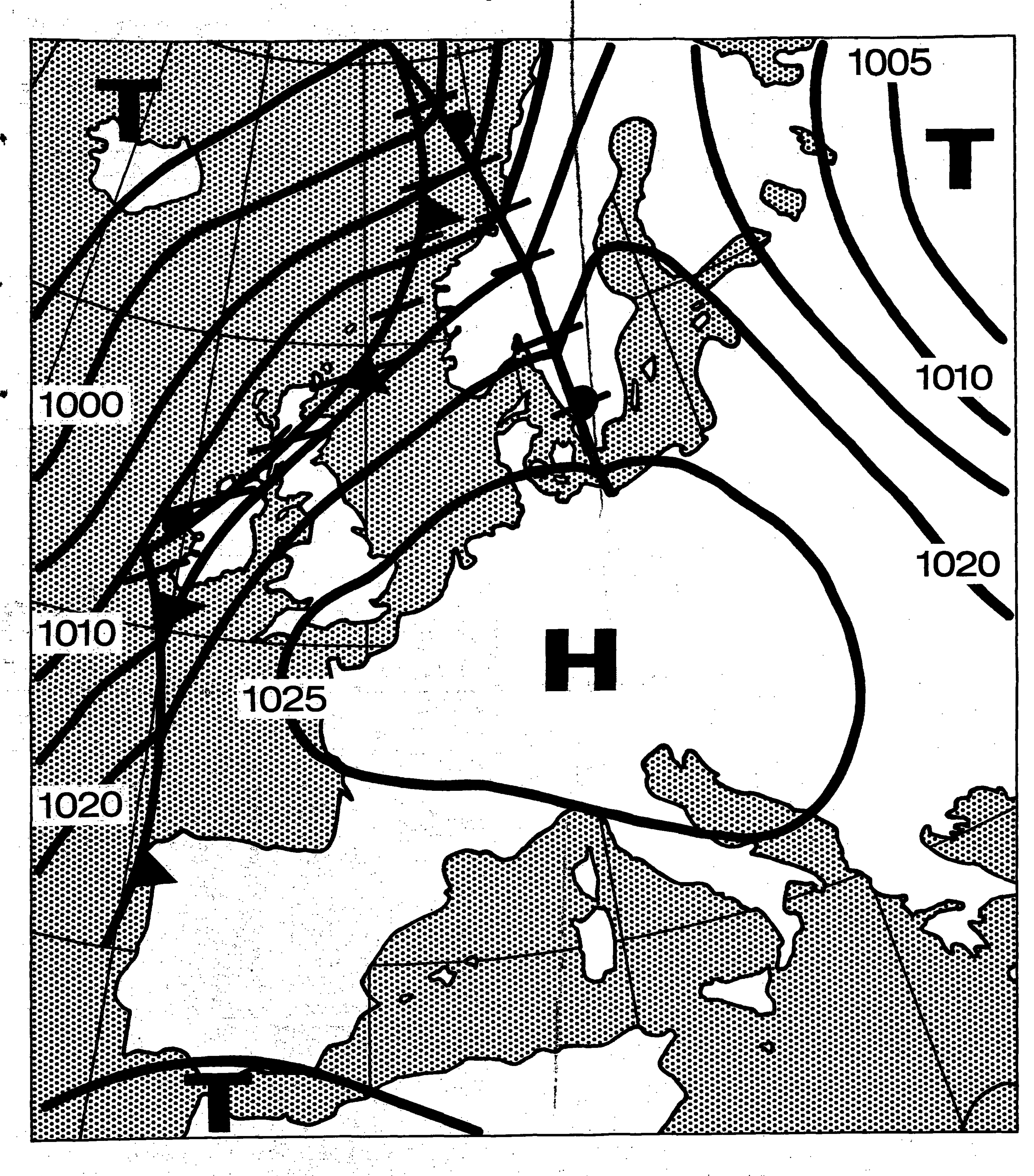
Sonnenkraft-Fernseher

Tokio (Kar.) – Ein mit Sonnenenergie betriebenes Fernsehgerät für Gebiete ohne Stromversorgung hat jetzt die japanische Firma Sanyo entwickelt. Die Anlage besteht aus einer 80 mal 120 cm großen Platte mit Solarzellen, einem 14-Inch-Farbfernseher und einer kleinen aufladbaren Batterie für den Betrieb bei Nacht oder bei Bewölkung. Nach Anlaufen der Massenproduktion soll *das Gerät zwischen* 1500 und 2500 Mark kosten. Die Solarzellen ermög*lichen* in Gegenden mit 2000 bis 2500 Sonnenstunden jährlich, also auch *hierzulande, einen Betrieb* von vier bis fünf Stunden täglich.

Schlaganfälle

Atlanta (*nyk*) – Die *meisten* Schlaganfälle geschehen zwischen 8 *und 9 Uhr morgens, wie jetzt* Thomas Robertson vom Nationalen Gesundheitsdienst der USA statistisch ermittelt hat. Er vermutet, daß der durch das Wecken und Aufstehen ausgelöste Streß und der Blutdruckanstieg an dieser Häufung schuld sind. Eine ähnliche zeitliche Korrelation ist auch bereits beim Herzinfarkt gefunden worden.

Das Swissair-Hoch über Europa dehnt sich aus und verstärkt sich.



Ausgesprochen schön, wie sich Europa für die Swissair-Passagiere präsentiert: mit hohen Frequenzen und zahlreichen Anschlüssen nach 50 europäischen Städten in 26 europäischen Ländern. Was ausserdem die Reiselust erhöhen dürfte, ist der freundliche Service in der Luft und am Boden. Weitere erfreuliche Entwicklungen für Europa: Ab 31. März 1986 fliegt die Swissair je zweimal wöchentlich nach Tirana* und Malta und fünfmal pro Woche nach Birmingham.

swissair

* Vorbehaltlich Genehmigung.

Die Weichen werden neu gestellt

Die Halbwertzeit des beruflichen Fachwissens wird immer kürzer. Das heißt, in immer kleineren Zeitabständen ist die Hälfte der Kenntnisse veraltet, die man sich einmal in der Berufsausbildung angeeignet hat. Die permanente Weiterbildung auf der Basis einer breit angelegten – auch beruflichen – Allgemeinbildung wird immer wichtiger, ansonsten verliert das einmal Gelernte sehr bald endgültig an Wert, kann sich das Wissens-Kapital *nicht nur nicht verzinsen, sondern* ist auch frühzeitig aufgebraucht.

Große Konzerne haben daraus *längst ihre Konsequenzen gezogen*, die kleinen und mittleren Unternehmen tun sich häufig noch sehr schwer. Sie sind nicht in der Lage, eigene Weiterbildungs-Einrichtungen vorzuhalten. Sie sind auf Kooperation mit anderen Betrieben angewiesen, *auf die Hilfe* ihrer Kammern, und sie können auf eine immer größer werdende Palette externer Anbieter zurückgreifen.

Vor allem aber ist der einzelne Mitarbeiter gefordert. Weiterbildung ist im wesentlichen eine Bringschuld, verlangt also das Engagement, die Bereitschaft des Arbeiters oder Angestellten. Der Zug zur Freizeit-Gesellschaft darf die Signale nicht überfahren. Denn einige Weichen müssen umgelegt werden, wenn diese Gesellschaft insgesamt konkurrenzfähig bleiben will.

Die Möglichkeiten für die Weiterbildung, die sich im Zusammenhang mit der Diskussion über weitere Arbeitszeitverkürzungen ergeben können, sind bisher kaum angesprochen und schon gar nicht genutzt worden. Die Gewerkschaften würden bei den Arbeitgebern auf offene Ohren stoßen, wenn sie hier bei den Tarifverhandlungen Zusammenhänge herstellen würden.

Dabei muß aus den Fehlern etwa des Bildungsurlaubs-Gesetzes von Nordrhein-Westfalen gelernt werden. *Denn es geht um berufliche Weiterbildung*, wohlgemerkt – nicht um von der Allgemeinheit finanzierte Kurse im Töpfern oder Selbstfinden.

p. p.

„Erfahrung ohne Fortbildung ist zu wenig"

Plädoyer von Lothar Sparberg, Deutschland-Chef der IBM / Wer Lernleistung fordert, muß Perspektiven bieten

Es gibt wohl nur wenige Unternehmen, die von ihren Mitarbeitern so konsequent eine lebenslange Lernbereitschaft verlangen wie der Computer-Hersteller IBM/Deutschland. Dies hängt zum einen natürlich damit zusammen, daß die rasante Entwicklung in der Hoch*technologiebranche* ohnehin erhebliche Aktivitäten in der Weiterbildung der Beschäftigten verlangt, um auf dem neuesten Stand zu bleiben. Es hängt allerdings auch mit der Firmenphilosophie zusammen: Lothar F. W. Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung, *hat jetzt noch einmal* „die harte Notwendigkeit ständiger Mitarbeiterschulung" betont, „damit unsere Zielsetzung, niemanden aus wirtschaftlichen Gründen zu entlassen, angesichts erforderlicher neuer Kenntnisse und Fähigkeiten durchgehalten werden kann".

Elf Bildungstage für jeden

Die Bandbreite dieser Aktivitäten von IBM reicht von der Weiterbildung der Führungskräfte über Sprachenschulung *bis zur Freizeitbildung*. Jeder Mitarbeiter des Unternehmens hat sich im Durchschnitt im vergangenen Jahr an *fast elf Tagen* während seiner Arbeitszeit „weitergebildet", dabei 3,1 Kurse besucht, von denen jeder Kurs im Schnitt damit 3,5 Tage dauerte.

Für den Deutschland-Chef von IBM ist die Weiterbildung der Mitarbeiter auch persönlich eine seiner wichtigsten Aufgaben. Sparberg: „In einer Zeit raschen technologischen Wandels verfällt angehäuftes Bildungskapital und verliert seine Verzinsbarkeit während eines Berufslebens, wenn Weiterbildung unterlassen wird. Erfahrung – die vielstrapazierte Entschuldigung für nicht wahrgenommene Weiterbildung – besitzt sicher einen Wert. Erfahrung wird durch Weiterbildung aber erst wirklich qualifiziert."

Voller Stolz verweist er auf die vorbildlichen Anstrengungen seines Unternehmens: „Die betriebliche Weiterbildung ist heute dabei, sich auf diese Gegebenheiten einzustellen. In der Praxis des Unternehmens, das ich leite, haben wir für unser Schulungswesen daraus bereits Konsequenzen gezogen. Nicht nur quantitativ – wir investieren derzeit ca. 150 Millionen Mark im Jahr in unsere Schulung – sondern auch qualitativ durch die Erweiterung der Bildungsinhalte auf zahlreiche nichttechnische Kurse."

Im Grundverständnis von IBM ist „die Basis des Lernens das Eigeninteresse des Mitarbeiters. Und wir sagen deshalb auch: Wer Lernleistung fordert, muß denen, die er fordert, auch Perspektiven bieten können. Doch nicht nur größere Firmen, auch kleinere Betriebe, auch die öffentlichen Bildungseinrichtungen ebenso wie staatliche Behörden, Gewerkschaften und Verbände sollten sich mehr auf die neuen Anforderungen der Weiterbildung ausrichten."

Sparberg bedauert, daß in der „langen, durchaus aber auch fruchtbaren Debatte über Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung der Aspekt der Weiterbildung unter Wert behandelt worden" sei. Der IBM-Chef sieht aber gerade hier entscheidende Perspektiven: *„Sollten nicht kürzere Arbeitszeiten* – in welcher Form auch immer angestrebt – nicht nur dem vermehrten Freizeitkonsum dienen, sondern nicht auch die freie Zeit als Investition in Maßnahmen der berufsbezogenen Weiterbildung verwendet werden? Ähnliches wäre in bezug auf die Arbeitslosen zu überlegen, die trotz mancher Arbeitsförderungsprogramme weitgehend auf eigene Initiative angewiesen sind, um den Weg ins Erwerbsleben zurückzufinden."

Ängste der Chefs

Wer sich in kleinen und mittleren Unternehmen *umhört*, weiß, *wie* schwer sich gerade diese Betriebe mit der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter tun. Auf dem Weiterbildungskongreß in Stuttgart ist dies vor wenigen Tagen erst wieder bestätigt worden. Unterschwellig scheinen dabei Ängste der „Chefs" vor mehr wissenden Untergebenen eine wesentliche Rolle zu spielen. Doch Sparberg ruft gerade die Betriebe der „mittelständischen Industrie und Kleinbetriebe" dazu auf, sich der großen Möglichkeiten zu bedienen, die sich für das „Selbststudium durch computergestützte Lernprogramme" eröffnen:

„Bei dem heutigen technischen Stand und Verbreitungsgrad von Geräten der Informationsverarbeitung lassen sich geschlossene Lehrinhalte, die als Lernprogramm in einem zentralen Rechner gespeichert sind, problemlos auf eine nahezu unbegrenzte Anzahl von dezentral installierten *Bildschirmen abrufen* oder auch unabhängig von einem zentralen Rechner mit Hilfe eines Personal Computers zu Unterrichtszwecken nutzen."

Für die kleinen und mittleren Firmen eröffnen sich dadurch neue Wege, da sie kaum eigene Schulungsveranstaltungen durchführen können. Sparberg: „Der Arbeitsplatz ist zugleich Lernplatz. Lernen wird komfortabler, denn der Lernende hat den Vorzug, sein Lerntempo und die zeitliche Verteilung *einzelner* Lernabschnitte selbst zu steuern."

Die Zukunftsperspektive der zunehmenden beruflichen *Mobilität hat* in Sparbergs Unternehmen bereits begonnen. Grundsätzlich sei „die Lage" in der Bundesrepublik Deutschland so: „Eine ständig anwachsende Zahl von Erwerbstätigen ist mit der Beschaffung, Verarbeitung und Weitergabe im weitesten Sinne befaßt." Immer mehr würden in Zukunft „körperliche und manuelle Tätigkeiten *abnehmen, dispositive und kommunikative* Tätigkeiten hingegen zunehmen. In unserem Unternehmen ist es akzeptiert, daß die Mitarbeiter öfter ihre Tätigkeitsfelder wechseln. Unser Bild vom idealen Mitarbeiter ist das eines Generalisten, der sich mehrmals in seinem Berufsleben spezialisiert."

PETER PHILIPPS



Computer – schon für Studienanfänger ein wichtiger Arbeitsplatz FOTO: KONTAR

Mit „Cadlab" auf neuen Wegen der Kooperation

Nixdorf bietet Paderborn weitere Millionen-Spritze an

Heinz Nixdorf war wieder einmal für einen überraschenden Vorstoß gut: Bei der Einweihung des gemeinsam von Nixdorf, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Gesamthochschule Paderborn getragenen Forschungs- und Entwicklungszentrums „Cadlab" in Paderborn bot er *weitere 50 Millionen* Mark als Spende an. Damit will er der Hochschule beim weiteren Ausbau des Informatikschwerpunktes unter die Arme greifen. Aber er will für das Kapital auch Zinsen sehen. Nixdorf verband deshalb seine Offerte mit der Auflage, daß die 50 Millionen eine achtprozentige Verzinsung durch das Land bringen müßten – in Form zusätzlicher Professuren, *eingestellt im* Haushalt mit vier Millionen Mark.

Doch so schnelle Vorstöße, denen *ein Erfolgsmanager wie* Nixdorf einen guten Teil seines Vorsprungs verdankt, sind für Bürokratien nur langsam zu verdauen. Wissenschaftsministerin Brunn sagte etwas von „großer Sympathie" – und dabei blieb es erst einmal. Sie kündigte allerdings an, mit Nixdorf noch über die „Konkretisierung" sprechen zu wollen.

„Cadlab" (Computer Aided Design Laboratory) ist eine für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschule im *Rahmen der Drittmittelforschung*. Nixdorf verwies darauf, wie notwendig diese Zusammenarbeit gerade auf dem Gebiet der Mikroelektronik sei, um den Japanern und Amerikanern „Paroli bieten" zu können: „Eine Hochschule kann zwar nicht garantieren, daß die Industrie am Ort bleibt, aber ohne eine Befruchtung durch die Hochschule wird sich die Industrie auf Dauer nicht halten können."

Mit „Cadlab" sind in Paderborn, so vermeldet es auch stolz die Universität, das wissenschaftliche *Potential* der Hochschule und die praktische Erfahrung eines Computerherstellers in der Entwicklung innovativer Systemlösungen unter Einsatz hochintegrierter Schaltungen zusammengeführt worden. Neue Forschungs- und Entwicklungsergebnisse sollen dank der neuen Einrichtung schneller in die industrielle Anwendung umgesetzt werden. Die Forschung wird bei „Cadlab" praxisorientiert betrieben mit starken Impulsen für weiterführende wissenschaftliche Arbeiten.

Professor Franz-Josef Rammig, Leiter des „Cadlab"-Projekts, dirigiert *erst einmal eine Mannschaft von* 17 Wissenschaftlern und Ingenieuren, die nach seinem Urteil alle „hochmotiviert" seien. In der endgültigen Ausbaustufe werden dann mehr als 20 Mitarbeiter an „Cadlab" arbeiten – offen auch für andere Interessenten. 1,7 Millionen Mark werden investiert – fast ausschließlich für die Anschaffung von Rechnern. Jeweils 1,2 Millionen Mark stecken das Land und die Nixdorf AG jährlich zum Unterhalt in ihr gemeinsames Projekt. Und *in zwei Etagen, offiziell angemietet* von der Hochschule, wird auch der Nachwuchs herangezogen: Auf 1285 Quadratmeter Fläche sind 55 Rechner installiert werden, an denen seit Anfang Dezember 1985 bereits rund 500 im Grundstudium stehende Informatikstudenten sich praktisch einüben können.

JAMES ROVER

Wilms: Maßstäbe gesetzt

Berufstätige lernen an Fernfachhochschule in Rendsburg

E. SCROOGE, Stuttgart

Für Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat die einzige Fernfachhochschule der Bundesrepublik Deutschland „mit eindrucksvollem Erfolg eine Lücke auf dem Bildungsmarkt geschlossen". Frau Wilms schrieb dies der AKAD-Fachhochschule in Rendsburg zum fünfjährigen Bestehen. Und: „Aus privater Initiative ist ein Bildungsangebot geschaffen worden, das in der Erwachsenen- und Weiterbildung neue Maßstäbe setzt."

Seit ihrer Gründung durch die Stuttgarter „Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung" (AKAD) hat die Rendsburger Fachhochschule mehr als 150 Berufstätigen ermöglicht, den Diplom-Betriebswirt zu machen oder das Aufbaustudium für Ingenieure zum Diplom-Wirtschaftsingenieur erfolgreich abzuschließen. Hochschulpräsident Kurt Schönherr rechnet damit, daß die Zahl der Absolventen sich in den kommenden Jahren noch erheblich steigern wird – schließlich seien inzwischen mehr als 1000 Berufstätige aus allen Teilen der Bundesrepublik als Teilnehmer des Fernstudiums eingeschrieben.

An Wochenenden kommen die Studenten in sieben Städten zu Kurzse*minaren zusammen, in zwei* Vierzehntageseminaren in Kiel werden sie vor der Abschlußprüfung mit dem „letzten Schliff" versehen. AKAD-Studenten sind im Schnitt um die 30 Jahre alt und zehn Jahre berufstätig.

Handwerker lernen am PC

Projekt in Niedersachsen hilft auch arbeitslosen Lehrern

J. MARLEY, Hannover

Niedersachsens *Kultusminister* Georg-Berndt Oschatz setzt auf einen doppelten Effekt: Zum einen sollen junge Handwerker rechtzeitig den Umgang mit den neuen Bürotechnologien lernen, zum anderen sollen zugleich die Handwerksbetriebe behutsam an Personal Computer herangeführt werden. Denn gerade in diesem Wirtschaftszweig ist die Schwellenangst vor den modernen *EDV-Möglichkeiten* noch mit am größten. Um beide Ziele zu erreichen, werden vom April an *300 Berufsanfänger aus den* Handwerksbereichen Dachdecker, Maler, Elektroinstallateure, Sanitär- und Heizungsinstallateure, Tischler im Rahmen eines Modellprojekts weitergebildet. Die Lehrgänge erfolgen jeweils im Betrieb, für jeden wird ein Computer dorthin transportiert.

Das Vorhaben ist gemeinsam von Landesregierung, Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft und der Niedersächsischen Handwerkskammer entwickelt worden. Die vorgesehene Weiterbildung an Personal Computern ist für den Praktikanten wie für seinen Betrieb kostenlos. Die geschätzten Gesamtkosten von rund 4,4 Millionen Mark werden von der Landesregierung und der Arbeitsverwaltung übernommen.

Denn noch ein *dritter* Effekt wird erreicht: Zur Unterrichtung der jungen Handwerker werden voraussichtlich 15 bisher arbeitslose Lehrkräfte der kaufmännischen Fachrichtung eingestellt werden.

Wo Handwerker das Restaurieren lernen können

G. P. O. Köln

Für künftige Restauratoren an Museen soll es jetzt erstmals in der Bundesrepublik Deutschland offizielle Ausbildungsgänge geben: Der Landschaftsverband Rheinland wird im kommenden Jahr die erste Fachschule für Restaurierungstechniker in der alten Abtei Brauweiler bei Köln einrichten, und das Land Nordrhein-Westfalen plant vom Wintersemester 1986/87 an einen Studiengang für Restauratoren an der Kölner Fachhochschule. Die dreijährige Ausbildung zum staatlich geprüften technischen Restaurator an der Fachschule baut auf einen Handwerks- oder Facharbeiter-Beruf auf. Neben theoretischen Kenntnissen sollen in den Werkstätten auch praktische Fertigkeiten vermittelt werden. Der Verband warnt vor: Noch werden keine Bewerbungen entgegengenommen. Handwerkern, die alte Techniken zur Restaurierung von denkmalswürdigen Gebäuden erlernen wollen, steht auch das Fortbildungszentrum für handwerkliche Denkmalspflege in Schloß Raesfeld bei Borken offen.

„Weiterbildung in Europa"

p. p. Berlin

Der Berliner Senat lädt ein: Gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum für Berufsbildung (CEDEFOP), der Europäischen Wirtschaftshochschule Paris und dem Bundesinstitut für Berufsbildung veranstaltet die Landesregierung am 9. und 10. Oktober 1986 in Berlin den ersten Europäischen Weiterbildungskongreß. Angesprochen werden sollen dabei Bildungspolitiker und Bildungsforscher sowie Praktiker aus dem Bildungsbereich, um ihnen damit ein Forum zum Informations- und Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Weiterbildungsangebote innerhalb der EG anzubieten. Der Kongreß wird unter dem Motto stehen: „Weiterbildung in Europa – Chancen für Innovation und Beschäftigung". Fünf Workshops werden dabei die Podiumsgespräche mit Bildungspolitikern aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und sonstigen Aktivitäten ergänzen. Einer der Workshops soll sich beispielsweise mit der „Weiterbildung als Mittel der Organisations- und Personalentwicklungsplanung in mittleren Betrieben" beschäftigen.

Internate werden zur Zuflucht für Individualisten

Früher schienen Internate in erster Linie Schulorte zu sein, die entweder Kinder aus zerrütteten Familienverhältnissen oder reicher Eltern Sprößlinge aufnahmen, die auf normalen Schulen nicht so recht mitkamen, „letzter Ausweg" sozusagen. Geschichten hierüber füllen die Regale der Bibliotheken. Inzwischen hat sich jedoch vieles gewandelt.

Das Landschulheim „Schloß Heessen" in Hamm beispielsweise hat in seinen Grundsätzen sehr präzise die Aufgabenstellung beschrieben: „Das Internat stellt sich die Aufgabe, eine Lebensgemeinschaft junger Menschen zu pflegen und zu fördern. Kulturinhalte und Kulturbereiche wie Musik, Theater, Literatur, Formen der Geselligkeit und Sport werden in das Internatsleben einbezogen. Wir wollen die Möglichkeit bieten, ein reich strukturiertes soziales Feld zu gestalten, in welchem eine Vielzahl von sozialen Organisationsformen erfahren werden kann."

Dieser fast paradiesisch anmutenden Umfeld-Beschreibung steht in Hamm genauso wie in anderen Internaten die sehr viel stärker als in Regelschulen übliche „Erziehung" der Kinder und Jugendlichen gegenüber, die sich eben nicht nur auf die Ausbildung der kognitiven Fähigkeiten beschränkt. „Eine klare und verbindliche Ordnung des Tagesablaufs wie der Rechte und Pflichten aller Schüler je nach ihrem Alter ist nicht Selbstzweck", heißt es in Schloß Heessen, „sondern Hilfe und Stütze in diesem Prozeß der Selbstfindung und -verwirklichung im Rahmen des gemeinsamen Lebens und Arbeitens in unserem Haus. Ergänzend zur Schule ist es Aufgabe des Internates, den jungen Menschen weitere Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, die es erlauben, Wahrnehmungsweisen und den Erfahrungshorizont zu erweitern." Zwar arbeiten die Schüler der Oberstufe weitgehend selbständig, aber auch bei ihnen ist die Länge der Arbeitszeit vorgeschrieben, die Einhaltung wird überwacht.

Der Andrang auf die Internate ist in der Bundesrepublik Deutschland seit einigen Jahren so groß wie zuvor schon lange nicht mehr. Dies ist ohne Frage auch ein schlechtes Zeugnis für die Regelschulen, die in den vergangenen knapp zwanzig Jahren als Spielwiese für so manches Schulexperiment haben herhalten müssen, während die Internate weitgehend unberührt davon sich in Ruhe weiterentwickelt haben. Hinzu kommt, daß durch vermehrte Stipendien der Besuch von Internaten für mehr Eltern erschwinglich geworden ist. Und als drittes scheint sich dabei niederzuschlagen, daß bei all der sonst um sich greifenden Uniformität die Individualität – und damit eine positive Form der Exklusivität – einen immer größeren Reiz erhält. Wer liest, welche relativen „Schulproblemchen" im Vergleich mit mancher staatlichen Schule zur Zeit die Wogen der Erregung im traditionsreichen Internat Schloß Salem hochgehen lassen, reibt sich ungläubig die Augen.

Die teilweise vorhandenen langen Wartelisten erlauben es den Internaten heute stärker als in früherer Zeit, sich ihre Schüler – und die dazugehörenden Eltern – auszusuchen. „Aufnahme in unserem Haus finden gesunde Kinder", bestimmen die Regularien in Schloß Heesen, „die den Anforderungen einer höheren Schule gewachsen sind. Aufnahmevoraussetzung für Schule und Internat ist für alle Klassen und Jahrgangsstufen die Eignung nach vorliegenden Zeugnissen und gegebenenfalls Gutachten. Wir halten das vorherige gegenseitige Kennenlernen für eine wichtige Grundlage guter, vertrauensvoller Zusammenarbeit und legen deshalb Wert auf ein Vorstellungsgespräch beim Schul- und Internatsleiter. Unser Haus ist von christlichem Geist getragen, jedoch frei von konfessionellen Bindungen."

Die Internatsschulen sind in der Regel staatlich anerkannte und überwachte „Ersatzschulen" in privater Trägerschaft. In allen Klassen liegt aber üblicherweise die „Kopfstärke" unter dem Zahlendurchschnitt staatlicher Regelschulen, was eine zusätzliche Förderungsmöglichkeit für die Kinder bedeutet. Der weitere Aufbau der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II entspricht dem in öffentlichen Schulen. Allerdings können viele der Nachteile, die den reformierten Oberstufen allein wegen der Auflösung des Klassenverbandes sonst anhaften, in den Internaten problemloser ausgeglichen werden. Für die Kinder in der Unter- und Mittelstufe werden Kleingruppen unter Aufsicht für die Hausarbeiten gebildet – eine Hilfe, die in vielen Familien kaum noch zu realisieren ist. Bei Leistungsschwächen gibt es zusätzliche Förderungsmöglichkeiten.

Das neue Selbstbewußtsein und auch Selbstverständnis faßt auch der Rektor des Internats im sauerländischen Meinerzhagen in einen knappen Satz: „Wir sind keine Schule für Kinder mit Lernschwierigkeiten, sondern für Lernwillige."

Eine Übersicht über die Internate ist u. a. erhältlich bei der „Euro-Internatsberatung" in München.

PETER PHILIPPS

Studentenwerk in Herdecke wächst auf privater Basis

J. R. Bonn

In Witten/Herdecke ist für die private Hochschule auch das erste private Studentenwerk der Bundesrepublik Deutschland gegründet worden. Ganz bewußt knüpft es an die Tradition der „Studentenhilfen" der zwanziger Jahre an, als Studenten und Professoren gemeinsam Sozialfonds einführten, um jungen Menschen aus allen Schichten ein Studium zu ermöglichen. Die Initiatoren in Herdecke räumen ein, daß „zwar heute die sozialen Ungleichheiten durch BAföG, andere Stipendienfonds und die Gebührenfreiheit an der Herdekker Universität weitgehend geglättet" seien, aber auch an der privaten Hochschule „können Forschung und Lehre nur Früchte tragen, wenn Infra- und Sozialstruktur den entsprechenden Nährboden bieten". Ein Studentenwohnheim ist bereits in der konkreten Planung. Aber über die Zielsetzung der öffentlich-rechtlichen Studentenwerke hinaus will man in Herdecke auch „als Forum der ganzen Universität dienen, in dem sich Lehrende, Lernende und Mitarbeiter in ihren Interessen treffen". Der Etat wird weitgehend durch Spenden gedeckt.

Realschulabschluß wird von den Betrieben bevorzugt

Startvorteil bei Bewerbung um einen Ausbildungsplatz

GEORGE P. OGDEN, Köln

In Nordrhein-Westfalen wird es im kommenden Schuljahr soweit sein: Erstmals werden mehr Kinder aufs Gymnasium als auf die Hauptschule gehen, die auf diese Weise demonstriert, daß sie immer stärker zur Restschule verkümmert. Bei diesen Betrachtungen wird allerdings fast immer ein erfolgreicher Schultyp vergessen: Die Realschule liefert keine Streitpunkte, weil ihre Leistung von allen anerkannt wird.

Das unternehmernahe „Institut der deutschen Wirtschaft" (IW) hat in einer Untersuchung über die Realschule festgestellt, daß heute doppelt so viele Schüler auf eine Realschule gehen wie vor 20 Jahren. Die Zahl der Gymnasiasten liegt „nur" um 50 Prozent über den Vergleichsdaten des Jahres 1965, während die Zahl der Hauptschüler um ein Fünftel zurückgegangen ist. Vor allem für Mädchen ist die Realschule zum bevorzugten Ziel geworden: Im Jahre 1984 waren 53,3 Prozent aller Realschüler Mädchen – an den Gymnasien 51 Prozent, an den Hauptschulen sogar nur 45,8 Prozent.

Die Realschule bietet eine doppelte Perspektive: im Berufsleben auf einer mittleren Position sicher unterzukommen oder auf eine weiterführende Schule überwechseln zu können. Das IW ist bei seiner Umfrage in Betrieben zu folgenden Ergebnissen gekommen:

- Bei der Bayer AG hatten von allen eingestellten Lehrlingen 60 Prozent einen Realschul- oder entsprechenden Abschluß.
- Bei der Hoechst AG wurden von 2700 Realschulabsolventen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewarben, 492 eingestellt. Dieser Quote von 18 Prozent stand beispielsweise eine Einstellungsquote von nur zwölf Prozent bei den Bewerbern mit Hochschul- oder Fachhochschulreife gegenüber.
- Bei Siemens hatten 70 Prozent aller Auszubildenden im gewerblichen Bereich einen Realschulabschluß.
- Ähnlich sah es bei Ford in Köln aus: Von 235 Auszubildenden im gewerblich-technischen Bereich hatten 57 Prozent die mittlere Reife.
- Für Dornier ist der Realschulabschluß sogar unabdingbare Voraussetzung für den qualifizierten kaufmännischen Ausbildungsgang.

Stipendien auch für Fortbildung im Ausland

lm. Bonn

Vom Bundesbildungsministerium ist im vergangenen Jahr ein neues Stipendienprogramm für Auslandsaufenthalte aufgelegt worden. Es richtet sich an Begabte mit abgeschlossener Berufsausbildung und mindestens einem Jahr praktischer Erfahrung im Beruf. Mit den Stipendien werden Auslandsaufenthalte – schwerpunktmäßig in den USA – für einen Zeitraum von einem Viertel- bis zu einem Jahr ermöglicht, um auf diese Weise eine berufliche Fortbildung zu unterstützen, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht oder nicht in gleicher Weise angeboten wird. Ein bestimmtes Fachgebiet ist dabei nicht vorgegeben.

Das neue Stipendienprogramm paßt sich ein in eine Palette ähnlicher, bereits bestehender Aktivitäten des Ministeriums, durch die etwa auch regelmäßige Gruppen-Austauschprogramme mit Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden ermöglicht werden. Denn, so das Ministerium, „im Zuge der gestiegenen Anforderungen in weiten Bereichen der beruflichen Bildung gewinnen Auslandserfahrungen zunehmend an Bedeutung".

DIHT begründet Nein zur Ausbildungsplatzabgabe

Wirtschaft sieht „beschäftigungshemmende" Wirkung

JAMES ROVER, Bonn

„Insgesamt gesehen enthält dieser Gesetzentwurf eine solche Fülle von problematischen Einzelbestimmungen und Rechtsverordnungs-Ermächtigungen, daß weder Rechtsklarheit gegeben sein würde noch eine Transparenz des Verwaltungshandelns erreicht werden könnte." So lautet das Urteil des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) über den SPD-Vorschlag, eine Ausbildungsplatzabgabe bei Betrieben zu erheben, deren Lehrstellenangebot nicht um mindestens 12,5 Prozent über der Nachfrage liegt.

Der DIHT hat in einem umfänglichen Dossier die grundsätzlichen Einwände zu jeder Einzelregelung des Gesetzentwurfs zusammengestellt. Die Meßgröße 12,5 Prozent beispielsweise, so der DIHT, sei auf Bundesebene viel zu ungenau, um Aussagen über das konkrete Verhältnis von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage machen zu können. Zum anderen solle die Ausbildungsquote „offensichtlich für alle Wirtschaftszweige und Beschäftigten-Größenklassen als eine Größe festgesetzt werden. Eine solche globale Festsetzung widerspricht den unterschiedlichen Verhältnissen im Hinblick auf beschäftigte Fachkräfte und ungelernte bzw. angelernte Beschäftigte in den einzelnen Wirtschaftszweigen."

Neben der Schwierigkeit, daß weder bekannt ist, „welche Ausbildungswünsche im einzelnen die noch nicht vermittelten Jugendlichen haben noch in welchen Betrieben und in welchen Berufen diese Jugendlichen ausgebildet werden können", ergebe sich auch folgendes Problem: „Die Orientierung der Abgabepflicht an der festgelegten Ausbildungsquote dürfte sich beschäftigungshemmend auswirken, da die Quote um so eher erreicht wird, je weniger Beschäftigte der Betrieb hat."

Die SPD-Kriterien für die Förderung sind nach Ansicht des DIHT ebenfalls „völlig unzureichend. Es sollen nur Ausbildungsplätze in solchen Berufen gefördert werden, die ‚auf dem Arbeitsmarkt verwertbar' sind." Aber diese Berufe seien eben „aufgrund der Ergebnisse der Qualifikationsforschung nicht eindeutig zu bestimmen. Außerdem ist die Orientierung am regionalen Qualifikationsbedarf nicht vorgesehen."

Verkauf am Telefon will gelernt sein

p. p. Bad Harzburg

Probleme der Außendienstschulung stehen im Zentrum von zwei Seminaren der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg. Auf dem einen, vom 7. bis 9. April und noch einmal vom 13. bis 15. Oktober, geht es um das Thema: „Den Außendienst systematisch motivieren". Dabei dreht sich alles um das Grundproblem, wie die Stärken der Außendienstmitarbeiter richtig erkannt, verwertet und gefördert werden können, wo also die Verkaufsleitung zur Verhaltenskorrektur ansetzen muß. Denn aus den Abschlußlisten geht nicht hervor, worauf jeweils Erfolg oder Mißerfolg des Mitarbeiters beruht. In dem zweiten Seminar, am 12. und 13. Mai sowie am 18. und 19. September, lernen die Teilnehmer, wie sie erfolgreiche Telefonverkaufsaktionen planen und durchführen können. Tagungsleiter Zintel: „Oft scheitern Telefonverkaufsaktionen daran, daß die betroffenen Mitarbeiter diese Art des Verkaufens nie richtig gelernt haben."

Von 1987 an Privatfunk in Niedersachsen

mj. Hannover

Nach der Einigung zwischen Bonn und Ost-Berlin über die vorzeitige Freigabe von bisher der „DDR" zugeordneten *UKW-Frequenzen (WELT v. 5.3.)* beabsichtigt jetzt die Private Funk und Fernsehen Niedersachsen GmbH (FFN), bereits zum 1. Januar 1987 ihren Sendebetrieb mit einem 24-Stunden-Hörfunkprogramm für Niedersachsen aufzunehmen. Wie die FFN-Geschäftsführung der WELT gestern bestätigte, wird die Rundfunk-Tochter der niedersächsischen Zeitungsverleger „in diesen Tagen" bei der Landesregierung die Sendeerlaubnis beantragen. Dazu ist eine Ausnahmeregelung von der gemäß Landesrundfunkgesetz auferlegten Lizenzbedingung erforderlich, das FFN-Programm „landesweit" auszustrahlen. In einem entlang der innerdeutschen Grenze verlaufenden, etwa 50 Kilometer breiten Süd-Nord-Korridor sowie im gesamten Raum Südniedersachsen werden die benötigten Frequenzen nicht vor dem 1. Juli 1987 *von der „DDR" freigegeben.*

Verfahren gegen Schily ruht vorerst

AP, Koblenz

Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat nach Angaben des Leitenden Oberstaatsanwaltes Heribert Braun die Aufnahme von Ermittlungen gegen den Abgeordneten der Grünen, Otto Schily, wegen des Verdachts der falschen Verdächtigung vorerst zurückgestellt. Bis eine Entscheidung im Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl getroffen ist, soll das Verfahren ruhen. Der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann (Itzehoe) hatte die Strafanzeige gegen Schily erstattet. Er sieht in den Strafanzeigen Schilys gegen Bundeskanzler Kohl wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Flickausschuß des Bundestages sowie dem Parteispendenausschuß des rheinland-pfälzischen Landtags eine falsche Verdächtigung.

Polens Arbeiter sind unzufrieden

JGG, Düsseldorf

Die Zeitschrift „Sparwy i ludzie" (Sachen *und Menschen) veröffentlichte* eine Umfrage des Warschauer „Meinungsumfragezentrums". Danach ist der überwiegende Teil der polnischen Arbeiterschaft mit den Verhältnissen unzufrieden. 78,2 Prozent gaben an, daß die Arbeiter „nicht genügend Einfluß auf das Regieren des Staates haben". 74,4 Prozent der Befragten bemängelten, daß es „zu wenig Arbeiter in den höheren Führungsgremien der Partei gibt". Schließlich meinten 52,2 Prozent, daß „Arbeiterkinder eine geringere Chancen haben, an einer Hochschule immatrikuliert zu werden".

Ost-Berlin stellt ein Junktim

Ohne Einigung über Verlauf der Elbgrenze kein grenzüberschreitender Umweltschutz

GEORG BAUER, Kiel

Grenzübergreifenden Umweltschutz wird es ohne eine Einigung über den zwischen Bonn und Ost-Berlin umstrittenen Verlauf der Elbgrenze nicht geben. Dieses von „DDR"-Politikern aufgestellte Junktim gab gestern der SPD-Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm, bekannt. Engholm hatte sich an der Spitze einer schleswig-holsteinischen SPD-Delegation gemeinsam mit dem SPD-Landesvorsitzenden Günther Jansen für drei Tage zu Gesprächen in Ost-Berlin aufgehalten.

Nach den Worten Engholms gab der Leiter der „DDR"-Delegation in der deutsch-deutschen Grenzkommission, Volkmar Fenzlein, zu verstehen, daß es darüberhinaus keine Verknüpfung zwischen dieser Frage und der Lösung anderer Fragen gebe.

Faustpfand Elbgrenze

Mit der Bemerkung, die „DDR" sei erst zu einem Entgegenkommen in anderen Fragen bereit, wenn Bonn *sich bei der Elbgrenze zu einer Normalisierung* bereit fände, mußte Fenzlein seine Stellungnahme allerdings stark einschränken.

Betroffen von diesem Junktim sei vor allem die Frage der Elbsanierung, an der Niedersachsen und Hamburg ein besonderes Interesse haben. Fenzlein meinte zu diesem Punkt, daß der wasserwirtschaftliche Komplex ausdrücklich aus dem Umweltabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin herausgenommen worden sei. Dieser Komplex werde so lange nicht berührt, *wie die Frage der Elbgrenze,* die nach Ansicht Ost-Berlins in der Mitte des Stromes verläuft, nicht gelöst sei. Nach Meinung der „DDR" konnte bisher eine „völkerrechtlich verbindliche Regelung" wegen des Widerstandes in Hannover nicht erzielt werden. Dem Kabinett Albrecht seien daher die Unterlagen, die die Ansicht der „DDR" über den Verlauf der Grenze bewiesen, zugegangen. Zuvor waren die Dokumente auch der Bundesregierung unterbreitet worden.

Aus den Gesprächen mit Politbüromitglied Hermann Axen wurde ferner deutlich, daß Ost-Berlin auch die Möglichkeit zu kommunaler Partnerschaft von bestimmten Bedingungen abhängig machen will. Gegenüber den Sozialdemokraten betonte Axen, daß dies eine komplizierte Frage sei, da die Volkskammer der „DDR" von seiten der Union nicht anerkannt werde. Dies habe notwendigerweise auch Konsequenzen für die Aufnahme kommunaler Beziehungen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wünscht Ost-Berlin zur Modernisierung seiner Betriebe nach Ansicht von Engholm noch engere Kontakte zu Firmen in der Bundesrepublik. Allerdings hatte die „DDR"-Seite über die zunehmend engere Auslegung der Cocom-Liste Klage geführt.

Prüfen will die „DDR", ob Kontakte *auf der Ebene von Betriebsräten* aufgenommen werden können, die auf der Wunschliste der SPD-Delegation standen.

Mehr Wirtschaftskontakte

Zum Dissens zwischen den Gesprächspartnern kam es in der Diskussion um die „DDR"-Mülldeponie Schönberg vor den Toren Lübecks. Die Ansicht der SPD, die Deponie könne in mittlerer Zukunft die Sicherheit der Hansestadt Lübeck und das Grundwasser bis tief *hinein* in den Lauenburger Raum gefährden, wies Ost-Berlin zurück.

In Ost-Berlin hatte Engholm noch einmal die Ansicht der SPD unterstrichen, nach der die volle Respektierung der Staatsbürgerschaft in der „DDR" „unter Beachtung der Verfassungslage der Bundesrepublik Deutschland" möglich und überfällig sei. Außerdem hatte sich die SPD-Delegation für die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter ausgesprochen und die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Volkskammer der „DDR" und den Deutschen Bundestag befürwortet.

Bundeskabinett stimmt Teil-Privatisierung zu

Veräußerung von Bundesunternehmen beginnt im Juni

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Stoltenberg kann nach der gestrigen Kabinettsentscheidung *planmäßig mit* der Veräußerung von Teilen der VIAG und Prakla-Seismos im Juni und der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) im September beginnen. Das 580 Millionen Mark betragende Grundkapital der VIAG soll zu 40 Prozent (232 Millionen) breit gestreut veräußert werden. Die 1985 in eine Aktiengesellschaft *umgewandelte* Prakla-Seismos soll nach einer Kapitalerhöhung von 50 auf 60 Millionen Mark zu 47 Prozent (einschließlich der fünfprozentigen Beteiligung der IVG) verkauft werden. Zur Sicherung der Unabhängigkeit der Gesellschaft, heißt es in einer Mitteilung des Finanzministeriums, wird das Stimmrecht dieser Anteile auf fünf Prozent beschränkt. In beiden Fällen ist ein Angebot von Belegschaftsaktien vorgesehen. Dies gilt auch für die IVG, die zu 45 Prozent verkauft wird.

Stoltenberg ist in seinem Bericht auch auf weitere Privatisierungskandidaten eingegangen. Der Umwandlung der Deutschen Pfandbriefanstalt *(DEPFA)* in eine *privatrechtliche* Hypothekenbank AG stünden wichtige Bundesinteressen nicht entgegen. Danach ist auch hier „ein schrittweiser Abbau der Bundesbeteiligung" geplant. Bei der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL-Bank) ist die entsprechende Prüfung, vor allem der steuerlichen Fragen, noch nicht abgeschlossen. Zur Deutschen Lufthansa, über die ebenfalls Streit mit Bayern besteht, heißt es lediglich: „Die Gespräche werden fortgesetzt."

Die Bewertung der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank sei abgeschlossen. Die Verringerung der Beteiligung der Deutschen Bundesbahn um 24,9 Prozent sei im Wege einer Kapitalerhöhung im Jahre 1986 vorgesehen. Die Bewertung der Schenker & Co. GmbH sei eingeleitet. „Möglichst noch 1986" sollen die Beteiligungen der Deutschen Bundesbahn um 24,9 Prozent verringert werden.

Stoltenberg berichtete eingangs, daß zwei staatliche Konzerne, Salzgitter und Saarberg, aus den roten Zahlen heraus seien. Salzgitter habe seinen Verlust von 712 Millionen Mark (82/83) abbauen und 84/85 rund 50 Millionen Mark Überschuß erzielen können. Saarberg, 1983 *noch mit* 207 Millionen Mark Verlust, erwarte für 1985 ein ausgeglichenes Ergebnis.

China lehnt Verhandlungen mit Vietnam ab

dpa, Peking

Mit unverminderter *Schärfe* hat Peking auch das jüngste Angebot Vietnams zu Friedensgesprächen und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden verfeindeten Nachbarstaaten abgelehnt. Wie ein Sprecher des Außenministeriums in Peking gestern erklärte, verwende Vietnam die Begriffe „Dialog" und „Ernsthaftigkeit" lediglich als Vorwand, um damit seine „fortwährenden aggressiven und expansionistischen Taten sowie seine Feindseligkeit gegenüber den Nachbarstaaten" zu verdecken.

Peking nahm damit zu dem am Montag in Hanoi veröffentlichten Memorandum über den Stand der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen Stellung. Der Sprecher verwies auf die chinesische Denkschrift vom Februar, wonach Vietnam seine Feindseligkeiten gegenüber dem besetzten Kambodscha verstärke und Spannungen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze erzeuge.

Entführte ETA Industriellen?

dpa, Madrid

Die baskische Untergrundorganisation ETA hat die Verantwortung an der Entführung des 60jährigen baskischen Industriellen José María Egana Loidi übernommen. Egana wurde nach Polizeiangaben am Montag auf dem Weg zu seiner Fabrik bei San Sebastian entführt. Sein Wagen wurde am Dienstag in der Ortschaft Lasarte bei San Sebastian gefunden. Der Industrielle ist Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender einer Firma, *die chemische Produkte und Autozubehör* herstellt. Die spanische Presse bringt die Entführung in einen Zusammenhang mit dem NATO-Referendum. Die Terroristen hätten immer vor oder während wichtiger politischer Ereignisse in Spanien spektakuläre Aktionen durchgeführt.

WAA Sellafield im Kreuzfeuer

AP, London

Schwere Vorwürfe gegen die Betreiber der britischen Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe Sellafield hat gestern ein Umweltausschuß des britischen Unterhauses erhoben. In einem Bericht des Ausschusses heißt es, die größte Wiederaufarbeitungsanlage der Welt versäuche offenbar die Umwelt so stark mit radioaktiven Stoffen wie keine andere derartige Anlage in der Welt. Es müsse gesetzlich festgelegt werden, daß in Sellafield künftig nicht mehr derartige Mengen radioaktiver Stoffe in Meer und Luft abgegeben werden dürften. Die Abgeordneten stellten in dem Bericht die Frage, *ob* die Wiederaufarbeitung in Sellafield überhaupt wirtschaftlich sinnvoll sei.

Kommt der europäische Spielfilmkanal?

Der Mediencoup der Franzosen / Deutscher Einkäufer beteiligt / Treffen der Länderchefs

GERNOT FACIUS, Bonn

Die Nachricht vom jüngsten Mediencoup der Franzosen platzte in das Treffen des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel mit dem luxemburgischen Regierungschef Jacques Santer in der Mainzer Staatskanzlei. Vogel hatte soeben Unterstützung für den Wunsch von RTL bekundet, einen Kanal des direktstrahlenden Fernsehsatelliten TV-SAT für die „fröhlichen Wellen" aus dem Großherzogtum zu reservieren, als der französische Postminister die Nachricht über den Knüller des Tages telefonisch durchgab: Nach einem Verhandlungsmarathon bei *Wahrung strengster* Diskretion hatte die Regierung Fabius am Dienstag drei von vier Kanälen des TDF 1, des französischen Pendants zum TV-SAT, vergeben.

Professionalität in Paris

Zwei gehen an ein europäisches *Konsortium, dem neben dem italienischen* Privatfernsehunternehmer Berlusconi, der britische Verleger Robert Maxwell und – zur Überraschung der Branche – auch der Münchner Filmgroßhändler Leo Kirch angehört. Ist ein europäischer Spielfilmkanal im Entstehen, fragten sich die jäh Aufgeschreckten, das riesige Filmpaket vor Augen über das Kirch verfügt? Die Franzosen spielen ihren Vorteil – die Medienpolitik wird in Paris, nicht in der Provinz gemacht – geschickt und schnell aus. Privatisierung im Äther ist für die sozialistische *Regierung* kein Teufelszeug wie für ihre Genossen in Deutschland. Sie holen europäische Kreativität und TV-Professionalität ins Land, während die Ministerpräsidenten des föderalistisch organisierten Nachbarn sich darüber streiten, wer was wo in den deutschen Landen sehen darf. Heute wollen die Herren des *Föderalismus ihrem* Trauerspiel einen weiteren Akt hinzufügen: Eine Einigung über eine – gemeinsame – Verteilung der Kanäle des mehr als eine halbe Milliarde teuren TV-SAT ist nicht in Sicht, folgt man dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Nur kleine Schritte erscheinen auf der heutigen Sitzung in Bonn denkbar.

Albrecht hatte in Aussicht gestellt, daß die norddeutschen Länder ihre Quoten auf dem neuen Satelliten *„voll in Anspruch" nehmen* werden. Das Handeln der Nordlichter soll das Nachdenken der süd- und westdeutschen Länder fördern. Mehr auch nicht. Und Albrechts Mainzer Kollege Vogel steht seit Dienstag bei den Luxemburgern im Wort, RTL als einen möglichen Veranstalter, auf den den Privaten anzubietenden zwei TV-SAT-Kanälen ins Gespräch zu bringen. Kann dem ersten bundesweiten *Privatfernsehprogramm,* das vom SAT-1-Konsortium ausgestrahlt wird, die Nutzung des direkten Satelliten verwehrt werden? SAT 1 sendet seit 1. Januar 1985 über den Fernmeldesatelliten ECS – ist also auf das Kabel angewiesen, das noch immer keine „Flächendeckung" und somit keine wirkliche Markterschließung für die Privaten ermöglicht. Und Hauptmatador im Konsortium ist die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfunk (PKS), hinter der wiederum das Kirchpotential steht.

Eine Medienprovinz?

Die Entscheidung aus Paris und das Versprechen Vogels, die Interessen der Luxemburger wahrzunehmen (an RTL-plus ist das Haus Bertelmann maßgeblich beteiligt), wird einen gewissen Verhandlungsdruck auf die heutige Ministerpräsidentenrunde ausüben. Werden die Regierungschefs und die CDU-Präsidien *rechtzeitig erkennen,* daß die Bundesrepublik Deutschland in Gefahr ist, zur Medienprovinz herabzusinken? Das Herz der Ministerpräsidenten hängt noch immer an der (öffentlich-rechtlichen) ARD. Wie anders ist es zu erklären, daß sie eine Kündigung des Gebühren-Staatsvertrags aufgegeben haben, mit dem ein Verhandlungsdruck ausgeübt werden könnte.

„Doppelgesicht der SPD"

PETER SCHMALZ, München

Wenn der Generalsekretär der CSU die sozialdemokratische Realität aus seiner Sicht beurteilt, erwartet er naturgemäß keine vehemente Zustimmung aus den Reihen der SPD. Doch *Gerold Tandler,* der in der *jüngsten* Ausgabe des „Bayernkurier" „Fassade und Wirklichkeit" der SPD untersucht und diese Partei derzeit als „schlicht unfähig" zur Regierungsverantwortung empfindet, rechnet zumindest damit, in diesem Zusammenhang in seiner Sorge um die Unversehrtheit der Demokratie ernst genommen zu werden. „Demokratie braucht Alternative", schreibt er, „die SPD stellt diese Alternative jedenfalls in ihrem gegenwärtigen Zustand *nicht* dar."

„Konzeptlosigkeit"

Ihre Entwicklung empfindet er als alarmierend: Seit dem Rückzug jener Kräfte, die für die Politik von Helmut Schmidt gestanden haben, gehe es „in geradezu atemberaubendem Tempo abwärts mit einer einstmals großen und wichtigen deutschen Partei. Widersprüche, chaotisches Durcheinander und Konzeptionslosigkeit kennzeichnen die SPD." Willy Brandt sieht er „in die wolkige Unverbindlichkeit des internationalen Sozialismus entrückt", den Kanzlerkandidaten Rau nennt er einflußlos.

Als Beleg für „das Doppelgesicht der SPD" nennt Tandler:

- Der Washington-Besuch Raus solle eine Bündnistreue und eine Amerika-Freundlichkeit vortäuschen, die mit der Wirklichkeit der SPD schon lange nichts mehr zu tun habe. Vielmehr seien NATO-Austritt und politische wie verteidigungsmäßige Abkoppelung von den USA „für einflußreiche Kräfte der SPD längst ausgemachte Sache und offenes Programm".

„Unberechenbar"

- Eine immer stärker werdende Grundströmung, durch die die SPD zur Anti-Wiedervereinigungspartei werde. Tandler erinnert daran, daß dem Nürnberger SPD-Bundesparteitag im August ein Antrag vorliegen wird, der lautet: „Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden."
- Als drittes und „besonders widerwärtiges Exempel für die Unberechenbarkeit und Grundsatzlosigkeit" erwähnt Tandler den Vorstoß der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ)", im Sexualstrafrecht den Schutz Minderjähriger abzuschaffen. Weder habe die Öffentlichkeit erfahren, daß diese SPD-Juristenrunde ihren skandalösen Beschluß zurückgenommen hätte, noch habe Rau Schritte zur Trennung der SPD von diesen „Jugendschützern" eingeleitet.

Lob den Forschern

sbt. (Washington) – Wegen der engen *Beziehungen zwischen den* Universitäten und der Wirtschaft sind die USA zu beneiden. Als Symbol für die Kooperation stehen die „High-Tech"-Zentren Silicon Valley *in Kalifornien und entlang* der Route 128 in Massachusetts. Inzwischen gibt es viele derartige „Symbiosen". Eine Fakultät ohne Forschungsaufträge der Industrie ist in Amerika Ausweis für Mißerfolg; ein Professor, der den Firmen keine Gelder *entlocken* kann, *verliert* rasch Ansehen und Lehrstuhl.

Besonders private Unis hängen davon ab. Die selbstverständliche Zusammenarbeit von Theoretikern *und Praktikern hat dazu geführt,* daß US-Unternehmen allein die akademische Grundlagenforschung 1984 mit 277 Millionen Dollar unterstützten. In diesem Jahr werden es 375 Millionen sein; etwa ein Viertel kommt aus der Chemiebranche.

Aber die natürliche Bindung beschränkt sich nicht auf gemeinsame *Forschungs- und Entwicklungsprojekte.* Das berühmte Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat das „Enterprise Forum" gestartet – ein Programm, in dem junge Unternehmen in jeweils einer Abendveranstaltung kostenlos Management-Ratschläge erhalten. Die Firmengründer können gleichzeitig Banker, *Financiers von Wagniskapital* und potentielle Kunden treffen. Die Aktion ist ein großer „Hit", und schon haben sich in einigen Städten Gruppen gebildet, die einmal im Monat zusammenkommen. Einziges Ziel der MIT-Professoren ist es, *den zumeist* Technologie-orientierten Firmen beim Aufbau zu helfen. Zur Nachahmung empfohlen.

Spendierhosen

A.G. – Alles wie gehabt: Beim europäisch-amerikanischen Columbus-Projekt, bei der (zunächst) deutsch-französischen Forschungs-*initiative* Eureka *und* nun beim (noch) französischen Projekt Hermes. Der Bundeskanzler macht – aus bündnis- oder europapolitischen Gründen – wohlwollend Kooperationsangebote im Technologiebereich, der Bundesforschungs-*minister kann nicht zahlen, der* Bundesfinanzminister will nicht zahlen, der Bundeswirtschaftsminister hält sich bedeckt, und der Bundesaußenminister rührt die Werbetrommel. Das muß zu Ärger und Eifersüchteleien innerhalb der Koalition führen. Was sicher schlimmer ist: Das löst auch Irritationen *bei dem jeweiligen ausländischen* Partner aus. Internationale Berechenbarkeit und Verläßlichkeit sind hohe Werte, die nicht leichtfertig aufs Spiel *gesetzt* werden sollten. Darum wäre es besser, künftig zunächst einmal intern – mit allen Beteiligten – alle finanziellen Eventualitäten abzuklopfen, bevor man *außenpolitische Engagements* dieser Größenordnung eingeht.

Chaotische Finanzen

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG schafft es nicht, mit ihrem Geld *auszukommen. Drei Monate,* nachdem der Anteil an der Mehrwertsteuer aufgestockt wurde, zeichnen sich in Brüssel schon wieder Finanzengpässe ab. Kommissionsbeamte präsentieren von Woche zu Woche alarmierende Zahlen über den Mehrbedarf im laufenden Haushaltsjahr. Von einer soliden Finanzpla*nung kann kaum die* Rede sein.

Die Gründe für das chaotisch anmutende Finanzgebaren sind vielfältig. Der wichtigste liegt darin, daß sich die Gemeinschaft in ihrer *Agrarpolitik von Kostenfaktoren* abhängig gemacht hat, die sie selbst *nicht oder nur wenig beeinflussen* kann. So zwingen die Preis- und Absatzgarantien für überschüssige Agrarerzeugnisse zu Exporten um beinahe jeden Preis. Die Preisdifferenz zum Weltmarkt muß aus der EG-Kasse beglichen werden, wobei jeder Cent des *Dollarverfalls* gegenüber der Ecu jährlich mit 215 Millionen Mark Mehrkosten zu Buche schlägt.

Bei der Aufstellung des diesjährigen *Etats waren die Haushaltsexperten* von einer Dollar-Ecu-Relation ausgegangen, die sich schnell als zu optimistisch erwies. Lieber wollten die Finanzminister jedoch die Kommission zu kurz halten, als ihr eine Reserve zubilligen, die sie womöglich *in die Lage versetzt hätte, das Geld* durch eine großzügigere Exportpolitik wieder zu „verbuttern". Die Folge ist, daß Mehrkosten von 1,5 Milliarden Ecu (3,2 Milliarden DM) entstanden sind. Sie müssen in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt werden.

Mehrausgaben in beträchtlicher Höhe ergeben sich auch aus der Praxis der Haushaltspolitiker, finanzielle Zusagen zu machen, die erst später eingelöst werden müssen. Begründet wird dieses Verfahren damit, daß für Struktur- und Forschungsprojekte zunächst einmal Anträge eingereicht und geprüft werden müssen, bevor die *Zahlungen erforderlich* werden.

In den vergangenen Jahren hat sich so ein Stau von Verpflichtungsermächtigungen gebildet, der den Präsidenten des Rechnungshofes zu der Bemerkung veranlaßte, er hätte – falls die EG ein privates Unterneh*men wäre – seine Unterschrift* verweigert. Die Kommission rechnet damit, *daß in diesem Jahr bis zu 800* Millionen Ecu zusätzlich fällig werden, weil die *Zuschußprojekte inzwischen* ausgereift sind. Wenn die Gemeinschaft die Zahlungen hinauszögert, gibt es Ärger, der zu Recht auf Brüssel zurückschlägt.

Anspruch auf mehr Zahlungen haben auch die Briten. Ihr nach jahre*langem Hin und Her ausgehandelter* Beitragsrabatt ist jeweils nur im nachhinein erfaßbar. Gleiches gilt für den Finanzausgleich an Spanien und Portugal. Er soll verhindern, daß die neuen Mitgliedsländer zu Nettozahlern werden, weil sie noch nicht voll von der *Agrarpolitik* der Gemeinschaft profitieren.

Alles in allem ist nach dem gegenwärtigen Stand mit einem Haushaltsfehlbetrag von etwa 2,9 Miliarden Ecu zu rechnen. Diese Schätzung geht jedoch davon aus, daß der Dollarkurs *nicht weiter fällt und daß die Agrar*minister das diesjährige „Preispaket" der Kommission ohne kostenträchtige Aufbesserungen akzeptieren.

Spätestens im kommenden Jahr wird deshalb die Diskussion über eine erneute Aufstockung des Ein*nahmerahmens* der EG wieder auf breiter Front aufflammen. Den Anhängern einer strikteren „Haushaltsdisziplin" (wie der Bundesregierung) wird dabei entgegengehalten werden, daß sie selbst durch die Verweigerung von Preissenkungen im Agrar*bereich an der Kostenexplosion in* der EG mitschuldig sind.

Daß die Erweiterung der Gemeinschaft einen zusätzlichen Finanztransfer nötig machen würde, war klar und kann im nachhinein nicht geleugnet werden. Auch die Pläne für eine *Forschungs- und* Technologiegemeinschaft stammen nicht von Europa-Phantasten, sie wurden von den Staats- und Regierungschefs selbst wiederholt angemahnt.

Die Forderung, Brüssel schlichtweg den Hahn zuzudrehen, wäre je*denfalls so lange unglaubwürdig,* wie den europäischen Bürgern ein einheitlicher Binnenmarkt, ein Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles und vereinte Anstrengungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit versprochen werden. Problematisch ist eigentlich nicht so sehr die Verlagerung von Finanzen nach *Brüssel, sondern die Tatsache, daß* das Geld der EG für eine zweifelhafte *Politik* ausgegeben wird.

RAUMGLEITER HERMES / Handfester Ministerien-Streit um die deutsche Beteiligung

Riesenhuber und Stoltenberg können keine Haushaltsmittel freistellen

ARNULF GOSCH, Bonn

Um die von Bundeskanzler Helmut Kohl wohlwollend in Aussicht *gestellte Beteiligung an dem französischen* Raumgleiter-Projekt „Hermes" bahnt sich in Bonn ein handfester Konflikt zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt auf der einen Seite und den Bundesministerien der Finanzen sowie Forschung und Technologie auf der anderen Seite an.

Diverse Gespräche, die seit dem deutsch-französischen Gipfel von En*de Februar dieses Jahres zwischen* den beteiligten Ministerien geführt wurden, machten überdeutlich, daß für „Hermes" jetzt und auch später keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Das Bundesfinanzministerium weigert sich, wie zu hören ist, rundweg, in *eigentliche* Ressortgespräche einzutreten, bevor es nicht einen neuen förmlichen Kabinettsbeschluß über eine deutsche Beteiligung an „Hermes" gebe.

Dabei zieht sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) auf den Kabinettsbeschluß vom Januar 1985 zurück, wonach mit den Raumfahrtprojekten „Ariane V" (Europa-Rakete mit verstärktem Triebwerk) und „Columbus" (Spacelab-ähnlicher europäischer Beitrag zur geplanten amerikanischen bemannten Weltraumstation) die Möglichkeiten der Bundesregierung, weitere Raumfahrtvorhaben vergleichbarer Größenordnung in Angriff zu nehmen, unter den gegebenen *Umständen* erschöpft seien. Immerhin kosten diese Projekte zusammengerechnet über vier Milliarden Mark. Für die Vorbereitungsphase muß das Forschungsministerium allein 190 Millionen Mark aufwenden. Und dieses Ministerium ist demzufolge ebenfalls nicht in der Lage, durch Umschichtungen in seinem Haushalt die erforderlichen Mittel auch nur *für die qualifizierte* Vorbereitungsphase bereitzustellen.

Während Regierungssprecher Friedhelm Ost diese Kosten unlängst noch auf 20 bis 30 Millionen Mark *bezifferte,* haben Experten des Forschungsministeriums hierfür schon 30 bis 50 *Millionen Mark ausgerechnet.* Und nach eigener Definition handelt es sich bei Vorhaben mit Größenordnungen von 30 Millionen Mark aufwärts schon um „Großprojekte".

Es nützt Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) auch *wenig, wenn der für Außenpolitik* zuständige Abteilungsleiter im Kanzleramt, Horst Teltschik, gegenüber seinem Ministerium erklärt haben soll, Riesenhuber könne unbesorgt sein, weil der Bundeskanzler persönlich Finanzminister Stoltenberg über das „Hermes"-Engagement unterrichten würde. Im übrigen hält man im *Hause Riesenhuber* die auf Herbst dieses Jahres vorgezogene „endgültige" Entscheidung der Bundesregierung nach wie vor für verfrüht und das Gipfel-Kommunique für „interpretationsbedürftig". Die Kosten des Gesamtprojektes „Hermes" werden auf zwei bis drei Milliarden Mark veranschlagt, ohne das dazugehörende Satellitensystem, das noch einmal soviele *Mittel verschlingen dürfte.*

Sowohl im Bundesfinanzministerium als auch im Bundesforschungsmi*nisterium wird Bundesaußenminister* Hans-Dietrich Genscher (FDP) verübelt, daß er in Interviews und bei anderen Gelegenheiten immer wieder das „Hermes"-Projekt propagiert. So *zum Beispiel am 5. März, als er auf* einer Veranstaltung in Bonn erklärte, die erfolgreiche deutsch-französische Kooperation beim Airbus müsse der Kern einer europäischen technologischen Zusammenarbeit nicht nur auf der Erde und in der Luftfahrt, sondern auch im Weltraum sein. Europa dürfe im Wettbewerb mit den USA *und Japan nicht auf die unabhängige* Weltraumforschung verzichten.

Von zuständiger Seite im Bundesforschungsministerium wurde hierzu unverhohlen erklärt, Minister Genscher solle *„nicht immer das* Geld anderer Leute" ausgeben wollen. Ob es zu einem neuen Kabinettsbeschluß kommen wird, der den alten Beschluß von Januar 1985 revidiert und die Finanzierung der Vorbereitungsphase regelt, gilt zur Zeit als ungewiß. Beobachter in *Bonn vermuten,* daß maßgebliche Kreise der Bundesregie*rung zunächst versuchen, Zeit zu* gewinnen – wegen der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und in der Bundesrepublik.

NEUE HEIMAT

Düsseldorf soll weitere 43 000 Wohnungen kaufen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD) will auch den Verkauf der restlichen Wohnungen der Neuen Heimat und *deren Tochtergesellschaft* Nordwestdeutsche Siedlungsgesellschaft an gemeinnützige Wohnungsgesellschaften vermitteln. Die Neue Heimat (NH), so der Minister vor der gestri*gen Fragestunde im Landtag, habe* ihm rund 43 000 Sozialwohnungen angeboten und dafür den Ausgangspreis von 2,8 Milliarden DM genannt.

Zöpel schloß nicht aus, daß die landeseigene *Landesentwicklungsgesellschaft* (LEG), wie schon die 2385 NH-Wohnungen für 142,5 Millionen DM, auch diesen Bestand kaufen wird. Die LEG hat bereits 35 000 Wohnungen in Eigenbesitz. Im Land gibt es rund 1,5 Millionen Sozialmietwohnungen sowie 500 000 öffentlich geförderte Eigenheime.

Inzwischen ist es zum Streit darüber gekommen, ob mit dem einstimmig gefaßten Verkaufsbeschluß des NH-Aufsichtsrats auch die Sicherung der 420 Arbeitsplätze der Regionalgesellschaft verbunden ist. *Während* der NH-Aufsichtsrat dies zur Auflage an den Käufer macht, lehnte es Zöpel ab, eine solche Garantie zu geben.

In der gestrigen Aktuellen Stunde des Landtags wiederholte Zöpel seine Ablehnung jedoch nicht. Er verwies vielmehr *auf die Notwendigkeit,* schnell die langfristige Sozialbindung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zu retten. Er und verschiedene SPD-Sprecher verteidigten die Käufe („Bewahrt vor Spekulation und Spe*kulanten") auch mit* Hinweisen auf die wohnungspolitischen Ziele der Landesregierung.

Zöpel schloß nicht aus, *daß auch* kommunale Wohnungsunternehmen ebenso als Käufer infrage kämen, wie Mieter, ähnlich dem hessischen Pilotprojekt „Wohnungen in Mieterhand" (WIM). Diese und andere Versuche seien hilfreich im Sinne der jetzigen Mieter. Gerade dies bestritten Sprecher von CDU und FDP im Landtag. Sie warfen Zöpel vor, mit dem Kauf *nicht die Mieterinteressen, sondern* die Sanierung der Neuen Heimat im Auge gehabt zu haben. Der DGB halte sich nach wie vor zurück, einen Beitrag für den Ausweg aus der NH-Misere zu leisten.

Hans Joachim Kuhl (FDP) forderte den DGB auf, sein riesiges Vermögen, auch andere Gesellschaften, zu verkaufen. Er zählte zwölf Subventionen auf, mit denen die Wohnungen der NH in der Vergangenheit vom Land *schon* dreimal bezahlt worden seien. Hubert Doppmeier (CDU) kritisierte Zöpels *Vorpreschen, ohne* Sanierungskonzepte von DGB und NH abzuwarten. Er bezeichnete den Vorgang als „sozialistische Mißwirtschaft in Reinkultur" und witterte „Genossenfilz". Nach der FDP-Forderung nach Rücktritt Zöpels wegen Bruchs des *Ministereids stellte sich* Ministerpräsident Rau vor Zöpel. Jetzt untersucht ein Landtagsausschuß die Wohnungsbaupolitik des Landes.

AUF EIN WORT

» Das Hauptproblem für die *arbeitsintensiven* Handwerksbetriebe und die ganze Mittelstandspolitik bleiben die explodierenden Personalnebenkosten. *Es* ist ein abenteuerlicher Zustand, daß ein Fachgeselle *im Handwerk* bereits das Vierfache seines Lohnes aufwenden muß, um seine eigene Lohnstunde im gleichen Betrieb bezahlen zu können. «

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.
FOTO: DIE WELT

Versöhnlicher Ton mit Japan

Ha. Brüssel

Versöhnlicher als erwartet ist die jüngste Erklärung des EG-Ministerrats zum Verhältnis der Gemeinschaft zu Japan ausgefallen. Ausdrücklich begrüßen die Außenminister darin die Absicht Tokios, seine Märkte zu öffnen, den Yen-Kurs zu stärken und die Inlandsnachfrage anzuregen. Sie drängen nun auf „rasche konkrete Ergebnisse". Der Rat erneuert seine Forderung, daß die japanische Regierung in ihr Aktionsprogramm zur Steigerung der Importe einen „mit einem *Zeitplan* verbundenen Zielwert" aufnimmt.

BUNDESSCHULDEN

„Finanzminister bricht die Dynamik der Zinsausgaben"

HH. Bonn

„Die Steigerungsrate der Zinsausgaben des Bundes wird sich in den kommenden Jahren erheblich abflachen", erklärte Haushaltsexperte Austermann (CDU) gegenüber der WELT. Finanzminister Stoltenberg sei auf dem besten Wege, die Dynamik der Zinsausgaben zu brechen. Kein anderer Ausgabeposten weise bisher wegen der Belastungen aus der Vergangenheit so hohe Steigerungsraten auf. Die Nettokreditaufnahme dieser Legislaturperiode werde allerdings weit geringer ausfallen als die Zinsausgaben in diesen Jahren *für die bis zum Regierungswechsel* 1982 aufgenommenen Bundesschulden.

Austermann verdeutlicht die Entwicklung seit 1981: Damals habe die Durchschnittsverzinsung der Bruttokreditaufnahme (also Nettokreditaufnahme plus Umschuldung) 10,9 Prozent betragen, 1985 dagegen 6,9 Pro*zent. 1986 sei sie bereits unter 6,5* Prozent gerutscht. Die Bruttokreditaufnahme 1986 beträgt etwa 85 Milliarden Mark. Die Auswirkungen des Zinsrückgangs 1986 kämen erst 1987 mit den einsetzenden Zinszahlungen zur Geltung. Austermann erwartet, daß die *Zinsausgabenansätze der mittelfristigen* Finanzplanung 1987 (32,8 Milliarden) und 1988 (35,9) um Milliarden unterschritten werden.

Stoltenbergs Konsolidierungspolitik *habe mitbewirkt, daß alle Kredit*nehmer heute wenigstens 4,5 Prozent Zinsen weniger zu zahlen hätten als noch vor fünf Jahren. Austermann spricht vom „größten Konjunkturförderungsprogramm der letzten Jahre". Er appellierte an die Banken, ihren *Zinssenkungsspielraum* voll auszuschöpfen.

EINWEGVERPACKUNGEN

Die Bonner Koalition nimmt Abschied von der „Lex Aldi"

Stü. Bonn

In der lange umstrittenen Frage der Einweg- und Mehrwegverpackungen hat sich die Bonner Regierungskoalition jetzt auf einen Kompromiß verständigt. Danach wird die als „Lex Aldi" bekannte, von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann angestrebte Regelung, dem Handel ein Mindestangebot von Mehrwegflaschen vorzuschreiben, nicht realisiert. Eine Verringerung des Verpackungsmülls soll auf anderem Weg erreicht werden: Mit der Neufassung des Abfallbeseitigungsgesetzes soll die Bundesregierung ermächtigt werden, klare Zielvorgaben und Fristen zur Verminderung des Abfallaufkommens festzulegen.

Erst wenn die Ziele nicht erreicht werden, kann die Bundesregierung dann mit Zustimmung des Bundesrates per Rechtsverordnung eine Kennzeichnungspflicht für Einweg- und Mehrwegverpackungen, eine Rücknahmeverpflichtung und ein Pfand für Einwegflaschen einführen. „Wenn die Wirtschaft das Abfallproblem selbst löst – und wir sind überzeugt, daß sie das besser kann als der Staat – *wird von den weiterreichenden Maßnahmen* kein Gebrauch gemacht", erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Paul Laufs, in Bonn.

Als eine mögliche Zielvorgabe nannte Laufs eine Verdoppelung der Recycling-Quote bei Einweg-Getränkedosen von derzeit 27 Prozent innerhalb von drei Jahren.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) fordert, es müsse bei der Neuregelung freigestellt bleiben, *ob die Reduzierung des Mülls durch* Ausweitung des Mehrweganteils oder durch *Recycling* von Einwegverpackungen erreicht werde.

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL



Seit Beginn der siebziger Jahre hat sich das Wirtschaftswachstum tendenziell stärker in die „Südstaaten" verlagert. Zwischen die beiden Renner aus dem Süden, Bayern und Baden-Württemberg, hat sich 1985 allerdings Bremen mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,6 Prozent geschoben. Sonst hinken die „Nordlichter" hinterher. Schleswig-Holstein mit plus 0,2 Prozent Wachstum ist einsamer Letzter.
QUELLE: IMU

Bundesobligationen unter sechs Prozent

Bonn (AP) – Mit einer neuen Serie von Bundesobligationen zu 5,75 Prozent geht der Bund von heute (Donnerstag) an erstmals bei diesen Papieren unter die Grenze von sechs Prozent. Wie das Finanzministerium mitteilte, wurde der Verkauf der Serie 61 mit einem Zinssatz von sechs Prozent, einem Verkaufskurs von zuletzt 101 und somit einer Rendite von 5,76 Prozent gestern eingestellt. Bei der neuen Serie 62 fällt die Rendite bei 5,75 Prozent Zins und einem Verkaufskurs von 100,30 weiter auf 5,68 Prozent zurück. Sie ist am 22. April 1991 fällig.

Kreditzinsen sinken

Bonn (rtr) – Auch bei den deutschen *Sparkassen und* Genossenschaftsbanken sinken die Kreditzinsen. Führende Stadtsparkassen haben die Leitzinssenkung der Bundesbank um einen halben Prozentpunkt weitergegeben. Sprecher des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken sagten, die ihren Verbänden angeschlossenen Institute passten sich den Marktbedingungen an.

Bangemann für Mäßigung

Bonn (A.G.) – Bundeswirtschaftsminister Bangemann hält eine Erhöhung des Kohlepfennigs für möglich. Jedoch forderte er die unionsregierten und die SPD-regierten Bundesländer auf, den Streit um eine Erhö*hung des sogenannten Kohlepfennigs* zu begraben, auch wenn es vielleicht reizvoll sei, die Interessenunterschiede parteipolitisch auszunutzen.

„ERP-Mittel verbilligen"

Bonn (DW.) – *Der Vorsitzende des* Bundestagsunterausschusses für *ERP-Wirtschaftspläne, Niegel (CSU),* fordert die Senkung der ERP-Kredite um mindestens 0,5 Prozent. Mit einer Zinssenkung würde der Aufschwung weitere Impulse erhalten, schrieb Niegel an Wirtschafts*minister* Bangemann.

US-ÖLINDUSTRIE

Nach dem Preisverfall werden Hilferufe lauter

Sbt. Washington

Verheerend wirkt sich der Ölpreisverfall auf die US-Ölindustrie aus. Wie Michael Cane vom American Petroleum Institute (Api) in Washington erklärte, haben die Gesellschaften in Texas, Louisiana, Oklahoma, Kalifornien und Alaska schon 1985 ihre Investitionen *halbiert. Seit Januar sind sie* noch einmal um ein Viertel gekappt worden. Direkt und indirekt gingen 250 000 Arbeitsplätze verloren. Wegen der nicht gedeckten Produktions*kosten* sind *mehrere hundert* Bohrlöcher geschlossen worden.

Nach Kalkulationen des Instituts sinkt die Tagesförderung in den USA von zur Zeit 1,2 Mill. auf 940 000 Tonnen, wenn sich *in den kommenden* fünf Jahren das Preisniveau auf dem Ölmarkt nicht ändert. Bleibt Öl zehn Jahre lang so billig wie heute, schrumpft die Produktion in Amerika sogar auf 800 000 Tonnen, während die Einfuhren je Tag in etwa gleichem Umfang zunehmen. Gleichzeitig steigt der *US-Verbrauch* überdurchschnittlich; verloren gehen praktisch alle in der Hochpreisphase erzielten Einsparungen.

Laut Cane deckt die Organisation der Ölexport-Länder (Opec) in drei bis vier Jahren bereits wieder vier Fünftel des Weltbedarfs. Dann ist die Kartellsituation wiederhergestellt und die Preise steigen. Um die US-Industrie zu schützen und das nationale Sicherheitsrisiko zu verringern, dringt das Institut, dem 235 Unternehmen angehören, auf Abschreibungserleichterungen und großzügige *Steuergutschriften* für Investitionen. Außerdem soll der Anteil der Ölfirmen am „Superfonds", aus dem die Beseitigung von Umweltschäden finanziert wird, reduziert werden.

„ARBEITSGEMEINSCHAFT HANDEL MIT DER DDR" / 1600 Unternehmen befragt

Weniger Gegengeschäfte gefordert

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Lieferungen in die „DDR" behalten bis in das nächste Jahr hinein ihren Schwung; dagegen werden die Bezüge allenfalls das Niveau des Vorjahres erreichen, *als sie bereits stagnierten.* Dies zeigt die Umfrage der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR" in Berlin bei 1600 Unternehmen, die in den vergangenen Jahren *regelmäßig an den Leipziger* Messen beteiligt waren.

Die Arbeitsgemeinschaft wird von fünf Spitzenorganisationen der Deutschen Wirtschaft getragen und veröf*fentlichte bis vor kurzem ihre* Umfrage zusammen mit der des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Jetzt hat sie sogar neben der traditionellen Pressekonferenz des DIHT in Leipzig *zu einer eigenen* Veranstaltung kurz nach Eröffnung der Messe am Sonntag eingeladen.

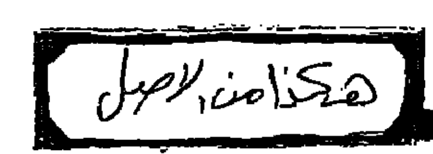
Die zuversichtlichen Prognosen bei den Lieferfirmen werden vor al*lem von den Investitionsgüter-Her*stellern im Maschinenbau und in der Elektrotechnik getragen. Während vor einem Jahr drei von fünf Unternehmen angaben, sie hätten begründete Aussichten auf den Abschluß von Verträgen auf der Messe, so hegen diesmal *zwei* von drei Firmen diese Erwartung. Die anderen Aussteller benutzen Leipzig zur Marktpflege.

Die nahezu konstante Zahl von 730 Ausstellern aus der Bundesrepublik verdecke die hohe Fluktuation. Nach Ermittlung der Arbeitsgemeinschaft stellen *knapp ein Fünftel* der bisherigen Dauerkunden nicht mehr aus, sie bleiben aber im Geschäft.

Die Stimmung unter den Einkäufern ist gedrückter. Wegen des Preisrückgangs bei Mineralölprodukten und chemischen Erzeugnissen, auf die nahezu ein Drittel aller Bezüge entfallen, überwiegen hier nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft die *skeptischen Stimmen. Nur noch* eine von drei Firmen sieht konkrete Ansatzpunkte, zu Einkaufsabschlüssen zu kommen.

Auffallend ist, daß die Arbeitsgemeinschaft ein geringeres Interesse an der Kooperation festgestellt hat. Nur noch 30 Prozent der Bezieher und Lieferanten, überwiegend Unternehmen mit langjährigen Geschäfts*beziehungen, sehen Ansatzpunkte* für eine technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit. Gegenseitige Zulieferungen, der gemeinsame Vertrieb und die Zusammenarbeit auf dritten *Märkten steht* dabei im Vordergrund. Der Lizenzaustausch und die Gestattungsproduktion habe nicht mehr die Bedeutung wie im Vorjahr.

Bei den Gegengeschäftsforderungen sei die *„DDR"* nicht mehr so hart wie früher, abgesehen vom Investitionsgüterbereich. Der Wettbewerb mit Anbietern aus anderen westlichen Industriestaaten wird härter.



Bankenpräsident wird 65 Jahre



Hanns C. Schroeder-Hohenwarth
FOTO: WERNER SCHÜRING

Die Krise der SMH-Bank, bei deren Lösung er entscheidend mitgewirkt hat, und die Novellierung des Kreditwesengesetzes, die für das private Bankgewerbe akzeptable Neuregelungen brachte, sind zwei der herausragenden Ereignisse in den drei Jahren, die Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth jetzt an der Spitze des Bundesverbandes deutscher Banken steht. Der Bankier, von 1972 bis 1984 dienstältester Geschäftsinhaber der renommierten BHF-Bank und seither ihr Aufsichtsratsvorsitzender, *ist alles andere als ein Lobbyist*. Er versteht sich vielmehr als Repräsentant eines Gewerbes, das immer wieder ökonomischen Sachverstand in die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion einzubringen hat. *Im Verband selbst ist der* Präsident, der morgen 65 wird, wegweisender Mittler zwischen manchmal widerstrebenden Interessen. Einsatz- und Leistungsbereitschaft sind das Credo im Geschäftsleben wie auch im Persönlichen Schroeders, der seine Karriere nach Bankausbildung und Jurastudium im Bundesfinanzministerium begann. (cd.)

NAMEN

Herbert Kircher, bisher bei der IBM Deutschland in Stuttgart für europäische Industriesysteme zuständig, übernahm die Leitung der IBM Laboratorien Böblingen. Er ist Nachfolger von Dr. **Winfried Pierlo**, der als Assistent General Manger zur IBM Europa, Paris, wechselt.

Harald Dehmer (58), Vorstandssprecher der Thyssen Edelstahlwerke AG, Krefeld, und früheres Vorstandsmitglied der Thyssen AG, Duisburg, ist am 9. März gestorben.

USA / Verbindlichkeiten der Bundesstaaten und der Gemeinden stiegen im vergangenen Jahr am stärksten

Schulden erreichen fast sieben Billionen Dollar

H.-A. SIEBERT, Washington

In einem bisher nicht gekannten Tempo geraten die USA immer tiefer in die Kreide. Wie das Federal Reserve Board in Washington mitteilte, erhöhte sich der öffentliche und private Schuldenberg im vergangenen Jahr ohne Finanzinstitute und saisonal bereinigt um 14,8 Prozent auf insgesamt 6868 Mrd. Dollar. Das sind *28 736 Dollar je Amerikaner.*

Damit hat die Verschuldung in den Vereinigten Staaten 1985 mehr als zweieinhalbmal so schnell zugenommen wie das Bruttosozialprodukt, das nominal um 5,7 (real 2,3) Prozent auf 3989 Mrd. Dollar wuchs. *Das heißt*, Amerikas Schuldenlast ist 1,7mal so groß wie die Wertschöpfung. Seit Ende 1980 – Präsident Ronald Reagan trat im Januar 1981 sein Amt an – vergrößerte sie sich um 75, das nominale Sozialprodukt um 46 Prozent.

Kürzlich warnte der Präsident der Federal Reserve Bank in New York, E. Gerald Corrigan, mit Nachdruck vor dieser Schuldenexplosion. Seitdem haben sich Paul A. Volcker und die früheren republikanischen Präsidentenberater Alan Greenspan und Martin Feldstein ihm angeschlossen. Corrigans Behörde errechnete, daß *Amerikas Schulden* ohne drastische fiskalische Korrekturen 1995 etwa 2,3mal so groß wie die Wertschöpfung sein werden. Das beeinträchtige erheblich das Investitionsklima.

Am stärksten stieg 1985 – gegenüber 1984 – die *Nettoverschuldung* der US-Bundesstaaten und Gemeinden: um 31,2 Prozent auf 540,7 Mrd. Dollar. Diese Entwicklung birgt Gefahr, da die meisten Länder und Gemeinden zum Budgetausgleich *verpflichtet sind. Washington, also der* Bund, erhöhte seine Schulden um 16,2 Prozent auf 1600,4 Mrd. Dollar, fast nur mit Treasury Bills, Notes und Bonds finanziert.

Die privaten Haushalte steigerten *1985 ihre Nettoverschuldung um 14,3* Prozent auf 2376,1 Mrd. Dollar, während die Wirtschaft ihre Kreditaufnahmen um elf Prozent auf 2350,8 Mrd. Dollar ausweitete. Davon entfielen 1495,8 Mrd. Dollar auf inkorporierte Gesellschaften, 674,6 Mrd. Dollar auf andere Unternehmen und 180,3 Mrd. Dollar auf die Landwirtschaft. Seit Ende 1980 nahmen die Schulden des Bundes um 115, der US-Bundesstaaten und Gemeinden um 82, der Haushalte um 63,7 und der Wirtschaft um 64,1 Prozent zu.

Ohne den Bund erreichte der Finanzierungsbedarf 5267,6 Mrd. Dollar. Gedeckt wurde er bisher durch Schuldverschreibungen (3506 Mrd. Dollar), darunter steuerfreie Obligationen (720,3), Unternehmensanleihen (536,6) und Hypotheken (2249,1 Mrd. Dollar). Außerdem addieren sich Bankdarlehen auf 616,3, Verbraucherkredite auf 673,1, Offen-Markt-Papiere auf 92 und andere Titel auf 380,2 Mrd. Dollar.

Nicht eingerechnet sind 247 Mrd. Dollar, die an ausländischen *Kreditmärkten aufgenommen worden sind*, und zwar Anleihen über 72,7 Mrd. Dollar sowie Bankdarlehen über 19,6, Offen-Markt-Papiere über 82,3 und Regierungskredite über 72,3 Mrd. Dollar. Mit diesen Beträgen schlug Amerikas Gesamtverschuldung 1985 netto und ohne den Finanzsektor mit 7114,9 Mrd. Dollar zu Buch – 72 Prozent mehr als Ende 1980.

Das persönliche Einkommen der US-Bürger erreichte im vierten Quartal 1985 rund 3354 Mrd. Dollar (Jahresrate). Abzüglich 508,4 Mrd. Dollar an Steuern und anderen Abgaben machte das verfügbare Einkommen 2845,7 Mrd. Dollar aus, wovon 116 Mrd. Dollar gespart und 2729,7 Mrd. Dollar ausgegeben wurden. In Gebrauchsgüter flossen 360,3, in den Wohnungsbau 161,6 Mrd. Dollar. Überdies trugen die Amerikaner 136,5 Mrd. Dollar zur Bank und erwarben für 333,3 Mrd. Dollar Kreditmarktpapiere. Die Bruttoersparnisse erhöhten sich auf 629,1 Mrd. Dollar.

Vor Steuern haben die US-Unternehmen (ohne Finanzinstitute und *Landwirtschaft*) 174,5 Mrd. Dollar verdient. Die Steuern machten 65,3 und die Dividendenausschüttungen netto 89,9 Mrd. Dollar aus. Die Kapitalaufwendungen erreichten 380,8 Mrd. Dollar.

ENGLAND / Das Pfund hat fast zehn Pfennig zugelegt

Basiszins-Senkung erwartet

fu. London

Sich verstärkende Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende Senkung der britischen Basiszinsen haben an den Londoner Finanzmärkten eine bislang kaum erlebte Hektik ausgelöst. Der Financial-Times-Index für 30 führende Aktienwerte legte am Dienstag um 21,2 Punkte auf den neuen Rekordstand von 1326,8 zu, der größte Tagessprung seit mehr als 15 Monaten. Die Euphorie hielt auch gestern an, wobei der Index bis zum frühen Nachmittag sogar um weitere 26,7 Punkte kletterte.

Gleichzeitig hat eine massive Nachfrage nach der britischen Währung eingesetzt, die in den *letzten* Monaten im Gefolge des Ölpreisverfalls stark unter Druck geraten war. Nachdem die Pfund-Mark-Parität zum Wochenschluß noch mit 3,2525 notiert wurde, stieg der Pfundwert bis gestern um fast zehn Pfennig auf 3,35 DM.

Devisenhändler betonen, daß der jüngste Ölpreisverfall bei der Bewertung der britischen Währung plötzlich überhaupt keine Berücksichtigung mehr finde. Ausschlaggebend seien verbesserte Wachstums- und Inflationsaussichten sowie insbesondere das vergleichsweise sehr hohe Zinsniveau in Großbritannien.

Jüngste *Geldmengenstatistiken*, wonach die Geldmenge Sterling M 3 im Februar um ein Prozent gestiegen ist, werden in der Londoner City als weitere Rechtfertigung für eine Zinssenkung um ein Prozent bewertet. Gegenwärtig liegt der *Basis-Auslei*hezins bei 12,5 Prozent. Damit ergibt sich ein Realzins von sieben Prozent, so hoch wie in kaum einem anderen Industrieland.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Kreditausweitung geplant

Washington (AP) – Die in Washington ansässige Weltbank wird nach eigenen Angaben in diesem Jahr angesichts einer geplanten Ausweitung des Kreditvolumens für bedürftige Länder zusätzliche Mittel in Höhe von einer Milliarde Dollar aufnehmen. Die Gesamtsumme der von der Weltbank auf dem internationalen Markt geliehenen Gelder wird sich dadurch 1986 auf 10,6 Mrd. Dollar erhöhen. Die Organisation kündigte gestern gleichzeitig ein neues Programm längerfristiger Anleihen für Anleger in den USA an.

Erste Verhandlungen

Brüssel/Genf (dpa/VWD) – Die Vorwürfe des amerikanischen Flugzeugbauers Boeing wegen vermeintlich versteckter Subventionen zugunsten des europäischen Flugzeug-Konsortiums Airbus werden zum ersten Male auf Regierungsebene erörtert werden. Wie in Brüsseler EG-Kreisen bekannt wurde, werden Vertreter des US-Handelsministeriums sowie der vier am Airbus beteiligten Länder Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien am 20. und 21. März zu einer Verhandlungsrunde in Genf zusammentreffen.

Bessere Autokonjunktur

Paris (*J. Sch.*) – *Das neue Jahr hat* für die französische Automobilindustrie unter günstigeren Vorzeichen begonnen. Im Januar nahm ihr Inlandsabsatz an Personenwagen um 10,7 Prozent und ihr Export um 15,4 Prozent gegenüber dem (schlechten) Vorjahresmonat zu, nachdem sich 1985 insgesamt hier wie dort eine quasi Stagnation ergeben hatte. Die Produktion wurde allerdings um 4,3 Prozent gedrosselt gegenüber um drei Prozent 1985.

Zinn-Terminkontrakte?

Kuala Lumpur (VWD) – Die Rohstoffbörse in Kuala Lumpur erwägt zur Zeit die Einführung eines Zinn-Terminkontrakts. Allerdings dürfte der Terminhandel in diesem Metall erst beginnen, wenn die derzeitige Krise am Zinnmarkt überwunden ist. Damit soll eine zusätzliche Verschärfung der ohnehin *delikaten Situation* am Zinnmarkt verhindert werden. Wie zu hören ist, bleibt Malaysia an einer einvernehmlichen Lösung der Zinnkrise interessiert.

Marschroute festgelegt

Brüssel (dpa/VWD) – Die zwölf EG-Partner haben sich auf eine gemeinsame Marschroute für die Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen geeinigt, nachdem Portugal lange Vorbehalte geäußert hatte. Die Verhandlungen beginnen am 3. April in Genf. Das gegenwärtige Abkommen – das dritte seit 1974 – läuft am 31. Juli aus. Die Einigung basiert auf einem Kompromiß zwischen den Vertretern einer möglichst weitgehenden Liberalisierung der Welttextilhandels wie die Bundesrepublik, Niederlande, Dänemark und auch Großbritannien sowie den *EG-Partnern, die ihre nationale Industrie* vor den Importen aus Billigländern schützen wollen.

Farmer-Hilfsprogramm

Washington (VWD) – Die mit der Überwachung des Bankapparates in den USA befaßten Organe haben zusammen mit dem Federal Reserve Board, der Federal Deposit Insurance *Corp. und dem Amt des Comptroller* of the Currency eine konzertierte Aktion vereinbart, mit dem sie die in Schwierigkeiten stehenden Farm-Banken unterstützen wollen. Offen ist derzeit noch, ob diese Aktion auch für jene Banken gelten soll, die über hohe und inzwischen fraglich gewordene Kreditforderungen an die Energiewirtschaft verfügen.

BAG: Erfassung von Fehlzeiten ist zulässig

AP, Kassel

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat in einem von der Industriegewerkschaft Metall geführten Musterprozeß die Anfechtung des Beschlusses der Einigungsstelle für die Opel-Werke über die Einführung des automatischen Personalabrechnungs- und -informationssystems „Paisy" zurückgewiesen. Die vom Gesamtbetriebsrat angerufene Einigungsstelle hatte 1982 die automatische Erfassung von Fehlzeiten der Arbeitnehmer, die arbeitsunfähig sind oder unentschuldigt fehlen, erlaubt. Ferner legte die Einigungsstelle fest, welche Folgerungen daraus gezogen werden dürfen.

Das Bundesarbeitsgericht stellte nunmehr aber fest, daß eine derartige Datenerfassung und -verarbeitung nicht verboten ist, weil sie dem Zweck der Arbeitsverhältnisse dient. Nach Ansicht des Gerichts wurden von der Einigungsstelle die beiderseitigen Interessen der Arbeitnehmer und des Arbeitgebers ausreichend berücksichtigt.

Durch die Beteiligung des Betriebsrates sei ausreichend sichergestellt, daß aus den Erkenntnissen keine unkontrollierbaren Folgerungen gezogen werden. (Az: 1 ABR 12/84.)

OECD / Höherer Anleihebedarf der Opec-Staaten

Kapitalmärkte expandieren

J. Sch. Paris

Die Expansion der internationalen Kapital- und Finanzmärkte, die im vergangenen Jahr 60 Mrd. Dollar oder 30 Prozent betragen hatte, dürfte sich insgesamt weiter fortsetzen, meint die OECD. Allerdings wird *für* die verschiedenen Marktbereiche und Ländergruppen mit einer sehr unterschiedlichen Entwicklung gerechnet. Bereits 1985 waren die langfristigen Auslandsanleihen mit 168 (112) Mrd. Dollar sehr viel stärker gestiegen als die mittelfristigen Bankkredite mit 88,8 (85,8) Mrd. Dollar.

Für 1986 erwartet die OECD wegen fortschreitender Zinssenkungen verstärkte Anleiheemissionen im Festzinsbereich. Eine weitere Marktbelebung könnte sich aus der Einführung neuer Anleihetechniken ergeben. Gleichzeitig würde die Kreditverbilligung im mittelfristigen Bereich Refi*nanzierungsoperationen begünstigen*. Diese hatten schon 1985 stark zugenommen.

Für Zahlungsbilanzzwecke dürften der Untersuchung zufolge die westlichen Industriestaaten die internationalen Märkte aber weniger stark in Anspruch nehmen, da infolge der Ölpreisbaisse ihre Defizite abnehmen. Dagegen steigt der Anleihebedarf der Ölexportstaaten. Verschiedene Opec-Länder haben in jüngster Zeit bereits bedeutende Beträge aufgenommen. Soweit sie stark im Ausland verschuldet sind, seien ihre Anleihemöglichkeiten aber begrenzt.

Der Anleihebedarf der übrigen (kein Öl produzierenden) Entwicklungsländer hängt sehr stark von der Entwicklung der Weltkonjunktur ab. Zunächst kommt allerdings auch ihnen die Ölpreisbaisse zugute. Für die Ostblockstaaten erwartet die OECD eine zunehmende Kreditnachfrage. Denn die Zahlungsbilanzaussichten, vor allem der osteuropäischen Länder, seien weniger günstig, da sie ihre Importe aus dem Westen steigern wollen, während sie bisher der Reduzierung ihrer Auslandsschulden den Vorrang gegeben hatten.

Allgemein besteht nach Angaben der OECD ein großer Anleihebedarf *der Wirtschaft für Investitionszwecke* aufgrund der internationalen Konjunkturbelebung. Aber auch für andere Zwecke würden die Unternehmen die Gelegenheit nutzen, sich zu verhältnismäßig niedrigen Kosten frische Mittel zu beschaffen. In letzter Zeit macht dabei das kurzfristige Handelspapier den mittel- und langfristigen Märkten Konkurrenz.

AFRIKANISCHE ENTWICKLUNGSBANK / Präsident reist durch Europa

Nächste Kapitalaufstockung steht bevor

ELENA PRIOR, Bonn

„Das europäische Interesse an Afrika ist außerordentlich groß", betonte der Präsident der afrikanischen Entwicklungsbank (ADB) N'Diaye auf einer Veranstaltung der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung. Diese Erfahrung habe er zumindest auf seiner Reise durch den alten Kontinent gemacht. Ein Rückschluß liegt nahe: die ADB setzt ihrerseits große Erwartungen auf Europa und die Hilfe, die die Industrienationen diesem verarmten Kontinent angedeihen lassen. Schließlich beginnen gerade die Verhandlungen über die nächste Kapitalaufstockung.

Die Bank, mit Sitz in Abidjan, ist auf das Wohlwollen der Industrienationen angewiesen. Denn die fünfzig afrikanischen Mitgliedsländer sind kaum in der Lage, das Institut mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Das müssen schon die 25 außerafrikanischen Mitglieder bewerkstelligen, zu denen auch die Bundesrepublik zählt.

*Im Augenblick beträgt das autori*sierte Kapital 5,4 Mrd. Dollar. Davon sind 25 Prozent eingezahlt und 75 Prozent gelten als Haftungskapital. Von den laufenden Verhandlungen über die Kapitalausstattung erhofft sich die ADB eine Verdoppelung der Mittel, um den neuen Zielen noch besser gerecht werden zu können.

Schwerpunkt der Kreditvergabe waren bisher Infrastrukturinvestitionen; in Zukunft will sich die Bank stärker um die ländliche Entwicklung bemühen. Als vorrangiges Interesse nannte N'Diaye in seinem Vortrag die Produktionssteigerung bei Nahrungsmitteln. Investitionen, die dazu beitragen könnten, lägen auf elementarem Niveau.

Die Beseitigung des „natural disaster" (wie Erosion oder Wassermangel), der Versuch, die Bevölkerungsexplosion zu stoppen, sowie die angestrebte Ausbildung der jungen Generation sollen vor allem mit der sogenannten Hilfe zur Selbsthilfe erreicht werden. Daraus ergebe sich dann *auch Autonomie auf kulturellem Gebiet.*

Wie alle regionalen Entwicklungsbanken, hat auch die 1963 als panafrikanische Institution gegründete ADB mit Konflikten zu kämpfen: Einerseits versucht sie Afrika zu einer Identität und zur Integration zu verhelfen; andererseits bemüht sie sich, die wirtschaftliche und politische Instabilität zu mindern. Auf der einen Seite ist die ADB eine Entwicklungshilfeorganisation, auf der anderen muß sie als Bank mit unternehmerischen Zielen agieren. Sonst hätte sie kaum die Möglichkeit, sich an den internationalen Finanzmärkten zu refinanzieren.

Doch das ist längst gelungen. Das amerikanische Bewertungshaus Moodys and Fitch stufte die ADB als „AAA" ein. Diese Einordnung Anfang 1984 glich einer Eintrittskarte *für die internationalen* Finanzmärkte, an denen die ADB-Anleihen nun als absolut sicher, als Kapitalanlage höchster Bonität empfohlen werden.

FRANKREICH / Opposition will Genehmigungszwang bei Kündigungen abschaffen

Entlassungsschutz sorgt für Streit

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wird es nach den Parlamentswahlen am nächsten Sonntag in Frankreich zu sozialen Unruhen kommen? Diese Frage stellt sich angesichts der verstärkten gewerkschaftlichen Proteste gegen die vom nationalen Unternehmerverband (Patronat) geforderte Entlassungsfreiheit, welche inzwischen die bürgerlichen Oppositionsparteien zu einem ihrer wichtigsten Wahlversprechen erhoben haben. Wenn sie an die Macht kommen sollten, wollen sie den behördlichen Genehmigungszwang bei Entlassungen aus „wirtschaftlichen Gründen" beseitigen. Dies aber lehnen die sozialistische Regierungspartei sowie die Kommunisten kategorisch ab.

Der Genehmigungszwang war von den bürgerlichen Parteien selbst durch ein Gesetz am 3. Januar 1975 eingeführt worden, um die schwere soziale Krise, die sich damals am Konkursfall Lipp entzündet hatte, zu *entschärfen. Er betrifft alle* Entlassungsvorhaben von mehr als zehn Personen. Ausgenommen sind nur solche, die aufgrund von gerichtlichen Verfahren (Konkurse, Vergleiche, Liquidationen) durchgeführt werden. Etwa ein Drittel aller Kollektiventlassungen mußte so in den letzten Jahren den Arbeitsbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden.

Nachdem die sozialistische Regierung das Verfahren zunächst sehr restriktiv angewendet hatte – die Unternehmen mußten oft länger als ein Jahr auf den meist negativen Entscheid warten –, handhabte sie es in den letzten zwei Jahren zunehmend liberaler.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums wurden zuletzt 87 Prozent aller Anträge auf Entlassungen innerhalb eines Monats genehmigt. Mehr als die Hälfte der Ablehnungen betrafen Anträge mit unzureichenden Sozialplänen. Nur ein Fünftel der abgelehnten Anträge wurden aus „ungerechtfertigten" wirtschaftlichen Motiven zurückgewiesen.

Das Patronat begründet seine Forderung nach Entlassungsfreiheit vor allem damit, daß in kaum einem anderen westlichen Land Entlassungen der behördlichen Genehmigung bedürfen. Dadurch wären die französischen Unternehmen im internationalen *Wettbewerb* benachteiligt, indem sie nur sehr begrenzt unrentable Arbeitskräfte freisetzen könnten.

Allerdings geloben sie, die Entlassungsfreiheit nicht zu mißbrauchen. Auch sind sie weiterhin zu Sozialplänen bereit, die sie jedoch ohne Einfluß der Behörden mit den betroffenen Arbeitnehmern innerbetrieblich frei aushandeln möchten.

Dem hält *die Regierung* entgegen, daß die Entlassungsfreiheit die Arbeitslosigkeit kurzfristig beträchtlich erhöhen würde. Wie Premierminister Fabius erklärte, würde das Heer der Arbeitslosen (2,3 Millionen) aus diesem *Grunde* noch 1986 um 200 000 und bis Ende nächsten Jahres um 300 000 zunehmen. Dagegen behauptet das Patronat, daß die Unternehmen 360 000 neue Arbeitskräfte einstellen würden, wenn sie nicht mehr befürchten *müßten*, an späteren Entlassungen gehindert zu werden.

Beide Größenordnungen sind wohl aus taktischen Gründen zu hoch gegriffen. Französische Konjunkturinstitute erwarten für 1986 eine Zunahme der Entlassungen um *netto 60 000* bis 80 000 Personen. Erst in etwa fünf Jahren würden die in Folge der Entlassungsfreiheit durchgeführten Beschäftigungszuwächse die entsprechenden Abgänge übertreffen.

Um sie gleichwohl einzudämmen, fordert der Arbeitgeberverband Flexibilität auf breiter Front. Die Oppositionsparteien schließen sich dem weitgehend an und versprechen darüber hinaus eine expansivere Wirtschaftspolitik. Stärkeres Wirtschaftswachstum allein kann aber in Frankreich schon aus demographischen Gründen das Arbeitslosenproblem vorerst nicht lösen.

IM BLICKPUNKT / Kaufhof-Vorstandschef Jens Odewald forciert die Diversifikation

„Es gibt immer noch neue Märkte“

Aussichtsreiche neue Märkte für alte Handelsunternehmen gebe es immer noch, – „man muß sie nur entdecken und phantasievoll entwikkeln“. Jens Odewald, seit neun Monaten Vorstandsvorsitzender der Kölner Kaufhof AG, der Führungsgesellschaft des zweitgrößten der vier deutschen Warenhauskonzerne, spricht da im Gespräch mit der WELT ein großes Wort gelassen aus. Er tut es mit der Gelassenheit des Kapitäns, der das seiner Führung anvertraute Konzernschiff trotz aller irrlichternden Fragezeichen an der Zukunft der ehrwürdigen Institution Warenhaus auf gutem Kurs sieht.

Eine bemerkenswerte Gelassenheit für den erst 45 Jahre alten, erst 1979 zum Kaufhof gestoßenen Mann, der bar jeder Warenhauserfahrung von den damaligen Banken-Großaktionären (Deutsche Bank, Commerzbank) als zunächst stellvertretendes und nur für die Finanzchef-Nachfolge ausersehenes Vorstandsmitglied mit dreijährigem „Probe“-Anstellungsvertrag (ohne Pensionsansprüche) von Hamburg nach Köln gelockt wurde. Knapp fünf Jahre später war dieser „atypische Seiteneinsteiger“ in die branchentypisch mit langgedienten Handelshasen besetzte Führungscrew schon stellvertretender Vorstandsvorsitzender und designierter Nachfolger des nach 50 Konzern-Dienstjahren im letzten Sommer auf den Areopag des Aufsichtsrats entrückten Kaufhof-Chefs Friedrich B. Roesch.

„Schreiben Sie doch bitte möglichst viel über die vielversprechende Zukunft der Firma und möglichst gar nichts über mich“, bedrängt der Befragte seinen Frager. Man spürt's: Der nüchtern wirkende (fast) Zwei-Meter-Mann, promovierter Rechtsanwalt und examinierter Steuerberater, ein von preußischer Pflichterfüllung auch weit jenseits des 8-Stunden-Tages besessener „Pünktlichkeits-Fanatiker“ (sagen seine Mitarbeiter), schauspielert da nicht in Bescheidenheit.

Karriere-Start bei Esso

Kurz und grob darob die Karriere-Reminiszenz: „Potential für eine Spitzenposition“ attestierte einst die Hamburger Esso AG nach sechs Dienstjahren dem Youngster, der schon als reifer Jüngling von 34 Jahren die Leitung der Steuerabteilung im deutschen Teil des weltgrößten Ölkonzerns ausschlug, um Finanz-Generalbevollmächtigter für das international milliardenschwere Geschäft der Speditionsfirma Kühne & Nagel zu werden. Nach kaum vier Jahren sagte er Valet, weil der Job immer dringlicher den Umzug zur Schweizer Holding erheischte, die Ehefrau (drei Kinder gibt's inzwischen auch) dort aber als Anästhesie-Ärztin keine Chance zur Approbation hatte.

Es folgte als einjähriges Zwischenspiel die Arbeit in einer Hamburger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit dem Ziel, auch das Wirtschaftsprüferexamen zu machen und Partner in einer Prüf-Sozietät zu werden. Was reizte ihn beim Wechsel aus solcher „hochinteressanten“ (Dienstleistungs-)Unternehmerrolle zum angestellten Handelskonzern-Manager? Die selbstverantwortete Gestaltungsmöglichkeit in der „Exekutive“, das mache ihm nun mal mehr Freude als das „vom sichern Port läßt sich's gemächlich raten“.

Kein Zweifel, das räumt der Blitzkarriere-Handelsmann ein, sein Seiteneinstieg an die Konzernspitze wäre undenkbar gewesen in einer Zeit, in der die Warenhäuser problemlos und prächtig Geld verdienten. Doch diese goldenen Zeiten sind unter dem Konkurrenzdruck der neuen und billigeren Vertriebsformen (Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser) in der deutschen Einzelhandelslandschaft seit gut einem Jahrzehnt vorbei. Und unwiederbringlich vorbei.


ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Verkaufsflächenexpansion im Einzelhandel, doziert Odewald, halte immer noch an. Die Vertriebsform Warenhaus könne sie wegen der teuren City-Grundstückskosten und der mindestens doppelt so hoch wie bei den Billigst-Vertriebsformen liegenden Personalkosten nicht mitmachen. Der Weg zu weiteren Marktanteilsverlusten des Warenhausgeschäfts sei damit klar vorgezeichnet, – für ein auf Wachstum erpichtes lebendiges Konzerngebilde ebenso klar aber auch der Weg in die „Diversifikation“.

Diese Analyse ist in der Branche nachgerade schon ein Gemeinplatz. Die Konsequenz daraus aber wurde beim Kaufhof klarer als bei anderen gezogen. „Unser Weg geht vom Warenhauskonzern zum Handelskonzern“, ließ die sturmerprobte Kölner Vorstandsriege den jungen Mann aus Hamburg schon anno 1981 öffentlich verkünden. Und das gleich mit Fahrplan: Der Anteil der außerhalb des Warenhauses liegenden Handels-/Dienstleistungsaktivitäten, 1974 bei 26 Prozent und 1980 bei 30 Prozent des Konzernumsatzes angelangt, solle tunlichst bis 1987 schon bei 50 Prozent liegen und danach größer als das Warenhausgeschäft werden. Auch da herrscht Pünktlichkeit. Im letzten Jahr brachten die Diversifikationsglieder 37 Prozent von 8,5 Mrd. DM Konzernumsatz, 1986 sollen es 40 Prozent und danach dann schnell besagte Hälfte sein. Unverkennbar dabei, daß der neue Konzernchef, auf Vorhandenem wie Kaufhalle-Kleinpreistochter, Touristikgeschäft und Großversandhaus Wenz aufbauend, in der Diversifikation Tempo macht.

Riesiger Immobilienschatz

Und dies nach der Devise, daß „eine Fülle kleiner neuer Ideen“ für das Wachstum von Umsatz und „vor allem“ Ertrag mehr Chancen bringt als der auch bei diesem Warenhauskonzern nicht erkennbare große Sprung ins Neuland. Typisch dafür die jüngsten Diversifikationskinder. Umsatzpotentiale von je 500 Mill. DM sieht Odewald für die 1985 mit 73 Mill. DM Umsatz gestartete „Saturn Hansa“-Fachmärktetochter (Unterhaltungselektronik/Fotoartikel) und für die mit 17 Mill. DM Umsatz begonnene „Mac Fash“-Kette preisaggressiver Textilmärkte.

Diese 500 (nach 385) Mill. DM Umsatz werde die ab Jahresanfang zu 50 Prozent zum Konzern gehörende Reno-Gruppe schon in diesem Jahr erreichen und damit zum wohl größten deutschen Schuh-Händler aufrücken.

Was sonst noch alles an Begonnenem und Geplantem auf Odewalds Programmliste steht, ist ein schier abendfüllendes Thema. Eine Generallinie läßt sich ausmachen: Der riesige Immobilienschatz des an einigen hundert Standorten präsenten Konzerns soll, soweit im Handel schlecht rentierlich oder überhaupt nicht genutzt, mit neuen Verwertungsideen in seinem Ertragspotential gehoben werden.

So hat der Konzern auch begonnen, ungenutzte Quadratmeter zumal in seinen „Weltstadt-Warenhäusern“, als Büroflächen zu vermieten, Häuser in Problemlagen zu Einkaufszentren (für Fremdmieter) oder in reine Textilhäuser („auch Gründer Tietz fing nur mit Textilien an“) umzuwandeln. Expandieren will er auch, von Gastronomie-Management bis sonstwohin im Dienstleistungsbereich, „wo unser nicht schnell kopierbares Know-how uns einen Wettbewerbsvorsprung sichert“.

Bei alledem bleibt das Warenhausgeschäft noch lange die wichtigste Säule des Ganzen. Auch im flauen Handelsjahr 1985 war es kein Klotz am leichten Aufwärtstrend des Konzernertrages. Zur Dividende, für 1984 auf 6,50 (7,50) DM gesenkt, sagt der Vorstandsvorsitzende und Finanzchef zwar noch kein Wort. Doch die Vermutung liegt nahe, daß die neben der Metro-Gruppe (knapp unter 25 Prozent) beteiligten 30 000 Aktionäre dieses Schweigen gleichfalls als leichten Aufwärtstrend deuten dürfen.

JOACHIM GEHLHOFF

WIRTH / Textilgruppe präsentiert sich nach zwölf Jahren „wieder in altem Glanz“

Die schwierigen Zeiten überwunden

INGE ADHAM, Fulda

Ein Dutzend Jahre brauchten die Unternehmen der Familiengruppe Wirth, um mit ihrem Umsatz wieder die 400-Millionen-Mark-Grenze zu erreichen, die zuletzt im Jahr 1973 (411 Mill. DM) überschritten worden war. Das Auf und Ab in der deutschen Textilkonjunktur hat auch vor dieser Gruppe nicht haltgemacht. Die Wirth-Unternehmen – Dura Tufting GmbH, Fulda, Filzfabrik Fulda GmbH mit Beteiligungsgesellschaften und die Kammgarnspinnerei J. C. Wirth GmbH, Donaueschingen – haben die teilweise schwierigen Zeiten genutzt.

Zielstrebiges Investieren („aus eigener Kraft“) vor allem zur Modernisierung der Anlagen hieß das Rezept, das auch in Zukunft konsequent beibehalten werden soll. In den – vor allem am Teppichbodenmarkt – teilweise gnadenlosen Preiskampf hat man sich nicht ziehen lassen und will das künftig ebenso vermeiden. Das konsequente Festhalten an Qualität hat den Unternehmen als Lieferanten im Fachhandel eine gute Position gebracht.

Für das vergangene Jahr melden die Familienunternehmen ein Umsatzplus von 9,5 (i. V. 5,4) Prozent auf knapp 403 (368) Mill. DM (addiertem) Umsatz. „Ein grundlegend anderer Umsatz als im bisherigen Rekordjahr, vor allem ein Umsatz mit besserem Ertrag“, wie Helmut Schäfer, Sprecher der Familiengruppe, betont.

Bei Angaben zum Ertrag zeigte sich Schäfer gewohnt zurückhaltend. Die Investitionen von 9,9 (i. V. 8,5) Mill. DM im vergangenen Jahr und 12 Mill. DM für dieses Jahr sind jedoch Hinweis für die gesteigerte Ertragskraft der Familiengruppe.

Am bescheidensten dürfte die Ergebnissteigerung dabei in der Dura Tufting GmbH ausgefallen sein, mit gut 234 (218) Mill. DM Umsatz größtes deutsches Tufting-Unternehmen. Denn in Sachen getuftete Teppichböden ist das Geschäft unverändert schwierig geblieben, auch wenn im vergangenen Jahr erstmals der Importzustrom etwas zurückgedrängt wurde, weil bei den Kunden bessere Qualitäten gefragt sind.

Auch Dura lebt übrigens zu rund 86 Prozent beim Teppichbodenverkauf vom Ersatzbedarf. Eine zunehmende Rolle spielt inzwischen das Autogeschäft (Umsatzanteil rund 30 Prozent): Mit einem bereits gegen Schall und Kälte gedämmten vorgeformten Teppichbodenbelag sei man ein gutes Stück vorangekommen.

Dies gilt auch für die Filzfabrik Fulda, deren Umsatz um knapp neun Prozent auf 84 (77) Mill. DM gewachsen ist und die sich zunehmend dem Bereich der technischen Textilen widmet. Gut ein Viertel ihres Umsatzes erzielt die Filzfabrik Fulda inzwischen im Ausland.

Den höchsten Sprung machte, begünstigt von der Pullovermode, wiederum mit einem Plus von knapp 24 (20) Prozent die Kammgarnspinnerei. Auch sie erzielt rund ein Viertel ihres auf 54 Mill. DM gestiegenen Umsatzes im Ausland.

Für die weitere Entwicklung in diesem Jahr zeigte sich die Gruppe mit fast unverändert 2570 Mitarbeitern optimistisch. Die Nachfrage ist gut, die Kapazitäten sind praktisch voll ausgelastet.

Herma klebt am Aufschwung

nl. Stuttgart

„Wir kleben am Aufschwung“, sagt Werner Röhm, Geschäftsführer der Herma Heinrich Hermann GmbH & Co., Stuttgart. Im Hinblick auf das weitgehend von konjunkturellen Abläufen geprägte Geschäft von Herma, die in den Sparten Haftpapier, Etikettiersysteme und Papierwaren eine breite Produktpalette anbietet, plant er für 1986 eine Umsatzsteigerung von 10 Prozent sowie eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses. Das stärkste Wachstum erwartet er in den Bereichen der Büroorganisation, bei Computer- und Kopieretiketten sowie Etikettiermaschinen.

In 1985 hatte Herma den Umsatz um 5,6 Prozent auf 151 Mill. DM ausgeweitet. Schwächer als vorausgesehen, habe sich dabei das Geschäft nur in den konsumnahen Bereichen, also Haftmaterialien für Haushalt und Schule, angelassen. Die Marktanteile bewegen sich in Europa um 10 Prozent auf dem Felde der Haftpapiere. Der Exportanteil am Umsatz hat sich auf 28 (26) Prozent vergrößert.

Zum Ergebnis heißt es, es habe sich gegenüber dem Vorjahr verbessert und sei mit der Note „befriedigend“ zu bezeichnen. Den Cash-flow beziffert Röhm mit rund 10 Mill. DM. Investiert wurden 8,5 Mill. DM bei 7 Mill. DM Abschreibungen. In der Bilanz, deren Bilanzsumme mit 95 Mill. DM angegeben wird, stehen hohe Rückstellungen für die Altersversorgung im Volumen von 34 Mill. DM. Die eigentlichen Eigenmittel machen etwas mehr als 20 Prozent aus. Am Jahresende beschäftigte Herma 945 (933) Mitarbeiter, 25 Arbeitsplätze sollen in diesem Jahr dazukommen.

Auto-Konjunktur sorgte für Aufträge

adh. Frankfurt

Deutlich besser als ursprünglich erwartet ist das vergangene Jahr für die deutsche Kautschukindustrie verlaufen. Die Branche steigerte – vor allem im Gefolge der guten Automobilindustrie – ihren Umsatz um 10,3 Prozent auf 12,6 Mrd. DM. Dabei stieg, wie der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (WdK), Frankfurt, mitteilt, der Inlandsumsatz um 11,3 Prozent; das Auslandsgeschäft nahm um 7,7 Prozent zu.

Insgesamt entfallen vom Umsatz der Branche 6,63 Mrd. DM auf Bereifungen (plus 10 Prozent) und 5,92 Mrd. DM auf technische und sonstige Gummierzeugnisse. Der Absatz in Tonnen gemessen stieg übrigens nur um 6,5 Prozent, Indiz für den Erfolg, den die deutsche Kautschukindustrie mit technologisch anspruchsvolleren, teureren Erzeugnissen erzielte.

Das dürfte sich ebenso positiv auf die Erträge der Branchenunternehmen ausgewirkt haben wie die Tatsache, daß die Kapazitäten der deutschen Kautschukverarbeiter mit 89 (84) Prozent ausgelastet waren, „eine seit langem nicht erreichte Höhe“, betont der WdK. Daß die Branche auch für 1986 optimistisch ist, zeigen die Investitionspläne. 38 Prozent der Unternehmen wollen mehr als im Vorjahr investieren, nachdem bereits im Jahr zuvor 60 Prozent ihre Investitionen erhöhten. Dabei sind immerhin 26 Prozent der geplanten Investitionen für Erweiterungen vorgesehen, 38 Prozent sind Rationalisierungs- und 36 Prozent Ersatzinvestitionen. Die Kautschuk-Industrie beschäftigt knapp 80 000 Mitarbeiter.

Weberbank: Mehr Kundeneinlagen

tb. Berlin

Ein lebhaftes Wertpapiergeschäft und eine weitere Zunahme der Kundeneinlagen haben bei der Weberbank KGaA, Berlin, das Geschäftsjahr 1985 geprägt. Die Bilanzsumme der Bank hat erstmals die Milliarden-Grenze überschritten. Das Geschäftsvolumen stieg dabei um 3,6 Prozent auf 1,08 (0,95) Mrd. DM. Kräftig erhöht haben sich die Kundeneinlagen, die um 15,8 Prozent auf 587,8 (507,5) Mill. DM gestiegen sind. Allein die Spareinlagen einschließlich der Sparbriefe nahmen dabei um 15,9 Prozent auf 364,3 (314,2) Mill. DM zu. Dagegen gingen die Bankengelder um 5,8 Prozent auf nur noch 35,2 (37,3) Mill. DM zurück.

Das Kreditvolumen wurde im vergangenen Jahr um 11,3 Prozent auf 325,5 (292,4) Mill. DM ausgeweitet. Die Weberbank hat die jüngste Leitzinssenkung der Bundesbank inzwischen durch eine Ermäßigung der Kreditzinsen an ihre Kunden weitergegeben, teilte Geschäftsinhaber Ehrhardt Bödecker mit.

Das Ergebnis habe wieder eine nachhaltige Stärkung der inneren Reserven ermöglicht, außerdem eine weitere Kapitalerhöhung um 2 Mill. DM. Das ausgewiesene Kapital beträgt damit jetzt 15,2 Mill. DM. Die Hauptversammlung der Bank soll heute ein neues genehmigtes Kapital von 2 Mill. DM schaffen, erklärte Bödecker weiter. Die Bank weist einen Jahresüberschuß von 4,22 (3,98) Mill. DM aus. Am Kapital der Weberbank sind die Familie Bödecker mit 51 Prozent und die Württembergische Kommunale Landesbank mit 49 Prozent beteiligt.

DEUTSCHE THOMSON

Europa-Vertrieb wird konzentriert

dos/J. S. Hannover

Die zum französischen Thomson-Konzern gehörenden Unterhaltungselektronik-Firmen Nordmende, Saba, Dual und Telefunken werden ab August dieses Jahres im Rahmen ihrer Unternehmensneuordnung in Hannover ihren Europa-Vertrieb konzentrieren. Zu diesem Zweck wurde die Firma ECE gegründet.

Wie es heißt, werden 120 Mitarbeiter in der von der hannoverschen Bauträgerfirma Ronstedt & Nagel errichteten Bürostadt Hannover-Lahe beschäftigt und den Vertrieb der deutschen Thomson-Gruppe ins europäische Ausland koordinieren. Das Projekt ist mit einem Investitionsvolumen von 7,5 Millionen Mark verbunden. Das Land Niedersachsen fördere die Ansiedlung mit knapp einer Million Mark.

Die Pläne von Ronstedt & Nagel sehen vor, daß sich bis Ende 1987 auf dem 14 Hektar großen Gelände in Lahe rund 70 Firmen mit über 1000 Mitarbeitern ansiedeln werden. Verträge wurden bereits mit dem japanischen Konzern Sony, der seinen Vertrieb von Hannover aus steuern will, und der Elektronik-Unternehmensgruppe Hirschmann abgeschlossen.

Ronstedt & Nagel begründet die erfolgreiche Akquisition von Firmen mit dem günstigen Angebot an Büroflächen. Die Projekte werden sehr kurzfristig realisiert; den mietenden Firmen werde zugleich eine intakte Infrastruktur mit modernsten Kommunikationssystemen angeboten.

Darüber hinaus erweise sich der Standort Hannover mit seiner guten Verkehrsanbindung als attraktiv. Die Firma plant, in Quickborn in absehbarer Zeit ein Technologiezentrum auf privater Basis zu errichten.

DEUTSCHE SKF / Nach jahrelanger Sanierung laufen Textilmaschinenkomponenten sehr gut

Konjunktur brachte kräftigen Schwung

DANKWARD SEITZ, München

Wälzlager reagieren im allgemeinen immer etwas später als andere Branchen auf die Entwicklung der Gesamtkonjunktur, dafür aber dann mit um so kräftigeren Ausschlägen. So konnte denn auch die deutsche SKF GmbH, Schweinfurt, im Geschäftsjahr 1985 ein beachtliches Umsatzplus von 15 (9) Prozent auf fast 1,69 Milliarden DM verzeichnen. Bei nochmals gestiegener Produktion lag die Kapazitätsauslastung während des ganzen Jahres über 90 Prozent. Und wenn auch noch keine Ertragszahlen vorliegen, so steht dennoch bereits jetzt eindeutig fest, daß das Ergebnis um einiges besser als im Vorjahr ausgefallen ist, als der Jahresüberschuß 13,8 Millionen DM erreichte.

Wenn Karl-Josef Neukirchen, der neue Vorsitzende der Geschäftsführung, dennoch etwas untertreibend meint, daß sich „die Erwartungen im allgemeinen erfüllt" haben, dann nur deshalb, weil die geplanten Preiserhöhungen nicht durchgesetzt werden konnten. Getragen wurde das Umsatzwachstum im vergangenen Geschäftsjahr im Gegensatz zum Vorjahr vom Inlandsgeschäft mit plus 17 (3) Prozent auf 968 Millionen DM. Immerhin expandierte der Export aber auch noch um 13 (17) Prozent auf 721 Millionen DM. Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden dabei mit Lateinamerika, dem Ostblock sowie mit Frankreich und Italien erzielt. Im US-Geschäft ergab sich dagegen aufgrund des hohen Dollar-Kurses ein leichtes Minus von 4,3 Prozent auf rund 127 Millionen DM.

Mit einem Umsatzanteil von einiges unter einem Prozent spielt derzeit Japan, so Neukirchen, für SKF noch eine untergeordnete Rolle. Bemerkenswert ist dabei allerdings, daß man mit einem Umsatz von rund 25 *Mill. DM mit Textilmaschinen*komponenten in dem Land einen Marktanteil von rund 70 Prozent hält. Erklärtes Ziel ist es nun, durch Lizenzvergaben und andere Maßnahmen mit Kupplungsteilen und Freiläufen für die Autoindustrie diesen Markt aufzubrechen. Mittelfristig wird dabei ein genereller Marktanteil für SKF in Japan von zehn Prozent angepeilt.

Positiv auf die Geschäftsentwicklung 1985 hat sich nach Angaben von Neukirchen ebenfalls ausgewirkt, daß auch die Sparte Textilmaschi*nenkomponenten*, die im Werk Cannstatt hergestellt werden, nach jahrelanger Sanierung nun „sehr gut lief" und ein Umsatzplus von 40 Prozent brachte. Schätzungsweise dürften es weit über 100 Mill. DM Umsatz gewesen sein. Erstmals hatte hierzu auch die Computer-Kugellagerproduktion beigetragen, die Ende 1984 gestartet worden war.

Für das laufende Jahr erwartet Neukirchen als „vorsichtiger Kaufmann" bei wiederum gutem Inlandsgeschäft ein Umsatzplus von zehn Prozent. Es ist wohl eher die Untergrenze, denn zum Jahresbeginn lag der Auftragsbestand immerhin um über 30 Prozent höher als Anfang 1985 und ist inzwischen sogar noch weiter gestiegen.

Die Reichweite bezifferte der SKF-Chef mit vier bis fünf Monate. An Kapazitätserweiterungen wird aber aus Sorge vor dem nächsten Konjunktureinbruch gleichwohl nicht gedacht. Vielmehr sollen die geplanten Investitionen von wiederum rund 55 *Mill.* DM erneut der Einführung neuer Technologien und neuer Produkte dienen. Und ebenso vorsichtig will man auch die Belegschaft aufstocken, die sich 1985 um 300 auf 9900 Mitarbeiter erhöht hat.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

VW-Gewinn verdoppelt

Wolfsburg (VWD) – Der konsolidierte Reingewinn der VW-Gruppe soll sich für das Jahr 1985 in der Nähe von 600 Mill. DM bewegen, verlautet aus Kreisen des Unternehmens. In 1984 hatte der Konzern einen Gewinn von 228 Mill. DM ausgewiesen. Der Reingewinn der Muttergesellschaft Volkswagen AG, Wolfsburg, werde sich den Angaben zufolge auf „etwas über 400 Mill. DM belaufen" gegenüber 183 Mill. im Jahr zuvor. Dadurch werde VW in der Lage sein, den Aktionären eine Dividende zu zahlen, die „höchstwahrscheinlich" über den 5 DM des Vorjahres liegen dürfte.

Linde gibt elf Mark

Wiesbaden (VWD) – Eine von 10 auf 11 DM erhöhte Dividende auf das Grundkapital mit voller Gewinnberechtigung und von 5,50 DM auf das Grundkapital mit halber Gewinnberechtigung wird der HV der Linde AG, Wiesbaden, am 27. Mai vorgeschlagen. Das Geschäftsjahr 1985 schloß mit einem Bilanzgewinn von rund 45 (36) Mill. DM.

Kapitalerhöhung?

Stuttgart (VWD) – Der Betriebsrat des Werks Untertürkheim der Daimler-Benz AG hat die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat aufgefordert, „einer Empfehlung an die Hauptversammlung auf Kapitalerhöhung nur zuzustimmen, wenn ein Teil der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre der Belegschaft angeboten werden". Die Initiative der „Unabhängigen Angestelltengruppe" wurde nach Angaben ihres Sprechers mit knapper Mehrheit und gegen einen Teil der IG-Metall-Mitglieder dieses Gremiums beschlossen. In der Erklärung des Betriebsrates heißt es, in den nächsten Wochen werde sich der Aufsichtsrat mit dem Thema „Erhöhung des Grundkapitals der Daimler-Benz AG" beschäftigen müssen.

Weniger Asbestimporte

Berlin (AP) – Die Asbestimporte in die Bundesrepublik sind nach Angaben des Verbandes der Faserzementindustrie von 157 000 Tonnen 1980 auf 62 000 Tonnen 1985 gesunken. Der Verband führte dies auf die Verwendung von Asbestsubstituten und den Rückgang der Umsätze in der Faserzementindustrie zurück.

Gegen Zwang

Bonn (dpa/VWD) – Der Fachverband der Futtermittelindustrie, Bonn, hat sich gegen eine Zwangsbeimischung von Getreide zum Mischfutter gewandt. Die Getreideüberschüsse würden dadurch nicht abgebaut. Eine Mitverantwortungsabgabe für verkauftes Getreide würde ebenfalls das Problem nicht lösen. Die Mischfutterproduktion schrumpfte 1985 nach vorläufigen Angaben um 3,2 Prozent auf 16,7 Mill. Tonnen, weil viele Bauern ihre Getreideüberschüsse an Schweine verfütterten.

Bierausstoß gestiegen

Berlin (th.) – Die Berliner Brauereien haben ihren Bierausstoß 1985 um 1,13 Prozent auf 1,95 (Vorjahr: 1,93) Mill. hl gesteigert. Damit lagen sie besser als der Durchschnitt (0,8 Prozent plus). Der Wirtschaftsverband Berliner Brauereien führt das Wachstum auf Höhepunkte im Veranstaltungskalender der Stadt (Bundesgartenschau, Funkausstellung) zurück. Erfolgreich war aber auch der Export, der um fast ein Drittel auf 17 635 hl stieg.

Pirelli ist zuversichtlich

ds. Mailand

Die italienisch-schweizerische Pirelli-Gruppe hat 1985 ihren Konzernumsatz um 4 Prozent auf 3650 Mill. Dollar gesteigert und erwartet 1986 eine noch stärkere Zunahme. Wie der Präsident der Baseler Verwaltungsgesellschaft Pirelli Société Générale, Filiberto Pittini, vor der Presse erklärte, werde 1986 nicht nur der Umsatz, sondern auch der Ertrag erheblich steigen. Die Konzernleitung erwartet, daß mit Ausnahme der US-Tochter sämtliche Konzerngesellschaften wieder Gewinn schreiben werden. Im Jahre 1985 erhöhte sich der Reingewinn der Gesamtgruppe um 40 Prozent auf 101 Mill. Dollar.

Das gute Ergebnis wurde vor allem durch den erhöhten Absatz im Reifenbereich erzielt. Mit Reifen setzte der Pirelli-Konzern 1695 Mill. Dollar um, 7 Prozent mehr als im Vorjahr. *Mengenmäßig betrug die Absatzsteigerung sogar 9 Prozent*, womit vor allem in Europa der Marktanteil zunahm. Im Kabelbereich stieg der Umsatz um knapp 1 Prozent auf 1577 Mill. Dollar, während in den diversifizierten Bereichen 378 Mill. Dollar (plus 4 Prozent) umgesetzt wurden. Durch die am 1. Januar 1986 wirksam gewordene Akquisition der Metzeler Kautschuk GmbH, München, wird sich dieser Anteil am Umsatz auf etwa 18 (12) Prozent erhöhen.

Zwischen Pirelli und der Metzeler GmbH wird es, wie Pirelli-Sprecher betonten, zu einer engen Kooperation und Integration von Produktion und Vertrieb kommen. Dabei wurden vor allem die Metzeler-Aktivitäten in Brasilien und Spanien genannt.

Die Beschäftigtenzahl des Konzerns beträgt 61 419 und wird bis Ende 1986 auf 67 000 wachsen. Darin sind die 6800 Belegschaftsmitglieder der Metzeler GmbH enthalten.

WELT-Korrespondenten berichten von der CeBIT

Grundig – NCR – Sony – TI

Auch wenn der erste Messetag die optimistischen Erwartungen enttäuscht haben mag, hat seitens der Aussteller Kritik noch Seltenheitswert. Die Erfahrung früherer Jahre zeigt, daß der Eröffnungstag noch nie zu den am stärksten frequentierten gehörte. Das bekannte Bild allerdings war in den traditionellen CeBIT-Hallen zu beobachten: der Publikumsandrang bei den Firmen der Computertechnik. Der erste Ansturm der Fachbesucher wird für heute erwartet.



Reizvolle Zukunftsaussichten für die Benutzer von Fernsprech-Häuschen in aller Welt: Künftig kann man seinem Gesprächspartner beim Telefonieren in die Augen schauen. So jedenfalls stellt sich dies ein japanisches Unternehmen vor, das eine Telefonzelle mit Bildtelefon auf der Computer-Messe „CeBIT" (12. bis 19. März) in Hannover als Neuheit präsentiert. Wenn es nach dem Willen der Hersteller ginge, müßten die Bildtelefon-Zellen so schnell wie möglich rund um den Erdball aufgestellt werden. FOTO: AP

Engagement für Standards

Die NCR GmbH, Augsburg, stellt sich in ihrer Marktstrategie auf erhebliche Veränderungen in der Landschaft der elektronischen Datenverarbeitung ein. Rainer Liebich, Vorsitzender der NCR-Geschäftsführung, bezieht sich mit dieser Aussage nicht nur auf die Vertriebsformen, sondern mehr noch auf die Produktstandardisierung.

NCR habe sich für bestehende und die Weiterentwicklung von neuen Standards gerade in jüngerer Zeit stark engagiert. Im Bereich der Personal-Computer, bei den UNIX-Systemen und im Bereich der Datenfernverarbeitung, so Liebich, habe man sich vorhandenen Standards angeschlossen; die eigentliche Aufgabe sehe NCR im Angebot zusätzlicher Features auf der Basis eines Kernstandards.

Die Cebit-Messe will das Unterneh*men dazu nutzen*, um einige „sehr aussichtsreiche Verhandlungen mit deutschen EDV-Herstellern weiterzuführen". Liebich wies darauf hin, das NCR in den Vereinigten Staaten bereits eigene PC an Honeywell und die UNIX-Systeme sowie die Geldausga*beautomaten an* Sperry verkauft habe.

Zuversichtlich beurteilt Liebich die Aussichten im laufenden Jahr. Der Auftragseingang in den ersten Monaten habe um 22 Prozent über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit gelegen. Die NCR GmbH rechne für das gesamte Jahr 1986 mit einem Umsatzzuwachs von knapp 20 Prozent auf etwa 840 Mill. DM. Vor allem die Bereiche Banken, Handel und der indirekte Vertrieb wiesen ein erhebliches Wachstumspotential aus. Bis Ende der 80er Jahre soll der Anteil des indirekten Vertriebes auf 20 Prozent des Umsatzes kommen.

Im Geschäftsjahr 1985 erzielte die NCR GmbH einen Umsatz von 713 Mill. DM (plus 15 Prozent). Davon entfielen 67 Prozent auf Computer und Terminals, 23 Prozent auf Software und Services und zehn Prozent auf Zubehör. Die PC-Fertigung, die weitgehend in den Export geht, repräsentierte rund 38 Prozent des Umsatzes. Innerhalb des Vertriebs Deutschland entfiel etwa die Hälfte auf den Umsatz im Industriebereich.

NCR, weltweit die Nummer vier unter den EDV-Herstellern, will vor allem im Bereich der Bürokommunikation wachsen. Bereits im Jahre 1990 will das Unternehmen 50 Prozent des Umsatzes mit Systemen erwirtschaften, die der Bürokommunikation zuzuordnen sind.

Zurückhaltend beurteilt NCR die derzeitige Entwicklung des digitalen Kabelnetzes ISDN. Zwar orientierte sich *das Unternehmen bei der Pro*duktplanung an ISDN; einen aktuellen Markt für Produkte sehe man aber nicht, weil die Bundespost die hausinterne Schnittstelle bis heute nicht standardisiert habe. Dies bedeute für den Anwender, daß speziel*le Terminals zusätzlich* gekauft werden müssen, weil vorhandene Geräte nicht integriert werden können.

DOMINIK SCHMIDT

Einstieg bei den Profis

Die Grundig AG, Nürnberg, will bis zum Jahresende 1986 einen Personalstand von 18 000 Mitarbeitern erreichen – vor zwei Jahren arbeiteten noch 24 000 Menschen für den Unterhaltungselektronikkonzern. Der Abbau um immerhin ein Viertel der Belegschaft ging bisher ohne größere Erschütterungen über die Bühne. Dafür sorgten Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen bei gesichertem Einkommen, vorzeitige Pensionierungen ab 55 Jahren und – wenn doch Kündigungen erforderlich waren – auch Abfindungen.

Der Personalabbau brachte eine sichtbare Produktivitätssteigerung – der Pro-Kopf-Umsatz stieg von 1984 bis 1986 um ein Viertel auf 150 000 (120 000) DM –, die auch dazu beitragen soll, bis 1986 wieder die Gewinnzone zu erreichen, so Vorstandschef Hermanus Koning in Hannover.

Zum bisherigen Sanierungserfolg wie zum Betriebsfrieden haben auch die Bemühungen um den Ausbau der professionellen Elektronik als zweitem Bein des Konzerns beigetragen. Allein im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 3.) ist dieser Geschäftsbereich um 20 Prozent auf 155 Mill. DM Umsatz gewachsen.

Damit wurde auch der Ausbau der Belegschaft *dieses Bereichs um zehn* Prozent *auf* 1100 Mitarbeiter erforderlich. Freilich konnte nur die Hälfte der neuen Mitarbeiter aus anderen Unternehmensbereichen übernommen werden. Die höhen Anforderungen an die *Qualifikation* – jeder sechste Mitarbeiter des Bereichs ist Ingenieur – machen die zusätzliche Personalbeschaffung außerhalb des Konzerns erforderlich. Noch sind nicht alle Stellen besetzt, weil entsprechendes Personal auch am Markt nicht zu finden ist.

Die professionelle Elektronik, die bei Grundig die Meß- und Steuerungstechnik, die professionelle Fernseh- und Videotechnik, Datenbildschirme sowie Bildschirmtextsysteme umfaßt, erfordert einen erheblichen Entwicklungsaufwand: 1985 waren es elf Prozent vom Umsatz.

Auf technische Neuerungen setzt auch der zweite professionelle Bereich, die Bürotechnik. Bisher in erster Linie auf die Texteingabe mit Diktiergeräten und Anrufbeantwortern konzentriert, will sie künftig auch Geräte der Textausgabe anbieten: eine neuentwickelte Korrekturschreibmaschine soll ein erster Schritt in dieser Richtung sein.

Im ablaufenden Geschäftsjahr hat der *500-Mitarbeiterbereich* seinen Umsatz um 11 Prozent gesteigert. Dabei fiel das Inlandsplus mit 13 Prozent deutlich höher aus als die Ausweitung der Exporte um 6,5 Prozent. Mit diesen außerplanmäßig hohen Zuwächsen geriet der Bereich sogar in Lieferprobleme. Eine absolute Umsatzgröße wird traditionell nicht genannt, das Volumen dürfte aber inzwischen bei 120 Mill. DM liegen.

JOACHIM WEBER

Das Angebot wird künftig verbreitert

Der japanische Unterhaltungselektronikkonzern Sony bemüht sich, auch einen Ruf als Anbieter von Investitionsgütern in Gestalt professioneller Elektronik zu gewinnen. Bis Anfang der 90er Jahre sollen 50 Prozent der Umsätze auf das Geschäft mit der Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik und professionellen Videotechnik *entfallen*. Im Geschäftsjahr 1985 haben Investitionsgüter bereits 27 Prozent zum weltweiten Gruppenumsatz von umgerechnet 17,5 (15,5) Mrd. DM beigetragen. Am Gewinn von 898 (878) Mill. DM waren sie überproportional beteiligt, so Toshio Miyamoto, Marketingdirektor der japanischen Muttergesellschaft.

Die Umsatzsteigerung um ein Achtel gehe vor allem auf die erfolgreiche Einführung des 8-mm-Videosystems, auf das steile Wachstum im Geschäft mit Kompaktdiskspielern und auf das Investitionsgütergeschäft zurück. Die weiteren Wachstumspläne spiegeln sich auch in den Investitionen wider: schon 1986/87 sollen weitere Produktionsstätten in Europa und den USA aufgebaut werden. Bisher gibt es sieben Sony-Werke in Europa. *Miyamoto: „Es ist Sonys strategisches Ziel*, die Produkte dort herzustellen, wo auch der Markt ist." Der aber liegt für das Unternehmen zu drei Vierteln außerhalb Japans.

Die weiteren Schritte ins professionelle Lager liegen zunächst im Feld der Datenverarbeitung. Dabei geht es nicht nur um die Datenspeicherung, in der Sony nach der Einführung einer 3,5-Zoll-Mikrodiskette nun intensiv in den Bereich der optischen Speicher und der CD-Speicher einsteigt. In Hannover wird zudem ein kompakter Textcomputer vorgestellt, in dem sämtliche notwendigen Verarbeitungs- und Speicherelemente fest eingebaut sind. (Wb.)

In Deutschland gesunde Struktur

Mit insgesamt 817 (1984: 899) Mill. Dollar oder 16 Prozent trug das Europa-Geschäft der Texas Instru*ments Inc. (TI)* 1985 zum Gesamtumsatz des US-Konzerns von 4,9 (5,7) Mrd. Dollar bei. Der durch den Einbruch in der US-Halbleiterindustrie bedingte neunprozentige Umsatzrückgang auf den europäischen Märkten lag weit unter dem Minus des Gesamtumsatzes von 14 Prozent, der in etwa auch dem Rückgang in den USA entsprach. Den stärksten Einbruch erlitt TI in Ostasien, wo mit 953 Mill. Dollar (2,8 Mrd. DM) gegenüber 1,3 Mrd. Dollar im Vorjahr 27 Prozent weniger verkauft wurden. Das Ostasien-Geschäft trug auch mit einem Verlust vor Steuern von 34 Mill. Dollar zu dem TI-Ergebnis bei. Im Vorjahr hatte der Hersteller von Halbleitern, Datensystemen, Industriesteuerungen und Konsumprodukten in dieser Region noch einen Gewinn ausgewiesen.

In Europa wurde 1985 immerhin noch ein Plus vor Steuern von 20 (99) Mill. Dollar, in den USA von nur 24 (312) Mill. Dollar erwirtschaftet. Mit den eingeleiteten Maßnahmen – Ko*stensenkung*, Kapazitätsabbau in den Bereichen Halbleiter, Datensysteme und geophysikalische Exploration, Anpassung der Investitionen an die Marktverhältnisse – konnte TI nach Angaben seiner deutschen Tochter Texas Instruments Deutschland GmbH, Freising, seine gesunde Bilanzstruktur erhalten. Die Schließung von Anlagen und der Personalabbau kosteten TI insgesamt 64 Mill. Dollar.

Mit der geplanten Ausgabe von Vorzugsaktien im Wert von 225 Mill. Dollar will TI Schuldverschreibungen über 200 Mill. Dollar ablösen. Der Rücknahmepreis wird von der GmbH mit 104,7 Prozent zuzüglich aufgelaufener Zinsen angegeben. (dpa/VWD)

Tief erschüttert hat uns die Nachricht vom tragischen Flugzeugabsturz unseres Freundes und Mitarbeiters

Roland Pause

der gemeinsam mit seiner Frau

Astrid Pause
geb. Bogaletzki

grausam und brutal aus einem hoffnungsvollen Leben gerissen wurde.

Wir stehen fassungslos vor der Tatsache, daß er nicht mehr wiederkommt.

Wir trauern um einen Freund und Kollegen, der wegen seines Wissens und *seiner offenen, ehrlichen* Art bei Kollegen, *Kunden und Lieferanten* gleichermaßen beliebt war.

Wir können ihn nicht vergessen – die Lücke, die er hinterläßt, wird nicht zu schließen sein.

Reifenhaus Wortmann Duisburg
Egbert Wortmann und Mitarbeiter

Duisburg, 12. März 1986

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marita Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Das Telebrief-Netz

Telefax für alle – überall hin, sogar in über 40 Länder.

Endlich kann jeder telefaxen. Wer selbst kein Telefaxgerät hat, geht einfach zur Post – genauer gesagt zu einem Telebrief-Postamt und schickt dort seine Fernkopie auf die Reise, den telebrief „Telebrief". Das Original erhalten Sie zurück. Die Kopie kann Ihr Geschäftspartner direkt empfangen, wenn er ein Telefaxgerät hat. Ansonsten wird der Telebrief im verschlossenen Umschlag zugestellt. Auf Wunsch als Eilbrief, noch am gleichen Tag. Und er kann selbstverständlich auch beim *Telebrief-Postamt des Empfängers* abgeholt werden. Wenn Sie also Briefe, Dokumente, Verträge, Urkunden, Zeichnungen, Pläne oder andere Vorlagen (bis zum Format DIN A4) blitzschnell übermitteln wollen: per Telebrief.

Fragen Sie bei Ihrer Post nach der Anschrift des nächsten Telebrief-Postamtes.

LINTAS 6.651

Post

Aktien lebhaft gesucht

Schwerpunkte bei Banken und Autowerten

DW. – Angeregt durch die vorangegangene feste Tendenz an der New Yorker Börse hat sich das Interesse auch für die deutschen Aktien verstärkt. An den Käufen sind zunehmend Ausländer beteiligt. Die Anlagetätigkeit bleibt aber selektiv, so daß nicht alle Marktsektoren gleichzeitig von der Kaufwelle erfaßt werden. Die Titel der Großchemie litten teilweise unter Tauschoperationen, die zugunsten der Bank- und Autoaktien vorgenommen wurden. Anlagekäufe waren aber auch bei einigen Maschinenbaupapieren zu beobachten.

Mit 6 DM lag das erstmals gehandelte Bezugsrecht für die jungen Mannesmann-Aktien deutlich über der rechnerischen Parität. Dennoch konnte der Bezugsrechtabschlag sofort wieder aufgeholt werden. Im Zuge der besseren Börsenstimmung werden Kapitalerhöhungen nicht länger als Belastung empfunden. Viel Aufmerksamkeit zog der Wiederanstieg des Daimler-Kurses um rund 75 DM auf sich. In Börsenkreisen wurde die Frage gestellt, ob sich hier bereits die Überraschung niederschlägt, die der Daimler-Vorstand den Aktionären zum Jubiläum versprochen hat. Neu aufgenommen wurden auch die Käufe in VW-Aktien. Bei den Banken gab es teilweise – wie schon am Vortag – zweistellige Kursgewinne. Kräftig nach oben strebten auch Versicherungsaktien. Nicht mithalten konnte Siemens, hier blieb der Kurs fast unverändert.

Frankfurt: Varta zogen nach doppelter Plusankündigung um 32 DM an. Binding gewannen 16 DM und Kolbenschmidt 30 DM. Contias legten 10 DM und Springer 9 DM zu. Schwächer lagen Kochs Adler um 8 DM und Thüringer Gas um 19 DM.

Düsseldorf: Balcke-Dürr verteuerten sich um 20 DM und Bilfinger um 9 DM. Concordia Chemie Rückten um 6 DM und Kabelmetal um 4 DM vor. Gildemeister verbesserten sich um 4 DM.

Hamburg: Haller Meurer verbesserten sich um 15 DM. Hapag Lloyd stiegen um 4,50 DM, Phoenix Gummi lagen um 1,90 DM höher. Markt und Kühlhallen stockten um 9 DM auf. HEW lagen um 1 DM leichter.

Berlin: Herlitz St. lagen um 10,50 DM und DeTeWe um 9,50 DM fester. Herlitz Vz. verbesserten sich um 3,50 DM und Berliner Elektro um 2 DM. DUB-Schultheiss und Kempinski büßten je 4 DM ein.

München: Aigner verminderten um 9 DM und Audi AG um 2 DM. Flachglas verloren 15 DM. Verbessert haben sich Dywidag um 7 DM, Brauhaus Coburg um 5 DM und Hutschenreuther um 4 DM. Südchemie lagen um 12 DM und Tucher um 11 DM fester.

Stuttgart: Daimler erhöhten um 40 DM und Mercedes um 30 DM. Kolbenschmidt verbesserten sich um 27 DM. Stuttgarter Hofbräu St. zogen um 10 DM und die Vorzüge um 9 DM an.

Nachbörse: lebhaft

WELT-Aktienindex: 292,84 (289,29)
WELT-Umsatzindex: 11064 (9097)
Advance-decline-Zahl: 144 (142)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		12.3.	11.3.
H	Aach M Betl. 10	2500	2410
H	Aach. M. Vers. 7	1510	1400
D	Aach. Rück. 9	3250bG	3050T
D	Asoag *4	365T	360T
M	Ack-Gögg. 6	156bG	157bG
H	Adca 3	180	177
D	Adler 9	315G	315G
F	AEG 0	336	343,5
D	AEG KABEL 9	475	475
S	Aesculap 9	488	490bG
F	AGAB 5	121	119
F	Cobl.Genoßsch.	113bG	118,5
D	Conc. Chem. 4,5+3	298	292G
B	Conc. Spinne * 0	390T	390T
D	Contigas 7,5	400	390
D	Conti Gummi 3-	231,7	232,8

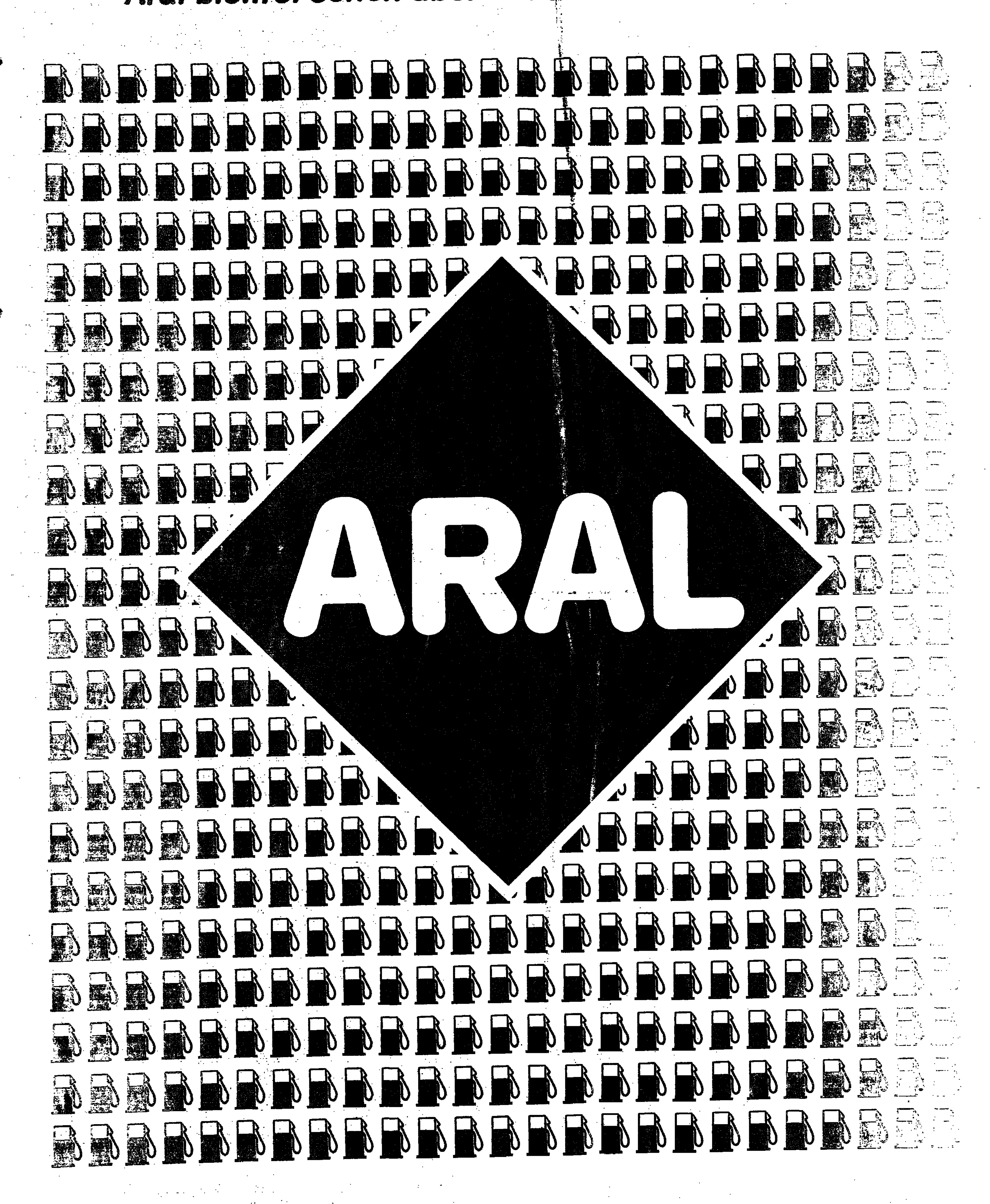
Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Umnotierte Werte

Ausland in DM

Steigen Sie um auf Bleifrei. Aber bleiben Sie bei Qualität. Aral bleifrei schon über 1600mal in Deutschland.



Ihr Autopartner mit dem größten Bleifrei-Netz und 30 Jahren Bleifrei-Erfahrung.

Bleifrei-Verzeichnis an Aral-Tankstellen und über Btx ＊24444＃

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

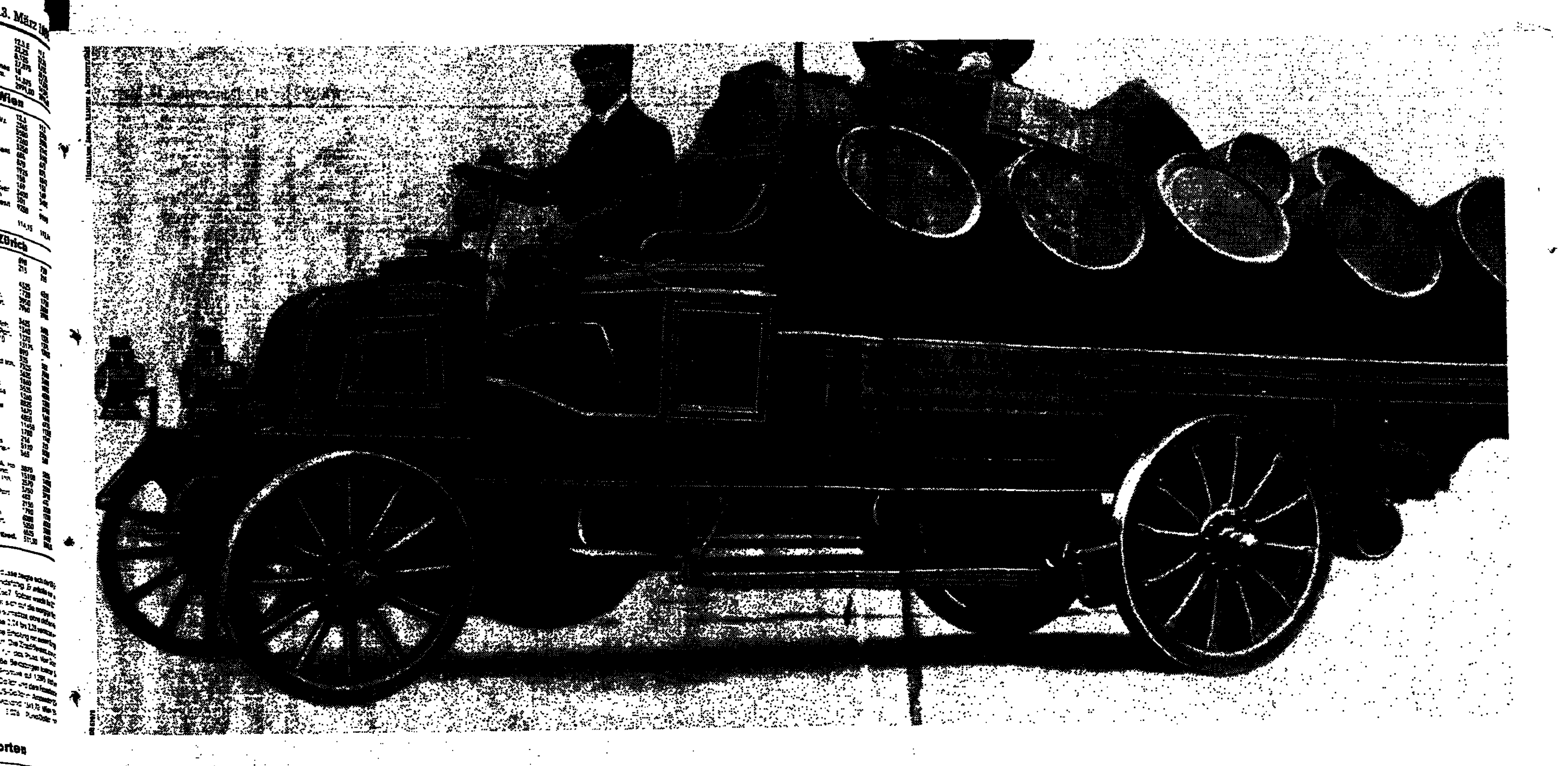
Kursgewinner (Frankfurt):

Kursverlierer (Frankfurt):

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



Wie die Wirtschaft auf Touren kam.

Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts stellten Gottlieb Daimler und Karl Benz ihren staunenden Zeitgenossen die ersten Nutzfahrzeuge vor.

Damit setzten sie eine Entwicklung in Gang, die in besonderem Maße zum Wachstum der Wirtschaft beigetragen hat.

Die Nutzfahrzeuge haben dem Güterverkehr eine ganz neue Struktur gegeben.

Durch sie haben sich Handel und Industrie von Grund auf verändert.

Die Entfernungen schrumpften: Die Welt wurde kleiner, die Märkte wurden größer.

Unsere Wirtschaft und damit auch unser Lebensstandard entwickelten sich in einem Maße, wie es ohne den vielfältigen Einsatz dieses Verkehrsmittels nicht möglich gewesen wäre.

Kein Wunder, daß deshalb bei Daimler-Benz der Nutzfahrzeugbereich einen besonderen Stellenwert hat: Er trägt mit etwa 40 Prozent zu unserem weltweiten Umsatz bei.

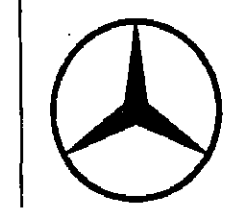
Seit damals haben wir unsere Nutzfahrzeuge kontinuierlich weiterentwickelt, ihren Transportnutzen immer weiter gesteigert.

Mit dem Anti-Blockier-System, der Antriebs-Schlupf-Regelung und der elektropneumatischen Schaltung wird die Elektronik sinnvoll zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eingesetzt.

Bedienungserleichterungen, Fahrzeugüberwachungssysteme, Verbesserungen im Servicebereich und ein Fuhrparkinformationssystem zur Einsatzplanung tragen zusätzlich dazu bei, die Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit unserer Nutzfahrzeuge zu erhöhen.

Die große Typenvielfalt und die zahlreichen Ausstattungsvarianten unseres Programms machen eine genau auf den Transportzweck abgestimmte Fahrzeugauswahl möglich.

So sorgen wir dafür, daß in über 170 Ländern der Welt mit unseren Nutzfahrzeugen Transportaufgaben auch künftig wirtschaftlich gelöst werden. Damit die Wirtschaft auf Touren bleibt.



DAIMLER-BENZ AG

Jetzt auch Pfandbriefe fester

Währungserwägungen und die Aussicht auf eine weitere Zinssenkung führten zu einer Fortsetzung der aus dem Ausland kommenden Kaufwelle. Öffentliche Langläufer wurden wieder um mehr als einen halben Punkt heraufgesetzt. Die letzte Bundesanleihe mit 12jähriger Laufzeit wird bereits zu 102,20 (plus 0,60) Prozent gehandelt. Zugenommen hat auch das Interesse für Pfandbriefe. Hier schlägt sich die Erwartung auf eine weitere Diskontsenkung in den nächsten Wochen nieder. DM-Ausländer lagen ebenfalls freundlicher.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

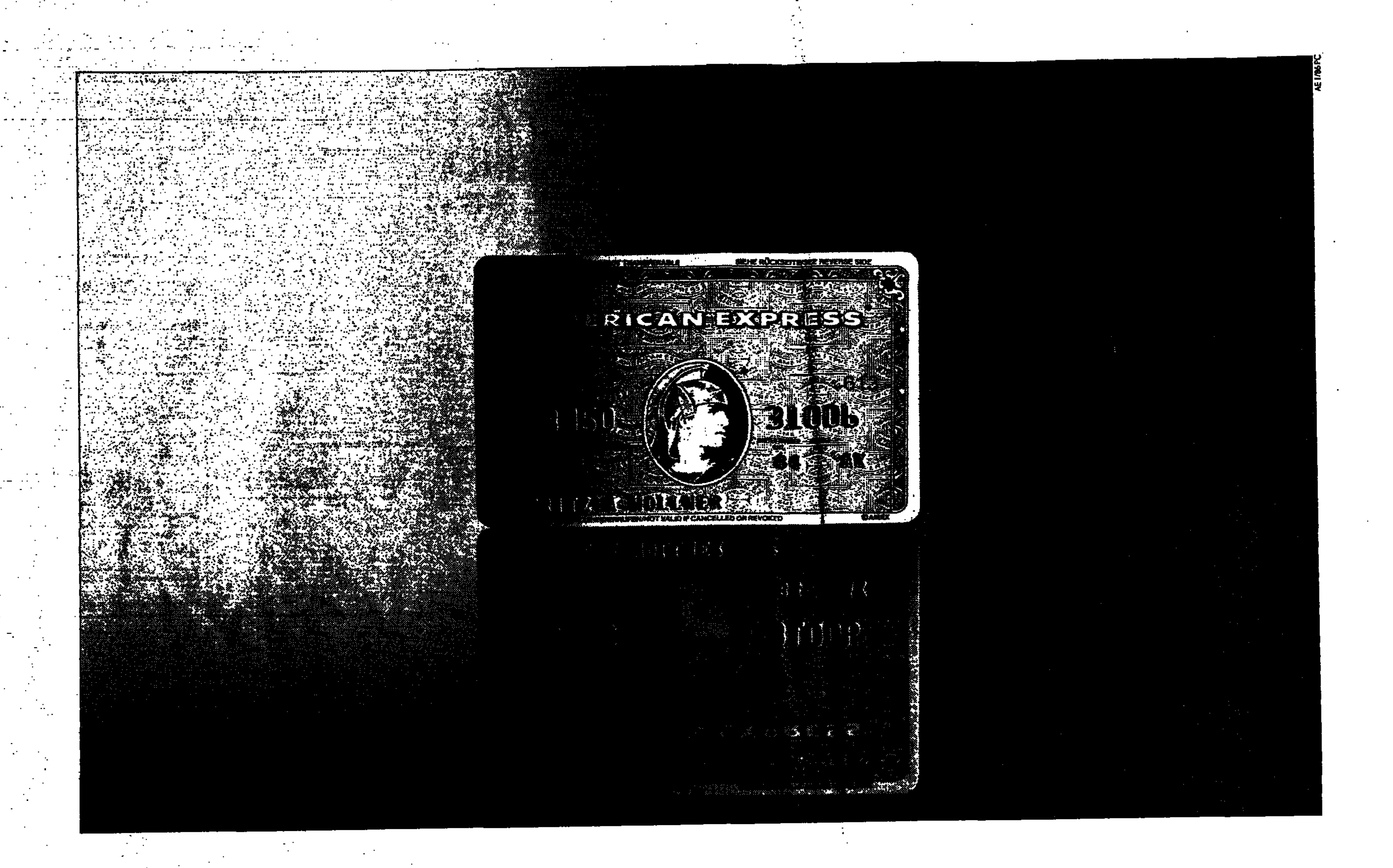
Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen





Bevor etwas Statussymbol wird, ist es das beste Mittel zum Zweck.

EINE perfekte Kamera wird nicht schlechter, nur weil sie gelegentlich die falsche Hand berührt.

Eine American Express Karte *ist keine Angabe,* nur weil sie gelegentlich jemand zum Angeben benutzt.

Wie alle wirklich guten Dinge ist sie entstanden, um einen alltäglichen, häufigen Vorgang so *einfach und wirtschaftlich* wie möglich zu machen.

In der Tat, kennen Sie einen simpleren Umgang mit Geld, *als mit Ihrem guten Namen* zu bezahlen? So hat es früher Ihre Mutter beim Kaufmann um die Ecke gemacht. Für Sie ist die Welt etwas weiter geworden. Damit Ihnen die Kaufleute *überall sofort* vertrauen, gibt es die Karte.

Sie können sich damit *nicht* die Welt kaufen. Aber Sie können sich damit an *vielen* Ecken und Enden dieser Erde viele Umstände sparen.

Wenn Sie diese Funktion brauchen, wird Sie die schöne Form nicht stören.

American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer war die Tendenz bei Kupfer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	11.3.	10.3.
März	347,00	351,00
Mai	296,00	302,50
Juli	255,75	258,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	276,65	278,50
Am Durum	273,59	275,44

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	100,70	101,70
Mai	103,70	104,20
Juli	107,20	107,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	90,60	90,50
Mai	87,20	87,00
Juli	87,70	87,50

HAFER Chicago (c/bush)		
März	125,25	125,50
Mai	119,00	120,50
Juli	114,75	116,25

MAIS Chicago (c/bush)		
März	233,25	235,50
Mai	230,25	231,75
Juli	227,50	230,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	96,20	96,30
Mai	99,20	99,20
Juli	101,00	101,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	11.3.	10.3.
März	253,50	248,50
Mai	256,15	251,25
Juli	259,18	255,15

KAKAO New York ($/t)	11.3.	10.3.
März	1983	1933
Mai	2010	1985
Juli	2050	2035
Umsatz	4423	4778

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	7,13	6,72
Juli	7,42	6,98
Sept.	7,50	7,10
Okt.	7,56	7,26
Jan.	7,66	7,35
Umsatz	30523	6019

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,35	6,41

KAFFEE London (£/t) Robusta	11.3.	10.3.
März	2555-2565	2495-2505
Mai	–2623	2569-2570
Juli	2678-2680	2641-2650
Umsatz	3379	1876

KAKAO London (£/t)		
März	1550-1565	1503-1505
Mai	1535-1538	1483-1485
Juli	1569-1571	1512-1514
Umsatz	6559	3360

ZUCKER London (£/t) Nr.6	11.3.	10.3.
Mai	178,00-179,00	170,80-171,00
Aug.	185,00-186,80	177,20-178,00
Okt.	187,00-188,00	180,60-181,60
Umsatz	961	794

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	12.3.	11.3.
schw. Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß Saraw.	1380,00	1380,00
weiß Munt.	1390,00	1390,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	11.3.	10.3.
März	88,55	87,70
Mai	88,55	87,10
Juli	88,60	86,90
Sept.	86,35	85,50
Nov.	86,45	85,95
Umsatz 1000	1300	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	11.3.	10.3.
	19,00	16,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	17,50	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	17,22	17,23
Mai	17,51	17,52
Juli	17,86	17,88
Aug.	18,05	18,00
Sept.	18,05	17,90
Okt.	18,15	18,10
Dez.	18,50	18,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.	15,00	17,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,00	13,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,00	9,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	40,20	39,70
Juni	43,90	43,80
Juli	43,95	43,90

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	56,00	55,75
Mai	57,30	57,25
Juli	58,25	58,30

HÄUTE Chicago (c/lb)	11.3.	10.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	534,00	536,00
Mai	534,50	536,75
Juli	538,75	540,50
Aug.	538,00	538,50
Sept.	524,00	523,00
Nov.	520,75	518,50
Jan.	531,00	528,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	159,20	159,80
Mai	160,10	160,70
Juli	160,80	161,50
Aug.	160,80	161,00
Sept.	156,00	155,50
Okt.	153,50	152,50
Dez.	154,30	153,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	11.3.	10.3.
März	288,80	288,70
Mai	295,90	295,50
Juli	303,50	305,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	11.3.	10.3.
	12,00	12,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	12.3.	11.3.
cif	510,00	500,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	450,00	450,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif	235,00	230,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	92,50	93,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif	285,00	285,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif	229,00	229,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	11.3.	10.3.
Mai	63,35	62,62
Juli	64,20	63,40
Okt.	43,38	43,30
Dez.	43,37	43,25
März	44,40	44,27
Mai	45,30	45,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	42,625	42,875

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	12.3.	11.3.
März	505-507	500-511
März	531-532	–
Mai	534-538	–
Umsatz	10	6

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	12.3.	11.3.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	12.3.	11.3.
März	600,00-610,00	600,00-605,00
Mai	610,00-614,00	–
Juli	615,00-620,00	–
Umsatz	18	8

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12.3.	11.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	12.3.	11.3.
März	12421	12401
April	12388	12388

KAUTSCHUK London (p/kg)	11.3.	10.3.
RSS 1 April	59,00-60,00	59,50-60,50
RSS 1 Mai	59,50-60,50	60,00-61,00
RSS 2 April	58,00-59,00	58,50-59,50
RSS 3 April	56,75-57,75	57,25-58,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	12.3.	11.3.
April	196,00-198,00	195,00-197,00
Mai	197,00-199,00	196,00-198,00
Nr. 2 April	195,50-196,50	194,50-195,50
Nr. 3 April	193,00-194,00	192,00-193,00
Nr. 4 April	188,00-189,00	187,00-188,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	12.3.	11.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12.3.	11.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	260,31-260,48	260,31-260,64
dritt. M.	269,22-269,38	268,95-269,09
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	83,35-83,52	81,24-81,41
dritt. M.	86,21-86,38	84,56-84,72
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	931,00-934,36	931,80-933,45
dritt. M.	966,29-967,97	959,65-959,98
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	134,44-137,80	134,30-135,96
Prod.-Pr.	152,10	152,62
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	12.3.	11.3.
	17,49	17,88

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12.3.	11.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	332,91-335,26	332,26-334,58
BLEI in Kabeln	91,00-92,00	89,00-90,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	12.3.	11.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	295-301	295-301
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	336-337	334-336
MS 63	318-321	317-321

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	12.3.	11.3.
Leg. 225	337-345	342-345
Leg. 226	339-347	344-347
Leg. 231	374-380	379-380
Leg. 233	384-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12.3.	11.3.
PLATIN (DM/g)	31,65	30,95
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25500	25500
Rückn.-Pr.	24750	24750
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25610	25530
Rückn.-Pr.	24940	24860
verarbeitet	26870	26790
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25110	25050
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	424,30	421,10
Rückn.-Pr.	411,40	408,40
verarbeitet	442,90	439,60

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	12.3.	11.3.
10.30	344,50	341,65
15.00	343,85	342,90
Zürich mit.	344,50-345,00	342,00-342,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77800	77350
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	383,60	385,70
3 Mon.	394,55	396,85
6 Mon.	404,90	407,10
12 Mon.	425,25	427,40
PLATIN (£/Feinunze) London	11.3.	10.3.
fr. Markt	275,90	275,65
PALLADIUM (£/Feinunze) London	11.3.	10.3.
f. Händl.-Pr.	74,20	72,80

New Yorker Metallbörse

	11.3.	10.3.
GOLD H & H Ankauf	342,90	340,50
SILBER H & H Ankauf	563,00	559,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	402,50-406,00	402,50-406,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	107,00-108,00	106,00-107,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	567,50	561,50
April	569,80	562,30
Mai	572,50	565,10
Juli	580,00	572,50
Sept.	587,70	580,20
Dez.	597,50	590,70
Jan.	602,00	594,50
Umsatz	8500	9000

KUPFER (c/lb)	11.3.	10.3.
März	65,50	65,50
Mai	65,55	65,90
Juli	65,90	66,25
Sept.	66,40	66,85
Dez.	66,75	67,00
Jan.	67,20	67,60
März	67,35	67,75
Umsatz	8000	4200

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	12.3.	11.3.
mitt. Kasse	774,50-775,00	787,00-788,00
3 Mon.	801,00-801,50	814,00-815,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	248,00-248,50	246,00-247,50
3 Mon.	256,50-257,00	257,00-258,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	972,00-972,50	983,00-984,00
3 Monate	993,00-994,00	1004,50-1005,50
ab. Kasse	–	985,50-986,50
3 Monate	–	1007,00-1008,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	965,50-967,00	983,00-986,00
3 Monate	988,00-990,00	1005,00-1006,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	424,00-425,00	427,00-428,00
3 Monate	436,00-437,00	441,50-442,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	225-235
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	53-58

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	11.3.	10.3.
April	47,50-47,60	45,60-46,10
Mai	42,50-42,80	40,70-40,90
Juni	40,40-40,70	39,12
Juli	40,20-40,30	39,02

GASÖL – London ($/t)	11.3.	10.3.
März	154,00-154,50	–
April	137,00-137,25	–145,25
Mai	132,25-132,50	131,00-131,25
Juni	131,00-131,25	127,25-127,50
Juli	135,00-133,25	127,50-128,00
Aug.	135,00-136,50	129,00-129,75
Sept.	135,00-138,00	132,00-132,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	11.3.	10.3.
April	39,55-39,85	40,00
Mai	39,95-40,10	40,20
Juni	40,50-40,80	40,70
Juli	41,95	40,80-41,00
Aug.	41,18	41,04

ROHÖL – New York ($/Barrel)	11.3.	10.3.
April	13,00-13,16	12,80-12,92
Mai	13,30-13,45	13,15-13,20
Juni	13,50-13,70	13,25-13,35
Juli	13,84	13,40-13,50
Aug.	14,04	13,68

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	11.3.	10.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	14,00N	13,80N
N. Sea Brent	14,60N	14,50N
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	11.3.	10.3.
April	102,50	100,80
Mai	111,90	109,90
Nov.	79,50	79,00
Febr.	87,50	86,50

New York (c/lb)	11.3.	10.3.
März	1,81-1,83	1,81-1,85
April	1,87-1,92	1,85-1,88
Mai	2,10-2,11	2,10
Nov.	3,35-3,38	3,35-3,38

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	11.3.	10.3.
März	178,00	183,50
Mai	181,50-189,50	182,60
Juli	180,00-189,30	181,60
Sept.	175,00	176,90

Devisenterminmarkt

Bei unveränderten Kursen werden am 12. 3. nur sporadisch Umsätze getätigt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,58-0,48	1,79-1,69	3,48-3,28
Pfund/Dollar	0,65-0,63	1,58-1,55	2,80-2,75
Pfund/DM	2,90-1,50	6,60-5,20	11,6-10,2
FF/DM	44-28	94-78	159-125

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12.3.: Tagesgeld 4,50-4,65 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.
Privatdiskontsätze am 12.3.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12.3.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12.3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅝-7⅞	4⅝-4⅞	4-4¼
3 Monate	7¾-7⅞	4½-4¾	3¾-4
6 Monate	7¼-7½	4¼-4½	3¾-4
12 Monate	7¼-7½	4¼-4½	3¾-4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 12.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt werden am 12.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1025,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	780,00	959,00
5 US-Dollar (Liberty)	400,00	535,00
1 £ Sovereign alt	191,75	241,40
1 £ Sovereign Elizabeth II.	180,00	228,00
20 belgische Franken	147,75	196,94
10 Rubel Tscherwonez	191,75	245,96
2 südafrikanische Rand	172,00	217,74
Krüger Rand, neu	771,25	919,13
Maple Leaf	786,75	936,80
Platin Noble Man	944,50	1116,63
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	221,25	280,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,50	216,05
20 franz. Franken „Napoléon"	172,50	225,15
100 österr. Kronen (Neuprägung)	727,25	892,91
20 österr. Kronen (Neuprägung)	146,25	189,53
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,50	103,17
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	342,50	424,65
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,75	114,86

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,15). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,85, 2 Jahre 4,55. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,50, Rendite 5,68.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 12.3.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,149	6,40
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	107,90	6,40
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	55,89	6,45
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,28	6,75
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,25	6,25
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,40	6,32
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	134,00	8,97
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	108,12	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	78,91	5,65
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,60	4,45
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	107,70	6,75
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,40
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,53	6,18
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,34	6,41
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,03	6,28
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,70	6,49
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,42	6,39
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	56,35	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,50	6,25
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,45	6,44
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,85	6,42
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,75	6,40
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,10	4,46
WestLB 501	137,01	14.2.90	112,70	5,12
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,75	4,40
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,90	5,42
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,24
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,25	8,07
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,50	10,80
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,375	8,89
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,375	8,80
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	57,00	8,43
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,125	9,38
Penney (A+)	100,00	17.2.94	49,375	9,29
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,375	8,60
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,57
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,625	8,11

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45 (4,58)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	105,2
2	4,75 (4,80)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,15 (5,24)	99,60	102,1	104,8	107,5	110,2	113,0
4	5,60 (5,67)	97,55	101,1	104,6	108,1	111,5	115,0
5	5,75 (5,84)	96,40	100,7	104,9	109,1	113,3	117,6
6	5,92 (6,00)	95,00	100,4	104,8	109,8	114,7	119,6
7	6,20 (6,27)	92,80	98,90	103,9	109,4	115,0	120,5
8	6,43 (6,47)	90,70	96,80	102,9	109,0	115,0	121,1
9	6,53 (6,63)	89,20	95,85	102,5	109,1	115,7	122,3
10	6,58 (6,65)	88,00	95,15	102,3	109,4	116,6	123,7
15	6,86 (7,00)	82,10	91,25	101,3	109,5	118,7	127,8

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank-Rentenindex: 113,138 (112,843)
Performance-Rentenindex: 239,367 (238,910)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Fonds	11. März	7,50-7,375
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,15
	60-270 Tage	7,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,20
	60 Tage	7,15
	90 Tage	7,125
Certificates of Deposit	1 Monat	7,15
	2 Monate	7,15
	3 Monate	7,15
	6 Monate	7,15
	12 Monate	7,20
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,57
	26 Wochen	6,57
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,44
	30 Jahre	7,94
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	24. Febr.	634,0 Mrd. $ (+ 3,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	134,90	132,18
Juni	136,85	133,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	11.3.	10.3.
9¾ EEC 90	104,625	103,875
11⅛ dgl. 90	109,375	108,5
10⅝ EIB 95	109,125	108,25
11 dgl. 91	110,5	109,875
11⅜ dgl. 90	111,75	111,25
11⅝ dgl. 93	117,75	116,875
12 dgl. 95	120	119
12½ dgl. 90	114	113,375
12⅝ dgl. 95	123,5	122,625
13 dgl. 96	119,5	118,875
10⅝ Wld Bk 95	112,375	111
10⅝ dgl. 88	104,375	104
10⅝ dgl. 90	108,875	108,125
10⅝ dgl. 93	112,75	111,75
11 dgl. 92	112,5	111,25
11⅜ dgl. 88	106,625	106,25
11⅛ dgl. 90	111,25	110,25
11⅜ dgl. 89	108,75	107,75
11⅝ dgl. 90	111,75	110,875
12 dgl. 93	117,875	117,875
12⅛ dgl. 94	121	120,25
12⅜ dgl. 94	124,5	123,5
6⅜ Sears 91	104	104,125
6⅜ Swed.Ex.91	102,625	102,375
7 TRW 94	102,375	102,125
6⅜ Un.Tech.92	102,5	102,25
6⅜ World Bk90	103,25	103,25
6⅜ dgl. 94	104,75	104,5
7 dgl. 94	106,625	106,75
7⅛ dgl. 95	109	108,75
8 dgl. 95	109,5	109,25

Euro-Yen

	11.3.	10.3.
6⅜ Al.Corp 91	102	101,875
6⅜ Allied 95	99,375	99,25
7⅜ ADB 94	108,125	107,875
7 Austria 95	106	105,875
7 BP 92	104,25	104,125
6⅜ Danmark 92	103,125	102,875
7 Dena.Bk. 92	104,25	104
7 Dow Chem.94	102	101,625
6⅜ EDF 95	105,875	105,75
6⅜ Eurofima86	99,75	99,75
6⅜ dgl. 92	103,125	102,875
6⅜ dgl. 95	102,875	102,5
7⅛ dgl. 94	105,875	105,75
6⅜ Foenmie 92	103,75	103,625
6⅜ Fiat.Rep90	103	102,875
6⅜ GMAC 90	102	101,75
7⅛ Goodyear95	102,625	102,625
6⅜ dgl. 94	102,375	102
6⅜ ITT 92	101,375	101,375
6⅜ McDonal.92	102	101,875
6⅜ Montreal95	102,875	102,625
7⅛ N.Bruns.95	106,5	106,375
7⅛ N.Zeald.90	104,625	104,5
7⅛ dgl. 89	105,5	105,25
7 Pac.Gas 94	102,75	102,625
6⅜ Penney 92	100,5	100,25
6⅜ Procter 92	102,75	102,625
6⅜ Sallie 92	103	102,75

Lux. Franc Bonds

	11.3.	10.3.
9⅛ Alco 87	100	100
9⅜ Asea 89	101	101
8⅜ Asian Dv87	97,5	97,5
10⅛ BFG Lux90	105,25	105,25
11 BNP 90	101	101
9 dgl. 95	101	101
10⅜ Cecu 94	104,25	104,25
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	105	105
12⅜ Coosal92	104,5	104,5
8 Copial 88	97,75	97,75
8⅜ dgl. 89	98	98
11 Cr.Lyon.88	101,75	101,75
13 dgl. 89	105	105
7⅜ Dan.Mtg 88	96,75	96,75
10⅜ Euratom96	105	105
11 dgl. 95	105	105
12⅜ dgl. 88	100,75	100,75
12⅜ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
13 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11⅜ dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9⅛ dgl. 95	102,25	102,25
9⅜ dgl. 88	102	102
9⅜ dgl. 93	102,75	102,75
10⅛ dgl. 94	105	105
11⅛ dgl. 88	102	102
12⅜ dgl. 90	103,5	103,5
9⅜ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅛ Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Kredlet.95	104,5	104,5
7⅜ dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11⅛ dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8⅜ dgl. 87	98,75	98,75
10⅜ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Mat.Chin 95	101,25	101,25
10⅜ N.Lx.A92	103	103
12⅜ Nord L.89	101	101
8 Norges 86	98,75	98,75
8 Oslo 89	98	98
8⅜ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
10⅜ Paribas89	102	102
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅜ Renault 88	96,75	96,75
9⅛ Sogenal 97	101	101
10⅜ Solvay 87	101	101
10⅜ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	97,5	97,5
9⅜ Volvo 87	100	100
9⅛ Worldbk.96	100,75	100,75
10⅜ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,40418

	11.3.	10.3.
8⅜ Cop City91	97	97
12⅜ dgl. 92	105	105
8⅜ CCA 91	97	97
11⅜ Fled. G.88	101	101
9⅜ Queb. P.94	99	99
8⅜ SDR 94	96,25	96,25

ECU

	11.3.	10.3.
10⅜ Al.Dbk89	103,25	102,875
10⅜ dgl. 91	106	105,375
9⅜ ABN 92	104	103,375
All Nippon 95	105,125	105,25
9⅜ ANZ 92	104,75	104,125
10⅜ Austria95	110	109
10 BNDA 91	102,25	102,125
9 M.+Hope 92	103,875	103,125
9 Bk.Hels.96	100	99,5
9⅜ Bk.Tok.90	103,75	103
10⅜ dgl. 91	105,75	103,625
10⅜ dgl. 91	103,75	103,5
8⅜ BNP 95	102,625	101,375
8⅜ Bay.Vbk.88	101,625	101,375
8⅜ BFCE 93	101	99,875
9⅜ dgl. 92	107,125	105,375
9⅜ dgl. 95	107	105,625
9⅜ Bell 92	101,25	101,125
9⅜ CNT 92	107,125	105,5
9⅜ dgl. 95	107,25	105,625
8⅜ Cargill 95	102,5	100,875
10⅜ Cecu 89	106,875	106,625
11⅜ dgl. 94	109,5	109,375
9 Caisnv. 95	101,25	101,125
9 Chrysl. 92	99,875	99
10 dgl. 91	102,375	102,25
10⅜ dgl. 95	102	101,75
9 ClubMed 88	102,25	102
9⅜ Conseil 92	104,625	103,625
9⅜ dgl. 95	107	108,5
9⅜ CCF 95	104	103
9⅜ CrdNord 91	104,25	103,75
11⅜ CrdFonc98	107,375	107
11⅜ dgl. 98	107,375	107
8⅜ CrdNat 95	103,875	102,875
10⅜ dgl. 94	111	110,125
8⅜ Cr.lonat.94	102,875	101,875
9⅜ Credito 92	103,25	102,125
9⅜ Danmark 90	–	–
10⅜ Danmark91	106,5	106,25
9⅜ Dresd.bk95	104,75	104,125
9 EDF 97	106	104,75
8⅜ EEC 95	105,375	103,375
8⅜ El.Aqu. 88	100,25	100,125
9 Euro Gaz 91	101,75	101,125
9⅜ dgl. 95	101,875	101,375
10 Euratom 97	107	107,875
9⅜ Eurofima95	107,625	106,875
11 dgl. 92	108,5	108
8⅜ EIB 92	103,75	102,125
8⅜ dgl. 95	104,375	105
9⅜ dgl. 95	109,875	107,25
10⅜ dgl. 94	107,625	107
10⅜ dgl. 94	107,375	105,875
10⅜ dgl. 90	108	107,75
11⅜ dgl. 92	108,5	107,875
11⅜ dgl. 94	111,25	111
9 Eutelsat 95	102,5	100,625
8⅜ Fiat 90	101,75	101,25
9 Finnland 95	100,5	100
8⅜ Ford C.95	102	101,75
10⅜ Glaxo 95	109	107,875
10⅜ GTE 92	107,5	107,375
10 IADB 95	108,5	107,625
8⅜ IBM 90	103,5	102,875
9 Imatran 94	101,625	100,75
11 NI 89	106,5	105,375
9⅜ Italia 89	102,625	102,25
10⅜ dgl. 92	106,625	106,375
11⅜ dgl. 90	108,25	108,125
9⅜ Kansai 92	103,25	102,125
9⅜ Kollmo 92	105,25	104,625
11⅜ LTCB 90	107,125	106,25
10⅜ Magal 95	105,5	104,375
8⅜ Mits.Tr.93	103,25	99,75
9 MontHan.91	105,5	104,625
9⅜ Mal 90	102,625	101,75
8⅜ Morgan 90	101,25	100,5
8⅜ Motorola92	103,75	102,5
9 Nerza 95	102,375	100,75
9⅜ N.Zeal. 90	103,75	102,75
9⅜ N.Zeal.92	106,625	106
11 Nipp.Crb91	108,25	107
9 Ostlbk. 89	101,75	101,25
8⅜ Olivetti95	103,375	103
10 Pechin.90	105	103,875
9 Petroc.95	99,375	98,75
9⅜ Peugeot 90	103,5	102,875
10⅜ dgl. 90	106,25	105,875
9 Philips 95	106,25	105,5
9⅜ Pibe 92	105,875	105,125
10 Prvtsk. 92	105,25	104,375
11⅜ Queb.Pr89	106,5	106,5
10⅜ RATP 92	108,25	107,75
9⅜ Rabobk. 95	107,25	106,25
8⅜ Reynolds91	101,875	101,125
10⅜ Roybk.Ca89	104	103,75
9 SAS 95	104,625	104
9 Sanwa 95	101,125	100,25
8⅜ Sacpac 90	100	99,125
11⅜ SNCF 94	109,5	107
9 SNCI 95	102,5	101,5
10⅜ Sparbnk91	105,875	105,75
9⅜ Sumitomo95	105,75	104,5
9 Swedish 93	105,125	105,75
9 Unibk.Nor.95	102,75	101,375
9⅜ WestLB 90	104,25	105,75
9⅜ Westpac92	104,625	102,875
8⅜ Worldbk 95	102,875	102,25
9⅜ dgl. 95	–	–
9⅜ dgl. 92	107,375	105,5
10⅜ dgl. 89	106,625	106
10⅜ dgl. 88	105	104,75
10⅜ dgl. 94	108,5	108
11 dgl. 95	108,25	107,75

ECU-Tageswerte

	11.3.	10.3.
Dollar	0,949730	0,950075
bfr	44,2295	44,1887
DM	2,16916	2,15808
hfl	2,43779	2,43839
£	0,652741	0,654542
dkr	7,98587	7,9718
FF	6,64474	6,63798
Lira	1469,81	1468,08
Ir£	0,71582	0,713719
sfr	1,82282	1,8291
öS	15,1465	15,149
Peseta	136,877	136,869
skr	6,91839	6,90435
nkr	6,82529	6,8137
Kan-$	1,33868	1,33704
Esc	142,881	142,126
Fmk	4,8844	4,88312
Yen	171,171	171,584
Drachme	134,179	134,121

SZR-Wert

	11.3.	10.3.
Dollar	1,14453	1,14485
DM	2,48925	2,59923

FUSSBALL / Brasiliens Talent: Ein gläubiger Baptist, der Gerd Müller verehrt

Ein Mann, der nun schon Zico ersetzt: Der Mulatte mit dem lockigen Haar



Müller oder Costa?

FOTO: DPA

WERNER THOMAS, **São Paulo**

Er heißt Luis Antonio Correia da Costa, aber die meisten Brasilianer kennen ihn als Muller oder Müller. Gerd Müller inspirierte ihn zu diesem Künstlernamen.

Bei der Begegnung der brasilianischen Fußball-Nationalmannschaft gestern in Frankfurt (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) erregte dieser *dunkelhäutige Mann* besonderes Aufsehen, nicht nur wegen seines Namens. Er trat nämlich zu seinem ersten Länderspiel an. Und das war, glaubt man der Presse in São Paulo und Rio de Janeiro, eine wichtige Station auf dem Weg einer wahrscheinlich glanzvollen Karriere.

Müller, 19 Jahre alt, 1,76 Meter groß, 73 Kilogramm schwer, wurde bereits daheim als größte brasilianische Fußball-Entdeckung seit Pelé gefeiert. Er ist in der Tat ein brillanter, eleganter Techniker, der im Mittelfeld Regie führen kann, aber auch den Ball zum Tor ins Netz zu befördern vermag – so wie einst Pelé. In der vergangenen Saison *erzielte* Müller 22 Treffer in der São-Paulo-Liga und belegte damit den zweiten Platz in der brasilianischen Torschützen-Liste. Letzte Woche war er bei einem Trainingsspiel zwischen der ersten und der zweiten National-Auswahl (6:1) gleich dreimal erfolgreich.

Luis Müller, der Mulatte mit dem langen Lockenhaar, kommt aus der entlegenen Provinz-Metropole Campo Grande im Bundesstaat Mato Grosso do Sul. Er entstammt einer armen und religiösen Baptisten-Familie. Er hat sechs Brüder, die alle *Fußballspieler sind – und Gerd Müller* schätzen. Lucas, der älteste Bruder, der heute bei dem mexikanischen Verein Universidad Guadalajara sein Geld verdient, eröffnete die Müllerei. Da er nach Art des Münchners die Torleute peinigte, nannten ihn die Fans bald Müller. Die anderen Spieler aus der Familie da Costa bekamen von den Fans allerdings ebenfalls diesen Namen. Sie mußten deshalb durchnumeriert werden: Müller eins, *Müller zwei*, *Müller drei*.

Luis Antonio, eigentlich Müller zwei, braucht keine Nummer mehr zu tragen. Er ist der talentierteste und weitaus *bekannteste brasilianische* Müller. Wenn die Medien von Müller schwärmen, meinen sie nur ihn.

Diese Schwärmerei begann vor zwei Jahren, als der junge Mann von seinem Heimatklub Operario (Campo Grande) zu dem traditionsreichen Verein FC São Paulo wechselte. Weitere Schlagzeilen lieferten seine Vor*stellungen bei der Jugend-Weltmei*sterschaft letztes Jahr in der Sowjetunion, wo die brasilianische Equipe den Titel gewann. Die Weltmeisterschaft in Mexiko rückte ihn nun in den Mittelpunkt eines turbulenten Medienrummels.

Eigentlich wollte Trainer Tele Santana in Mexiko noch einmal Zico als offensiven Mittelfeldstrategen einsetzen *und dem 33jährigen somit einen* würdigen Abschied von der großen Fußballbühne ermöglichen. Aber Zico verletzte bei einem Trainingsspiel erneut sein lädiertes linkes Knie. *Wahrscheinlich wird er nun auch in* Mexiko fehlen. Santana braucht nicht zu bangen: ein guter Ersatzmann stand bereit, nämlich Müller.

Dieser bescheidene Teenager will sich *nicht mit dem großen Zico ver*gleichen, jedenfalls noch nicht. Zico sei „unersetzbar". Dennoch äußerte Müller Zuversicht, den Zico-Posten gut besetzen zu können, und Trainer Santana *hat schon längst keine Zwei*fel mehr.

Luis Antonio Correia da Costa, genannt Müller, genießt bereits das angenehme Leben eines großen brasilianischen Fußball-Stars. Er besitzt ein Luxusappartement und einen schwarzen *Escort XR-3, ein Status*-Symbol in Brasilien. Gelegentlich sagt er: „Ich habe Angst, daß mir der Starkult über den Kopf wächst." Auch Cilinho, der Trainer des FC São Paulo, *warnte: „Diese jungen Leute* müssen aufpassen, daß sie nicht durchdrehen." Aber keine Angst, sein Schützling ist ein gläubiger Baptist geblieben.

EISHOCKEY / Köln zum vierten Mal beste deutsche Mannschaft

Zum vierten Mal ist der Kölner EC deutscher Eishockeymeister geworden. Der neue Meister hatte in sechs *Play-off-Spielen* 34 500 Zuschauer und – aufgrund einer cleveren, aber auch umstrittenen und sogar vom Landeskartellamt gerügten Preispolitik – eine Einnahme von einer halben Million Mark. Durch *die Kassenhäuschen an der* Düsseldorfer Brehmstraße strömten bei fünf ausverkauften Spielen 52 500 Besucher. Zuschauerkrösus in der Eishockey-Bundesliga ist die Düsseldorfer EG mit insgesamt 218 900 Besuchern (Schnitt: 9340). Die DEG hatte in der vergangenen Saison 18 Mal ein ausverkauftes Stadion, eine Bruttoeinnahme von 3 Millionen Mark und die beste Serie.



Eishockey in Köln: Überschäumende Freude nach dem Meistertitel.

FOTO: DPA

Meisterfeier: „We are the champions" und dazu Breakdance auf dem Tisch

MARCUS BERG, **Köln**

*Selbstverständlich, der Bundes*trainer wäre kein Fachmann, hätte er es nicht schon vorher gewußt. Also sagte Xaver Unsinn: „Ich habe immer auf den Kölner EC getippt. *Die Mannschaft* ist am gleichwertigsten besetzt, nur sie kann deutscher Eishockeymeister werden." So kam es dann auch: Im dritten Finalspiel besiegten die Kölner „Haie" die Düsseldorfer EG und feierten damit den vierten Titel ihrer Vereinsge*schichte*.

Zuletzt waren die Kölner 1984 Meister, doch damals wurde ihnen vorgehalten, daß das Glück ihnen zur Seite stehe. „Diesmal aber", sagt Nationalspieler Gerd Truntschka, „hat sich auch tatsächlich die beste Mannschaft durchgesetzt." Wohl nicht zuletzt deshalb legten sie auch eine Siegesfeier hin, die einer Rosenmontagsfete in nichts nachstand.

Gleich nach Spielschluß kreisten die *Champagner-Flaschen in Ma*gnum- Größe, und 10 000 Liter Freibier waren für die Fans bereitgestellt. Bereits für das Mannschaftsfoto hatte Peter Schiller eine Punkerbrille aufgesetzt und eine brennende Zigarre im Mund. Noch höher schlugen die Wellen der Begeisterung, als die Mannschaft nach Mitternacht im „Alten Wartesaal" des Hauptbahnhofs zur Feier mit Fans und Förderern auftrat. Zu den Klängen des „Queens"-Songs „We are the champions" wurde jeder Spieler einzeln auf die Bühne gebeten. Peter Schiller, gar nicht mehr zu bremsen, betä*tigte sich als Rocksänger* und später gemeinsam mit Helmut Steiger als Breakdancer auf dem Tisch. Die Kölner hatten den Karneval einfach ein paar Tage umdatiert.

Die Männer aber, denen sie den Erfolg zu verdanken haben, hielten sich im Hintergrund. Schatzmeister Clemens Vedder etwa, der so gerne damit kokettiert, ein Mann für hinter den Kulissen zu sein. Nur wenn es ums Geld geht, wird er hellhörig. *Die 20 000 Mark, die die Feier mit* Bier, Champagner und kaltem Büfett gekostet hat, so Vedder, seien selbstredend von Sponsoren aufgebracht worden. Den 2,5-Millionen-Etat decken die Kölner fast mit den Zuschauer-Einnahmen (2,1 Millionen Mark). Vedder weiß die „Haie" anzupreisen: Schon jetzt drängeln sich drei Firmen um einen Werbevertrag im nächsten Jahr. Das Geld reinzuholen versteht Vedder, bei den Ausgaben ist er eher knauserig.

Für die nächste Saison werden sich die Kölner lediglich mit dem Kaufbeurer Dieter Hegen verstärken und keinen Stammspieler abgeben. Trainer Hardy Nilsson will es so. Überhaupt fiel immer wieder der Name des Schweden, der 1979 noch als Spieler mit dem KEC Meister war, wenn nach dem Vater des Erfolges gefragt wird. „Das ist alles nur Hardy Nilsson", sagt Vedder, der schon jetzt dem Schweden eine zweijährige Verlängerung seines bis 1987 laufenden Vertrages anbot. Peter Schiller sagt: „Nilsson hat unsere *Kondition* verbessert. Alle drei Finalspiele haben wir im letzten Drittel zu unseren Gunsten entschieden. Außerdem hat er es uns abgewöhnt, nach Siegen abzuheben." Präsident Heinz Landen: „Nilsson hat aus Individualisten ein Team geformt."

Bescheiden sind die Kölner Spieler auch geworden. Zwar winkt der Mannschaft eine Reise nach Rio de Janeiro als Belohnung, doch eine finanzielle Prämie gibt es nicht. „Warum auch?" fragt Helmut Steiger, „wir sind dazu da, Meister zu werden. Dafür fordern wir aber keine Extra-Belohnung." Mit ihrer eingespielten Mannschaft wollen die Kölner im nächsten Jahr endlich das Gesetz der Serie brechen, nach dem es noch keiner *Mannschaft* gelang, den Titel erfolgreich zu verteidigen. Vedder ging schon die erste Wette ein: „Wir sind die ersten, die es schaffen."

TISCHTENNIS / Trotz überragender Olga Nemes: Die deutsche Mannschaft ist wieder zweitklassig

Roesch: „Kein Beinbruch! Die Zukunft kann beginnen"

dpa/sid, **Böblingen**

*Die deutsche Tischtennis-National*mannschaft trat in die Fußstapfen der Handballer und rückt ins zweite Glied. Doch die Verantwortlichen des Deutschen Tisch-Tennis-Bundes (DTTB) zeigten nach dem 2:5 gegen Ungarn und dem damit besiegelten Abstieg aus der Superdivision Selbstvertrauen und Optimismus.

„Das ist kein Beinbruch! Jetzt kann ich die Zukunft mit der Jugend planen", sagte Bundestrainer Charles Roesch. Und *Präsident* Hans Wilhelm Gäb ergänzte: „Wir setzen unseren Weg unbeirrbar fort."

Roesch ist im dritten Trainer-Jahr *in Deutschland zunächst den (Ab*stiegs-)Weg von Christer Johannson (1974/75 und 1976/77) gegangen, doch offensichtlich nur auf dem Papier. Denn die Zukunft im DTTB hat längst begonnen. Gäb: „Unser Ziel bleibt es, zur Weltmeisterschaft 1989 in Dortmund wieder eine wettbewerbsfähige Mannschaft zu haben."

Der Anfang dafür ist gemacht: Mit dem 16jährigen Jörg Roßkopf und dem ein Jahr älteren Steffen Fetzner wachsen im *Duisburger* Tischtennis-Zentrum zwei hoffnungsvolle Talente hervor. „Ich habe im Doppel einige begeisternde Ballwechsel gesehen", *meinte denn auch Sportwart Eber*hard Schöler. Das ist es eben, das Prinzip Hoffnung. Und Gäb ergänzt: „Mit dem Druck bei Bundesligaspielen sinkt die Risikobereitschaft der jungen Spieler."

Gäb: „Der Anfang mit Zehn- und *Zwölfjährigen ist schon gemacht*. Unsere Aufgabe ist es, die Jugendlichen sozial abzusichern, sie zu sportlich und technisch sauberen Leistungen zu führen und vor allem psychologisch zu schulen." Schöler: „*Es ist ein* Dilemma, daß die Aktiven jede Woche Spitzenleistungen in den Vereinen bringen müssen und dann im Nationaldreß *nicht mehr steigerungs*fähig sind."

Europas Ranglisten-Erste Olga Nemes, ihr Saarbrücker Klubkamerad Georg Böhm und der *Düsseldorfer* Ralf Wosik waren die Aktivposten der deutschen Tischtennis-Nationalmannschaft in der Europaliga-Saison 1985/86. Olga Nemes ging im Damen-Einzel in fünf von sechs Fällen als Siegerin vom Tisch, Wosik verbuchte im Herren-Einzel sechs Siege und vier Niederlagen, Böhm blieb mit 5:5 ausgeglichen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Junioren-Europameisterschaft „U 16", Qualifikation, Rückspiel: Deutschland – Italien 1:4 (1:3) – Hinspiel 3:1, damit ist Italien für das EM-Endturnier qualifiziert. – **Zweite Bundesliga**, Nachholspiele: Karlsruhe – Darmstadt 4:1 (2:0), Wattenscheid – Duisburg 3:1 (1:0), Bielefeld – Solingen 2:2 (1:0), Braunschweig – Oberhausen 1:0 (1:0). – – **Freundschaftsspiele**: Deutschland „U 21" – Südkorea 0:0 – **England**, Erste Division: Ipswich – Arsenal 1:2, Queens Park – Southampton 0:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Münster – Oythe 3:0.

TISCHTENNIS

Europaliga-Superdivision, siebter und letzter Spieltag: Deutschland – Ungarn 2:5 – Deutschland damit abgestiegen.

EISHOCKEY

Play-off-Runde, Finale (3. Spiel): Köln – Düsseldorf 6:1 (2:0, 0:1, 4:0) – damit Köln deutscher Meister.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Damen in Park City (US-Bundesstaat Utah): 1. Hess (Schweiz) 1:39,95 Min., 2. Charvatova (CSSR) 1:40,85, 3. Pelen (Frankreich) 1:41,08, 4. Gapp (Österreich) 1:41,49, ... 8. Kinshofer (Holland) 1:43,12, ... 15. Gersch (Deutschland) 1:47,26. 12. Slalom in Heavenly Valley/Kalifornien: 1. Petrovic (Jugoslawien) 1:44,52, 2. Zurbriggen (Schweiz) 1:45,52, 3. Stenmark (Schweden) 1:46,33, 4. Girardelli (Luxemburg) 1:46,61, 5. de Chiesa 1:47,14, 6. Tonazzi (beide Italien) 1:47,54, ... 9. Beck 1:48,59, 10. Wasmeier 1:49,32, ... 12. Roth (alle Deutschland) 1:49,92.

SKI NORDISCH

Langlauf über 11 km in Jakobstad/Finnland: 1. Monsen (Norwegen) 29:01 Min., 2. Lind (Finnland) 29:17, 3. Behle (Deutschland) 29:47.

TENNIS

Damenturnier in Dallas, erste Runde: Kohde (Deutschland) – Piatek (USA) 6:4, 6:4, Pfaff (Deutschland) – Kinney (USA) 6:4, 6:2. – Zweite Runde: Bunge (Deutschland) – White (USA) 6:2, 6:4.

BREITENSPORT

Weyer brüskierte IOC-Präsidenten

dpa, **Frankfurt**

Der Frankfurter Breitensport-Kongreß ist am Schlußtag von einem Eklat betroffen worden. Weil der Präsident des Deutschen Sport-Bundes (DSB), Willi Weyer, vorzeitig nach Oslo abgereist war, sagte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, *aus persönlicher Verärgerung* seine Teilnahme an der Abschluß-Sitzung ab.

Samaranchs Pressereferentin Michelle Verdier erklärte, daß die Information von Weyers vorzeitiger Abreise aus Frankfurt nach Oslo eher beiläufig vom Fahrer Weyers weitergegeben wurde. Samaranch habe bis zu dieser Mitteilung an seiner Abschiedsrede gearbeitet, die er vor den Delegierten aus 59 Ländern halten *wollte. Sein Beitrag wurde jetzt von* Raoul Mollet verlesen, dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Ko*mitees von Belgien*.

DSB-Präsident Weyer zog eine Einladung des norwegischen Sportverbandes vor, die mit einem Empfang des norwegischen Königshauses verbunden ist. Vize-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen empfindet es als „verständlich, wenn der IOC-Präsident entsprechende Konsequenzen *zieht*".

Wie bekannt wurde, bildet offenbar ein Konflikt zwischen Weyer und seinem designierten Nachfolger Hans Hansen den Hintergrund. Wie verlautete, wollte Hansen ursprünglich die Einladung nach Norwegen wahrnehmen. Als Weyer jedoch entschied, er fahre nach Skandinavien, sagte Hansen seine Teilnahme am Frankfurter Kongreß ab.

NACHRICHTEN

Grubba: Noch ein Jahr

Grenzau (dpa) – Polens Europaranglisten-Erster Andrzej Grubba (27) wurde vom deutschen Pokal-Finalisten TTC Grenzau für eine weitere Tischtennis-Saison verpflichtet. Grubba erhielt die Freigabe seines Verbandes, der auch *die Ausreise* seiner Familie genehmigte.

Drogenmißbrauch

Philadelphia (UPI) – WBA-Schwergewichtsweltmeister Tim Witherspoon (USA) muß 25 000 Dollar Strafe zahlen, weil ihm nach dem Titelkampf gegen Tony Tubbs (ebenfalls USA) die *Einnahme* von Marihuana nachgewiesen worden war. Den Titel darf Witherspoon behalten.

Klimke geehrt

Münster (dpa) – Dressur-Olympiasieger Reiner Klimke hat das Ehrenbürgerrecht seiner *Heimatstadt* Münster erhalten. Klimke ist neben Springreiter Hans-Günter Winkler mit sieben Medaillen der erfolgreichste deutsche Olympia-Teilnehmer.

Olympiasieger gestorben

Wuppertal (sid) – In seiner Heimatstadt Wuppertal verstarb im Alter von 73 Jahren der Box-Olympiasieger von 1936 in Berlin, Herbert Runge. Der einzige deutsche Goldmedaillengewinner im Schwergewicht bestritt 26 Länderkämpfe.

Kremer geht

Braunschweig *(dpa)* – Fußball-Trainer Willibert Kremer verläßt den Zweitliga-Klub Eintracht Braunschweig. Der 46jährige hat ein Jahr in Braunschweig gearbeitet.

STAND ● PUNKT / ***Der Triumph und die Tragik***

Die Nachricht vom schweren Autounfall des Formel-1-Teamchefs Frank Williams hat die Vollgas-Branche zutiefst erschüttert. Beide Beine gelähmt, bis zu den Hüften – wird Williams jemals wieder seinen Rennstall leiten können?

Jahrelang hat der Engländer Frank Williams – mittlerweile eine zentrale Figur der Formel 1 – zäh um den *großen Erfolg* gerungen. Fast aussichtlos schien dieser Kampf. *Doch in* Zusammenarbeit mit dem japanischen Motorenlieferanten Honda gilt sein Team nun wieder als Top-Favorit der neuen Weltmeisterschafts-Saison. Wer auch immer den künftigen Weltmeister tippte, tippte auf den Brasilianer Nelson Piquet und dessen Auto, den Williams-Honda. Wer es nicht tat, setzte auf Piquets Teamkollegen Nigel Mansell aus England.

Frank Williams, der frühere Geheimdienst-Offizier Ihrer Majestät, hat das alles möglich gemacht. Dabei hat er sich überaus mühselig in der Formel 1 nach oben gekämpft. Manchmal fehlte dem Team sogar das Geld fürs Benzin, um wieder nach Hause zu fahren. Doch Frank Williams ließ sich nicht unterkriegen.

Er entpuppte sich gerade in den schier ausweglosen Situationen als außergewöhnlicher Geld-Auftreiber. Und eines Tages begeisterte er sogar einige reiche Araber *für* die Formel 1, denen er erzählte, das schnellste Auto der Welt bauen zu können. Von da ab gehörte Frank Williams zu den Krösussen und der *superschnelle Formel-1-Rennwa*gen „Williams FW07" wurde zur Legende. Zwei Fahrer gewannen auf Williams-Produkten die Weltmeisterschaft: der Australier Alan Jones (1980) und der Finne Keke Rosberg (1982).

Doch dann kam wieder eine Durststrecke – bis zu jenem Zeitpunkt, als die neuen Williams-Honda-Rennwagen in diesem Winter die ersten Testfahrten absolvierten. Danach galt er längst vor dem ersten Saison-Start als *neuer* Formel-1-König. Wird er diesen Triumph wieder an der Rennstrecke erleben dürfen?

K. Bl.

Verhaltensbiologie: „Fordern statt Verwöhnen"

Appetit aufs Frühstück

Ein Lord geht am frühen Morgen in seinem Park spazieren, begegnet einem Landstreicher und fragt ihn, warum er sich auf seinem Grundstück herumtreibe. Der Landstreicher antwortet: „Ich suche ein Frühstück für meinen Appetit." Darauf der Lord: „Und ich suche nach Appetit für mein Frühstück."

So ist das Leben – mag man hier zustimmen und reagiert dennoch verstimmt: Ist dies nicht eine von jenen gefälligen Geschichtchen, die den nicht durch die Umstände geadelten Zeitgenossen versöhnen sollen? Felix von Cube und Dietger Alshuth haben eine Menge davon auf Lager und nutzen sie didaktisch geschickt, um den Leser für die Befunde der modernen Verhaltensbiologie einzunehmen.

Vollends zum Ärgernis wird für manche die Sache ganz gewiß, wenn sich die Autoren immer wieder gern *auf Konrad Lorenz berufen*, denn



schließlich hat die bloße Nennung dieses Namens ja bereits im Bundestag Empörung ausgelöst: „Der Mensch ist doch keine Graugans!" protestierte unter Beifall ein Abgeordneter, als im Rahmen einer Bundestagsdebatte über den Jugendprotest *jemand die „Todsünde"* beging, den alten Mann aus Seewiesen zu erwähnen. „Hier geht es", halten von Cube und Alshuth fest, „um die Abwehr unerwünschter Erkenntnisse, es geht um die Verteidigung bestimmter Menschenbilder und Ideologien."

Und dann greifen sie in ihrem Buch munter an, indem sie sich unter anderem für den Aggressionstrieb im Menschen stark machen und dabei den „Humor" aufbringen, auch Wilhelm *Busch ins Feld zu führen: „Ha! Jetzt* wird er grausam heiter. Er entdeckt die beiden Streiter." Und das ist es wohl auch, was dieses Buch so sympathisch macht: Hier wird der Mensch nicht – wie sonst gern geübte Praxis – mit guten Nachrichten über sich selbst und entsprechend schlecht über die Verhältnisse verwöhnt, sondern hier wird er gefordert. Er wird dazu aufgefordert, sich an die eigene Nase zu fassen, wo er bisher nur zu gern einem „System" den Grund für persönliche Kalamitäten in die Schuhe schob.

Woher also kommen all die Unerquicklichkeiten, die sich derzeit überall besichtigen lassen? „Der verwöhnte Mensch, der gelangweilte, ist aggressiv." Nicht Leistungen, Konkurrenz und Streß bewirken (Selbst-)Haß und Zerstörung, sondern der Rückzug in den Windschatten, weil er unserem biologischen Verhaltensprogramm nicht entspricht. Das spontane „Trieb- und Aktionspotential des Menschen", geben die Autoren zu bedenken, sei noch immer seiner „ursprünglichen, natürlichen Umwelt angepaßt, einem aktiven und anstrengenden Leben als Jäger und Sammler".

Die These *ist nicht gerade atemberaubend* neu und ihre Vertreter wurden schon immer gern von jenen angefeindet, die in lebensverbesserischer Absicht unentwegt damit beschäftigt sind, die Welt als Widerstand aus der Welt zu schaffen: weniger Arbeit, weniger Forderungen, weniger Anstrengungen und statt dessen *mehr Freizeit(konsum)* und „Selbstverwirklichung".

Für die Autoren, beide Erziehungswissenschaftler, wird bei derartigen Lebensentwürfen die Rechnung ohne das menschliche Antriebssystem gemacht, und deshalb lautet ihr Programm: Wo „Lust ohne Anstrengung" ist, soll „Anstrengung mit Lust" werden.

Ein „Wende"-Buch? Vielleicht in *dem Sinne, als es uns an jenen „gene*tischen Schatten" aus lichter Vorzeit erinnert, der wohl noch heute auf das menschliche Leben fällt. Vor allem aber erinnert es daran, daß der Mensch seine besten Kräfte bisher immer gegen den Wind entwickelt hat. Und die sind gerade gut genug, um gegen die großen Übel unserer Zeit – etwa Aggression und Umweltzerstörung – angehen zu können.

Beweise, *das wissen auch von Cu*be und Alshuth, gibt es nur in der Mathematik. Aber die Lektüre ihres Buches beschert einem durchaus jene „Lust der Endhandlung", der die Aufgeregtheit unserer Welt gilt.

CLAUS PETER MÜLLER-THURAU

Felix von Cube / Dietger Alshuth: „Fordern statt Verwöhnen. Die Erkennt*nisse der Verhaltensbiologie in Erziehung* und Führung". Piper Verlag, München, 288 S., 29,80 Mark.



Und wenn die Welt voll Autos wär': Wieviel Platz für wie wenige Leute die totale Motorisierung erfordert, niederländische Photographie aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

München: „Alptraum Auto – Eine hundertjährige Erfindung und ihre Folgen"

Nur mit hocherhobenem Zeigefinger

An Feiern mangelt es nicht und auch nicht an Festlichkeiten. Schließlich ist es ein Ereignis, daß das Auto hundert Jahre alt geworden ist. Bei all den Hymnen zum Lobe des Fortschritts kann es nicht schaden, wenn den allzu monotonen Wohlklang ein paar kritische Paukenschläge unterbrechen. *Das ist das Ziel der* Ausstellung „Alptraum Auto" im Münchner Stadtmuseum, die uns auf großen Tafeln mit Farbphotos „eine hundertjährige Erfindung und ihre Folgen" drastisch vor Augen führt – allerdings nur die negativen Folgen.

Für das Auto läßt sich eine Menge sagen. Und gegen das Auto auch. Nur so, wie permanente Lobgesänge binnen kurzem unerträglich werden, langweilt uns auch sehr schnell ein Lied, das nichts als den Refrain „Das Auto *ist des Teufels*" kennt. *Das ist* das Manko dieser Ausstellung, die zu beweisen trachtet, daß „Zwischen der Umweltfeindlichkeit der Massenmotorisierung und der Umweltfeindlichkeit der Massenfertigung von Autos ein unlöslicher Zusammenhang" besteht.

An einigen Punkten wird deutlich, wie eine solche Ausstellung überzeugend, weil anschaulich, argumentieren könnte. Da sind fast 150 Literflaschen mit Wasser aufgereiht, um zu zeigen, wieviel Trinkwasser bei einer Wagenwäsche verbraucht wird. Oder es ist mit einem 1:1-Photo die Fläche markiert, die ein Auto als Parkraum braucht, um *zu zeigen, daß auf der* gleichen Grundfläche von 12 Qua*dratmetern* 13 Fahrräder stehen können oder anderthalb Kinderzimmer des sozialen Wohnungsbaus untergebracht werden. Oder ein Photo bildet eine mit Autos vollgestellte Straße ab, ein zweites führt die Fahrer an der jeweils entsprechenden Stelle ohne Blechumhüllung vor, und ein drittes schließlich demonstriert, wieviel Platz diese Leute lediglich brauchen, wenn sie eng wie im Kino beieinandersitzen. So wird deutlich, daß das Auto eine sperrige, platzheischende Sache ist.

Aber leider ist eine solche lockere Argumentation die Ausnahme. Nicht ein Abraham a Sancta Clara, der einfallsreich und wortgewaltig die Sünder zu Einsicht und Umkehr bringen wollte, hat diese Ausstellung arrangiert, sondern eine Gruppe miesepetriger Ökos, die sich in Details verbeißen und Zusammenhänge nicht sehen wollen (oder sehen können). Sie zelebrieren jene rückwärtsgewandte Fortschrittlichkeit, für die Rousseau bereits degeneriert ist, weil er nur zurück zur Natur, nicht aber zurück ins Neandertal wollte.

So wie es ist, ist es falsch. Das ist *die Grundthese. Um sie wirkungsvoll ins Bild zu setzen*, vergleicht man Unvergleichbares, die Autobahn mit dem idyllischen Feldweg, den gemütlichen Dorfplatz mit der mehrspurigen Durchgangsstraße. Ein Sowohl-als-auch kennen die Ausstellungsstrategen nicht, ihre Botschaft lautet deutsch provinziell: Fahrrad statt Auto. Getreu dem Grundsatz von Karl Kraus: „In der deutschen Bildung nimmt den ersten Platz die Bescheidwissenschaft ein."

Denn hier wird mit ganz hoch erhobenem Zeigefinger doziert, ohne Witz *und ohne rhetorisches Geschick.* Eigentlich fehlt im Hof des Museums nur noch die Shredder-Anlage, in die der einsichtige Besucher sofort sein Auto fahren kann, um es in – natürlich recyclingfähiges – Metall-Häcksel zerschroten zu lassen, damit die Welt von diesem Moloch befreit werde. (Bis 27. April: Katalog 27 Mark, im Buchhandel, Raben-Verlag, 32 Mark)

PETER JOVISHOFF

Theater in Paris: Jean Genet und Botho Strauß

Unwillige Faszination

Zwei Premieren liefern zur Zeit in Paris Gesprächsstoff: „Der Balkon" von Jean Genet (weil er ausgerechnet von der bislang der klassischen Tradition verpflichteten Comédie Française herausgebracht wurde) – und „Der Park" von Botho Strauß.

Beides sind Aufführungen, die geradezu verbissen zwischen Wirklichkeit und Illusion pendeln. Georges Lavaudant hat den „Balkon" – bei Genet nichts weiter als ein Freudenhaus – zur Vorhölle aufgemotzt. Alle Schauspieler kommen übergroß auf Kothurn, auf kufenartigen Podesten daher und sind in pompöse Kostüme gehüllt. Das bißchen roter Faden, das im Stück noch vorhanden sein mag, wird absichtlich zerrissen, nichts ist im Gleichgewicht, die Platitüden des Textes, der zwischen Gossenjargon und Sartreschen Philosophemen *hin* und herschwankt, werden geradezu *genüßlich herausgestellt. Man hat* den Eindruck, als wolle sich die Comédie an dem Stück rächen, da sie es denn nach dem Willen ihres neuen Leiters spielen muß.

Merkwürdigerweise ergibt sich für den Zuschauer aber gerade aus dieser grellen Überzeichnung ein ganz neuer Bühnenreiz, wie er wohl selten in Genet-Aufführungen zu spüren ist. Lavaudant macht aus dem Richter, dem Bischof, dem General und dem Sklaven (alles hervorragende Einzel*leistungen) lauter „geheiligte Mon*ster", die sich dennoch wie Kinder im Haus der Illusionen tummeln. Man sieht sich konfrontiert mit Alpträumen aus der Puppenstube, in die die Erwachsenen manchmal entweder als gütige Riesen oder als Schreckensfratzen hereinschauen.

Zusätzlich wird man attackiert von den Schrecknissen unserer Tage. Während wenige Meter weiter in den Straßen von Paris eine reale Bombe hochgeht, simuliert hier eine Trommel fetzende Detonationen von der Bühne herab. Kommentar: „Es könnte *das Palais Royal in die Luft geflo*gen sein". Ist es oder ist es nicht? So fragt man sich voller Bangigkeit. Aber die Schlangen vor dem Schalter mit Billigkarten sind lang.

Das gleiche Syndrom im „Chaillot"-Theater am Trocadéro, wo Claude Régys Inszenierung des „Park" die 500 Plätze nicht immer füllt. Wenn auch das überwiegend intellektuelle Publikum die Leistung der Truppe mit Applaus honoriert und bis zum Ende des fast fünfstündigen Theatermarathons aushält – drei Stunden *hätten wohl auch* gereicht. In Paris stocken nach Mitternacht die *öffentlichen Verkehrsverbindungen*, und man erwischt keine U-Bahn mehr. *Das hält viele Besucher* von vornherein von solchen Endlosstücken fern. Seit Sartres „Der Teufel und der liebe Gott" hat sich da nichts geändert.

Régy – er hat 1981 bereits Straußens „Trilogie des Wiedersehens" und 1982 „Groß und klein" in französischer Sprache herausgebracht – liebt das feierliche Zeremoniell. Die Schauspieler bewegen sich schleppend, mit fast priesterlicher Würde. Ebenso ihre Sprache: *pausenreich* tröpfelnd, übermäßig silbenbetont, *machmal* im *Singsang* oder *zum* Kunstschrei hochstilisiert, etwa wenn *Titanias Liebesrufe Spott oder Häme* ernten.

Titania und *Oberon*, die beiden Gestalten aus Shakespeares „Sommer*nachtstraum*", *werden von* Botho Strauß bekanntlich in einen Berliner Park von heute versetzt, in dem sich eine bunte Gesellschaft trifft, Abbild der intellektuellen „Szene" unserer Tage. Das sechzehnte Jahrhundert haben Titania und Oberon aber nicht abgelegt. So wirken sie hier wie fehlgeleitete Exhibitionisten. Vergebens versuchen *sie, eine gelangweilte, mit* Reizen überfütterte Generation des „Golden Age", die auf Aggressionen, Unverschämtheiten, Obszönitäten und Frustrationen aus ist, zu einer humanen Sexualität zu animieren.

Im Gegensatz zu Lavaudant hat Régy die Szene abstrakt illustriert; doch auch sie ist riesig und brutal überzeichnet – etwa in der Szene der tierischen Einverleibung. Antirassistische Töne („Ich hasse Neger") werden dem Zuschauer brutal um die *Ohren geschlagen – im Paris der* „Immigré"-Empfindlichkeiten (und *jetzt während des Wahlkampfes so*wieso) ein allergischer Punkt.

Aber auch diese Aufführung hält ihr Publikum beisammen. Die Gegensätze von Illusion und Wirklichkeit, von Tiefsinn und Banalität – im „Park" zu facettenartigen Szenen gebündelt – stürzen einen dauernd in Wechselbäder aus Zustimmung und Ablehnung, aus Qual und Faszination. Am Schluß zunächst zögernder, dann sich immer weiter steigernder Applaus. Man war zunächst nicht sicher, ob es jetzt wirklich zu Ende war.

ELISABETH RUGE

Irrungen und Wirrungen beim „Großen Preis" – Nun kommt der ewige Ersatzkandidat zum Zuge

Mit Science-fiction in den Sterntaler-Himmel?

Jetzt kommt er also doch nicht, weil ihn die Grippe erwischt hat: Peter Bucur-Volk, Diplom-Ingenieur aus Haar in Bayern. Champion, Rate-Star und Experten-Geschädigter bei Wim Thoelkes „Großem Preis". Die Wiedergutmachung muß aufgeschoben werden.

Zweimal war der sympathische Deutsch-Rumäne dabeigewesen, hatte fast 50 000 Mark kassiert – um dann bei seinem dritten Auftritt an der Frage „Wofür erhielt Udo Jürgens 1981 in Tokio den Ersten Preis?" unverhofft zu scheitern. Er habe, rügte der Experte, eine „unzulässige Doppelantwort" gegeben. *Bucur-Volk hielt* sich bei seiner Antwort aber nur an

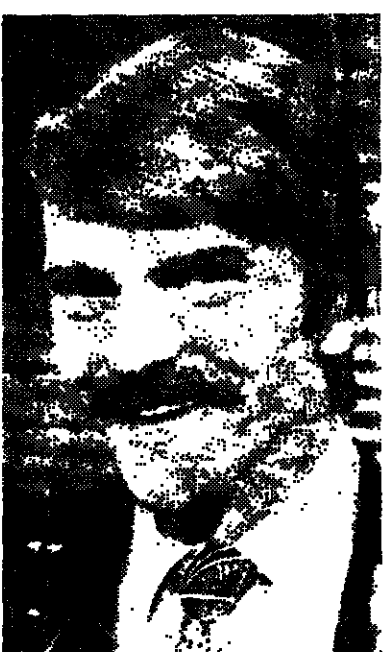
Der große Preis – ZDF, 19.30 Uhr

die Angaben eines Tourneehefts vom Udo-Jürgens-Management, und da stand's schwarz auf weiß: Der Sänger hatte tatsächlich *zwei* Erste Preise erhalten – einen für die Komposition und einen für die Interpretation des Songs „Leave a little love". Doch Experte Egmont „Monti" Lüftner, Direktor der Ariola – *in Vertretung für* den Texter Michael Kunze, der die *Fragen ausgearbeitet* hatte, erschienen –, entschied: Nur die Antwort „Komposition" ist richtig.

Horst Stammler vom Udo-Jürgens-Management, der als einziger damals den Star nach Tokio begleitet hatte, sorgte für zusätzliche Verwirrung: Nach seiner Meinung hat es damals in Japan „überhaupt keinen ersten Preis gegeben, sondern nur so eine Art Auszeichnung". Die Verwirrung war komplett – leider nicht zum ersten Mal in der beliebten Quiz-Sendung des ZDF.

Schon oft ist es hier zu Unstimmigkeiten über die Richtigkeit von Kandidaten-Antworten gekommen. Ein Schiedsrichter stolperte sogar schon über einen solchen Zwist und mußte den Hut nehmen. Und Bucur-Volk ist nicht der einzige, dem Wiedergutmachung zu leisten war. Ein*mal hatte eine Kandidatin die Schluß*frage „Welches ist der international *renommierteste* Große Preis in Deutschland, welches Pferd aus welchem Gestüt hat dieses Rennen dreimal gewonnen?" ohne zu zögern richtig beantwortet: „Großer Preis von Europa, Anilin, Gestüt Woschod." Doch der Experte entschied: „Die Antwort ist falsch. Es war der Große Preis von Baden und das Pferd der Schlenderhaner Oleander". Wim Thoelke fiel dazu nur der Satz „Das ist aber eine *interessante Variante*" ein.

Bucur-Volks Grippe wird heute abend übrigens endlich einmal den „ewigen Ersatzkandidaten" Holger Kiel aus Berlin zum Zuge *kommen* lassen. Der 38jährige Kapitalberater war schon viermal als Ersatzkandidat mit dem Thema „Science-fiction-Autor Ray Radbury" aufgestellt gewesen. Diesmal *muß* er gegen Wiener Operette und Nordischen Skisport ins Rennen. „Das paßt recht gut zusammen", freut sich Joachim Rödel, Redakteur des „Großen Preises". Was dabei allerdings besonders passend sein soll, bleibt sein Geheimnis. Die bisherigen „normalen" Kombinationen waren oft weit skurriler, beispielsweise „Die Märchen der Gebrüder Grimm" gegen „Die römischen Christenverfolgungen von Nero bis Diocletian" und „Papageien". „Karl May" gegen „Der Trojanische Krieg" und „Hans Albers" usw.



Vom Wartestand auf die Rampe: Holger Kiel FOTO: MACHOWINA

Herr Kiel kennt den Großen-Preis-Ablauf inzwischen in- und auswendig, schließlich war er schon als Strohkandidat bei den Proben dabei. Die Gefahr, daß er, wie einst jene Kandidatin, die zuviel Beruhigungsmittel genommen hatte, ohnmächtig *aus* der Glaskugel geborgen werden muß, dürfte bei ihm kaum bestehen.

Doch egal, was passiert, *Haupt*sache, der wichtigste Teil der Sendung läuft problemlos ab: Die Ziehung der Gewinner der Lotterie Aktion Sorgenkind. Und Herr Bucur-Volk kommt eben beim nächsten Mal zu seiner Revanche. Zwar ist er jetzt kein Champion mehr, aber das große Geld war es ohnehin nicht, das ihn zu Höchstleistungen beflügelte, sondern der Wunsch, „daß meine in Rumänien lebenden, über *siebzigjährigen* Eltern mich einmal live im Fernsehen sehen *können*".

„Deshalb habe ich immer versucht, *wieder in die nächste Sendung zu* kommen", erzählt der hoffnungsreiche Kandidat aus seiner Bettengruft. „Zum Glück ist jetzt endlich der Besuchsantrag genehmigt."

HANNE-LORE HEILMANN

KRITIK

Tier-Opfer aus halb Europa

Tiere aus dunklen Kanälen für wissenschaftliche Zwecke" – dieses Thema stand im Mittelpunkt der jüngsten Ausgabe von **Report** (ARD) Wolfgang Moser, verantwortlich für den Film, bot als Beweis verängstigte Hunde und Katzen in den Fängen von Schleppern und Versuchstierhändlern.

Sie fänden in wissenschaftlichen Instituten *bedenkenlose* Käufer für diese Ware. Zwischen Kiel und Freiburg *gäbe es zahlreiche* Institutionen, die Tiere von solchen Händlern auf*kaufen; und die* Justiz verschlösse davor die Augen. „Geprüft wurde ich nie", berichtete der als Kronzeuge vorgestellte Tierhändler Lorenz Pfister, der selbst Tiere nach Hannover verkauft haben will. Zunehmend käme es nun auch zu Lieferungen von Hunden und Katzen aus der CSSR, Ungarn, Belgien und den Niederlanden, da diese preiswert seien, und um deutsche Tierhalter zu beruhigen.

Dr. Franz Gruber, Tierforschungsanlage an der Uni Konstanz, einziger befragter Wissenschaftler, hält dagegen Tiere von Händlern für wissenschaftliche Versuche für wertlos. Ansonsten wird jedoch keiner der zitierten Politiker, Juristen oder Wissenschaftler *vor der Kamera* befragt. Unwidersprochen bleibt, was eine detailgenaue Aufklärung erfordert. Gerade im Hinblick auf die anstehende parlamentarische Behandlung des neuen Tierschutzgesetzes wäre dies doch von dokumentarischem Wert gewesen.

Den illegalen Machenschaften sogenannter Versuchstierhändler muß das Handwerk gelegt werden. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Die Frage ist aber doch, warum und in welchem Maße sind Tierversuche etwa im medizinischen Bereich erforderlich und wo sollte notfalls durch gesetzlichen Druck darauf verzichtet werden? Die Diskussion darüber blieb leider aus.

SIEGFRIED IHLE

Multikulturelle Einheit Marseille

Udo Philipps Reportage **Bouillabaisse und Couscous** (ZDF) bot ein umfassendes Portrait von Marseille. Die drittgrößte Stadt Frankreichs ist vor den Wahlen in die Schlagzeilen gekommen. Umfragen *zufolge* hat dort die rechtsextreme Nationale *Front einen erschreckend hohen* Anteil an Stimmen, und das beruhe auf *Fremdenfeindlichkeit.* So befaßt sich der Film mit dem Zusammenleben von Nordafrikanern und Franzosen in der Mittelmeerstadt.

Marseille war seit jeher ein „Meltingpot", weit stärker als New York, wo die Angehörigen verschiedener Nationen Rassen und Religionen nebeneinander leben, während sie hier eine „multikulturelle" Einheit bilden. Rassenhaß war dem Marseiller stets fremd. Ihn zeichnete von jeher Generosität und Warmherzigkeit aus, die dem Nordfranzosen suspekt erschienen. Udo Philipp weist darauf hin, daß nicht Xenophobie den Ursprung von Unruhen in Marseille gebildet, sondern die sozialen Unterschiede.

Als nach dem Algerienkrieg die erste Einwanderungswelle von Christen, Juden und Mohamedanern aus *den nordafrikanischen Ländern die* Stadt erreichte, war das Lebensniveau der Einheimischen *noch* niedrig. Mit wachsendem wirtschaftlichem Aufschwung Frankreichs wuchsen die beiden Bevölkerungsteile jedoch auseinander.

„Rassismus", so meinen arabische Jugendliche im Film, sei ein „politisches Wort". Die Ausländerfrage sei aus politischen Gründen künstlich hoch gespielt worden. Der Film weiß etwas von der einzigartigen Atmosphäre dieser wahrscheinlich liebenswertesten Stadt Frankreichs, die Marcel Pagnol besungen hat, zu vermitteln. Was aus politischer Opportunität als Bedrohung von Pariser Sonntagsmagazinen beschrieben wird, das sollte uns nicht irritieren.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- **9.45** ZDF-info
- **10.00** heute
- **10.05** Fußball-Länderspiel
  Deutschland – Brasilien
- **11.30** Zwischen Wasserfall und Sumpf
- **12.10** Kennzeichen D
- **12.55** Presseschau
- **13.00** heute

ARD

- **16.00** Tagesschau
- **16.10** Musikladen-Eurotops Extra
- **16.55** *Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn*
  6. Teil: Piraten mit Heimweh
  In St. Petersburg herrscht große Aufregung. Man hat das zerstörte Boot gefunden. Währenddessen amüsieren sich die Ausreißer auf der Jacksoninsel.
- **17.20** Fußballschule
  Taktik und Kondition bestimmen die dritte Folge des Fußballehr*gangs. Karl-Heinz Förster, Pierre* Littbarski und andere Kicker gehen mit gutem Beispiel voran.
- **17.50** Tagesschau
  Dazw. Regionalprogramme
- **20.00** Tagesschau
- **20.15** Rendezvous mit Halley
  Der Weltraum, die Sonde und der Komet
  Unter den 170 bekannten Kometen ist „Halley" der hellste. Nach *76jähriger Pause besucht* der nach dem englischen Astronomen Edmund Halley benannte Himmelskörper *wieder die Erde*. Heute nacht soll ihn die Raumsonde „Giotto" aus nur 500 Kilometern Entfernung fotografieren.
- **21.00** Ursprünge
  Wie ist das Leben entstanden und wie unser Sonnensystem? *Diese* Fragen beschäftigen den Menschen seit er denken kann. Alec Nisbett und Winfried Göpfert erstellten eine Forschungsreportage über die Entstehung von Kosmos und Leben.
- **22.30** Tagesthemen
- **23.00** *Vera Cruz*
  Amerikanischer Spielfilm (1954)
  Mit Gary Cooper, Burt Lancaster, Denise Darcel u. a.
  Regie: Robert Aldrich
- **0.30** Tagesschau
- **0.35** Nachtgedanken
  Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

- **16.00** heute
- **16.04** *Daten-Schatten*
  4. Folge: Wohnzimmer am Kabel
  Im Jahre 2013 steht ein großes Jubiläum an: 30 Jahre neue Medien. Glaubt man den Planern, kann dann jeder über Bildschirmtext buchen und bestellen. Doch die neue Bequemlichkeit birgt Gefahren. Wie geheim werden die Da*ten der Btx-Benutzer gehandelt?*
  Anschl. heute-Schlagzeilen
- **16.35** Der Stein des Marco Polo
  Abenteuer in Venedig. Der Schatz
- **17.00** heute / Aus den Ländern
- **17.15** Tele-Illustrierte
- **17.45** *Der rosarote Panther*
  Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
  Anschl. heute-Schlagzeilen
- **18.20** Teufels Großmutter
  Geschichten mit Brigitte Horney
  Wie soll das Kind heißen?
  Große Probleme plagen die Fami*lie Teufel. Wie soll das neue Boot* der Werft genannt werden? Dorothea sucht Kartenleger und Astro*logen auf* . . .
- **19.00** heute
- **19.30** Der große Preis
  Ein heiteres *Spiel* für gescheite Leute mit Wim Thoelke
  in Verbindung mit der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
  Regie: Georg Martin Lange
- **20.50** Aus Forschung und Technik
  Die Nacht des Kometen
  Hallo, der Komet kommt
  Von Joachim Bublath
- **21.35** Die große Hilfe
  *Eine Bilanz der Deutschen Behin*dertenhilfe Aktion Sorgenkind
- **21.45** heute-journal
- **22.05** *Die Nacht des Kometen*
  Giotto trifft Halley
  Ein Rendezvous im Weltraum
  Durch *die* Sendung führen Joachim Bublath und Bernd Heller
- **1.15** heute

SAT 1

- **15.00** Marco
- **15.30** *Lassie*
- **16.00** Musicbox
- **17.00** Drei Engel für Charlie
- **18.00** Abenteuer Wildnis
  Oder: Regionalprogramme
- **18.30** APF blick
- **18.45** *Zu Gast bei Franz Antel*
- **19.45** San Francisco Lilly
  Amerikanischer Spielfilm (1945)
  Mit John Wayne, Ann Dvorak u. a.
  Regie: Joseph Kane
- **21.30** APF blick
- **22.15** Konzert in SAT
  Mit Tina Turner
- **22.45** High Chaparral
- **23.35** APF blick
  Letzte Nachrichten

3SAT

- **18.00** *MiniZIB*
- **18.10** Sport-Zeit
- **19.00** heute
- **19.20** *3SAT-Studio*
- **19.30** Derrick
- **20.30** Rundschau
  Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
- **21.15** Zeit im Bild 2
- **21.35** Kulturjournal
- **21.45** cinema international
  M. A. S. H.
  Amerikanischer Spielfilm (1969)
- **23.40** 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

- **18.35** Komm doch mal in die Küche
- **18.53** 7 vor 7
  Nachrichten, Sport, Wetter
- **19.22** *Karichen*
- **19.30** Knight Rider
- **20.15** RTL-Spiel
- **20.20** Filmvorschau
- **20.30** Desperado – Der geheimnisvolle Rächer
  Italienischer Spielfilm (1967/68)
  Mit Glenn Saxson u. a.
- **22.15** RTL-Spiel
- **22.20** Neu im Kino
- **22.55** Vorstoß ins Weltall
- **23.35** Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

- **18.30** *Die Sendung mit der Maus*
- **19.00** Aktuelle Stunde
- **20.00** Tagesschau
- **20.15** Shoah (4)
  Letzter Teil des französischen Do*kumentarfilms* von Claude Lanzmann über die Judenvernichtung (Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
- **22.35** Bei Julio Cortazar
  Film von Erik van Zuylen
- **23.30** Hubert Fichte zum Gedächtnis
  Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

- **18.30** Journal: Kirche
- **19.15** *Der tropische Regenwald*
- **20.00** Tagesschau
- **20.15** Shoah (4)
- **22.35** Berliner Ansichten
  Phantasie statt Kapital
- **23.25** Gespräch über Recht und Gerechtigkeit
- **0.40** Nachrichten

HESSEN

- **18.30** Computer-Shop
- **19.05** Praktische Tips
- **19.30** Playtime
  Franz.-ital. Spielfilm (1965)
  Von und mit Jacques Tati
- **21.25** *Kulturkalender*
- **21.40** Drei aktuell
- **21.55** Die Mine unterm Regenbogen
- **22.40** Claire (5)
- **23.30** Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

- **18.58** Schlagzeilen

Nur für Baden-Württemberg:

- **19.00** Abendschau

Nur für Rheinland-Pfalz:

- **19.00** *Abendschau*

Nur für das Saarland:

- **19.00** Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:

- **19.26** Sandmännchen
- **19.30** Der Pilot
  Amerikanischer Fernsehfilm
  Mit Cliff Robertson
- **21.00** Die Spinner vom Gartetal
  Geschichte eines Industriebetriebes

Nur für Baden-Württemberg:

- **21.45** Industrieland Baden-Württemberg
- **22.15** Die „tugendhafte Mätresse"
  Anschl. Nachrichten

Nur für Rheinland-Pfalz:

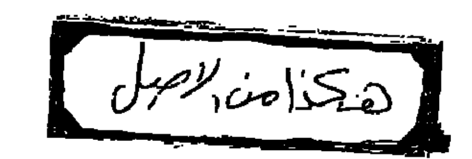
- **21.45** Perspektiven
  Informationen aus dem Wirtschaftsleben
- **22.30** Landesspiegel

Nur für das Saarland:

- **21.45** TV-Club-Saar 3

BAYERN

- **18.45** Rundschau
- **19.00** Theodora, Kaiserin von Byzanz
  Italienischer Spielfilm (1954)
  Mit Gianna Maria Canale u. a.
  Regie: Riccardo Freda
- **20.25** Reisegeschichten
- **20.45** Priester als Poeten
- **21.30** Rundschau
- **21.45** *Jacques Chirac*
  Über die Schwierigkeiten, wieder Ministerpräsident zu werden
- **22.30** Z. E. N.
- **22.35** Im Gespräch
- **23.20** Rundschau
- **23.25** P. S.
  DEFA-Spielfilm (1979)



Er kennt die Zahlen?

mar – In der Nazizeit erzählte man sich den Flüsterwitz von jenem SS-Mann, der einem verhafteten Juden großspurig an einer Weltkarte erklärte, welche Feinde man alles besiegen werde. Er zeigt nacheinander auf das ausgedehnte britische Empire, die Landmasse der Sowjetunion, die Größe Amerikas. Da räusperte sich der Jude und fragte bescheiden: „... und der kleine braune Fleck da mittendrin?" – „Das ist das Großdeutsche Reich", erhält er zur Antwort. Darauf: „Noch 'ne Frage: Euer Herr Führer, er kennt diese Karte?"

Diese Frage drängt sich auf, wenn man die Studie von Helmut Dahm über „*Die Ideologie als Chiffre der Politik*" liest. Darin geht es um die regelmäßig wiederholten Ankündigungen der Sowjetführer, daß man Amerika in absehbarer Zeit wirtschaftlich ein- und überholen werde. Bereits Lenin hatte das den Zeitgenossen versprochen. Chruschtschow legte den Zeitpunkt sogar im Parteiprogramm auf 1980 fest. Das ist jetzt zwar geändert worden, aber trotz aller Kritik an wirtschaftlichen Mängeln versprach Gorbatschow in seiner Parteitagsrede wiederum, daß bis zur Jahrtausendwende „die Arbeitsproduktivität auf das 2,3- bis 2,5fache steigen" werde.

Der Wissenschaftler Dahm hält sich bei seinen Analysen allerdings nicht an die Rhetorik, sondern an Zahlen. Er zitiert sowjetische Statistiken, wonach die Sowjetunion die industrielle Arbeitsproduktivität in den vergangenen 15 Jahren um ganze zwei Prozent von 53 auf 55 Prozent (wenn man Amerika mit 100 Prozent ansetzt) zu erhöhen vermochte. In der Landwirtschaft des Landes – das vor der Oktoberrevolution zu den großen Getreideexporteuren gehörte, während es heute auf umfangreiche Importe angewiesen ist – sieht es noch trister aus. Da kommt die UdSSR seit 1960 auf nicht mehr als 20 bis 25 Prozent der Leistungen Amerikas.

Dahm fragt deshalb, worauf eigentlich der *Optimismus* der Sowjetführer basiere, in der Industrie in den kommenden 15 Jahren die 45 Prozent aufzuholen und Amerika damit zu überholen (von der Landwirtschaft ganz zu schweigen). Oder – nach dem Muster des Flüsterwitzes: „Euer Genosse Gorbatschow, er kennt diese Zahlen?"

Gratwanderungen über die höchsten Gipfel der Kammermusik: Wie junge Musiker die Form des Klaviertrios wiederentdecken

Verbündete im Flankenangriff auf den Pianisten

Schon Ernst Heimeran („Das stillvergnügte Streichquartett") reihte die Geburt des Klaviertrios unter die Rubrik „Unfälle" ein: Es ereigne sich, weil eine Geige und die Bratsche zum Quartett fehlten, zufällig aber ein Klavier herumstehe und sich einer fände, der es spielen könne. Zugegeben, eine Diagnose, deren Pointe dem hämischen Witz eingefleischter Streicher entstammt. Nochmals Heimeran: „Beim Trio hoffen sie, durch gleichzeitigen Flankenangriff das Klavier in die *Zange zu bekommen.*" Es nützt ihnen keine Verbrüderung – das Klavier ist lauter. Wer als Streicher auf sich hält, trachtet danach, unter seinesgleichen zu bleiben.

Die Geschichte dieser „splendid isolation" ist traditions- und ruhmreich. Beim Klaviertrio dagegen Fehlanzeige. Bis vor noch nicht allzu langer Zeit war es eine Angelegenheit berühmter Solisten, die zwischen zwei Tourneen die kostbare Zeit nicht vertun wollten. *Legendäres Beispiel* ist die Verbindung Alfred Cortot (Klavier), Jacques Thibaud (Violine), Pablo Casals (Violoncello) und – einige Dezennien später – das den weltweiten Ruhm dreier Superstars vereinigende „One Million Dollar"-Trio mit Artur Rubinstein (Klavier), Jascha Heifetz (Violine) und Gregor Piatigorski (Violoncello). Heute hält einzig das Beaux-Arts-Trio als bekanntestes, seit langen Jahren in derselben *Formation spielendes Ensemble die* Fahne des Klaviertrios hoch.

Wahrscheinlich sind es die Beaux-Arts-Leute, die den Boom, den die Gattung in jüngster Zeit erlebt, zu verantworten haben. Denn in den letzten Jahren haben sich eine ganze Reihe von Ensembles gebildet, die die Literatur des Klaviertrios pflegen. Es gibt unter ihnen den begabten Nachwuchs, der eine lebenslange Ehe zu dritt führen will, wie immer das ausgehen mag, und es gibt die etablierten Namen, die, aus welchen *Gründen immer, sich einen musikalischen* Flirt gestatten.

Die Musik muß auch beim gelegentlichen, sporadischen Miteinander nicht zu kurz kommen, kann sogar Gewinn ziehen aus einer Liaison auf Zeit. Natürlich ist und bleibt der *Hauptgrund für die höchste Qualität* eines homogenen Klangs, einer musikalischen Einheit ein Gleichgewicht und ein gleiches künstlerisches Ziel aller Partner. Aber Spontaneität ist ein Begriff, der in gleichem Maß – auf andere Weise – das musikalische



Die Lordsiegelbewahrer der Kunst des Klaviertrios: Bernard Greenhouse, Menachem Pressler und Isidore Cohen (von links), alias „Beaux-Arts-Trio" FOTO: FELICITAS TIMPE

Glück erzwingen kann. Von beiden Ensemble-Profilen, den festgeschmiedeten und denen, die es werden wollen, wie von den locker auf Abruf gefügten, liegen neue Schallplatten-Produktionen vor.

Daß es in der Literatur noch Entdeckungen zu machen gibt, zeigt das *Arcadia-Trio (Rainer Gepp, Klavier;* Gorjan Kosuta, Violine; Milos Mlejnik, Violoncello; Aulos 53574), das das Trio Es-Dur op. 93 Johann Nepomuk Hummels, Klassik von liebenswürdiger Unverbindlichkeit, mit sicherem Geschmack und tadelloser Fingerfertigkeit auf so hohem Niveau serviert wie Mendelssohns d-Moll-Trio op. 49. Die Aufnahme wird es nicht leicht haben, sich gegen große (Beaux Arts) und legendäre (Cortot-Thibau-Casals) Namen durchzusetzen, kann aber durchaus bestehen.

Zu den Newcomern auf der Schallplattenszene gehört auch das Grüneburg-Trio (Ulrich Koneffke, Klavier; Susanne Stoddt, Violine; Joachim Griesheimer, Violoncello; Deutsche harmonia mundi DMR 2007 D). Das *1980 gegründete* Ensemble spielt technisch souverän und mit engagiertem Ausdruck Brahms' C-Dur-Trio op. 87 und Charles Ives' Trio aus dem Jahre 1904, eines der staunenswerten Werke des Komponisten, dessen bizarre Musik unbekümmert zwischen *tiefem Ernst und naivem Humor* jongliert, ohne auf dem schmalen Grat zu straucheln.

Die jungen Interpreten zeigen sich dem romantischen Gefühl so glänzend gewachsen wie dem durch sanft gewürzte Synkopen aufgelockerten großbogigen Gesang des Amerikaners. Wie das Grüneburg-Trio gehört auch das Pallas-Trio (Wolfgang Wagenhäuser, Klavier; Kathrin Rabus, Violine; Wolfgang Geiss, Violoncello; Blue Angel, Zweitausendeins; BA 29007) zu den Youngsters der Zunft. Ein reines Mozart-Programm, die Köchelnummern 502 B-Dur, 542 E-Dur und C-Dur 548, füllt ihre Aufnahme. Sie lösen die schwerste Aufgabe für Interpreten in bewundernswerter Manier, lassen hören, daß das Einfache Ziel ihrer Vorstellung ist. Mit schöner Klangbalance zwischen Tasten und Saiten sind sie ihm auf der Spur.

Das Hamburger Trio Fontenay (Wolf Harden, Klavier; Michael Mükke, Violine; Niklas Schmidt, Violoncello; Deutsche harmonia mundi DMR 2012 D) legt als *neueste* Schallplatte eine Aufnahme mit zwei Werken der Romantik vor: Ein Brahms zugeschriebenes, der satten Emotionsfülle nach auch von ihm komponiertes, wahrscheinlich frühes A-Dur-Trio wird ergänzt von Clara Schumanns g-Moll-Trio op. 17. Sowohl Clara Schumanns selten wie auch Brahms' bislang nie gehörte Musik quillt über von beredtem, phantasievollem Klang von originellen, kraftvollen Gedanken. *Das* Fontenay-Trio, die wohl größte Nachwuchs-Hoffnung, spielt beide Werke mit üppigem Ton und eindringlicher Musikalität, die verstanden hat, was Interpreten an Reichtum des Ausdrucks zwischen die Pole introvertierter Diskretion und praller Intensität zwängen können.

Zu den ad hoc zusammengestellten Ensembles gehört ein aus der Pianistin Elisabeth Leonskaja, dem Klarinettisten Eduard Brunner und dem Cellisten Wolfgang Böttcher gebildetes Ensemble, das Beethovens B-Dur-Trio *op. 11 spielt,* wegen seines burschikosen Finales „Gassenhauer"-Trio genannt. Ein unschlagbarer Hit, der als Auftakt am Morgen unfehlbar zu optimischer Weltsicht animiert. Die vorzüglichen Musiker versehen die drei launigen Sätze mit virtuoser Brillanz und heiterem Temperament. Die B-Seite füllen Brunner und der Fagottist Klaus Thunemann mit drei hübschen, unterhaltsamen Duetten Beethovens.

Schuberts Trios *B-Dur D 898* und Es-Dur D 929, ergänzt durch das Notturno Es-Dur D 897 und den Sonatensatz D 28 (Novalis 150 002/3- 1) liefern drei hochkarätige Virtuosen ab, die sich – zumindest für dieses Projekt – zu einer großartigen kammermusikalischen Einheit verbunden haben: Gerhard Oppitz (Klavier); Dmitry Sitkovetzky (Violine) und David Geringas (Violoncello) setzen geschmeidige, genaue Finger, differenzierten Klangsinn und bewegende Musikalität ein zur Gratwanderung über die höchsten Gipfel und durch die tiefsten Abgründe, die die Musik kennt. Die Produktion zeigt exemplarisch instrumentale Meisterschaft und kooperative musikalisch-musikantische Kraft: die Mixtur gerinnt zu einer beispielhaften Wiedergabe.

Verbündet sich das Klaviertrio mit dem Orchester, kann es sich eigentlich nur um Beethovens Tripelkonzert C-Dur op. 56 handeln. Das Stück ist eines der großen Geste, voll von beredtem Pathos und (zumindest in den Streichern) triumphal auftrumpfender präziser Kraft der linken und Sensibilität der rechten Hand. Christian Zacharias (Klavier); Ulf Hoelscher *(Violine) und Heinrich Schiff* (Violoncello), assistiert vom Leipziger Gewandhaus-Orchester, dirigiert von Kurt Masur, halten ein überzeugendes Plädoyer für die Kunst geschmeidiger Verführung durch melodiösen Zauber, rhythmische Würze und perfektes Zuspiel der musikalischen Pointen (EMI 067 14 6789 1). Hier trifft sich kammermusikalische Delikatesse mit sinfonischer Majestät: Die Produktion nutzt fast optimal die Chance, beiden gerecht zu werden.

HANS OTTO SPINGEL

JOURNAL

UdSSR boykottiert Schriftsteller-Kongreß

dpa, Moskau

Der in West-Berlin beginnende Kongreß des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) wird vom sowjetischen Schriftstellerverband boykottiert. Wie die „Literaturnaja Gaseta" mitteilte, haben die sowjetischen Autoren die deutsche Einladung zurückgewiesen, eine Delegation zum Kongreß in West-Berlin zu entsenden. Als Begründung wurde angegeben, daß der Kongreß „nicht auf dem Territorium" der Bundesrepublik Deutschland stattfinde. Die „DDR" gab für ihr Fernbleiben Termingründe an.

Preis für Spielbergs „Zurück in die Zukunft"

AFP, Beverly Hills

Der Erfolgsfilmer Steven Spielberg ist vom amerikanischen Filmverband für „The Color Purple" mit dem Titel des besten Regisseurs ausgezeichnet worden. Zugleich erhielt er für den Kassenschlager „Back to the Future" (Spieleinnahmen: *119 Millionen Dollar) den von* den amerikanischen Kinobesitzern vergebenen Preis für den besten Film des Jahres 1985. Auch „The Color Purple" hat Aussichten, Box-Office-Rekorde zu schlagen: Der vor drei Monaten in den Vereinigten Staaten angelaufene Film hat schon 64 Millionen Dollar eingespielt. Die Auszeichnung wird als Reaktion auf die Oscar-Vorauswahl gewertet, bei der „The Color Purple" *nicht für den Regiepreis nominiert* wurde.

„DDR"-Historiker über die Rolle des Herrschers

dpa, Schwerin

Die Rolle der Herrscher im 16., 17. und 18. Jahrhundert ist Thema einer jetzt in Schwerin eröffneten Konferenz der Historikergesellschaft der „DDR". Daran nehmen 140 Historiker, auch aus der Bundesrepublik und der CSSR, teil. Auf der Tagung soll über die Einflußnahme von Fürsten und Königen auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus diskutiert werden. Der Historiker Wolfgang Küttler sprach sich in seinem Vortrag für eine differenzierte Analyse der Leistungen absolutistischer Regenten im Hand*lungsspielraum zwischen objekti*ven historischen Bedingungen und Möglichkeiten sowie der individuellen Ausprägung ihrer Herrscherqualitäten aus.

US-Senatoren regen Filmfestival an

AP, Washington

Zwei US-Senatoren haben der Regierung in Washington vorgeschlagen, ein amerikanisch-sowjetisches Filmfestival zu organisieren. In einem Brief schrieben sie, ein Filmfestival werde die kulturellen Kontakte zwischen beiden Staaten erweitern und das gegenseitige Verstehen fördern. Sie bezogen sich *mit* ihrem Schreiben auf eine entsprechende Anregung des sowjetischen Schriftstellers Jewgeni Jewtuschenko, der in der vergangenen Woche in der Kongreßbibliothek aus seinen Werken gelesen hatte.

Rückkehr zu luxuriösen Filmpalästen gefordert

dpa, Las Vegas

Eine Rückkehr zu den luxuriösen Filmpalästen vergangener Zeiten haben Filmfachleute auf einer Tagung in Las Vegas gefordert. Wie die deutsche Branchenzeitschrift „Filmecho" in der jüngsten Ausgabe berichtet, wurde unter anderem die unbefriedigende Ton- und Bildwiedergabe der „Schachtelkinos" kritisiert. An der dreitägigen Konferenz unter dem Motto „Kritik und Selbstkritik" nahmen 3500 Filmfachleute, in der Mehrzahl Kinobesitzer, teil. Die Konferenz fand vor dem Hintergrund der schwachen Ergebnisse der US-Filmindustrie im vergangenen Jahr statt.

München zeigt das Werk des Malers Emilio Vedova

Brutal und empfindsam

Die Katalogautoren sind zu beneiden. Sie gehören zu den Wissenden, *denen sich das Geheimnis der* Werke von Emilio Vedova, die gegenwärtig in Münchens Staatsgalerie moderner Kunst zu sehen sind, erschlossen hat. Und sie halten mit ihrem Wissen nicht hinter dem Berg. Wir erfahren von ihnen, daß Vedova „zu *den wenigen abstrakten Künstlern* (gehört), die über Jahrzehnte hin eine ungewöhnliche Qualitätshöhe zu halten, ja – und darin sicher einmalig – sogar zu potenzieren vermochten". Auch erzählt man uns von seiner „Gratwanderung", „eine Malerei zu entwickeln, der formale Offenheit und Eindeutigkeit der Haltung zugleich immanent sind". Vor allem aber werden wir belehrt: „Seine Bilder können gewaltsam, brutal, aber *ebenso erotisch und empfindsam zu*gleich sein, ohne deshalb der konkreten Beschreibung des Gegenständlichen zu bedürfen."

Und selbst bei der Biographie des Künstlers wird uns nicht verheimlicht, daß Vedova sich 1965 zwei Mo*nate in New York aufhielt und dort* „komplexe, abenteuerliche Erlebnisse" hatte. Worin das Komplexe und Abenteuerliche bestand, dürfen wir erraten. Gesagt wird es nicht. Genausowenig wie uns die anderen Behauptungen, am Beispiel von Vedovas Bildern nahegebracht, entschlüsselt werden. So muß der Besucher selbst versuchen, zu erkunden, wie ein Bild brutal oder erotisch sein kann, ohne des Gegenständlichen zu bedürfen. *Oder wie sich eine eindeutige* Haltung bei formaler Offenheit in gegenstandsloser Malerei manifestiert.

Die Ausstellung beginnt mit Zeichnungen von 1935/36: Der 16jährige hat auf ihnen die barocken Innenräume venezianischer Kirchen mit erstaunli*cher Sicherheit festgehalten,* ohne in die Pedanterie der Architekturaufrisse zu verfallen. Bald verraten jedoch nur noch die Titel die Anregungen oder Intentionen des Zeichners. Figurengruppen – wenngleich zuerst in etwas vagem Gegenüber – verschmel*zen zu einem engen Liniengeflecht.* Und die Aggressivität der „Serie dell'aggressione" kann man allenfalls aus dem Anschwellen der Tuschlinien, die in spitzen Winkeln aufeinandertreffen, herauszulesen versuchen.

Bei den Gemälden beginnt Vedova mit strengen Formen in Schwarz, Grau und Weiß, einer Art Grisaillen in Léger'scher Manier. Bald fransen die Linien jedoch aus, die klare Bildgliederung weicht dem Gestus des stili*sierten Zufalls,* die Palette *nimmt* zugleich alle Farben auf, füllt die Leinwand dicht aus. Dann aber setzt eine gegenläufige Gestaltung ein. Vedova kehrt zum Schwarz-Weiß zurück, das gelegentlich durch Rot *akzentuiert* wird. Nun tritt auch die Betonung der Bildmitte – als weißer Fleck und durch Diagonalen, die abbrechen, akzentuiert – stärker hervor. Außerdem wird die linke Bildseite oft durch einen breiten Pinselstrich eingegrenzt, während das Bild rechts zerfasert. Die Bildstrukturen haben sich dabei jedoch nicht grundsätzlich geändert. Deshalb bedarf es wohl einer besonderen Vorstellungskraft, um erkennen zu können, wo sich da Qualität potenziert hat.

Die Gemälde bleiben flächig. Und selbst die Objekte, die wie die „Plurimi" oder das „Absurde Berliner Tagebuch" die Wand verlassen haben und als mehrteilige Konstruktionen aus *unregelmäßigen* bemalten Holzplatten Raum einnehmen, erwecken keinen Raumeindruck – und schon gar nicht einen „nichteuklidischen, vierdimensionalen".

Vedovas Gemälde und Objekte sind wie die Klecksographien des Rorschach-Tests für jede Ausdeutung offen. So mag jeder nach eigenem Gusto hineinlesen, gegen wen und gegen was der „Ciclo della protesta" protestieren will. Der Künstler kann es natürlich verraten. Nur verrät er – in des Wortes doppelter Bedeutung – den Sinn des Bildes, wenn er dazu literarischer, also außerbildnerischer Mittel bedarf.

In der klassischen Kunst kann ein Bild über das Dekorative der Darstellung hinaus durch die Aufschlüsselung des Inhalts und der Ikonographie eine zusätzliche Bedeutungsebene gewinnen, die konkret ist. Beim Ungegenständlichen läßt sich über diese zweite Bedeutungsebene zwar trefflich palavern, aber sie bleibt immer abstrakt und meist sogar willkürlich.

Das *ist auch* bei Vedova *nicht* anders, obwohl er inzwischen mehrfach biennale- – von Venedig bis São Paulo – und documenta-geadelt ist, viel ausgestellt und viel gelobt wird. Trotzdem wird es dieser Kunst kaum anders als den Ornamentstichen der Renaissance ergehen, die sich heute wieder größerer Beliebtheit erfreuen. *Denn im Dekorativen spiegeln sich* Zeitgeschmack und Zeitgeist. Es ist dieser bescheidene Ewigkeitswert des Dokuments, mit dem sich die meisten Künstler – auch Vedova – begnügen müssen – wenn die Nachwelt überhaupt von ihnen Kenntnis nimmt.

PETER DITTMAR

Bis 17. April; Leverkusen: 26. April bis 8. Juni; Darmstadt: 29. Juni bis 3. August; Katalog 32 Mark, im Buchhandel, Hirmer-Verlag, 38 Mark.

Jerusalem: Orientalisten und islamische Miniaturen

Mohammeds Schimmel

Vor einigen Jahren fand ein israelischer Diplomat ein riesiges Ölgemälde in einem Trödelladen in Rom. Restauriert und gerahmt ist dieses vier Meter breite „Panorama von Jerusalem" des französischen Malers Olivier Pichat von 1902 jetzt in einer *interessanten Zwillingsausstellung* im Institut für Islamische Kunst in Jerusalem zu sehen. Das Gemälde gehört zu einer Serie von Bildern europäischer „Orientalisten", die im 19. Jahrhundert Landschaften und Genreszenen des Nahen Ostens als ihr Thema entdeckten. Dieser synthetische Orient korrespondiert im selben Haus mit einer wunderschönen Ausstellung islamischer Miniaturen. Es sind illuminierte Seiten aus dem Koran und anderen Manuskripten sowie Illustrationen verschiedener Schulen der Malerei aus der Türkei, aus Iran, Irak und aus Indien zwischen dem 12. und 19. Jahrhundert.

Die *Miniaturen* gehörten zu der Kollektion, die Professor Richard Ettinghausen 15 Jahre lang zusammengetragen hat und die nun dem Museum gehört. Der in Deutschland geborene Gelehrte, der mehr als 200 Arbeiten über Aspekte islamischer Kunst veröffentlicht hat, galt auf seinem Gebiet als einer der führenden *Kenner der Welt.*

Anders als im christlichen Abendland, hat die Malerei im Islam keine öffentliche – religiöse oder rituelle – Funktion. Sie diente dem privaten Vergnügen, häufig mit königlicher Gönnerschaft. Da es im Islam immer theologische Dispute über die Frage gegeben hat, ob sich der Mensch ein Bildnis machen dürfe, waren naturalistische und figurative Darstellungen stets ein zentraler Streitpunkt. Trotzdem gab es immer neben *ornamentalen* Malereien und dekorativer Kalligraphie illustrierte Bücher mit volkstümlichen oder literarischen Texten.

Im Mittelpunkt des Bildes steht ein klar definiertes Ereignis, ein König, der hof hält, ein Held, der den Drachen bekämpft, eine *Prinzessin im* Bade, über die ihr Liebhaber wacht. Für den Künstler gelten dabei nicht die Regeln der Anatomie oder der Perspektive. Er pflegt einen Stil, der subjektive Wertungen zum Maßstab nimmt. So kann er Pflanzen und Blumen im Vergleich, die daneben erscheinen, vergrößern oder natürliche Gegenstände – wie Felsen, Bäume und Wolken – in Formeln von großer Schönheit übersetzen.

Die frühesten Manuskripte, die von moslemischen Malern illustriert wurden, waren wissenschaftliche Werke des 13. Jahrhunderts, die medizinische, botanische, astronomische, mechanische und physikalische Themen behandelten. Ein beliebtes Thema islamischer Miniaturen waren – trotz des latenten Bilderverbots – auch immer Szenen aus dem Leben des Propheten. Viele Miniaturen beschreiben die Himmelfahrt Mohammeds nach seinem berühmten nächt*lichen Ritt von Mekka nach Jerusa*lem auf Burak, dem weißen geflügelten Tier mit dem Kopf einer Frau. Gemäß der Überlieferung durchquerte Mohammed die sieben Sphären des Himmels und traf die Propheten Adam, Jesus, Josef, Idris, Aaron, Moses und Abraham. Danach wurde er in den Garten Eden geführt und schließlich zum Allmächtigen selbst. Obwohl moslemische Theologen diese Tradition als eine geistige Erfahrung interpretieren, haben die *Maler* sie wörtlich genommen.

Zu dem Bild des Orients, das die Miniaturen übermitteln, bilden die Werke der „Orientalisten" einen amüsanten Kontrast. Für die Romantik in Europa war *der Orient eine* märchenhafte und zugleich geheimnisvolle Welt. Bald verbanden sich mit den Wüsten und Städten, Minaretten und Bazaren, den verschleierten Frauen und den Haremsdamen, den urtümlichen Nomaden und den Karawanen Träume von einer fernen, fast paradiesischen Welt. Die europäischen Künstler idealisierten den Osten, doch zumeist waren es Werke ohne Tiefe, eher gefällig und oft banal.

LILI EYLON



Miniatur eines jungen Mannes, Persien, 17. Jh., aus der Ausstellung in Jerusalem FOTO: DIE WELT

Mal schrill, mal nobel: Puccinis „Gianni Schicchi"

Die Punks von Florenz

„Gianni Schicchi", Puccinis später Einakter, ist gleich zweimal in unmittelbarer Nachbarschaft neu inszeniert worden. In Gelsenkirchen ist eine musikalisch überragende, szenisch präzise Typenkomödie zustande gekommen, in Wuppertal lohnt allein die Besichtigung des Bühnenbildes. Die Ausstatterin Rosalie hat eine *Bühne entworfen, die in ihrer kaput*ten Buntheit den idealen Schauplatz zu einer grotesken Farce à la Dario Fo abgäbe.

Vielfarbige Holzlatten, an die hundert Stück etwa, bilden die Wände des Raumes, in dem der gerissene *Schicchi* von der *Familie* des verstorbenen Donati zur Testamentsfälschung benutzt wird, mit der er seinerseits die Erbschleicher foppt. Ausgestattet mit kitschigem Devotionalien-Krimskrams, einer Kollektion von Farbdrucken der heiligen Jung*frau und sonstigem Zubehör des Pla*stikzeitalters bis hin zur grellfarbenen Klobürste, wird dieses Ambiente zum Tummelplatz grell geschminkter und gewandeter Punk- und Mafiatypen.

Regisseur Didier von Orlowsky nutzt diesen Bühnenraum nur un*vollkommen. Er versucht zwar eine* Groteske, aber die erschöpft sich doch in wildem Zappeln und Herumgerenne der Figuren. Sinnfällig wirkt da nichts. Eine Rotte kaputter Typen exekutiert Puccinis Partitur.

Unter der Leitung von Jean-François *Monnard* wird auch nur *mittel*mäßig gesungen. Ganz anders in Gelsenkirchen: Der Dirigent Uwe Mund *zeigt, welche Feinheiten in der* Partitur stecken, wie Puccini für jedes einzelne Mitglied der vielköpfigen Erbschleicherfamilie musikalische Charakterisierungen fand, wie er die verlogene *Welt der Erwachsenen* mit der naiven, unverdorbenen Emphase des *jungen Liebespaares kontrastiert.*

Ein homogenes Ensemble, mit Karolyi Szilagyi in der Titelrolle und Eva Tamulenas als Base Zita an der Spitze, spielt eine bürgerliche Familie, deren scheinbare Ehrbarkeit und Frömmigkeit bei der Aussicht auf Geld *und Vermögen in geifernde Habsucht* umschlagen. Regisseur Helmut Polixa zeigt in der in satten Farben gehaltenen Gestaltung eines hochherrschaftlichen Florentiner Sterbezimmers ein Konversationsstück *mit tra*gikomischer Grundierung.

*Ergänzt wird der Abend in Gelsen*kirchen durch Maurice Ravels „Spanische Stunde". Der großartigen Argentinierin Graciela Alperyn und wiederum Uwe Mund am Pult ist der große und gerechte *Erfolg* dieser kaum gespielten Ehekomödie zu danken.

Wuppertal vervollständigt den Abend mit einem zweiten Puccini-Einakter aus dem „Trittico", der Ehetragödie „Der Mantel", bei dem abermals Rosalies Ausstattung das interessanteste ist.

ALBIN HÄNSEROTH

Berliner Museumsbauten: Frei Otto nimmt den Kollegen Gutbrod in Schutz

Ein Platz soll zum Kunstwerk werden

Der Brief kommt aus Stuttgart und ist an den Regierenden Bürgermeister von Berlin adressiert. Es ist ein offener Brief. Der Absender *heißt: Frei Otto.* Es wird protestiert darin. Von einem, „der nie jenem Kreis angehörte, der das Baugeschehen dieser Stadt so griffig steuerte".

Otto wendet sich dagegen, daß dem Architekten Rolf Gutbrod nach der massiven Kritik am „Kopfbau" des *neuen* Museenkomplexes, dem Kunstgewerbemuseum, der Auftrag für den Weiterbau seiner Museen entzogen wird. Eine entsprechende Forderung hatten der Bund Deutscher Architekten (BDA) und der Deutsche Werkbund an Diepgen gerichtet.

Frei Otto nennt diesen Brief einen „seit Kriegsende einmaligen Vorgang". Hier werde nicht nur gefordert, einem Baumeister den Auftrag, sondern auch die Arbeitsgrundlage zu entziehen. Otto räumt ein, er sei mit Gutbrod befreundet. Die „besonderen Qualitäten" von dessen Gebäuden seien „oft nicht direkt sichtbar". Es sei Gutbrods Fehler gewesen, „daß er sich seine Idee, die Museen im erdig-sandfarbenen Ziegel der Matthäi-Kirche zu bauen, von den damals Gestaltgewaltigen ausreden ließ und auch in vielen anderen Details den Wünschen der Betreiber nachgab". Aus der verfahrenen Lage aber könne „kein Architekt mit Sensibilität die erwartete Lösung bringen". Das Projekt zu stoppen und einen anderen als Gutbrod planen zu lassen, heiße Verschiebung ohne Aussicht auf Erfolg.

Ziemlich harsch, aber mit originellen Argumenten geht Otto sodann mit den Nachbarbauten zu Gutbrods Museen am „*Göttersitz der großen Baumeister*" ins Gericht. Dann kommt der überraschende Gedankensprung: Nicht Gutbrod, sondern „allein Holein" könne mit seinen Plänen für das neue Kulturforum aus der Malaise „noch retten".

Wenn nicht alles täuscht, kommt der Rat aus Stuttgart freilich vier Monate zu spät. Gutbrod selbst hat in den Wechsel eingewilligt. Die Planungen für Kunstbibliothek und Kupferstichkabinett wird er selbst noch einmal überarbeiten, im übrigen bleibt er „beratend" dabei.

War der Brief aus Stuttgart also umsonst? Offenbar nicht. Denn, wie Otto am Ende selbst schreibt: „Der Brief gehört nun zur Geschichte dieses künstlichen Platzes, der vielleicht doch noch insgesamt zum Kunstwerk werden kann. Vielleicht wird er dadurch auch zu einem wirklich lebendigen Platz, der kein Museum seiner selbst ist." *Eine große Hoffnung.* Eine Randnotiz zu einer ausgestandenen Diskussion.

DANKWART GURATZSCH

Noch weiß Hans Holzwig nichts vom neuen Herzen

Professor Bücherl gewann den Wettlauf mit der Zeit

DIETER DOSE, Berlin

„Das Herz schlägt mit medikamentöser *Unterstützung. Probleme* bereitet die Blutgerinnung." Hinter der knappen ärztlichen Auskunft von gestern nachmittag verbirgt sich ein dramatischer Wettlauf mit der Zeit. Dem Berliner Kunstherz-Patienten Hans Holzwig ist im Klinikum Westend im Stadtteil Charlottenburg ein Spenderherz eingesetzt worden. Das geschah am Dienstagabend. Professor Emil Sebastian Bücherl, der den Eingriff mit seinem Team vorgenommen hatte, stand gestern wieder im Operationssaal. „Routineprogramm", sagt eine Mitarbeiterin. Aber Bücherl ließ sich laufend über den Zustand von Holzwig informieren.

Die Vorgeschichte (WELT vom 10. 3.): Holzwig (39), 1,59 Meter groß, war am vergangenen Wochenende von Bücherl das erste deutsche Kunstherz eingesetzt worden. *Diagnose:* Eine *sogenannte Hauptstamm-Verengung* im Herzmuskel. Vorgesehen war ein Routineeingriff für das Bücherl-Ärzteteam: Bypass. Doch dann wurde ein lebensgefährlicher Hinterwand-Infarkt festgestellt. Bücherl entschloß sich, das aus zwei Plastikpumpen bestehende Kunstherz, in Deutschland bisher nur in Tierversuchen erprobt, einzusetzen. „Wier brauchen *möglichst schnell* ein *Spenderherz", sagte* Bücherl unmittelbar nach dem erfolgreichen Eingriff.

Anruf aus dem Klinikum

Schneller als erwartet, Dienstag vormittag, kam der Anruf bei Bücherl: „Wir haben ein Herz für Sie." Denn im Universitäts-Klinikum Steglitz kämpfte – acht Stunden lang – der 21jährige Andreas Springer mit dem Leben. Klinisch war der junge Mann, der in der Nacht zum Montag bei einem Autounfall schwere Schädel-Verletzungen erlitt, schon tot. Aber sein Herz schlug noch.

Nachdem die Eltern des Maschinenschlossers ihr Einverständnis zur Herzverpflanzung erklärt hatten, wurde Professor Bücherl verständigt. Die Vorbereitungen liefen an, obwohl Andreas Springer immer noch an Apparate angeschlossen war. Gegen 17 Uhr blieben die Hirnströme aus. Zu diesem Zeitpunkt sollte eigentlich die Herzverpflanzung beginnen.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Vier Ärzte des Bücherl-Teams rasten, Polizei mit Blaulicht vorweg, von Charlottenburg nach Steglitz, um aus dem Körper des toten Unfallopfers das Herz zu entnehmen. Fast zwei Stunden dauert das. Mit dem entnommenen Herz in einer Konservierungslösung fahren die Ärzte nach Westend zurück. Dort liegt Klaus Holzwig schon mit geöffnetem Brustkorb auf dem Operationstisch. Vorher aber war ihm noch der rechte Fuß oberhalb des Knöchels abgenommen worden. Grund: Bedrohliche Gefäßverengung, Raucherbein.

Austausch in 40 Minuten

Klaus Holzwig ist an der Herz-Lungen-Maschine angeschlossen. Als das Spenderherz endlich im Operationssaal eintrifft, beginnt der Austausch. Das Kunstherz wird entfernt, das Herz von Andreas Springer eingesetzt. Es dauert nur 40 Minuten. An zwei Stellen wird das neue Herz an der Lungenschlagader angenäht.

Es schlägt. Aufatmen bei rund 20 Ärzten und Schwestern im Operationssaal. Professor Bücherl bleibt noch bis nach Mitternacht bei dem *Patienten. Dann stellt* er *sich* der *Presse, die sechs Stunden auf* ihn wartete. „Wir haben alles wie geplant abgewickelt", sagt er. Die Fußamputation begründet er damit, daß sich in dessen Gewebe toxische Substanzen hätten bilden können, die möglicherweise eine Gefährdung für das neue Herz gewesen wären.

Probleme gab es mit der Niere des Patienten, aber Bücherl rechnet damit, daß sich durch die vorgenommene Blutwäsche der Zustand stabilisiert. Vier Tage – bis zur Auswechslung – hat das Kunstherz zur Zufriedenheit gearbeit und pro Minute rund neun Liter Blut gefördert.

Hans Holzwig weiß von allem noch nichts. Weder von dem Kunstherz, das sein Leben rettete, noch von dem Spenderherz, das nun in seinem Brustkorb schlägt.

Europäische Raumsonde „Giotto" nähert sich dem Kern des Kometen Halley



Mit einer Spezialkamera gelang den Wissenschaftlern des La-Silla-Observatoriums in Chile diese spektakuläre Aufnahme des Halley. Sie zeigt sieben Schweife des Kometen. Sein kleiner Kern ist auf dem Bild nicht zu sehen. FOTO: AP

Bange Minuten beim nächtlichen Rendezvous

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

In der kommenden Nacht, genau zwei Minuten nach ein Uhr, wird ein mit Spannung erwartetes kosmisches Rendezvous stattfinden. Dann rast die europäische Raumsonde „Giotto" mit nahezu 70 Kilometer pro Sekunde in nur 500 Kilometer Entfernung am Kern des Halleyschen Kometen vorbei.

Im Europäischen Operationszentrum für Weltraumforschung (Esoc) in Darmstadt, von wo die gesamte Operation gesteuert und überwacht wird, war der Kurs der Sonde am Dienstag abend noch einmal leicht korrigiert worden. Dazu wurden Daten der russischen Sonde „Vega 2" herangezogen, die Halley am 9. März in 8200 Kilometer Entfernung passiert hat.

Die Stippvisite beim Kometen ist eines der ehrgeizigsten Raumfahrtprojekte der Europäer, an dem insgesamt 15 Länder beteiligt sind. „Giotto" war am 2. Juli 1985 vom Raumfahrtzentrum in Kourou (Franz. Guyana) gestartet und auf seine Bahn gebracht worden. Zum Zeitpunkt der Begegnung mit Halley hat die Sonde sich 144 Millionen Kilometer von der Erde entfernt.

An Bord sind elf Meßgeräte, darunter eine Farbkamera, zwei Massenspektrometer für die Messung von Gasen und Ionen, Instrumente zur Analyse von Staubpartikeln, Plasma und energiereichen Teilchen. Den Hauptanteil am Bau der Sonde stellten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. 35 deutsche Wissenschaftler sind mit Experimenten an dem Projekt beteiligt.

Von den *Messungen, die „Giotto"* vornehmen *soll, verspricht man sich* nicht nur Erkenntnisse über die Zusammensetzung des Kerns und des Schweifes dieses Kometen. Man erhofft sich auch, daraus Rückschlüsse auf den Ursprung und die Entstehung unseres Sonnensystems ziehen zu können. Denn Kometen sind



Aus Anlaß der „Giotto"-Mission: die Sondermarke der Bundespost

wahrscheinlich Reste jener Materie, aus der sich vor etwa 4,5 Milliarden Jahren die Sonne und die Planeten gebildet haben.

Man vermutet, daß die Kerne von Kometen vor allem aus Eis, gefrorenen Gasen sowie aus Staubteilchen bestehen. Nähert sich ein Komet der Sonne, verdunstet das Eis und wird zusammen mit Staubteilchen durch die energiereiche Strahlung, die von der Sonne ausgeht (den „Sonnenwind"), ins All getrieben. So entsteht *der typische Schweif.*

Nach einer Theorie, die der Niederländer J. H. Oort 1950 aufstellte, kreisen am äußersten Rande unseres Sonnensystems Milliarden kleiner Kometen. Erst wenn einer dieser Himmelskörper, die nur wenige Kilometer Durchmesser besitzen, in den Schwerkraftbereich von Fixsternen gerät, wird er auf eine Bahn gebracht, die ihn in regelmäßigen Zeitabständen ins Zentrum des Sonnensystems führt. Zwar ist die Existenz der „Oortschen Kometenwolke" nicht bewiesen. Wenn sie aber stimmt, müßten in ihr extrem niedrige Temperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt herrschen, die jeglichen chemischen Prozeß verhindern. Die Materie der Kometenkerne wäre dann seit der Entstehung des Sonnensystems völlig unverändert.

*Die Staubteilchen im Kometen*schweif machen den Wissenschaftlern in Darmstadt allerdings noch Kopfzerbrechen. Denn „Giotto" wird sich bei seinem Vorbeiflug insgesamt zwei Stunden innerhalb des Schweifes befinden und dabei von unzähligen Partikeln regelrecht bombardiert werden. Um zu verhindern, daß dadurch *Meßinstrumente beschädigt oder die Sonde gar aus ihrer Bahn geworfen wird, hat man zwei Schutz*schilde installiert. Der vordere ist aus Aluminium und fängt kleinste Staubteilchen ab. Partikel mit einer Größe von wenigen Millimetern können ihn jedoch möglicherweise durchschlagen. Sie sollen von einem zweiten Schild aus Kevlar aufgefangen werden. Der vordere Schild dient gleichzeitig als Sensor zur Messung der Staubpartikel.

Nach Aussage von René Bonnet, dem wissenschaftlichen Direktor der Europäischen Raumfahrtorganisation (Esa), stehen die Chancen, daß „Giotto" bei seinem „haarscharfen" Vorbeiflug am Kometenkern zerstört wird, 1:10. Für Spannung im Raumfahrtzentrum während der nächtlichen Begegnung ist also gesorgt.

Texas will deutsche Lehrer anwerben

SAD, New York

Deutsche Lehrer haben sich an amerikanischen Schulen so gut bewährt, daß der Staat Texas gleich einige hundert von ihnen anwerben möchte. Dort ist die Lehrerknappheit so akut, daß jede zwölfte Planstelle unbesetzt bleibt. Vorbild ist der Staat Georgia, der vor zwei Jahren acht deutsche Lehrer einstellte – mit bestem Erfolg. „Die Erwartungen, die wir in die erstklassig ausgebildeten deutschen Lehrer setzten, haben sich mehr als erfüllt", sagt Werner Rogers, stellvertretender Leiter der Schulbehörde von Georgia. „Wir profitierten außerdem von dem unerwarteten Kulturaustausch."

Mörder hingerichtet

rtr, Huntsville

Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Amerikaner Charles Bass (29) wurde gestern im Staatsgefängnis von Texas durch eine Giftinjektion hingerichtet. Bass hatte 1979 während einer Polizeikontrolle einen Beamten erschossen. Der Fall wurde Thema eines französischen Dokumentarfilms, der mit dem Titel „Mord in Houston" bei den Filmfestspielen in Cannes vorgestellt wurde. Bass ist der 56. Amerikaner, der seit der Wiedereinführung der Todesstrafe im Jahre 1976 hingerichtet wurde.

Hormonkälber entführt

AP, Brüssel/Bonn/Hannover

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat ein holländischer Unternehmer versucht, 200 wegen illegaler Hormonbehandlung in Niedersachsen beschlagnahmte Kälber doch noch zu Geld zu machen. Er brachte sie heimlich in einen Schlachthof in Antwerpen. Der Holländer hatte angegeben, die Kälber zu Zuchtzwecken nach Großbritannien exportieren zu wollen. Einige Tiere sind bereits geschlachtet worden. Das Fleisch ist möglicherweise nach Frankreich verkauft worden.

Tiger erschossen

rtr, Moskau

Ein sibirischer Tiger wurde in der fernöstlichen Hafenstadt Wladiwostok an einer Bushaltestelle erschossen. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtete gestern, es komme immer häufiger vor, daß Tiger durch Städte streiften und Haustiere bedrohten. Das Jagdverbot für Tiger habe dazu geführt, daß ihre Zahl seit 1979 von 180 auf 290 gestiegen sei.

Ältester Polizist gestorben

hd. München

Der älteste Polizist Europas ist tot: Georg Brunner, der seine Polizeikarriere 1904 im bayerischen Landkreis Straubing-Bogen als Gendarm begann, starb am Wochenende im Alter von 107 Jahren. Er war 1929 zum Gendarmeriekommissär befördert worden und 1939 in den Ruhestand getreten.

Im Atlantik gefunden

rtr, Oslo

Ein norwegischer Seemann, der nach einem Maschinenschaden vier Monate mit seinem Fischerboot manövrierunfähig auf hoher See trieb, ist nach einem Bericht der norwegischen Zeitung „Aftenposten" am Samstag von einem liberianischen *Tanker* mitten im *Atlantik* gefunden worden. Einar Geir Einarsen (45) war am 31. August von Lissabon mit Ziel Trinidad ausgelaufen und wurde im Dezember von seinen Angehörigen als vermißt gemeldet. Der Mann hatte sich in den vergangenen drei Wochen nur noch von Regenwasser und Fisch ernährt. Er will mit neuen Vorräten seine Seereise fortsetzen.

Heroin-Skandal

SAD, London

In der königlichen Militärakademie Sandhurst, Englands traditionsreicher Akademie für die Offiziersellte, deckte die Militärpolizei bei einer Razzia einen Rauschgiftskandal auf. Ein 19jähriger Offiziersanwärter wurde festgenommen. Er wird verdächtigt, Heroin in die 174 Jahre alte Akademie geschmuggelt zu haben.

Die Städte schrumpfen

dpa, Köln

Der Bevölkerungsrückgang in den 65 Städten der Bundesrepublik Deutschland mit mehr als 100 00 Einwohnern hat sich verstärkt. Wie aus dem gestern in Köln veröffentlichten Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1985 hervorgeht, betrug die Einwohnerzahl in diesen Großstädten Anfang 1985 nur noch 20 Millionen – 235 000 oder 1,2 Prozent weniger als Anfang 1984. Am stärksten schrumpften durch Geburtenrückgang und Abwanderung die Städte mit 500 000 bis eine Million Einwohner (minus 1,7 Prozent), am wenigsten West-Berlin, Hamburg und München (0,8 Prozent).

ZU GUTER LETZT

„Die Nomaden, der Kaukasus, eine imitierte Armut bestimmen hier die Kollektionen". Das Branchenmagazin *„In Leder"* über den *„Barbaro-Stil"* der *italienischen Wintermode 1987.*

Markt der Gesundheit

„Präventa '86" in Düsseldorf eröffnet: 196 Aussteller

R. Z. Düsseldorf

Vorbeugen ist besser als Heilen. Wer kennt diesen Grundsatz nicht, beherzigt wird er hingegen wenig, ja immer weniger. Kosten in der Höhe von 64 Milliarden Mark entstehen jährlich allein durch die Folgen unvernünftiger Lebensweise. Gedankenlosigkeit und manchmal schlichte Dummheit sind der Grund. So registrieren Ärzte eine erschreckende Nachlässigkeit vieler Eltern bei der Gesundheitsvorsorge für ihre Kinder. Das fängt bei der falschen Ernährung an und hört bei der schwindenden Impfbereitschaft auf. Die bösen Folgen lassen meist nicht lange auf sich warten: Bluthochdruck schon in jungen Jahren, Störungen des Immunsystems, Allergien, Infektionskrankheiten. Die Krankenkassen wissen ein Lied davon zu singen.

Diese Entwicklung mutet seltsam an, bedenkt man, daß das Angebot im Bereich Gesundheitsvorsorge noch nie so groß war. So sind denn auch auf der „Präventa '86", die heute auf dem Düsseldorfer Messegelände eröffnet wird, nicht weniger als 196 Aussteller vertreten, die gesundheitsfördernde Produkte vorstellen und über Dienstleistungen informieren, die der Gesundheit dienen.

Wie Messe-Geschäftsführer Jochen Schleicher gestern vor der Presse erklärte, sei dies die erste umfassende Präsentation dieser Art. Man wolle aber „nicht nur einen Markt bedienen", auch öffentliche Institutionen und private Initiativen, die sich um ein wachsendes Gesundheitsbewußtsein kümmern, sollten ihre Arbeit vorstellen können. Darunter die Deutsche Krebshilfe, das Rote Kreuz, die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahr, die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung und und ...

Das Programmangebot kann sich sehen lassen: Neben ärztlichen Fachvorträgen (unter anderem zu Rheuma, Bluthochdruck, Allergien, Früherkennung von Diabetes und Krebs) wird dem Thema Sport und anderen Formen der Freizeitgestaltung weiter Raum gewidmet. Es versteht sich von selbst, daß der Bereich Reformkost und alternative Ernährung große Beachtung findet. „Mitmachen erwünscht" lautet die Devise auf dieser Messe, nicht nur im „Kinderparadies", sondern auch bei Gymnastik, Haltungsschulung („Ihrer Wirbelsäule zuliebe") und Senioren-Tanz.

(„Präventa '86", Düsseldorfer Messe, Halle 4, 13. bis 20. März)

LEUTE HEUTE

Künstlerin

Seit ihrem zehnten Lebensjahr widmet sie sich der Malerei. Viele ihrer Kunstwerke entstanden im Schloßpark von Nymphenburg, wo *sie ihre Staffelei aufstellte. Die Künst*lerin ist **Prinzessin Pilar** von Bayern, eine Urenkelin des kunstsinnigen Monarchen Ludwig I. von Bayern. Sie wird heute 95 Jahre alt. In Skizzen, Aquarellen und Gemälden hat die beliebte Seniorin der Wittelsbacher in impressionistischer Sehweise Motive aus Spanien, Italien, Griechenland, Bayern, Paris und München wiedergegeben.

Sportlerin

Mit 88 Jahren erlernte **Lucille Jeffrey Thompson** aus Danville (US-Bundesstaat Illinois) die karateähnliche koreanische Kampfsportart Taekwondo, weil sie starke Schmerzen in den Schultern hatte. Seit Samstag darf die inzwischen 90jährige auch das äußere Zeichen der Meisterschaft tragen, den Schwarzen Gürtel. Bekannte nennen sie respektvoll „Killer", seit sie ein fünf Zentimeter dikkes Brett mit der Handkante durchschlug. Sie fühlt sich heute nach eigenen Angaben gesundheitlich sehr viel besser als vor zwei Jahren.

Auf Schienen durch den Brenner

Eisenbahntunnel von Brixen nach Steinach soll Hauptverkehrsader der Alpen entlasten

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Brenner-Autobahn ist die Hauptverkehrsader für Hunderttausende von Touristen auf dem Weg über die Alpen in den sonnigen Süden. Zudem bewältigt sie 74 Prozent des gesamten Lastenverkehrs zwischen Nord- und Südtirol. Und so kommt es im Sommer, aber auch im Winter immer wieder zu kilometerlangen, nervenstrapazierenden Staus. Dem Mißstand soll nun abgeholfen werden. Unterirdisch soll nach dem Willen des italienischen Transportministers Claudio Signorile der Brenner passiert werden. Geplant ist ein Eisenbahntunnel von 35 Kilometern Länge, der zwischen Aicha bei Brixen in Südtirol und Steinach in Nordtirol die Alpen durchquert.

Die Verkehrsminister aus Bonn und Wien, Werner Dollinger und Ferdinand Lacina, hatten den ersten Plan Signoriles, der einen 58 Kilometer langen Eisenbahntunnel beinahe in Meeresspiegelhöhe vorsah, verworfen. Man einigte sich schließlich auf einen italienischen Kompromißvorschlag, der geringere Bauzeit erfordert und weniger Sicherheitsprobleme aufwirft.

Das Projekt soll 1988 gestartet werden. Die Baukosten werden auf 1,5 Milliarden Mark beziffert, dürften am Ende jedoch erheblich höher sein. Die Finanzierung geht zu Lasten der drei interessierten Länder, das heißt Italiens, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland. Die drei Minister sind sich darüber einig, Mittel der EG zu beantragen, da es sich ja um ein Riesenprojekt von gesamteuropäischem Interesse handelt.

Der Tunnel wird etwa dieselbe Länge wie die beschlossene Untertunnelung des Ärmelkanals haben.




35 Kilometer lang wird der geplante Tunnel durch den Brenner

Die vier Schienenstränge ermöglichen hohe Zuggeschwindigkeiten und die Trennung von Personen- und Güterverkehr. Italien hat ein vordringliches Interesse daran, daß der wichtigste Verbindungsweg zwischen Nord- und Mitteleuropa und der Apenninenhalbinsel für den Touristenverkehr freigehalten wird. Und so soll vornehmlich der Lastenverkehr, der vor allem in den Sommermonaten die Autobahn überlastet, auf Schienen abgewickelt werden.

Der bisher längste unterirdische Tunnel gehört zum Moskauer Untergrundbahnnetz und führt über 30,7 Kilometer von Belyaevo nach Medvedkovo. 22,2 Kilometer lang ist der Eisenbahntunnel von Oshimizu auf der Eisenbahnlinie Tokio–Niigata. Der Brennertunnel wird mit 35 Kilometern beide an Länge übertreffen. Auf italienischer Seite ist eine zentrale Güterverteilungsanlage bei Freienfeld, unweit von Sterzing, vorgesehen. Doch das Tunnel-Projekt findet *nicht überall Zustimmung. Vor allem* die Bevölkerung sowohl in Nord- als auch in Südtirol steht ihm aus ökologischen Gründen bisher feindselig gegenüber. Wohl nicht ganz zu Unrecht fürchtet sie erhebliche Umweltschäden.

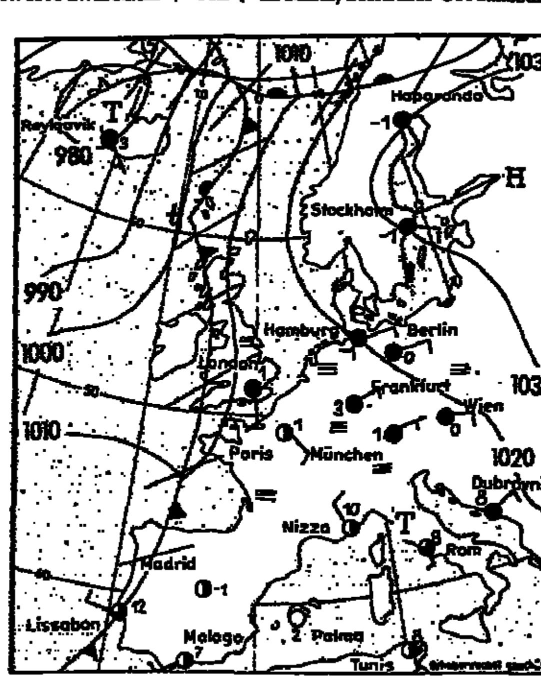
WETTER: Neblig-trüb

Lage: Eine ausgedehnte Hochdruckzone bestimmt mit bodennaher feuchter Kaltluft das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Frühnebelfeldern überwiegend stark bewölkt oder neblig-trüb und vereinzelt etwas Sprühregen. Tagestemperaturen um 6 Grad, in höheren Lagen bei 2 Grad und nächtliche Tiefstwerte zwischen plus 2 und minus 2 Grad. Allgemein schwachwindig.

Weitere Aussichten: Vorerst keine durchgreifende Änderung der Großwetterlage, weiterhin meist neblig-trüb.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.40 Uhr*, Untergang: 18.24 Uhr; **Mondaufgang:** 7.57 Uhr, Untergang: 23.02 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	2	bd
Bielefeld	4	bd
Braunlage	-1	bd
Bremen	2	bd
Dortmund	6	bd
Dresden	6	bw
Düsseldorf	7	bw
Erfurt	1	Ne
Essen	6	bd
Feldberg/S.	1	he
Flensburg	0	bd
Frankfurt/M.	5	bw
Freiburg	4	bd
Garmisch	4	he
Greifswald	1	Sp
Hamburg	1	bw
Hannover	1	bd
Kahler Asten	-2	iW
Kassel	3	bd
Kempten	0	bd
Kiel	1	bd
Koblenz	6	bd
Köln-Bonn	6	bw
Konstanz	2	bd
Leipzig	1	Ne
List/Sylt	0	bd
Lübeck	1	bd
Mannheim	6	bd
München	2	bd
Münster	6	bd
Norderney	2	Ne
Nürnberg	3	bd
Oberstdorf	1	bw
Passau	5	bd
Saarbrücken	3	bd
Stuttgart	3	bd
Trier	4	bd
Zugspitze	-5	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	18	he
Amsterdam	3	bd
Athen	14	bw
Barcelona	14	he
Belgrad	11	he
Bordeaux	10	he
Bozen	13	bw
Brüssel	2	Ne
Budapest	6	bd
Bukarest	3	bd
Casablanca	14	he
Dublin	5	Sp
Dubrovnik	12	bw
Edinburgh	10	he
Faro	14	bw
Florenz	16	bw
Genf	2	Sp
Helsinki	-2	S
Hongkong	22	bw
Innsbruck	4	bw
Istanbul	7	bd
Kairo	24	he
Klagenfurt	4	bd
Konstanza	4	bd
Kopenhagen	1	bd
Korfu	13	bw
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-1	bd
Lissabon	14	he
Locarno	6	R
London	6	he
Los Angeles	–	–
Luxemburg	3	bw
Madrid	13	bw
Mailand	10	bw
Malaga	17	he
Mallorca	15	he
Moskau	-1	bd
Neapel	14	R
New York	–	–
Nizza	11	Gw
Oslo	–	–
Ostende	1	Ne
Palermo	11	bw
Paris	8	he
Peking	4	bw
Prag	4	bd
Rhodos	19	wl
Rom	13	he
Salzburg	4	bw
Singapur	28	bw
Split	12	bd
Stockholm	-1	bw
Straßburg	4	bd
Tel Aviv	23	he
Tokio	15	bd
Tunis	14	bw
Valencia	19	he
Varna	6	bw
Venedig	11	bw
Warschau	2	bw
Wien	2	R
Zürich	2	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

„Der verlorene Sohn" von Karl May

M. v. SCHWARZKOPF, Hannover

Seit mehr als 25 Jahren war dieses Buch in der Liste der May-Romane unter der Nr. 74 aufgeführt, aber erschienen ist das Werk erst vor kurzem: „Der verlorene Sohn" lautet der vielsagende Titel. Hinter dem Manuskript liegt eine beachtliche Irrfahrt, die jetzt endlich ihr glückliches Ende genommen hat.

Vor gut hundert Jahren erschien der Roman „Der verlorene Sohn" in dem Kolportageverlag Münchmeyer. May verdiente sich damals seine Taler vor allem durch endlose Fortsetzungsgeschichten, die Groschenromane waren und nach Zeilen vergütet wurden. Rund 2400 Seiten umfaßte die abenteuerliche Geschichte von dem jungen Gustav Brandt, der fälschlicherweise des Doppelmordes bezichtigt wird und sich seiner Strafe nur durch Flucht entziehen kann.

Freund der Armen

Brandt geht ins Ausland und kehrt zwanzig Jahre später als reicher Mann in seine sächsische Heimat zurück, wo ihn niemand mehr kennt. Seine finanzielle Ungebundenheit ermöglicht es ihm, nach dem wahren Mörder von *damals zu suchen und* gleichzeitig den Armen viel Gutes zu tun – ein bei May häufig vorkommendes Motiv.

Einzelne Episoden dieses ursprünglich fünfbändigen Werkes kamen in „Das Buschgespenst" und „Der Fremde aus Indien" schon früher im Karl-May-Verlag in Bamberg heraus. Aber das eigentliche Manuskript des „Verlorenen Sohnes" blieb lange Jahre unveröffentlicht. May selbst hatte in der polemischen Streitschrift „Ein Schundverlag" schwere Vorwürfe gegen Münchmeyer erhoben und ihn beschuldigt, seine Texte durch Einfügen von „pikanten Stellen" und endlosem Palaver entstellt *und verfälscht zu haben.*

May schreibt in seiner Attacke gegen den „Schundverlag": „Nehme ich meine damalige Arbeit in die Hand, erkenne ich sie kaum wieder. Das ist nicht jener wohlbedacht artikulierte Leib, in welchem meine Seele zum Leser sprechen sollte ... Das ist ein formlos dicker Rumpf, von ordinären Genüssen aufgeschwollen, mit verkrüppelten Armen und Beinen ... Ein wüster Kopf! Alles ist stumpf an ihm, nicht nur die Nase."

Die literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung um die Textgeschichte der fünf sogenannten „Münchmeyer-Romane" hält bis heute an. 1914 gelang es dem Verleger Euchar Albrecht Schmid, dem Gründer des Karl-May-Verlages, sämtliche Rechte an den umstrittenen Münchmeyer-Romanen zu erwerben. In den zwanziger Jahren begannen er und seine Mitarbeiter, diese Erzählzyklen, bei denen offensichtlich Autoren wie Alexandre Dumas Pate gestanden hatten, gründlich zu durchforsten und auch den Umfang und die inhaltliche Aussage zu reduzieren, die mit aller Sicherheit von Karl May selbst stammten. Münchmeyers Ergänzungen und „Anstößigkeiten" mußten beseitigt werden – keine einfache Aufgabe, weil als Richtschnur dafür nur die nach 1900 geäußerten schriftlichen Absichten Mays noch vorlagen, nicht aber der Autor selbst zur Verfügung stand.

Die gereinigte Fassung

Mitte der dreißiger Jahre wollte sich dann der hervorragende Kenner des May-Gesamtwerkes, Franz Kandolf, des „Verlorenen Sohnes" annehmen. Aber die Arbeit verzögerte sich, und der Zweite Weltkrieg verhinderte die Herausgabe der Kandolf-Fassung des Romanes. Erst jetzt, da Kandolf selbst schon längst verstorben ist, liegt der mehrfach überarbeitete und „gereinigte" Roman vor, der viele autobiographische Momente aus Mays Leben enthält, darunter Schilderungen seiner eigenen Zeit als Strafgefangener.

Nach Ansicht des heutigen Inhabers des Bamberger May-Verlages, Lothar Schmid, muß aber auf Grund von Band 74 Karl Mays Biographie nicht neu geschrieben werden. „Aber der Roman macht einmal mehr klar, wie sehr May sein Leben lang unter dem Schatten seiner Sträflingszeit gelitten hat, vor allem, weil er sich ja zu Unrecht verurteilt fühlte", sagt Schmid.